Bruno Bandulet

Als Deutschland Großmacht war

Ein Bericht über das Kaiserreich, seine Feinde und die Entfesselung des Ersten Weltkrieges

KOPP

1. Auflage Februar 2014

Copyright ©2014 bei
Kopp Verlag, Bertha-Benz-Straße 10, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Christine Ibele
Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN: 978-3-86445-104-1

Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis
Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (0 74 72) 98 06-0
Fax: (0 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:
www.kopp-verlag.de

Bruno Bandulet

ALS DEUTSCHLAND GROSSMACHT WAR

Ein Bericht über das Kaiserreich,
seine Feinde und die Entfesselung
des Ersten Weitkrieges

KOPP VERLAG

Inhalt

Vorwort 13

Das alte Europa und das Reich 17
Uberwiegend rot: die Farben der Weltkarte . . . 17
Vielleicht wäre ein Krieg einfacher
für uns, meinte Lord Balfour 20
Der phänomenale Aufstieg Deutschlands . . . 21
Freiheit im Kaiserreich 24
Als die Deutschen noch glaubten,
dass alles nur besser werden konnte 29
Willy, Nicky und Bertie: Majestäten unter sich . 32
Am Ende hatten die Staaten keine
Freunde mehr, nur noch Interessen 37

Bismarck, der Kaiser und die russische Karte . . 39
Unter dem Diktat der Geografie 39
Alternativen der deutschen Außenpolitik . . . 41
Bismarck und Wilhelm I., ein ideales Gespann . . 44
Panslawismus und der Kampf um den Balkan . . 46
Die innere Schwäche der Donaumonarchie . . . 48
Russland als Eckpfeiler von
Bismarcks Außenpolitik 49
Der umstrittene Zweibund mit Österreich-Ungarn 51

Der Rückversicherungsvertrag von 1887 56
»Die gesunden Knochen eines pommerschen Musketiers«. 56
Der Lotse geht von Bord. 58
Frankreich und Russland nähern sich an 59
Politik mit Krediten. 62
1905, Russlands annus horribilis. 64
Wie der Vertrag von Björkö zustande kam - und scheiterte. 67

England, Deutschland und die Weltpolitik . . . 71
Die Epoche des Imperialismus. 71
Jameson-Raid und Burenkrieg. 73
Faschoda und die *Entente Cordiale*. 74
Die deutschen Kolonien. 78
Zur Regatta nach Cowes. 79
Germaniam esse delendam. 82
Der Kaiser am Sterbebett der Queen. 85
Die letzte Chance für eine deutsch-englische Allianz. 87
Die These von der deutschen Hybris. 89
Was England wirklich wollte. 91
Weltpolitik der Großmächte. 93
Die erste Marokko-Krise. 96
Entrüstung über das *Daily-Telegraph*-Interview . 100
Bülow, der Karrierist. 103
Die zweite Marokko-Krise. 104

Alfred von Tirpitz und die Risikoflotte 109
Sir Edward Grey wird Außenminister 111
Invasionshysterie in England 114
Englands Vorsprung auf See 116
Messen mit zweierlei Maß:
Krüger-Depesche und *Bundesrath-Aiiäre* . . . 118
Admiral John Fisher, der Gegenspieler 120
Der Manager Alfred von Tirpitz 122
Am 15. Juni 1897 fiel die Entscheidung 125
Das erste und zweite Flottengesetz 127
Das Konzept der Risikoflotte 131
Das Crowe-Memorandum 133
Versöhnliche Stimmen auf beiden Seiten 135
Lord Haidane in Berlin 137
Wie London die Deutschen vorführte 139
Grey musste Russland bei Laune halten 141
War der Flottenbau wirklich falsch? 143

Österreichs Feinde und das Vorspiel zum Krieg . 147
Der Mord von Sarajewo 148
Schock in Europa, Jubel in Belgrad 150
Pulverfass Balkan 152
Apis und die Schwarze Hand 155
Belgrad war informiert 158
Serbiens Machtzuwachs in den Balkankriegen . . 161
Der Blankoscheck an Osterreich 163
Berlin versucht, den Konflikt zu lokalisieren . . 167
Das Ultimatum an Serbien 170
Exkurs 1: Die Theorie vom Freimaurermord . . 173
Exkurs 2: Der letzte Balkankrieg 177

Der Weg in die Katastrophe 183
1914 fühlte sich das Kaiserreich eingekreist . . . 183
Russische Kriegspläne 186
Die britische Kriegserklärung vom 4. August . . 189
Deutsch-britische Verhandlungen in letzter Minute 190
Wie sich die Kriegspartei in London
doch noch durchsetzte 194
London folgte der Logik der Bündnisse 198
Poincare bearbeitet den Zaren 200
Letzte Kontakte zwischen Zar und Kaiser . . . 202
Am 30. Juli beginnen die Mobilmachungen . . . 205
Der Kaiser gibt England die Schuld 208
Der Schlieffen-Plan 210
Frankreich am Rande des Zusammenbruchs . . 213
Warum der Feldzug im Westen scheiterte . . . 216

Die Tragödie 223
Die Überlegenheit der Defensive 223
Meutereien in Frankreich 226
Schwache Regierungen in Deutschland 228
Siege im Osten 230
Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk 233
Von der Katastrophe zur Tragödie 235
Das Friedensangebot der Mittelmächte 237
Die Alliierten lehnen ab 239
Gräuelpropaganda der Alliierten 243
Seekrieg über und unter Wasser 246
Die letzte Karte: uneingeschränkter U-Boot-Krieg 249
Die USA waren nie wirklich neutral 253
Der Untergang der *Lusitania* 255

Der mysteriöse Oberst House 259
J.P. Morgan und der Krieg 262
Warum Amerika intervenierte 267

Das Ende 270

Chronik 275

Endnoten 281

Literatur Verzeichnis 289

Bildquellenverzeichnis 293

Personenregister 299

HANDELNDE PERSONEN

Wilhelm I., Deutscher Kaiser 1871-1888

Wilhelm II., Deutscher Kaiser 1888-1918

Otto von Bismarck, Reichskanzler 1871-1890

Leo Graf Caprivi, Reichskanzler 1890-1894

Chlodwig Fürst zu Hohenlohe Schillingsfürst, Reichskanzler 1894-1900

Bernhard Fürst von Bülow, Reichskanzler 1900-1909

Friedrich von Holstein, Geheimrat im Auswärtigen Amt 1876-1906

Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler 1909-1917

Alfred von Tirpitz, Staatssekretär im Reichsmarineamt 1897-1916

Alfred Graf von Schlieffen, deutscher Generalstabschef 1891-1905

Helmuth von Moltke, deutscher Generalstabschef 1906-1914

Erichl von Falkenhayn, deutscher Generalstabschef 1914-1916

Paul von Hindenburg, deutscher Generalstabschef 1916-1918

Erich Ludendorff, Erster Generalquartiermeister OHL 1916-1918

Victoria, Königin von Großbritannien und Irland 1837-1901

Edward VII., König von Großbritannien und Irland 1901-1910

Georg, V., König von Großbritannien und Irland 1910-1936

Robert Arthur Marquis of Salisbury, britischer Premierminister 1895-1902

Arthur James Earl of Balfour, britischer Premierminister 1902-1905
Sir Edward Grey, britischer Außenminister 1905-1916
Sir Eyre Crowe, Deutschland-Spezialist im *Foreign Office*
David Lloyd George, britischer Premierminister 1916-1922
Sir John Fisher, Erster Seelord 1903-1910, 1914-1915
Sir Winston Churchill, First Lord of the Admiralty (Marineminister) 1911-1915

Raymond Poincare, französischer Präsident 1913-1920
Georges Clemenceau, französischer Ministerpräsident 1917-1922
Maurice Paleologue, französischer Botschafter in St. Petersburg 1914-1917

Alexander III., Zar von Russland 1891-1894
Nikolaus II., Zar von Russland 1894-1917
Sergej Sasonow, russischer Außenminister 1910-1916

Nikola Pasic, serbischer Ministerpräsident 1904-1918
Apis, serbischer Offizier und Drahtzieher des Attentats von Sarajewo
Gavrilo Princip, der Mörder von Erzherzog Franz Ferdinand

Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 1848-1916
Leopold Graf Berchtold, österreichisch-ungarischer Außenminister 1912-1915
Conrad von Hötzendorf, Generalstabschef der k.u.k.-Armee 1906-1917

Woodrow Wilson, amerikanischer Präsident 1913-1921
Edward Mandell House, Berater des Präsidenten
John Pierpont »Jack« Morgan jr., Bankier, 1867-1943

Vorwort

Nach drei Büchern über Gold, drei Veröffentlichungen über den Euro und zuletzt einem Buch zur deutschen Geldgeschichte seit dem 19. Jahrhundert kehre ich mit diesem Band zu meinem alten Fach zurück, zur Außenpolitik, die vor nun schon längerer Zeit Thema meiner Dissertation war und mit der ich auch beruflich zu tun hatte.

An die vorliegende Arbeit bin ich unvoreingenommen herangegangen, allenfalls mit der Vorstellung, dass das Deutsche Kaiserreich das Erbe Bismarcks verspielte und dass Wilhelm II. grobe diplomatische Fehler unterliefen. Die Wertungen und Schlussfolgerungen, die sich in diesem Buch finden, haben sich großenteils erst im Verlauf der Recherche herausgebildet. Von Beginn an stand fest, dass es kein politisch oder historisch korrektes Traktat werden würde. Der Historiker hat keine andere Aufgabe und kein anderes Ethos, als zu erzählen, wie es wirklich gewesen ist.

Die Wahrheit über eine historische Epoche zu ergründen ist ein unerfüllbarer Anspruch. Er muss dennoch gestellt werden. Je nach den politischen Verhältnissen wurde in Deutschland mit dem Ersten Weltkrieg sehr verschieden umgegangen. In der Zeit der Weimarer Republik waren sich die Parteien, auch die Liberalen und die Sozialdemokraten, einig in der Ablehnung der Kriegs-

schuldlüge, wie sie der Versailler Vertrag festgeschrieben hatte. Im Dritten Reich stand Geschichtsschreibung unter einem weltanschaulichen Diktat. Die Ära Adenauer knüpfte mehr oder weniger an die Weimarer Republik und ihre Historiker an. Bis dann der Hamburger Professor Fritz Fischer im Jahr 1961 mit seinem berühmt gewordenen Buch *Griff nach der Weltmacht* den ersten Historikerstreit der deutschen Nachkriegsgeschichte auslöste.

Gerhard Ritter, der Doyen der deutschen Historiker, beschuldigte Fischer der »wissenschaftlichen und politischen Verantwortungslosigkeit«. Auch Politiker wie Bundeskanzler Ludwig Erhard und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß reagierten ablehnend auf Fischers These, dass die deutschen Eliten die Verantwortung für den Kriegsausbruch getragen hätten. Vielleicht haben seine Kritiker Fischer und die von ihm inspirierte Hamburger Schule unterschätzt. Nach einseitiger deutscher Schuld zu suchen und die Rolle der konkurrierenden Großmächte auszublenden - das passte zu dem Zeitgeist, der sich in den 1960er-Jahren durchzusetzen begann.

Inzwischen hat sich das Blatt wieder einmal gewendet. Es waren vor allem angelsächsische Autoren, die zu anderen Urteilen als Fischer kamen und damit Beachtung fanden. 1998 sah John Keegan im Ersten Weltkrieg eine »europäische Tragödie«, Niall Ferguson nannte ihn einen »unnötigen Krieg«. Virginia Cowles hatte schon vorher das verzerrte Bild vom Kriegstreiber Wilhelm II. gründlich korrigiert. In Deutschland überraschte Franz Uhle-Wettler mit einer neuen Sicht auf die deutsche Flottenpolitik. Und zuletzt beeindruckte Christopher Clark mit

seiner Schilderung, wie die Führer des alten Europa als »Schlafwandler« in den Krieg zogen.

Dass Clarks Version nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig ist, dass der Krieg über Jahre hinweg geplant und eingefädelt wurde, ist ein Thema dieses Buches. Es stellt wie jede gute Kriminalgeschichte die Frage nach den Motiven, die Frage: Cui bono? Es erzählt nicht nur die hektischen Ereignisse des Sommers 1914, sondern auch die lange Vorgeschichte. Und es arbeitet heraus, dass der Krieg mit einem Patt und einem Verhandlungsfrieden zu Ende gegangen wäre, dass den Europäern Versailles und der Zweite Weltkrieg erspart geblieben wären, hätten die USA nicht 1917 interveniert. Wie es dazu kam, welche Interessen Amerika in den Krieg trieben, ist die vielleicht spannendste Handlung in diesem Buch.

Es fasziniert aber auch, sich in eine Zeit zu versetzen, als Deutschland Großmacht war, und zu entdecken, wie wenig sich manche Grundzüge der internationalen Politik geändert haben: die Rolle des Terrorismus, die gefährlichen Umtriebe von Schurkenstaaten, die Rivalität zwischen der führenden Großmacht und ihrem Konkurrenten, die überragende Bedeutung der Geografie, der Einfluss des Finanzkapitals, die offenbar unausrottbare Realität von Gewalt und bewaffneten Konflikten.

Die Ironie der Geschichte wollte es, dass nicht wenige Wünsche der damaligen deutschen Eliten jetzt, 100 Jahre später, in Erfüllung gegangen sind: Deutschland ist nicht länger eingekreist, England muss sich mit einem kleineren Part im europäischen Konzert begnügen, Russland ist zurückgedrängt, die damals angedachte europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit Deutschland als mitteleuropäi-

schem Gravitationszentrum ist Realität. Auf dem Balkan ist die schwerfällige EU in die Fußstapfen der schwerfälligen Habsburger Monarchie getreten. Und die Exportnation Deutschland beliefert die europäischen und weltweiten Märkte mit ebenso großem Erfolg wie vor dem Jahr 1914, ohne noch Großmacht spielen zu müssen. Alles in allem keine schlechte Bilanz für den Verlierer von zwei Weltkriegen.

Vielleicht verstehen wir die Gegenwart besser, wenn wir die Vergangenheit kennen.

Bruno Bandulet
Bad Kissingen, Januar 2014

Das alte Europa und das Reich

Überwiegend rot: die Farben der Weltkarte

Sofern wir uns dieses eine Mal den Luxus deutscher und europäischer Nostalgie erlauben wollen, müssen wir im Buch der Geschichte lange zurückblättern - um 100 Jahre, bis in die Epoche, die am 1. August 1914 abrupt zu Ende ging. Bis zu dem Tag, als sich das alte Europa selbst in die Luft sprengte. Bis zur Urkatastrophe des Ersten Weltkrieges, dessen Folgen nahezu das gesamte Jahrhundert prägten, bis dann die Mauer fiel, die Sowjetunion implodierte, die Spaltung des Kontinents in Ost und West aufgehoben wurde.

Vor mir liegt der Atlas meines Großvaters, ein Diercke-Schulatlas, erschienen 1909 bei Westermann in Braunschweig, der Druck gestochen scharf, die Farben frisch wie vor 100 Jahren. Die ganze Welt, fast die ganze: europäisch beherrscht oder von Europäern besiedelt.

Es dominiert die Farbe rot, das Kolonialreich der führenden Weltmacht Großbritannien: mit Britisch-Nord-Amerika, dem heutigen Kanada, mit Nigeria, Britisch-Ostafrika und Britisch-Südafrika einschließlich des heutigen Zimbabwe, mit Britisch-Indien und Birma, mit Australien und Neuseeland, mit zahllosen Inseln und Stützpunkten in allen Meeren einschließlich St. Helena, wohin

sie ihren letzten großen Konkurrenten um die Macht in Europa, Napoleon, verbannt hatten.

Weniger groß, aber immer noch ansehnlich die grauviolletten überseeischen Besitzungen Frankreichs von der Karibik über Nord- und Westafrika bis nach Madagaskar, Indochina und die Gesellschaftsinseln mit Tahiti im Pazifischen Ozean.

Dann die Landmasse des zaristischen Russlands, ein helles Grün, im Süden angrenzend an die Türkei, Persien, Afghanistan und China, mit Baku, Taschkent und Samarkand, mit dem Baltikum und Finnland - Regionen und Völker umfassend, von denen die meisten erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder selbstständig wurden.

Schließlich das Deutsche Reich, hellblau mit den wenigen Kolonien, die nach Aufteilung der Welt übrig geblieben waren: Kamerun, Südwest-Afrika, Ostafrika, dem heutigen Tansania, ein Stück von Neuguinea und versprengte Inseln in der Südsee. Zu finden auf dem Atlas ist auch die Herbertshöhe, das deutsche Verwaltungszentrum, das Christian Kracht in seinem Roman *Imperium* wieder zum Leben erweckt.

Vergangen auch: das Deutsche Reich mit der Hauptstadt nicht in Grenznähe, sondern weiter entfernt von Königsberg und Memel als von Aachen, mit Posen, Breslau, Oppeln und - im Südwesten - mit Metz und Straßburg, Letztere annektiert nach dem Sieg über Frankreich 1871. Das Schicksal Deutschlands sollte es sein, mit jedem verlorenen Krieg kleiner zu werden. Brutal dezimiert wurde das bis zur Adria, bis Böhmen, Galizien und Siebenbürgen reichende Österreich-Ungarn.

Damit sind sie aufgezählt, die fünf Mächte, die vor 1914 das zunehmend dissonante Konzert der europäischen Politik bestritten: die reiche Weltmacht Großbritannien, die nach dem Prinzip der Balance of Power auf Konfrontation zum jeweils stärksten Staat auf dem Kontinent zu gehen pflegte; das der deutschen Militär- und Wirtschaftskraft unterlegene Frankreich, das den Gedanken an Eisass und Lothringen nie aufgegeben hatte; das innenpolitisch fragile Russland, das die Kontrolle der Dardanellen anstrebte, im Balkan mitmischte, den serbischen Nationalismus anheizte und das zugleich sicher sein konnte, in einem Krieg nie seine nationale Existenz aufs Spiel zu setzen, weil es zu groß war, um erobert werden zu können; und der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn, 1914 neben der Türkei der letzte verbliebene Verbündete des Deutschen Reichs, eine bereits zweitrangige Großmacht mit glorreicher Vergangenheit, ein seit dem Aufkommen des slawischen Nationalismus brüchiges Konstrukt, das auch ohne den Krieg so nicht überlebt hätte.

Wie wir sehen werden, hatten vier dieser fünf Spieler Absichten und Ziele, die nur durch einen Krieg erreichbar waren oder die zumindest Argumente für einen solchen lieferten - nur das Deutsche Reich nicht. Der Kaiser hatte keine territorialen Ambitionen. Die Zeit arbeitete für das Reich, wenn man sie nur ließ. Deutschland war Großmacht und stand an der Schwelle zur europäischen Hegemonie. Deutschland war der Aufsteiger in Europa in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und militärischer Hinsicht. Genau darin lag das Problem.

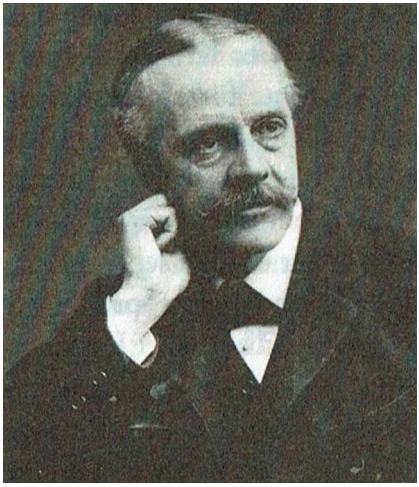
Vielleicht wäre ein Krieg einfacher für uns, meinte Lord Balfour

Aus dem Jahr 1910 ist ein Gespräch überliefert, das Lord Balfour, der Parteichef der Konservativen, mit dem amerikanischen Botschafter in London, Henry White, führte:

Balfour: »Wir sind wahrscheinlich töricht, dass wir keinen Grund finden, um Deutschland den Krieg zu erklären, ehe es zu viele Schiffe baut und uns unseren Handel wegnimmt.«

White: »Sie sind im privaten Leben ein hochherziger Mann. Wie ist es möglich, dass Sie politisch etwas so Unmoralisches erwägen können, wie einen Krieg gegen eine harmlose Nation zu provozieren, die ein ebenso gutes Recht auf eine Flotte hat wie Sie? Wenn Sie mit dem deutschen Handel konkurrieren wollen, so arbeiten Sie härter.«

Balfour: »Das würde bedeuten, dass wir unseren Lebensstandard senken müssten. Vielleicht wäre ein Krieg einfacher für uns.«



Arthur James Earl of Balfour; britischer Premierminister in den Jahren 1902 bis /90J

White: »Ich bin erschrocken, dass gerade Sie solche Grundsätze aufstellen können.«

Balfour: »Ist das eine Frage von Recht und

Unrecht? Vielleicht ist es nur eine Frage der Erhaltung unserer Vorherrschaft.«[1]

Ob Balfours Auslassungen todernst gemeint waren oder Ausfluss angelsächsischer Frivolität, sei dahingestellt. Jedenfalls waren die Briten damals, auf dem Zenit ihrer Macht, eine bellizistische Nation, für die der Krieg ein selbstverständliches Mittel der Politik war. Schließlich hatten sie das Empire, das größte der Weltgeschichte, nicht durch Beten und Hoffen zusammengerafft. Auf das deutsch-britische Verhältnis der Vorkriegszeit passt sehr treffend ein Satz des griechischen Historikers Thukydides in seiner *Geschichte des Peloponnesischen Krieges:* »Was den Krieg unvermeidlich machte, waren die Macht Athens und die Angst, die diese in Sparta auslöste.« Unvermeidlich war der Erste Weltkrieg nicht, aber er wird nicht verständlich, wenn man den in der Geschichte typischen Konflikt zwischen einer noch führenden und einer aufstrebenden Macht außer Acht lässt.

Der Aufstieg des Kaiserreichs seit der Gründung 1871 war in der Tat atemberaubend. Deutschland war nicht nur die »verspätete Nation«, weil es sich erst lange nach den anderen westeuropäischen Völkern zum Nationalstaat formierte, es war auch - besonders im Vergleich zu England - der industrielle Nachzügler, der in schwindelerregendem Tempo aufholte und überholte.

Der phänomenale Aufstieg Deutschlands

Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als die industrielle Revolution mit dem Eisenbahnbau auch hierzulande in

Gang kam, war Deutschland, um den britischen Lord Welby zu zitieren, »eine Ansammlung von unbedeutenden Staaten, regiert von unbedeutenden Prinzchen«. Nun war es in der Spanne eines Menschenlebens zum mächtigsten Staat Europas aufgestiegen. »Bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges«, schreibt der britische Historiker Paul Kennedy, »war seine nationale Macht nicht nur drei- bis viermal so groß wie die Italiens oder Japans, sondern es besaß auch einen großen Vorsprung vor Frankreich oder Russland und hatte wahrscheinlich sogar Großbritannien überholt.«[2]

Die Statistiken bestätigen den Befund. Von 1890 bis 1913 stiegen die deutsche Produktion von Roheisen beziehungsweise Stahl von 4,1 auf 17,6 Millionen Tonnen und die Kohleförderung von 89 auf 277 Millionen Tonnen. 1913 produzierte das Deutsche Reich mehr Stahl als Großbritannien, Russland und Frankreich zusammengenommen - ein Indikator militärischer Kapazität und der Industrialisierung als solcher.

Besonders aussagekräftig ist auch der Anteil an der Weltindustrieproduktion. Im Zeitraum 1880 bis 1913 erhöhte sich der Deutschlands von 8,5 auf 14,8 Prozent (und wurde nur vom amerikanischen übertroffen), während der britische Anteil an der weltweiten Industrieproduktion von 22,9 auf 13,6 Prozent zurückging.

Dahinter steckte die Erfolgsgeschichte von Unternehmen der Elektroindustrie, der Chemie und des Maschinenbaus, von denen manche bis heute die Basis des Wohlstandes und der Exporterfolge ausmachen. So gesehen zehren die Deutschen auch im 21. Jahrhundert noch von den Errungenschaften der wilhelminischen Ära. Selbst

ein Teil der Stellwerke der Deutschen Bahn stammt noch aus dieser Zeit. Ein Drittel davon wurde zwischen 1885 und 1935 gebaut.

Vor dem Krieg dominierten Siemens und AEG die europäische Elektroindustrie. Schon 1881 hatte Siemens in England das erste Elektrizitätswerk installiert. Seit der Jahrhundertwende besaßen alle großen deutschen Kommunen ihre eigene Elektrizitätsversorgung, gebaut und oft auch vorfinanziert von Siemens und AEG.[3]

Vor 1914 produzierten Bayer und Hoechst 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. Auch die in Ludwigshafen ansässige BASF war eine Gründung des 19. Jahrhunderts. Die deutschen Exporte hatten sich zwischen 1890 und 1913 verdreifacht und fast das Niveau der britischen erreicht. Da rangierte auch die deutsche Handelsmarine, gemessen an der Tonnage, unmittelbar hinter der britischen.

Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts war das deindustrialisierte Großbritannien hoffnungslos abgeschlagen. Deutschland figurierte zusammen mit China und den USA in der Spitzengruppe der Exporteure. »Wir müssen exportieren«, hatte schon Reichskanzler Leo von Caprivi am 10. Dezember 1891 im Reichstag verkündet. Nicht alles hat sich geändert nach zwei Kriegen und zwei Diktaturen - einmal abgesehen von der sinkenden Qualität der Schulen und Universitäten oder dem deutschen Anteil an den Nobelpreisen. Die besten Universitäten befinden sich heute in den USA, einige wenige auch in Großbritannien.

Ohne das herausragende Bildungsniveau und ohne den exzellenten Stand der Forschung hätte sich das Deutsche

Reich nicht zum wirtschaftlichen Kraftmotor Europas entwickeln können. Bezeichnend ist zum Beispiel die Anzahl von Analphabeten unter den Rekruten, die in die Armee eintraten: In Italien waren es 330 von 1000, in Österreich-Ungarn 220 von 1000, in Frankreich 68 von 1000 und in Deutschland einer von 1000.[4] Das deutsche Schulsystem kam nicht nur den Streitkräften zugute, sondern mehr noch der Wirtschaft mit ihrem Bedarf an Ingenieuren, Wissenschaftlern und Facharbeitern. In der deutschen Chemieindustrie waren um 1900 rund 500 Chemiker in der Forschung beschäftigt, in der britischen nur 30 bis 40.[5]

In einer Zeit, da alle fünf europäischen Großmächte als Machtstaaten auftraten, gingen wirtschaftliche und militärische Potenz Hand in Hand. Zwar beanspruchten die deutschen Militärausgaben keinen übermäßig großen Anteil am Nationaleinkommen (4,6 Prozent im Vergleich zu 6,3 Prozent beim potenziellen Gegner Russland), zwar war das deutsche Heer im europäischen Vergleich nicht übermäßig groß, aber im Gegensatz zu Frankreich und Russland konnten Millionen von gut ausgebildeten Reservisten relativ schnell mobilisiert und eingesetzt werden.

Freiheit im Kaiserreich

Uberall in dem auf die Tragödie zusteuernden alten Europa, jedenfalls in seinem westlichen Teil, erfreuten sich die Bürger eines Maßes an individueller Freiheit, das nach einem Jahrhundert des anschwellenden Sozialismus mär-

chenhaft anmutet. Die Staaten waren stark und schlank zugleich, sie ließen ihre Bürger weitgehend in Ruhe.

Der englische Historiker A. J. P. Taylor lässt gleich zu Beginn seiner *English History* die gute alte Zeit wieder aufleben:

»Bis August 1914 konnte ein vernünftiger, gesetzestreuer Engländer sein Leben leben und dabei die Existenz des Staates kaum wahrnehmen, abgesehen vom Postamt und vom Polizisten. Er konnte wohnen, wo er wollte und wie er wollte. Er hatte keine offizielle Nummer und keinen Ausweis. Er konnte ins Ausland reisen oder sein Land für immer verlassen ohne einen Pass oder ohne irgendeine behördliche Erlaubnis. Er konnte sein Geld in jede andere Währung tauschen ohne Einschränkung und ohne Obergrenze. Er konnte Waren aus jedem Land der Welt genauso kaufen wie Waren aus der Heimat. Und ein Ausländer konnte sein Leben in diesem Land verbringen ohne Genehmigung und ohne die Polizei zu informieren ... Vermögende Haushaltsvorstände wurden gelegentlich aufgerufen, als Schöffe Dienst zu tun. Ansonsten halfen nur diejenigen dem Staat, die das wünschten. Der Engländer zahlte Steuern in einem bescheidenen Ausmaß: an die 200 Millionen Pfund 1913/1914, weniger als acht Prozent des Nationaleinkommens.«[6]

Erst im Krieg, so Taylor, habe der Staat seine Bürger in den Griff genommen und eine Kontrolle ausgeübt, die zwar im Frieden gelockert, aber nie mehr aufgegeben und im Zweiten Weltkrieg sogar verstärkt worden sei.

Mit wenigen Abstrichen - die deutsche Wehrpflicht war schließlich eine Variante staatlichen Zwangs - waren die Verhältnisse im Deutschen Reich nicht viel anders.

Der Staat sorgte für Recht und Ordnung, setzte die Rahmenbedingungen und überließ es den Bürgern, ihr Leben in Selbstverantwortung frei zu gestalten. Sozialismus und schleichende Enteignung wurden ebenso wie das ungedeckte Inflationsgeld erst mit dem Krieg akzeptabel. Undenkbar auch, dass die erarbeiteten Einkommen grundsätzlich zur Disposition des Staates standen und dass die herrschende politische Klasse verfügen konnte, wie viel dem Steuerzahler davon überlassen wurde. Die Belastung pro Kopf in Form von direkten und indirekten Steuern belief sich 1913 in Deutschland auf 54,62 Mark, in Frankreich auf umgerechnet 72,10 Mark und in England auf 89,92 Mark.[7] Um in Euro umzurechnen, multipliziert man mindestens mit zehn, allerdings mit dem Vorbehalt, dass Kaufkraftvergleiche zwischen der goldgedeckten Mark und dem Euro allein wegen der ganz unterschiedlichen Warenkörbe nicht annähernd genau sein können.

Schwierig gestaltet sich auch der Vergleich der Sozialausgaben, weil die finanzstatistischen Methoden unterschiedlich waren. 1908 gab der deutsche Staat für soziale Zwecke 1,69 Mark pro Kopf aus, der englische umgerechnet rund 0,07 Mark, der französische 0,27 Mark. Der größere Teil der Hilfe für die Armen wurde von privaten Einrichtungen aufgebracht.

Auch bei den Staatsschulden schnitt das Deutsche Reich nicht schlecht ab. Nach dem Stand von 1912 beliefen sie sich auf 20,5 Milliarden Goldmark beziehungsweise 310 Mark je Einwohner, was damals als hoch empfunden wurde.

In Großbritannien waren es 324 Mark pro Kopf, in Frankreich 658. Ohne die Schulden der Eisenbahn, die

mit 9,4 Milliarden Mark in den Gesamthaushalt eingestellt waren, reduziert sich die deutsche Pro-Kopf-Verschuldung auf 167 Mark.[8] In England war die Bahn nicht Bestandteil des Staatshaushaltes. In Bayern zum Beispiel kostete eine Arbeiterfahrkarte, die vor allem den Pendlern zugutekommen sollte, nur einen Pfennig je Kilometer.

Damit soll nicht gesagt sein, dass im alten, stolzen Europa alles besser gewesen wäre als 100 Jahre später. Man kann nur Punkt für Punkt vergleichen, Fakten aufzeigen und Trends beleuchten. Zum Beispiel wird von manchen deutschen Historikern, die sich in die fixe Idee vom »deutschen Sonderweg« verrannt haben, so getan, als hätten die Deutschen die Demokratie erst noch entdecken oder importieren müssen, als sie von den Briten längst praktiziert wurde.

Wenn das tatsächlich so wäre, warum galt dann im Kaiserreich von Anfang an das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, wohingegen es in England erst 1918 eingeführt wurde? Selbst unter dem Drei-Klassen-Wahlrecht in Preußen war ein größerer Teil der Bevölkerung wahlberechtigt als in Großbritannien. In Deutschland wurden die Wahlen korrekt durchgeführt, in England und in Frankreich wurde massiv manipuliert. (Die Frauen allerdings durften in allen Ländern erst nach dem Krieg wählen.)

In ihrem voluminösen Porträt der Welt vor 1914 (*The Proud, Tower, Der stolze Turm)* schildert die amerikanische Autorin Barbara Tuchman die sozialen Probleme in Großbritannien, die alles überschattet und erst nach der Jahrhundertwende Maßnahmen vonseiten des Staates aus-

gelöst hätten. Im reichsten Land der Welt hätte ein Drittel der Bevölkerung in chronischer Armut gelebt, »unfähig, die primitivsten Bedürfnisse eines animalischen Lebens zu befriedigen«. In England war, so Tuchman, die wirtschaftliche Ungleichheit besonders groß.[9]

Barbara Tuchman erwähnt ein Chemiewerk in Glasgow, in dem sieben Tage die Woche je zehn Stunden gearbeitet wurde, ohne Mittagspause. Die Arbeiter verzehrten ihr Brot, während sie an den Ofen standen. Wer von ihnen sonntags freinahm, dem wurde der Lohn am Montag gestrichen. Arbeiter, die ohne Erlaubnis einen Tag fehlten, konnten verhaftet werden. In Deutschland wurde hingegen 50 Stunden die Woche gearbeitet, die Firma Bosch ging voran mit der Einführung der 48-Stunden-Woche.

In den »satanischen« Slums, so Tuchman, vegetierten die Bewohner auf engstem Raum inmitten von Ungeziefer. Ein Blatt Papier auf dem Boden diente als Toilette. »Die Kinder waren unterentwickelt und blass, mit verfaulten Zähnen, und falls sie zur Schule gingen, saßen sie teilnahmslos an ihren Pulten oder schliefen ein.« Die Kaufkraft der Löhne sank, und das »menschliche Material«, wie es Tuchman nennt, verschlechterte sich. Die Mindestgröße für Rekruten der britischen Freiwilligenarmee musste im Jahr 1900 auf fünf Fuß herabgesetzt werden. Erst nach der Jahrhundertwende konnte die *Labour Party* in das Parlament einziehen.[10]

Als die Deutschen noch glaubten, dass alles nur besser werden konnte

Im Deutschen Reich, wo die Arbeitslosigkeit trotz kurzfristiger Ausreißer nach oben oft nicht höher als ein bis zwei Prozent war und jedenfalls weit unter der britischen und französischen lag, »wich die Armut an die sozialen Ränder aus« (Michael Stürmer). Breiten Bevölkerungsschichten ging es zunehmend besser - bemerkenswert auch deswegen, weil die Industrialisierung lange nach der in England eingesetzt hatte. Massenarmut und Hungersnöte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren nur noch eine böse Erinnerung. Noch am Vorabend des Krieges blickten die Deutschen selbstbewusst, stolz und fortschrittsgläubig mit unerschütterlichem Optimismus in die Zukunft. Das Deutsche Reich war mit großen Schritten in die Moderne eingetreten, Wilhelm II. den »Industriekaiser« zu nennen ist nicht falsch. Trotz allen Wandels schienen die grundlegenden Werte, Wahrheiten und Sicherheiten unerschütterlich.

Von 1871 bis 1913 stieg der durchschnittliche Jahresverdienst der Arbeitnehmer in Industrie, Handel und Verkehr von 493 auf 1083 Mark. Real, das heißt inflationsbereinigt, verdoppelte er sich. Bis 1900 hatten sich die Lebenshaltungskosten nicht verändert, erst danach setzte eine Teuerung ein, die freilich nicht als permanent empfunden wurde.

Unter dem Regime des Goldstandards wechselten sich Perioden fallender Preise mit solchen steigender ab. Der Geldvermehrung waren Grenzen gesetzt, weil Banknoten jederzeit gegen Gold eingetauscht werden konnten.

Da die Zinsen über der Inflationsrate lagen, falls die Preise überhaupt anzogen, wurde mit Anleihen zuverlässig und langfristig ein Zuwachs an Kaufkraft erzielt, sodass für das Alter gespart werden konnte. Die schleichende Enteignung durch überhöhte Steuern, Inflationierung und kalte Progression war noch nicht Teil des Systems.

Die Aktienkurse bewegten sich nach dem Einbruch in den 18/0er-Jahren im Trend klar nach oben, allerdings unter großen Schwankungen, wobei die Kurse fielen, wenn die Arbeitslosigkeit einmal zunahm, und zulegten, wenn sie wieder zurückging - und nicht umgekehrt nach Art des modernen perversen Finanzsystems.

Die Banken widmeten sich in erster Linie der Aufgabe, die Wirtschaft und die Zukunftsindustrien zu finanzieren - und dies mit größerem Kapitaleinsatz als die Geldinstitute in England. Ohne die Rolle der Großbanken wäre der wirtschaftliche Aufstieg des Reichs nicht vorstellbar gewesen. Die meisten von ihnen sind im Laufe der Zeit verschwunden, so die Disconto Gesellschaft, die Berliner Handels-Gesellschaft oder die Darmstädter Bank. Die Deutsche und die Commerzbank, beide 1870 gegründet, haben Kriege, Währungsreformen und die Große Depression überlebt. Ebenfalls die Allianz und die Münchener Rück, beide gegründet unter maßgeblicher Beteiligung des Bankiers Wilhelm von Finck.

Zeitgenossen, die in der EU die ultimative europäische Errungenschaft sehen, wird es verwundern, dass am Vorabend des Weltkrieges acht Prozent des deutschen Außenhandels mit den USA abgewickelt wurden (so viel wie heutzutage) und 75 Prozent mit Europa. Dies ganz ohne die angeblich unentbehrliche Tätigkeit von 40 000 über-

bezahlten EU-Bürokraten, ganz ohne die Kommissare und Räte und Komitees in Brüssel, ohne deutsche Nettozahlungen, die irgendwo in den Weiten des Kontinents versickern, und ohne Hunderte von Milliarden an Targets-Forderungen der deutschen Zentralbank, mit denen seit Jahren Außendefizite und Kapitalflucht in Südeuropa finanziert werden. Um mit dem klugen Grundsatz zu brechen, dass jede Nation für ihre Finanzen und ihre Schulden selbst verantwortlich ist, musste erst der Euro eingeführt werden. Zuvor figurierte der Zugriff auf die Mittel eines anderen Staates unter dem Begriff Reparationen.

Der Einwand, dass ein Europa, in dem die einen in die Taschen der anderen greifen, einem Europa vorzuziehen ist, das sich bekriegt, sticht nicht, weil dies keine Alternative darstellt. Wie es kam, dass Europa sich nach 1914 selbst zerstörte, ist das Thema dieses Buches.

Resultat zweier sinnloser Weltkriege war der Aufstieg neuer Weltmächte und die Selbstentmachtung der europäischen Nationen, deren Feindschaften längst ausgeglüht sind. Eine vernünftige Form des Zusammenlebens, ob mit oder ohne EU und Euro, müssen sie erst noch finden, nachdem sie durch ihre Eliten nach der Wende zum 21. Jahrhundert in ein neuerliches Desaster gestürzt wurden. Diesmal nicht in ein militärisches, sondern in ein wirtschaftliches und finanzielles. Um Schulden aufzutürmen, wie sie der Euro überhaupt erst ermöglicht hat, mussten früher Kriege geführt werden. Die Torheit der Regierenden bleibt, sie äußert sich nur anders und sucht sich neue Objekte.

Willy, Nicky und Bertie: Majestäten unter sich

Betrachtet man Fotos der Majestäten Europas aus der Zeit vor und nach der Jahrhundertwende, Bilder der Dynastien, die engsten gesellschaftlichen Umgang miteinander pflegten, Bilder von uniformierten Herren, die auf Du und Du standen - dann kann der Eindruck entstehen, 1914 seien drei große Familien aufeinander losgegangen.

Ein Foto aus dem Jahr 1894 zeigt zwei füllige Damen in schwarzen Gewändern: links die verwitwete, mürrisch blickende Queen Victoria, die »Großmutter Europas«, die einer ganzen Epoche den Namen gab, und daneben ihre älteste Tochter, die Kaiserin Friedrich, Witwe des 1888 verstorbenen Kaisers Friedrich III., der nur 99 Tage geherrscht hatte, des Vaters von Wilhelm II. Der steht hinter den beiden Frauen und neben ihm Edward, einer der Söhne der Queen und Onkel des Kaisers, 1894 noch Prinz of Wales, von 1901 bis 1910 als Edward VII. König von Großbritannien und Irland.

Victoria, Königin von Großbritannien und Irland 1837 -1901

Auf einem anderen Foto inspizieren Wilhelm II. und Nikolaus II., der Zar von Russland, der mit einer deutschen Prinzessin

verheiratet war, nach gemeinsamer Jagd im deutschen Osten die erlegte Strecke.

Aus dem Jahr 1912 (nur zwei Jahre vor Kriegsausbruch!) stammt eine Ablichtung, auf der der englische König Georg V., der Nachfolger Edwards, bei einem Besuch in Deutschland zu sehen ist. Der König trägt die Uniform des (deutschen) 1. Garderegiments zu Fuß, dessen Ehrenoberst er ist - und Wilhelm II. steht neben ihm in britischer Uniform.

Noch später, 1913, fuhren »Nicky« und »Willy«, der Zar und der Kaiser, anlässlich eines Staatsbesuches in einer offenen Kutsche durch Berlin - jeder in der Uniform des anderen Landes. Uniformen zu tauschen und hohe militärische Ränge der wenig später bekämpften Nation zu bekleiden war fast schon eine Selbstverständlichkeit.

Wilhelm II., in dessen Schränken Uniformen für jeden denkbaren Anlass hingen und dem nichts anderes übrig blieb, als sich an manchen Tagen mehrmals umzuziehen, legte viel Wert auf solche Äußerlichkeiten, aber nicht nur er. Das Gepränge diente eben auch der Pflege gegenseitiger Freundschaft. Nachdem die Königin Viktoria Wilhelm II., dem sie öfters Briefe mit großmütterlichen Ermahnungen schickte, zum Admiral der englischen Flotte ernannt hatte, fand der Kaiser, er brauche nun auch eine englische Armeeuniform, weil er doch schlecht bei Paraden ein Pferd in Admiralsuniform reiten könne.

Zunächst sträubte sich die Queen. »Dieses Fischen nach Uniformen auf beiden Seiten ist bedauerlich«, schrieb sie ihrem Sekretär." Sie ließ sich dann doch umstimmen. Wilhelm wurde ehrenhalber zum Chef der 1. Königlichen

Dragoner ernannt. Sein Onkel Edward wiederum, der für militärische Dinge ansonsten kein Verständnis hatte, wurde 1895 zum Chef der Preußischen Dragoner befördert. Bertie, wie sie ihn alle nannten, war begeistert.

1895, nach dem Amtsantritt einer konservativen Regierung in London ohnehin gutes Wetter zwischen den Deutschen und den Engländern herrschte, kamen auch Neffe und Onkel (Bertie war damals noch Prince of Wales) ausnehmend gut miteinander aus. Meist allerdings war das Verhältnis gespannt. Sie lästerten gerne übereinander. Ihre Charaktere konnten nicht unterschiedlicher sein. Der Preuße: intelligent, hochbegabt, schneidig, dominierend. Der Engländer: ein Genussmensch, amourösen Abenteuern zugetan (daher seine Schwäche für Paris), weichlich und beleibt, sodass er schließlich das Reiten aufgeben musste. Von militärischen Angelegenheiten hatte Bertie keine Ahnung, und er war auch sonst kein großes Licht - auch nach Meinung seiner Mutter nicht, die ihm als Thronfolger keine allzu wichtigen Dinge anvertrauen mochte.

Ganz anders gestaltete sich das Verhältnis zwischen Willy und Nicky, der von 1894 bis 1917 als Zar Nikolaus II. auf seinen Vater Alexander III. folgte. Von Jugend an war es sein »Traum«, wie er sich einmal ausdrückte, die Prinzessin Alix von Hessen-Darmstadt zu heiraten, eine Enkelin der Königin Victoria und damit leibliche Cousine Kaiser Wilhelms. Ihre Mutter Alice, die Zweitälteste Tochter von Königin Victoria, hatte sich für das Kind den Namen Alix einfallen lassen, weil sie sich daran störte, dass die Deutschen das englische »Alice« falsch aussprachen.

Erst lehnte der Zar die Verbindung ab, weil er sich eine bessere Partie für den Zarewitsch vorgestellt hatte, dann

sagte Prinzessin Alix Nein, weil sie als tiefgläubige Protestantin nicht zur Orthodoxie übertreten wollte, was aber eine unabdingbare Voraussetzung der Heirat war.

Dass die Liebesheirat schließlich doch zustande kam, war Wilhelm zu verdanken. Als der Bruder der Prinzessin, der Großherzog von Hessen, 1894 Victoria, die Tochter des Herzogs von Edinburgh, heiratete, reiste Nikolaus wie der Rest der Verwandtschaft nach Darmstadt, um der Hochzeit beizuwohnen - und um die Hand der Prinzessin anzuhalten.

Nikolaus II., ein äußerst schüchterner Mann, hatte schreckliche Angst, er werde sich eine Absage einhandeln. Bernhard Fürst von Bülow schildert in seinen Memoiren, wie Wilhelm sich der Sache annahm: Er fasste Nikolaus »in seiner frischen und zugreifenden Art unter dem Arm, führte ihn in dessen Zimmer, ließ ihn dort seinen Säbel umschnallen, die Pelzmütze in die Hand nehmen, steckte ihm einige Rosen in die Hand und sagte zu ihm: >Nun gehen wir und halten um Alix an.<«[12]

Die Prinzessin sträubte sich noch immer. Wilhelm hakte nach und redete ihr gut zu, fuhr mit ihr noch einmal zu Nikolaus, der sich immer noch in Deutschland aufhielt, schob beide in ein Zimmer, wo die Prinzessin »wie ein Kind« weinte und schließlich doch in die Heirat einwilligte. Noch im selben Jahr starb Zar Alexander III., Nikolaus bestieg den Thron. Sie heirateten und verbrachten die Flitterwochen in England, wo Alix als Kind wegen des frühen Todes ihrer Mutter größtenteils aufgewachsen war.

Dank der Heiratsvermittlung stand Wilhelm bei Nikolaus hoch im Kurs, und er glaubte, das gute persönliche Verhältnis dazu nutzen zu können, 1905 von Monarch zu

Monarch, an den Regierungen vorbei, einen deutsch-russischen Vertrag abschließen zu können. Ein Irrtum, wie sich herausstellte.

Als Zarin wurde Prinzessin Alex Fjodorowna, wie sie sich nun nannte, in Russland nie beliebt. Sie mied gesellschaftliche Anlässe, ihr Französisch war mäßig, damals ein Malus in der russischen Oberschicht. Sie wurde zunehmend wegen ihrer deutschen Geburt angefeindet. In der Nacht zum 17. Juli 1918 wurde sie zusammen mit ihrem Mann, ihrem Sohn, den vier Töchtern und den Bediensteten in Jekatarinburg von den Bolschewisten ermordet. Der englische König Georg V. hatte dem Kriegsverbündeten und der Enkelin Königin Victorias das Asyl in England verweigert.

Angesichts des Umstandes, dass im Vorkriegseuropa die herrschenden Häuser alle miteinander verwandt waren, dass sie sich das ganze Jahr über zu Hochzeiten, in den Ferien und zu allen möglichen gesellschaftlichen Anlässen trafen, wobei dank der damals selbstverständlichen Vielsprachigkeit Dolmetscher im privaten Umgang ebenso wie bei Gipfelkonferenzen überflüssig waren, muss es verwundern, wie dieses Europa trotz so vieler Gemeinsamkeiten scheinbar unerbittlich in den Krieg treiben konnte.

Schließlich hing von den vier Monarchien einschließlich Österreich-Ungarns, von denen nur eine überlebte, das Schicksal des Kontinents ab. Das republikanische, revanchistische Frankreich, dessen Absichten sich auf das Eisass und auf Lothringen richteten, war allein nicht stark genug, um einen Krieg loszutreten. Zwar kein Satellit Englands, segelte Frankreich doch mehr und mehr im

Windschatten der Weltmacht. Voraussetzung eines Konfliktes mit dem Deutschen Reich war, dass England auf französischer Seite stand.

Am Ende hatten die Staaten keine Freunde mehr, nur noch Interessen

Die Erklärung dafür, dass das Haus Sachsen-Coburg-Gotha (im Krieg umbenannt in Windsor, um der Deutschfeindlichkeit Tribut zu zollen), dass die Romanows und Hohenzollern die Tragödie nicht abwenden konnten, ist eine doppelte.

Zum einen wurde konkrete Politik mit ihren Bündnissen und Geheimabkommen letzten Endes nicht von den Monarchen gemacht, sondern von den Kabinetten, den Außenministern und den nationalen Eliten. Nur Wilhelm II., der auf die außenpolitische Strategie Berlins energisch Einfluss zu nehmen suchte, spielt in dieser Hinsicht eine herausgehobene Rolle. Es stellte sich heraus, was Otto von Bismarck immer gewusst hatte: dass Staaten keine Freunde haben, sondern Interessen. Russland, Großbritannien, Frankreich, auch Österreich-Ungarn - sie alle folgten den traditionellen Zielen ihrer Außenpolitik.

Zum anderen strich der Wind des Wandels über Europa. Demokratische Tendenzen samt den Untugenden dieser Regierungsform gewannen Einfluss auf die große Politik. Die öffentliche Meinung, politische Lobbygruppen und die Agitation der Presse konnten nicht mehr einfach ignoriert werden. Vergangen waren die Zeiten des Absolutismus, in denen kühl kalkulierte, rationale Kabinetts-

politik exekutiert wurde, in denen im Zuge begrenzter Kriege nie die Existenz des Gegners infrage gestellt wurde. Die Monarchen ebenso wie die Regierungen waren nicht mehr unabhängig von den Leidenschaften ihrer Völker.

In seinem genialen, 1840 abgeschlossenen Werk über die *Demokratie in Amerika* prophezeite Alexis de Tocqueville nicht nur den Aufstieg der Großmächte USA und Russland (ein Resultat beider Weltkriege) und den Sieg der Gleichheit über die Freiheit (und damit eine neue Form des Despotismus), er analysierte auch den künftigen Zusammenhang zwischen Krieg und Demokratie:

»Es ist einerseits sehr schwierig, demokratische Völker in einen Krieg zu verwickeln, andererseits auch fast unmöglich, dass zwei sich isoliert bekriegen. Die Interessen aller sind so verflochten, ihre Meinungen und Bedürfnisse so übereinstimmend, dass keines von ihnen sich teilnahmslos verhalten kann, wenn die anderen in Bewegung sind. Die Kriege werden also seltener, greifen aber, wenn sie ausbrechen, weiter aus.«[13]

Ein Szenario, das im 20. Jahrhundert, dem verlorenen Jahrhundert Europas, mit seinen zwei totalen Kriegen bittere Realität werden sollte.

Bismarck, der Kaiser und die russische Karte

Unter dem Diktat der Geografie

In einem Land, in dem Geografie und Geopolitik längst aus dem Vokabular der Politiker gestrichen wurden, in dem ganze Wahlkämpfe um soziale Wohltaten und das richtige Maß an Umverteilung kreisen, wird die Beschäftigung mit der internationalen Politik des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts zu einem Ausflug in eine fremde, faszinierende Welt.

In einem Land, das nach 1945 unter Militärverwaltung gestellt wurde, nach dem Stand vom Sommer 2013 immer noch von den Amerikanern »total überwacht« wurde und nach Meinung eines so leidenschaftslosen Beobachters wie Peter Scholl-Latour »kein souveräner Staat ist«[14], kostet es Mühe, sich in eine Zeit zu versetzen, da Deutschland auf Augenhöhe mit anderen Großmächten verhandelte, Allianzen schloss und eigene Interessen mit den damals üblichen Mitteln durchzusetzen versuchte.

Als die europäischen Großmächte die Welt beherrschten, als Kriegsflotten unterhalten wurden, um Kolonien und Seewege zu schützen, als der Eisenbahnbau weite Territorien wirtschaftlich erschloss, als das Kaiserreich das Projekt der Bagdadbahn vorantrieb - da wurden große Räume erforscht, überwunden, erobert.

Mit der Entwicklung der modernen Geografie entstand das, was die Angelsachsen unter Geopolitik und Geostrategie verstehen - eine Disziplin, die den Deutschen als wissenschaftliche Beschäftigung nach der Niederlage 1945 von den Siegermächten verboten wurde.

So geht die Idee von Eurasien als der »Weltinsel« auf den Briten Sir Haiford Mackinder zurück. Er verkündete: »Who rules the World Island, rules the World.« Wer die Weltinsel beherrscht, der beherrscht die Welt. Mackinder beeinflusste den amerikanischen Strategen Henry Kissinger ebenso wie Professor Karl Haushofer, den führenden Vertreter der Geopolitik in Deutschland, der im März 1946 unter mysteriösen Umständen in der Nähe seines Landsitzes in Oberbayern zu Tode kam und längst in Vergessenheit geraten ist.

Auch der amerikanische Vordenker Zbigniew Brzezinski muss dieser Schule zugeordnet werden. Er schrieb einmal: »Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien.« Und vom späteren Präsidenten Harry Truman stammt aus dem Jahr 1942 folgende Begründung des amerikanischen Eintritts in den Zweiten Weltkrieg: »If we see that Germany is winning, we should help Russia. And if Russia is winning, we ought to help Germany.« Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen. Und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen.'[5] Eine Logik, die uns zurückführt in die Denkmuster der angelsächsischen Gleichgewichtspolitik vor 1914.

Dass Geografie immer auch einen politischen und militärischen Faktor darstellt, ist eine längst vergessene Binsenweisheit. Dass Italien während des Ersten Weltkrieges

den Dreibund verließ und auf die andere Seite wechselte, hatte auch damit zu tun, dass die lange Küste des Stiefels gegen die französischen und britischen Flotten nicht verteidigt werden konnte. Dass England immer auf Distanz zum Kontinent blieb und in zwei große Kriege eingriff, ohne die eigene Existenz ernsthaft zu riskieren, erklärt sich in der Hauptsache aus der Insellage und dem militärischen Schutz, den der Kanal bot. Dass Russland aggressiver als Deutschland agieren konnte, war eben auch der Größe des Landes geschuldet, die eine Eroberung unmöglich machte und macht.

Alternativen deutscher Außenpolitik

Deutschlands Schicksal war die Mittellage mit dem grundsätzlichen Risiko eines Zweifrontenkrieges. Sie ließ eigentlich nur zwei Optionen zu: entweder eine deutsche Hegemonie in Europa oder aber ein System von Bündnissen, das den Krieg verhindern sollte. An Letzterem arbeitete Fürst Otto von Bismarck bis zu seinem Rücktritt 1890 mit unbeirrbarer Konsequenz und mit unerschöpflichem Einfallsreichtum.

Ob eine dritte Option praktikabel gewesen wäre, sei dahingestellt. Gemeint ist die Option, militärisch stark und neutral, sozusagen als »große Schweiz«, sich aus allen Händeln herauszuhalten. Genau davon träumten die Gegner Konrad Adenauers, als Stalin 1952 sein Angebot einer Wiedervereinigung machte. Der Haken dabei war, dass Stalin an ein militärisch impotentes Deutschland dachte, dass damit in der Mitte Europas ein für sowjetischen

Einfluss offenes Vakuum entstanden wäre, aber auch, dass die USA als Besatzungsmacht in Westdeutschland nicht im Entferntesten daran dachten, sich auf Frankreich und die Beneluxländer zurückzuziehen. Sie hätten sich damit gegenüber der Sowjetunion in eine prekäre, kaum haltbare Position manövriert.

So oder so stellte sich die Bündnisfrage für Deutschland unter dem Diktat der Mittellage immer wieder. Sie tauchte schemenhaft noch einmal auf, als Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen den amerikanischen Krieg im Irak opponierte und als über einen deutsch-französisch-russischen Block orakelt wurde - eine Fata Morgana, die an Spekulationen über ein gegen England gerichtetes Kontinentalbündnis zwischen Frankreich, Deutschland und Russland in der Mitte des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts erinnerte. Ein Bündnis, das die Weltpolitik des 20. Jahrhunderts in eine völlig andere Richtung gelenkt hätte.

Nach Gründung der Bundesrepublik 1949 unter Aufsicht der Westmächte, nach dem Eintritt in die NATO und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist die Bündnisfrage für Deutschland grundsätzlich entschieden. Sie ist aber nicht vollständig aus der Welt. Zumindest können Akzente verschoben, Prioritäten anders gewichtet werden. Wir müssen nur die frühere Weltmacht Großbritannien mit den Vereinigten Staaten austauschen und Österreich-Ungarn wegdenken, dann bleibt es dabei, dass sich deutsche Außenpolitik mit dem Verhältnis zu den Angelsachsen, zu Frankreich und Russland zu befassen hat.

Das Schema passt selbst auf Konrad Adenauers Außenpolitik mit ihrer Westbindung. Erst favorisierte er die

Europäische Verteidigungsgemeinschaft zusammen mit Frankreich. Dann, nachdem der Vertrag in der französischen Nationalversammlung gescheitert war, setzte er stärker auf die USA. Im Juni 1962 schlug Adenauer den Sowjets einen »Burgfrieden« vor, ohne die amerikanische oder die französische Regierung davon zu unterrichten.

Schließlich suchte er wieder den Schulterschluss mit Frankreich. Am 22. Januar 1963 wurde der deutsch-französische Vertrag unterzeichnet, der jedoch von den pro-amerikanischen Atlantikern in der CDU um Außenminister Gerhard Schröder unterlaufen wurde. In seinen Gesprächen mit de Gaulle hatte der Bundeskanzler gegen die »Hypereuropäer« polemisiert und England verdächtigt, es wolle auf dem Kontinent das alte Spiel des »divide et impera« betreiben. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit räumte er den »absoluten Vorrang« ein.[16]

Und als die Wiedervereinigung zur größten Überraschung der Regierung Kohl auf die Tagesordnung kam, konnte die Bundesregierung zumindest theoretisch für den Austritt aus der NATO und für die Neutralität optieren. Das aber hätte eine riskante Anlehnung an Moskau bedeutet - ganz abgesehen davon, dass die wirtschaftlichen und politischen Eliten der Bundesrepublik sich gegen einen solchen Weg gestellt hätten.

Realistischer war eine andere Wahlmöglichkeit. Deutschland hätte das amerikanische Angebot eines »besonderen Verhältnisses« als Juniorpartner der USA annehmen und dafür auf den Euro verzichten können, dies allerdings um den Preis der deutsch-französischen Partnerschaft. Helmut Kohl selbst hat zugegeben, dass er »gegen deutsche Interessen« handelte, als er die Deutsche

Mark gegen alle ökonomische Vernunft opferte und in die Entmachtung der Deutschen Bundesbank einwilligte. Die Äußerung fiel in einem Gespräch des Kanzlers mit dem amerikanischen Außenminister James Baker im Dezember 1989 drei Tage nach dem entscheidenden EG-Gipfel in Straßburg.[17]

Bismarck und Wilhelm I., ein ideales Gespann

Das Kaiserreich hatte einen unvergleichlich größeren außenpolitischen Spielraum als die Bundesrepublik Deutschland. Zugleich war die Lage in Europa sehr viel komplizierter und gefährlicher. Um den langen Weg in den Krieg nachzuzeichnen, ist es nützlich, die Epoche zu teilen: in die Zeit vor und nach Bismarcks Sturz 1890. Dann lässt sich die entscheidende Frage besser beantworten, was die Nachfolger des »eisernen Kanzlers« falsch machten, wo sie von den Prinzipien seiner Politik abrückten und ob der Krieg hätte vermieden werden können.

Genau genommen brachte nicht das Jahr 1890 den Einschnitt, sondern 1888, als Kaiser Wilhelm I. starb und im gleichen Jahr der 29-jährige Wilhelm II. nach dem frühen Tod Friedrichs III., seines Vaters, den Thron bestieg.

Als König von Preußen seit 1861, als Deutscher Kaiser seit 1871, hatte Wilhelm dem Kanzler der deutschen Einheit Rückendeckung und immer wieder freie Hand gegeben. Die gegenseitige Wertschätzung war ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten unerschütterlich. Gute Beziehungen zu Russland, dem Waffenbruder in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, hatten für Wilhelm I. Prio-

Links: Otto von Bismarck, Reichskanzler 1871-1890.
Rechts: Wilhelm /., Deutscher Kaiser 1871-1888

rität vor anderen Bündnissen. Als Fürst Bismarck 1879 den Zweibund mit Österreich-Ungarn einfädelte, gab Wilhelm I. nur unter größten Bedenken sein Plazet. Er befürchtete nicht zu Unrecht, dass dadurch Russland von Deutschland entfremdet würde.

Von Wilhelm I. stammt das bekannte Bild von den fünf Kugeln, mit denen Bismarck gleichzeitig jongliert habe. Richtig ist das Bild, wenn es auf die Virtuosität Bismarcks anspielt, der in der Außenpolitik eine Kunst sah, keine Wissenschaft. Schief wäre es, wenn wir annähmen, dass alle Kugeln gleichzeitig bewegt werden mussten.

Die Feindschaft Frankreichs, das Elsass-Lothringen nur in einem Krieg zurückgewinnen konnte, musste als gegeben hingenommen werden. Im Alleingang hatte

Frankreich gegen das preußische Heer, dessen Verstärkung für Wilhelm I. immer eine Herzensangelegenheit war, keine Chance. Frankreich konnte nur im Bündnis mit einer anderen Macht gefährlich werden, und dafür kam in erster Linie Russland infrage - eine Großmacht, die im deutsch-französischen Krieg 1870/71 wohlwollende Neutralität gewahrt und sich nicht gegen die deutsche Einheit gestellt hatte, die keine Gebietsansprüche gegen Deutschland erhob, die nicht als »natürlicher Gegner« eingestuft werden musste.

England spielte im außenpolitischen Kalkül des Deutschen Reiches eine eher untergeordnete Rolle, solange das Königreich in Afrika mit französischen und in Asien mit russischen Ambitionen zusammenstieß - eine für Deutschland günstige Konstellation. Erst als sich England mit Frankreich über Afrika verständigte und mit Russland über Asien, konnte in Deutschland die Furcht vor der »Einkreisung« aufkommen.

Panslawismus und der Kampf um den Balkan

In der Gemengelage, die die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland vergiftete, Deutschlands Außenpolitik komplizierte und schließlich den Weg in den Krieg ebnete, lassen sich drei Ingredienzien ausmachen.

An erster Stelle ist die innere Schwäche des Osmanischen Reiches zu nennen, das sich in seiner weitesten Ausdehnung bis nach Nordafrika, bis auf die Arabische Halbinsel und in Europa bis nach Bosnien-Herzegowina,

Serbien, Bulgarien und Rumänien erstreckte. Nördlich davon lag die österreichisch-ungarische Militärgrenze, östlich davon das Reich des Zaren. Aufstände brachen aus, die Türkei konnte den Großteil ihrer europäischen Besitzungen nicht halten. Rumänien, Bulgarien, Serbien und Montenegro wurden selbstständig. Wien und St. Petersburg gerieten über die Aufteilung der türkischen Hinterlassenschaft in Streit.

Zudem wurde der russische Expansionismus angeheizt und ideologisch aufgeladen durch die panslawische Agitation. »Möglich und unabwendbar ist der Kampf des Slawentums mit Europa«, verkündete Nikolaus Danilewski schon 1869. Oswald Spengler sprach 1919 von einem »wahrhaft apokalyptischen Hass«, der sich gegen Europa aufrichte.

Und Karl Marx schrieb 1855 m der Ne^e« *Oder-Zeitung*: »Panslawismus ist eine Bewegung, die ungeschehen zu machen strebt, was eine Geschichte von tausend Jahren geschaffen hat, die sich nicht verwirklichen kann, ohne die Türkei, Ungarn und eine Hälfte Deutschlands von der Karte Europas wegzufegen, die, sollte sie dies Resultat erreichen, seine Dauer nicht sichern kann, außer durch die Unterjochung Europas. Panslawismus hat sich jetzt umgewandelt aus einem Glaubensbekenntnis in ein politisches Programm, mit 800000 Bajonetten zu seiner Verfügung. Er lässt Europa nur eine Alternative: Unterjochung durch die Slawen oder Zerstörung für immer des Zentrums ihrer Offensivkraft - Russlands.«[18]

Die innere Schwäche der Donaumonarchie

Nüchtern betrachtet war Panslawismus nichts anderes als ein Mittel russisch-imperialistischer Politik auf dem Balkan, die auf die Zersetzung des Osmanischen und des österreichisch-ungarischen Reiches abzielte. 1914 lebten in der Donaumonarchie 52 Millionen Menschen, eine multikulturelle Gesellschaft, in der die Deutschen die Minderheit bildeten, in der sich die Industrialisierung auf Osterreich und die tschechischen Territorien konzentrierte, in der die Bevölkerung der slawischen Gebiete am schnellsten wuchs.

Den Status quo zu sichern, zu behalten, was erworben wurde, war das Maximum dessen, was die österreichische Politik erreichen konnte. Serbien, das die Südslawen der Habsburger Monarchie magnetisch anzog, war aus Wiener Sicht der eigentliche Gefahrenherd. Die Wühlarbeit der Serben bedrohte permanent die Stabilität des Reiches. Jede Großmacht wäre gegen einen solchen Nachbarn vorgegangen. Das Problem bestand darin, dass Serbien von Russland gedeckt wurde und dass eine Militäraktion gegen Belgrad das Eingreifen Russlands provozieren konnte - eines hochgerüsteten Nachbarn mit einer langen gemeinsamen Grenze, die sich vom heute polnischen Krakau bis an den Dnjestr erstreckte.

Damit ist das Dilemma der deutschen Außenpolitik hinreichend umrissen. Berlin konnte Österreich-Ungarn nicht fallen lassen, riskierte aber, in einen Konflikt mit Russland hineingezogen zu werden, in dem deutsche Interessen nicht auf dem Spiel standen. Die Kunst bestand darin, Wien zu pflegen und womöglich unter Aufsicht zu

halten und gleichzeitig die Russen nicht zu verprellen, damit sie der Versuchung widerstanden, sich mit Frankreich und England zu verständigen.

Otto von Bismarck gelang es, den Balanceakt zu meistern. »Das Grundprinzip seiner Diplomatie«, schreibt der britische Historiker A. J. R Taylor, »hieß klar und einfach: die Erhaltung Österreich-Ungarns als Großmacht, aber keine Unterstützung seiner Interessen auf dem Balkan.«[19]

Russland als Eckpfeiler von Bismarcks Außenpolitik

Zugleich machte Bismarck die Freundschaft mit Russland zum Eckpfeiler seiner Außenpolitik, worin er von seinem Herrn, Wilhelm I., vorbehaltlos unterstützt wurde, nicht jedoch von der deutschen Öffentlichkeit. Die Sozialdemokraten hassten Russland, die europäischen Juden ebenfalls wegen der Pogrome. Die Katholiken des Zentrums nahmen die Unterdrückung der katholischen Polen übel. Die Konservativen im Reichstag vertraten Agrarinteressen und sahen in den russischen Getreideexporten eine unwillkommene Konkurrenz.

Auch den Liberalen missfiel die reaktionäre russische Innenpolitik unter dem Zaren Alexander III. (1881-1894), der auf den Reformer Alexander II. (1855-1881) gefolgt war. Alexander III., ein schwerfälliger, ungebildeter Mann, stand für die brutale Unterdrückung und Russifizierung der fremden Völker in den Randgebieten, nicht nur in Polen, auch in den zu Russland gehörenden Ostseeprovinzen. Russophil war Bismarck nicht, nur hatten in

seiner Außenpolitik Sympathien oder Antipathien für auswärtige Mächte keinen Platz.

So spannte er ein Netz von Verträgen, das den Frieden sichern sollte und nach seinem Sturz mit fatalen Folgen nach und nach zerriss. Zwei Jahre nach der Gründung des Kaiserreichs unterzeichneten Graf Moltke für Deutschland und Graf Berg für Russland am 6. Mai 1873 in St. Petersburg die Deutsch-Russische Militärkonvention zur Sicherung des Friedenszustandes. Sie wurde am gleichen Tag von Wilhelm I. und Alexander II. ratifiziert. Artikel 1 lautete: »Wenn eines der beiden Kaiserreiche durch eine europäische Macht angegriffen würde, soll es in möglichst kurzer Frist mittels einer Armee von 200000 Mann Effektivbestand unterstützt werden.«[20]

Alexander III., Zar von Russland 1891-1894

Am 22. Oktober 1873 folgte das Dreikaiserabkommen zwischen Alexander II., Franz Joseph I. und Wilhelm I. Die Monarchen vereinbarten, sich untereinander auf eine »gemeinsam zu verfolgende Linie« zu einigen, falls ein Angriff einer dritten Macht den europäischen Frieden gefährden sollte.

Am 18. Juni 1881 wurde das Abkommen durch ein

weitergehendes, geheimes Dreikaiserbündnis ersetzt. Jetzt sicherten sich die drei Monarchien »wohlwollende Neutralität« zu für den Fall, dass sie sich mit einer anderen Großmacht im Krieg befinden würden. Sie verpflichteten sich, »ihre gegenseitigen Interessen auf der Balkanhalbinsel« zu beachten und nur gemeinsam über territoriale Veränderungen der Türkei zu entscheiden. In einem Zusatzprotokoll behielt sich Osterreich vor, sich später Bosnien und Herzegowina »einzuverleiben«. Der Vertrag, im Kern ein Neutralitätsabkommen, wurde auf drei Jahre abgeschlossen und im März 1884 erneuert. Damit war die am Balkan tickende Zeitbombe noch einmal entschärft.

Dass Russland den Dreikaiserbund 1881 erneuert hatte und dass das wenig begeisterte Wien 1884 bei der Stange blieb, erklärt sich aus einem überraschenden Schachzug Bismarcks im Jahr 1879. Trotz oder wegen empfindlicher Verstimmungen, die zwischen Berlin und St. Petersburg aufgekommen waren, tat der Reichskanzler den entscheidenden Schritt zur Annäherung an Österreich-Ungarn. Der unmittelbare Zweck, nämlich Stärke gegenüber Russland zu zeigen und zugleich Russland ebenso wie Osterreich im Dreikaiserabkommen zu halten, wurde erreicht.

Der umstrittene Zweibund mit Österreich-Ungarn

Hinter dem Zweibund vom Oktober 1879 verbarg sich nichts anderes als ein Verteidigungsbündnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn für den Fall, dass eines der beiden Reiche von Russland angegriffen

würde. Der Vertrag wurde immer wieder verlängert - bis hin zum Ersten Weltkrieg.

Die Österreicher waren hocherfreut, Wilhelm I. legte sich quer. Er fürchtete um die traditionelle Freundschaft mit Russland. Er sah das Risiko, das Zarenreich in Frankreichs Arme zu treiben. Bismarck bestand auf dem Vertrag, den er eigenmächtig ausgehandelt hatte, und drohte mit Rücktritt, bis der Kaiser schließlich nachgab und sich in die Erkenntnis fügte: »Bismarck ist notwendiger als ich.«

Deutschlands Sicherheit konnte der Zweibund nicht stärken. Er erhöhte eher die Gefahr eines Konfliktes mit Russland. Der britische Historiker A. J. P. Taylor schreibt in seiner Bismarck-Biografie, Deutschland sei mit dem Zweibund der Gebende und nicht der Nehmende gewesen, und Bismarck habe nie erklärt, warum er diese Verpflichtung für notwendig gehalten habe.

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass noch in den 1870er-Jahren eine Annäherung Wiens an Paris nicht ausgeschlossen werden konnte, dass das Uberleben der Donaumonarchie aus Bismarcks Sicht Teil der deutschen Staatsräson war und dass der Zweibund dem Buchstaben nach nicht mit dem Dreikaiservertrag kollidierte.

Der Vertrag über den Zweibund bezog sich auf einen Angriff Russlands, und in einem solchen Fall hätte Deutschland auch ohne Vertrag eingreifen müssen. Vor allem aber gelang es Bismarck, das latente russische Misstrauen nicht nur mit der Erneuerung des Dreikaiservertrages zu beschwichtigen, sondern auch mit dem berühmt-berüchtigten Rückversicherungsvertrag von 1887,

dem letzten großen Pfeiler einer Konstruktion, die den Frieden in Europa sichern sollte. Dass der Rückversicherungsvertrag 1890 unter einem neuen Reichskanzler nicht verlängert wurde, hat Bismarck immer für einen Fehler gehalten.

In der Mitte der 1880er-Jahre hatte der nicht mehr ganz junge Reichskanzler eine Art von Midlife Crisis überwunden. Er stand wieder auf der Höhe seiner Kraft, nachdem er einen neuen Arzt gefunden hatte. Der riet ihm dringend, das unmäßige Essen und Trinken aufzugeben. Als Fürst Bismarck das erste Mal die Praxis aufsuchte, fuhr er den Arzt an: »Ich schätze es nicht, dass man mir Fragen stellt.« Der Arzt, ein gewisser Dr. Schweninger, der ihn bis zu seinem Tod begleitete, entgegnete: »Dann holen Sie sich einen Tierarzt. Der fragt seine Patienten nicht.«

Der Fürst unterzog sich einer Abmagerungskur, ernährte sich ausschließlich von Heringen und schaffte es, seine 225 Pfund auf 180 zu reduzieren. 1884 nahm er den Vollbart ab, er begann nach zehnjähriger Unterbrechung wieder zu reiten. Ihm kamen zwar immer noch schnell die Tränen, er hatte aber keine nervösen Zusammenbrüche mehr, auch 1890 nicht, als sich Wilhelm II. von ihm trennte.[21] Zum Abstinenzler brachte er es freilich nicht. Bei seinen langen, weit ausgreifenden Reden vor dem Reichstag pflegte er mit Wasser verdünnten Cognac zu trinken. Während einer einzigen Rede soll er einmal 18 Gläser davon zu sich genommen haben.

Das also war der deutsche Staatsmann, dem zumal in den 1880er-Jahren größerer Respekt und mehr Bewunderung im Ausland als in Deutschland entgegengebracht

wurde und dessen Trinkfestigkeit gerade den Russen imponiert haben muss. 1887, ein Jahr vor dem Tod Wilhelms I., seines Protektors, gelang es ihm noch einmal, die vom Balkan ausgehende Kriegsgefahr einzuhegen und Russland, das sich im Dreikaiserbund mit Osterreich unwohl fühlte, auf seine Seite zu ziehen.

Der Rückversicherungsvertrag von 1887

Der Rückversicherungsvertrag, den Bismarck am 18. Juni 1887 in Berlin in der damals üblichen französischen Fassung unterzeichnete, wurde zum Schlussstein eines kunstvollen Systems, das seine Epigonen überforderte, aber seinen Zweck erfüllte, solange der Kanzler die Drähte zog. Haupteffekt des geheimen Rückversicherungsvertrages war es in Bismarcks Worten, »dass wir drei Jahre hindurch die Zusicherung haben, dass Russland neutral bleibt, wenn wir von Frankreich angegriffen werden«.

Mehr noch: Der Vertrag war für Deutschland eine Art von Garantie, »dass kein schriftliches Abkommen zwischen uns und Frankreich existiert, und das ist sehr wichtig für Deutschland«. So die Worte des Zaren Alexander III., der damit den Vertrag zutreffend vom deutschen Standpunkt aus interpretierte.

Tatsächlich bannte Artikel 1 die Gefahr eines Zweifrontenkrieges, weil er bei einem französischen Angriff die russische Neutralität garantierte. Damit waren französische Revanchegelüste blockiert. Wörtlich hieß es: »Für den Fall, dass eine der hohen vertragschließenden Parteien sich mit einer dritten Großmacht im Kriege be-

linden sollte, wird die andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und ihre Sorge darauf richten, den Streit örtlich zu begrenzen. Diese Bestimmung soll auf einen Krieg gegen Osterreich oder Frankreich keine Anwendung finden, falls dieser Krieg durch einen Angriff einer der hohen vertragschließenden Parteien gegen eine dieser beiden letzteren Mächte hervorgerufen ist.«

Damit war festgelegt, dass die Neutralitätsverpflichtung nicht gelten sollte, falls Osterreich Russland oder Deutschland Frankreich angriffe. Beide Szenarien waren ohnehin schwer vorstellbar. So oder so erfüllte der Rückversicherungsvertrag den Zweck, einen großen Krieg zu verhindern.

Dafür kam Bismarck den Russen weit entgegen, nach Meinung mancher Historiker zu weit. Berlin erkannte die »geschichtlich erworbenen Rechte« Russlands auf der Balkanhalbinsel an und akzeptierte ausdrücklich auch den russischen Einfluss in Bulgarien und Ostrumelien, dem südlichen Nachbarn des Königreiches Bulgarien. Mehr noch: In einem ganz geheimen Zusatzprotokoll verpflichtete sich Deutschland zu »wohlwollender Neutralität«, falls der Zar versuchen sollte, den Zugang zum Schwarzen Meer unter seine Kontrolle zu bringen.

Damit gab Bismarck den Russen den Weg zu den Meerengen und nach Konstantinopel frei - ein altes Ziel russischer Expansionspolitik. Genau dies wollten Wien und London verhindern. Schließlich wurde im Orientdreibund /wischen Osterreich, England und Italien, abgeschlossen im Dezember 1887, die Unabhängigkeit der Türkei samt der Freiheit der Meerengen bekräftigt. Damit richtete sich der Orientdreibund gegen die russischen Ambitio-

nen, während der geheime Rückversicherungsvertrag sie unterstützte.

Mit der Aufnahme Italiens, eines kleineren Spielers im Konzert der Mächte, wurde der deutsch-österreichische Zweibund 1882 zum Dreibund erweitert. Eben dieser Dreibund, der Italien an Osterreich binden sollte, wurde 1891, nach Bismarcks Rücktritt, noch einmal erneuert und blieb bis 1912 in Kraft.

Taylor nennt den Rückversicherungsvertrag »Bismarcks letzte große Tat« und bestreitet, dass er unehrlich und unmoralisch gewesen sei. Einmal abgesehen von der damals üblichen Geheimdiplomatie, spielte Bismarck durchaus mit offenen Karten. Als er in Berlin mit dem russischen Botschafter über den Rückversicherungsvertrag verhandelte, zeigte er ihm den Text des Vertrages über den deutsch-österreichischen Zweibund.

Und bei den Österreichern hatte Bismarck nie den Eindruck aufkommen lassen, das Deutsche Reich werde sich in ein Balkanabenteuer hineinziehen lassen. Die deutsche Nichteinmischung auf dem Balkan und in die Angelegenheiten des zerfallenden Ottomanischen Reiches war immer Grundprinzip seiner Politik. Falls es ernst würde, sollte sich doch England um die Dardanellen kümmern und sich den Russen in den Weg stellen.

»Die gesunden Knochen eines pommerschen Musketiers«

Ein oft zitierter Satz Bismarcks fiel am 8. Dezember 1976 im Reichstag. Kurz vor dem Ausbruch des russisch-tür-

kischen Krieges fragte der liberale Abgeordnete Eugen Richter den Reichskanzler, was er zum Schutz der deutschen Handelsinteressen zu tun gedenke. Bismarck nutzte die Gelegenheit, sich über seine Haltung zu den »orientalischen Wirren« zu äußern:

»Wenn der Herr Vorredner ein von ihm selbst als apokryph behandeltes Gerücht anführte, dass ich gesagt haben soll, im ganzen Orient stecke kein Interesse, was so viel wert wäre als der Ertrag eines pommerschen Rittergutes, so ist das irrtümlich. Es ist in allen solchen Legenden ein Stückchen Wahrheit, und a bisserle Falschheit is allweil dabei. Ich habe gesagt: Ich werde zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen nicht raten, solange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur - entschuldigen Sie die Derbheit des Ausdrucks - die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre.«"

Was Italien anbelangte, mit dem Deutschland direkt oder indirekt über verschiedene Verträge verbunden war, gab sich der Kanzler nie irgendwelchen Illusionen hin. Den Vorteil des Dreibundes zwischen Österreich, Italien und Deutschland sah Bismarck darin, dass Italien in einem Krieg zwischen Österreich und Russland neutral bleiben würde. Ansonsten hielt er wenig von den Italienern, die ihren Kolonialkrieg gegen Abessinien schmählich verloren und den Franzosen Tunesien überlassen mussten, wo sich zahlreiche Italiener angesiedelt hatten.

Italien, sagte Bismarck bei einer Gelegenheit, habe »einen Riesenappetit und sehr schlechte Zähne«. Als Italien einmal neue territoriale Forderungen stellte, mokierte er sich: »Was, hat es wieder eine Schlacht verloren?«[23] Mit

seiner Geringschätzung sollte er recht bekommen. Im Ersten Weltkrieg wechselte Italien die Seiten und band österreichische Truppen in den Alpen, die an der russischen Front gebraucht wurden.

Der Lotse geht von Bord

Im Dreikaiserjahr 1888 bestieg der junge Wilhelm II. den Thron. Am 20. März 1890 musste Otto von Bismarck seinen Abschied nehmen - nicht etwa wegen außenpolitischer Differenzen, sondern vordergründig, weil Bismarck einen mehr reaktionären und Wilhelm einen mehr liberalen innenpolitischen Kurs fahren wollten. Die deutsche Öffentlichkeit, die Bismarck erst später wieder auf ein hohes Podest stellte, war nicht gerade schockiert. Dass der »Lotse« von Bord ging, war eine (richtige) Erkenntnis, die vor allem im Ausland, nicht zuletzt in England, angestellt wurde.

Wilhelm II. wollte sich nicht bevormunden lassen. Er war entschlossen, ein persönliches Regiment zu führen, und damit war die übermächtige Stellung eines Reichskanzlers Bismarck nicht vereinbar. Dafür war Wilhelms Ehrgeiz zu groß. Bismarck, ein zur Rachsucht neigender Charakter, ließ es sich nicht nehmen, in seinen Memoiren ein wenig schmeichelhaftes Bild des Kaisers zu zeichnen. Mit kaum verhohlenem Spott schrieb er über dessen Prachtliebe, über die »Neigung zu einem durch das Kostüm gehobnen Hofzeremoniell«, über eine selbstherrliche Leitung der Regierungsgeschäfte, über des Kaisers Gabe der Beredsamkeit und dessen Bedürfnis, »sich ihrer öfter

als geboten zu bedienen«, aber auch über den Übergang »von hohenzollerschem Geiste auf coburg-englische Auffassungen«.[24] Letztere Spitze gegen den Monarchen formulierte Bismarcks Sohn Herbert drastischer. Er nannte ihn einen »Anglomanen«.

Ende der 1880er-Jahre, kurz vor seiner Demission, hatte Bismarcks Außenpolitik »ihre höchste Vollendung erreicht«, urteilt Taylor. Die Beziehungen zu Frankreich waren nicht schlecht, die zu England nie besser. Bismarck sprach sogar von einem »natürlichen Bündnis« mit Großbritannien. Er beharrte auf seinem Desinteresse am Balkan und empfahl den Österreichern, sich an London zu wenden, wenn sie Rückendeckung gegen Russland suchten. Und für die Russen war Bismarck bis zuletzt der Garant dafür, dass Deutschland nicht auf eine antirussische Politik einschwenken würde.

Im Juni 1887 hatte Bismarck den Rückversicherungsvertrag auf drei Jahre unterzeichnet. 1890 stand die Verlängerung an. Die Russen waren bereit, den Vertrag zu erneuern, Wilhelm II. zunächst auch, bis sich die neue Regierung unter Leo Graf Caprivi dagegen entschied.

Russland und Frankreich nähern sich an

Zwei Jahre später, am 17. August 1892, unterzeichneten ein russischer und ein französischer Generalstäbler eine Militärkonvention mit dem Ziel, »Maßnahmen zu einem Verteidigungskrieg vorzubereiten, der durch einen Angriff des Dreibundes hervorgerufen werden könnte«. In Artikel 8 der Militärkonvention hieß es: »Diese Streit-

kräfte (Frankreich 1 300 000, Russland 700 000 bis 800 000 Mann) werden mit Nachdruck und aller Schnelligkeit derart vorgehen, dass Deutschland zugleich sowohl nach Osten wie nach Westen hin zu kämpfen hat.« Nur zwei Jahre nach Bismarcks Sturz war sein System, das den »Albtraum« der Koalitionen gegen das Reich bannen sollte, so gut wie zerbrochen.

Die Formulierung vom »cauchemar de coalitions«, vom Albtraum der Koalitionen, findet sich in einem Aktenstück, das Bismarck anlässlich der damaligen Balkankrise am 15. Juni 1877 während der Kur in Bad Kissingen diktierte. Es ging als »Kissinger Diktat« in die Geschichte ein.

Zwei Kernsätze sollen zitiert werden: »Diese Art Alb wird für einen deutschen Minister noch lange, und vielleicht für immer, ein sehr berechtigter bleiben.« Und dann über das »Bild«, das ihm vorschwebte: »Nicht das irgendeines Ländererwerbes, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden.«[25]

Die Gier nach Eroberungen kann man seinen Epigonen nicht vorwerfen, auch nicht, dass jeder Zug auf dem europäischen Schachbrett falsch gewesen wäre - es fehlten vielmehr das nötige Maß an Gefahrenbewusstsein und eine durchdachte Strategie, einer sehr wohl erkannten und als bedrohlich empfundenen »Einkreisung« Deutschlands entgegenzuwirken.

Dass er sich Illusionen gemacht hätte, kann man Bismarck nicht unterstellen. Er registrierte sehr wohl die antideutsche Propaganda in Russland und die bedroh-

liehe Aufrüstung. In seinen Memoiren erwähnt er die »antideutsche Stimmung der jüngeren Generation« und die Feindseligkeiten des Fürsten Alexander Michajlowitsch Gortschakow, eines Schulkameraden Alexander Puschkins, der von 1856 bis 1879 als russischer Außenminister panslawistischen Kreisen entgegenkam und einer antiösterreichischen, antideutschen und profranzösischen Politik zuneigte. In seine Amtszeit fielen die Hinwendung Russlands zu einer imperialistischen Machtpolitik und der Vormarsch in Zentralasien bis an die afghanische Grenze.

Kaum war der Rückversicherungsvertrag 1887 abgeschlossen, verlegten die Russen zusätzliche Truppen an die deutsche Ostgrenze. Die deutsche Presse berichtete darüber. Von der Existenz des Rückversicherungsvertrages wusste die Öffentlichkeit nichts. Erst im Oktober 1896 enthüllte Bismarck in den *Hamburger Nachrichten* den Geheimvertrag und warf der Regierung Caprivi vor, ihn nicht erneuert zu haben. Wegen solcher Missgriffe habe Russland die »Assekuranz« in Frankreich gesucht.[26]

Schon Anfang der 1890er-Jahre bildete sich die Konstellation heraus, die zum Weltkrieg führen sollte. Im Juli 1891 stattete die französische Flotte - ein Alarmsignal - dem russischen Kronstadt einen Besuch ab. Im Dezember 1891 äußerte Alexander III. gegenüber seinem Außenminister Nikolaus von Giers: »Die Fehler der Vergangenheit müssen korrigiert und Deutschland muss bei erster Gelegenheit vernichtet werden.«[27]

Im August 1892 folgte die bereits erwähnte russisch-französische Militärkonvention. Mit einem weiteren Notenaustausch in den Jahren 1893 und 1894 war der militä-

rische Druck auf die deutschen Grenzen im Osten und Westen absehbare Realität. Im April 1904 einigten sich Frankreich und England in der *Entente Cordiale.* Im August 1907 bereinigten England und Russland in einem Vertrag ihre Differenzen in Bezug auf Persien, Afghanistan und Tibet. Das war die Einkreisung, von der Bismarcks Nachfolger sprachen und die sie zu verhindern nicht mehr in der Lage waren.

Politik mit Krediten

Wie oft in solchen Fällen halfen Kapitalflüsse nicht nur, politische Bündnisse zu zementieren - sie förderten auch die Drift zum Krieg. Frankreich war enorm reich an flüssigem Kapital, das im eigenen Land nicht investiert wurde und der Außenpolitik dienlich gemacht werden konnte. Schon Bismarck hatte sich gewundert, dass die Franzosen die ihnen 1871 auferlegten Reparationen so schnell und mühelos abzahlen konnten.

Nach dem Stand von 1914 beliefen sich die ausländischen Investitionen Frankreichs auf umgerechnet neun Milliarden Dollar. Nur die englischen waren höher. Massiv investiert wurde auf dem Balkan und in der Türkei. Dass Italien aus dem Dreibund mit Osterreich und Deutschland abgeworben werden konnte, wurde durch den italienischen Kapitalmangel beeinflusst, wenn nicht begründet, schreibt Paul Kennedy.[28]

Fast könnte man sagen, das kapitalstarke Frankreich habe Russland mit seinen chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten aus dem Bündnis mit Deutschland her-

ausgekauft. Unter der Last eines aufgeblähten Militäretats schob Russland die größte Auslandsverschuldung der Welt vor sich her und musste dafür überdurchschnittlich hohe Zinsen zahlen. Trotz beginnender Industrialisierung war die Wirtschaft rückständig und ineffizient. Exportiert wurden hauptsächlich landwirtschaftliche Erzeugnisse, importiert wurden Maschinen - die Handelsstruktur eines Entwicklungslandes.

»Vor allen Dingen«, schreibt Paul Kennedy, »steckten die Franzosen viel Geld in die Modernisierung ihres russischen Alliierten - angefangen mit der Ausgabe des ersten Kredits von Paris im Oktober 1888 bis zu dem entscheidenden Angebot von 1913, Russland unter der Bedingung 500 Millionen Francs zu leihen, dass das russische strategische Eisenbahnsystem in den polnischen Provinzen stark erweitert wurde, damit die »russische Dampfwalze< schneller mobilisiert werden konnte, um Deutschland zu erdrücken. Dies war die deutlichste Demonstration der französischen Fähigkeit, finanzielle Stärke einzusetzen, um die eigene strategische Kraft zu erhöhen. Es lag darin allerdings eine historische Ironie, denn je effizienter das russische Militär wurde, desto besser mussten die Deutschen vorbereitet sein, Frankreich schnell zu schlagen.«[29]

Kriegspolitik unter dem Einfluss von Kreditgeschäften - damit werden wir ein weiteres Mal Bekanntschaft machen, wenn wir die Hintergründe des Kriegseintritts der USA 1917 untersuchen, der die deutsche Niederlage besiegelte.

Falsch wäre allerdings der Eindruck, die Entwicklung bis zum Sommer 1914 sei geradlinig verlaufen. Es boten

sich immer wieder einmal Chancen und Gelegenheiten, die von Berlin verpasst wurden oder die sich als trügerisch herausstellten. Einen Krieg wollte weder der Kaiser noch seine Regierung. Es fehlte aber an Konsistenz, an einer beharrlichen Strategie der Kriegsvermeidung. Es gelang nicht, die Einkreisung aufzubrechen.

Die diplomatischen Winkelzüge der Ära nach 1890 nachzuzeichnen, würden den Rahmen dieses Buches sprengen. Es würde auch am grundsätzlichen Befund nichts ändern. Bismarcks System hat seine Kanzlerschaft nicht überlebt. Den Regierungen nach ihm fehlte es an Format und Professionalität. Der Kaiser und seine Minister kamen sich immer wieder in die Quere.

1905, Russlands annus horribilis

1905, nur ein Jahr, nachdem die britisch-französische *Entente* die Kräfteverhältnisse in Europa grundlegend verschoben hatte, unternahm Wilhelm II. mit großem persönlichen Einsatz und mit der ihm eigenen Energie den Versuch, dem Schicksal in die Speichen zu greifen und Russland noch einmal auf die deutsche Seite zu ziehen. Mehr noch: Er sah die Chance, einen Kontinentalblock unter Einbeziehung Frankreichs zu zimmern.

Die Ausgangslage für die deutsche Initiative hätte kaum besser sein können. Im Februar 1904 war der russisch-japanische Krieg um Korea und die Mandschurei ausgebrochen. Eine neue, in den europäischen Kanzleien völlig unterschätzte Großmacht betrat die weltpolitische Bühne. Mit einem Sieg der Japaner hatte niemand gerechnet.

Sie schlugen die Russen zu Wasser und zu Land. Im Januar 1905 kapitulierte das im heutigen China gelegene Port Arthur. Im Mai wurde die russische Ostseeflotte nach ihrer Fahrt um die halbe Welt in der Koreastraße vernichtet. Im September musste Russland die Mandschurei, Port Arthur und Südsachalin an Japan abtreten.

Innenpolitisch sah es im Reich des Zaren seit Beginn des Jahrhunderts nicht besser aus. Gegen die Aufstände der Bauern musste im Jahr 1903 eine Streitmacht ins Feld geschickt werden, größer als die Armee von 1812 gegen Napoleon, um die innere Ordnung wieder herzustellen. Nachdem das Militär im Januar 1905 eine friedliche Demonstration vor dem Winterpalais in St. Petersburg zusammengeschossen hatte, breiteten sich revolutionäre Unruhen aus. Im Oktober gründete sich in St. Petersburg der erste Sowjet (zu Deutsch: Rat) unter Beteiligung der ßolschewiki.

1905 hätte Deutschland, ohne das zutiefst geschwächte Russland fürchten zu müssen, die französische Bedrohung ausschalten können. »Wenn es für Deutschland je eine günstige Stunde gab, im Westen zuzuschlagen, dann wäre dies wahrscheinlich der Sommer des Jahres 1905 gewesen«, urteilt Paul Kennedy.[30] In Paris wurde das offenbar nicht anders gesehen: der deutschfeindliche französische Außenminister Théophile Delcassé musste auf deutschen Druck hin zurücktreten. In einer Situation, in der mit russischer Hilfe nicht gerechnet werden konnte, wollte Paris keinen Konflikt mit dem Deutschen Reich riskieren.

Wilhelm nutzte die Gunst der Stunde. Im japanisch-russischen Krieg stellte er sich auf die Seite der Russen

*Wilhelm **77.**, Deutscher Kaiser 1888-1918*

und ließ deren Baltisches Geschwader mit Kohlen aus Deutschland versorgen. Das mit Japan verbündete England protestierte, Wilhelm schlug noch 1904 dem Zaren eine deutsch-russische Allianz vor. Nikolaus telegrafierte an Wilhelm: »Würdest Du bitte den Entwurf eines solchen Vertrages skizzieren?«

Umgehend setzte der Kaiser zusammen mit Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow einen Vertrag auf und schickte ihn nach St. Petersburg. Der wichtigste Artikel: »Wenn eines der beiden Kaiserreiche angegriffen werden sollte, muss ihm sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See beistehen.« Erwünscht war zudem aus deutscher Sicht, Frankreich mit ins Boot zu holen.

Bernhard Fürst von Bülow, Reichskanzler 1900 - /909

Der Vertrag blieb zunächst in der Schublade, bis Wilhelm den Einfall hatte, anlässlich seiner jährlichen Nordlandreise ein Treffen mit Nikolaus II. zu arrangieren. Den eitlen Bülow - ein Mann, der seinen persönlichen Ehrgeiz über die Interessen des Landes stellte - nahm er nicht mit. Vielleicht auch ein Grund dafür, dass der Reichskanzler sich später daran machte, den Vertrag zu torpedieren.

Wie der Vertrag von Björkö zustande kam - und scheiterte

Am 23. Juli 1905 fuhr die kaiserliche Jacht *Hohenzollern* in die Bucht von Björkö in Finnland ein und ankerte neben dem *Polarstern* des Zaren. Die Deutschen und die Russen kamen sich schnell näher. »Im kaiserlichen Gefolge befand sich General von Moltke, der erstaunt darüber war, wie schnell der scheue und zurückhaltende Nikolaus dem reichlich ungestümen Charme des Kaisers erlag. Je

länger sie am Tisch saßen, umso mehr taute er auf. Schließlich strahlte er vor Vergnügen, lachte und sprach lebhaft; man konnte leicht erkennen, wie glücklich er war, in zuverlässiger Gesellschaft zu sein. Er und seine Suite waren von geflissentlicher Liebenswürdigkeit. Plötzlich konnten sie auch alle Deutsch sprechen; die deutschen Herren erkannten sie kaum wieder.«[31] Die Unterhaltung ging auf Kosten der Engländer im Allgemeinen und König Edwards im Besonderen. Der Zar nannte ihn den größten »Unheilstifter« und gefährlichsten Intriganten der Welt.

Am darauffolgenden Tag, dem 24. Juli, kam Wilhelm nach Verrichtung seines Morgengebetes endlich auf den Vertrag zu sprechen. »Oh ja, natürlich, ich erinnere mich gut, aber ich habe den Inhalt vergessen«, erwiderte Nikolaus, »wie schade, ich habe ihn nicht bei mir.« Wilhelm klopfte auf seine Tasche, er hatte ihn selbst eigenhändig abgeschrieben. »Er fasste mich am Arm«, schrieb Wilhelm an Bülow über die Reaktion des Zaren, »und zog mich aus dem Saal in seines Vaters Kajüte und schloss sofort alle Türen selbst. >Zeig ihn mir, bitte<. Dabei funkelten die träumerischen Augen in hellem Glänze.«[32]

Was dann geschah, schilderte der Deutsche Kaiser so: »Ich zog das Kuvert aus der Tasche, entfaltete das Blatt auf dem Schreibtisch Alexanders III. vor dem Bild der Kaiserinmutter inmitten einer Menge Fotografien von Fredensborg und Kopenhagen und legte es vor den Zaren hin. Er las es einmal, zweimal, dreimal. Ich betete ein Stoßgebet zum lieben Gott. Er möge jetzt bei uns sein und den jungen Herrscher lenken. Es war totenstill; nur das Meer rauschte, und die Sonne schien fröhlich und heiter

Nikolaus IL, Zar von Russland 1894-1917

in die trauliche Kabine, und gerade vor mir lag leuchtend weiß die *Hohenzollern*, und hoch in den Lüften flatterte im Morgenwind die Kaiserstandarte auf ihr. Ich las gerade auf deren schwarzem Kreuz die Worte >Gott Mit Uns<, da sagte des Zaren Stimme neben mir: >Das ist ganz ausgezeichnet. Ich stimme völlig zu.<«3?

Der Kaiser weiter in seinem Bericht: »Mein Herz schlug so laut, dass ich es hörte; ich raffte mich zusammen und sagte so ganz nebenbei: >Möchtest Du es gerne unterzeichnen? Es wäre ein sehr schönes Souvenir an unser Treffen.< Er überflog noch einmal das Blatt. Dann sagte er: >Ja, ich will.< Ich klappte das Tintenfass auf, reichte ihm die Feder, und er schrieb mit fester Hand >Nikolaus<, dann reichte er mir die Feder, ich unterschrieb, und als ich aufstand, schloss er mich gerührt in seine Arme und sagte: >Ich danke Gott, und ich danke Dir; es wird die wohltätigsten Folgen für mein Land und das Deine haben. Du bist Russlands einziger wahrer Freund in der ganzen Welt, ich habe das während des ganzen Krieges gefühlt, und ich weiß es.<«}4

Unterzeichnet war der Vertrag, ratifiziert wurde er nie. Auf deutscher Seite nahmen Bernhard von Bülow und Friedrich von Holstein, die graue Eminenz der deutschen

Außenpolitik, eine einzige Formulierung des Vertrages zum Vorwand, um zu opponieren. Bülow inszenierte ein billiges Manöver. Er reichte seinen Rücktritt ein, den der Kaiser erwartungsgemäß ablehnte.

Auf der russischen Seite herrschte Entsetzen, als der Zar seinen Ministern den Vertrag präsentierte. »Hat seine Majestät vergessen, dass wir einen Vertrag mit Frankreich haben? Die Details sind Seiner Majestät bei all dem Geschwätz Kaiser Wilhelms entfallen«, bekam Nikolaus zu hören. Ergebnis: Nikolaus, ein schwacher, wankelmütiger Herrscher, musste Wilhelm telegrafieren und den Vertrag absagen.

Die Chance, die der Kaiser in Björkö nutzen wollte, hat es - realistisch gesehen - 1905 wohl nicht mehr gegeben. Man kann ihm Illusionismus vorwerfen, aber nicht, dass er nicht guten Willens gewesen sei. Er hat den Einfluss von Nikolaus überschätzt. Im Urteil der Geschichte schneidet er besser ab als ein Bülow oder ein Holstein. Den Mechanismus, den die politischen und militärischen Bündnisse und eben auch die finanziellen Verflechtungen längst in Gang gesetzt hatten, konnte auch Wilhelm II. nicht mehr anhalten. Mit der englisch-russischen Verständigung 1907 war das Deutsche Reich endgültig isoliert.

England, Deutschland und die Weltpolitik

Die Epoche des Imperialismus

Nachdem der Rückversicherungsvertrag mit Russland ausgelaufen war und erst recht nach dem Fiasko von Björkö stellte sich für Berlin die Frage nach Alternativen. Nach Meinung des Militärs war ein Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und das Zarenreich dank der hervorragenden Ausbildung des deutschen Heeres (und in der Allianz mit Österreich-Ungarn) trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit zu gewinnen. Würde hingegen England auf die Seite der Gegner wechseln, England mit seiner uneinholbar starken Kriegsflotte und den enormen Ressourcen eines Weltreiches, dann sähe die Kalkulation ganz anders aus. Dann geriete Deutschland in eine äußerst bedrohliche Lage.

Verhandelt wurde über eine deutsch-britische Allianz nicht nur in den Jahren um die Jahrhundertwende, sondern in letzter Minute noch einmal 1912. Dass die Gespräche scheiterten, lag nicht nur an der geopolitischen Ignoranz und dem Zickzackkurs der deutschen Regierungen, allen voran an der verhängnisvollen Amtsperiode des Reichskanzlers Bernhard Fürst von Bülow von 1900 bis zu seinem Sturz 1909.

Es lag auch daran, dass in den entscheidenden Jahren die Briten, die Franzosen und die Russen mit ihrer Expansionspolitik in Afrika und Asien beschäftigt waren. Die Verwicklungen und Differenzen in Europa spielten zeitweise eine untergeordnete Rolle. Es lässt sich auch so ausdrücken: Bei der Aufteilung Afrikas und Asiens hatten Frankreich und Russland aus englischer Sicht mehr zu bieten als Deutschland. Insofern bestand das Problem nicht in der deutschen Stärke, sondern in der weltpolitischen Schwäche des Reiches. Die Engländer brauchten die Deutschen weniger als die Deutschen die Engländer. Und im Verhältnis zu Russland sah es nicht viel anders aus.

In die Jahrzehnte vor dem Weltkrieg fällt die Epoche des europäischen, russischen und amerikanischen Imperialismus. Allein im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts gerieten ein Fünftel der Landfläche der Erde und ein Zehntel ihrer Bewohner unter die Herrschaft der imperialistischen Mächte. Deutschland beschritt damals eben keinen »Sonderweg«, sondern folgte dem Beispiel der anderen, freilich mit mäßigem Erfolg.

Ebenso wie Italien und Belgien musste sich die »verspätete« Nation mit dem begnügen, was Frankreich und England übrig gelassen hatten. Ursächlich für die Isolierung Deutschlands war die Kolonialpolitik nicht. Nur hatte sie dort, wo britische, französische und russische Interessen aufeinandertrafen, fatale Rückwirkungen auf die Bündnispolitik in Europa. Es war der Interessenausgleich zwischen London und Paris in Afrika und der zwischen London und St. Petersburg in Asien, der die Allianzen der späteren Kriegsgegner anstieß, der sie überhaupt erst möglich machte.

Triebkräfte der imperialistischen Expansion waren Handels-, Wirtschafts- und Rohstoffinteressen, aber mehr noch Fragen nationalen Prestiges und nationaler Macht. Spötter haben gesagt, die Kolonien hätten den jungen Briten die Chance gegeben, der schlechten englischen Küche zu entkommen. Objektiv gesehen, war das Empire kein »Mühlstein« am britischen Hals, wie noch Benjamin Disraeli, der große Imperialist, geklagt hatte, sondern die Basis politischer Macht und bürgerlichen Wohlstandes.

Das galt für das südliche Afrika ebenso wie für Indien. Uber völkerrechtliche Verträge setzte sich der räuberische Instinkt der Engländer, wo nötig, bedenkenlos hinweg. Nachdem die aus Holland stammenden Buren ihre Kap-Kolonie verlassen und vor den Briten in das unwegsame Innere Südafrikas ausgewichen waren, gründeten sie die Republiken Transvaal und Oranje Freistaat. England behielt die Kap-Kolonie und erkannte 1852 die Unabhängigkeit der Burenrepubliken an.

Jameson-Raid und Burenkrieg

Als im Transvaal 1868 Diamanten und 1886 die größten Goldvorkommen der Welt entdeckt wurden, begann es den Briten zu dämmern, dass sie einen Fehler gemacht hatten. Zu Zeiten des Goldstandards war der Besitz von Goldbergwerken nichts anderes als eine Lizenz zur Produktion von Geld — und das konnte sich die Weltmacht nicht entgehen lassen.

1884 wurde die Unabhängigkeit der Burenrepubliken noch einmal anerkannt, bis dann 1895 Cecil Rhodes, der

Premierminister am Kap, den rhodesischen Polizeichef Leander Jameson mit einem Trupp von Freischärlern in das Transvaal einfallen ließ. Zum größten Missfallen der Briten, die offiziell die Hand gar nicht im Spiel hatten, stellte sich Wilhelm II. in seiner berühmten Dcpesche an den Präsidenten Ohm Krüger auf die Seite der Buren (zumal da in den beiden Republiken 15 000 Deutsche lebten), bezog dann aber bald eine neutrale Position in Sachen Südafrika. Im Burenkrieg selbst kam er den Briten nicht mehr in die Quere.

Nachdem der sogenannte Jameson-Raid kläglich gescheitert war, führte London von 1899 bis 1902 einen regelrechten Vernichtungskrieg gegen die Buren, die sich heldenhaft wehrten. Um den Widerstand zu brechen, wurden Frauen und Kinder in Konzentrationslager gesperrt. Die britischen Truppen operierten mit der Taktik der verbrannten Erde. Ganz Europa war empört. Gemessen an der Größe des Heeres, das mobilisiert werden musste, und gemessen an der Effizienz des Gegners im vertrauten Gelände wurde Südafrika zum Vietnam der damaligen angelsächsischen Weltmacht - nur mit dem Unterschied, dass die Briten gewannen und den Preis der Goldfelder einstecken konnten, deren Aktien zu den lukrativsten Papieren an der Londoner Börse zählten.

Faschoda und die *Entente Cordiale*

Außer den Buren waren es nur noch die Franzosen, die das Vereinigte Königreich in Afrika herausforderten. Cecil Rhodes, der Namensgeber für die Kolonie Rhodesien,

und die Imperialisten in London träumten von einem Kontinent mit einem Landkorridor unter britischer Herrschaft, der von Kairo bis zum Kap reichen sollte. Eine Bahnlinie vom Mittelmeer bis nach Südafrika sollte ausschließlich durch britisches Gebiet verlaufen. Außerdem war es für die britische Weltpolitik von vitaler Bedeutung, den Suezkanal zu kontrollieren, der den Seeweg nach Indien wesentlich verkürzte.

Auf Ägypten konnte sich Frankreich schon bald keine ernsthaften Hoffnungen mehr machen. In etwa ab 1882 hatten sich die Briten dort eingenistet. Ihr nächstes Ziel waren der Sudan und das gesamte obere Niltal bis hin zu den großen afrikanischen Seen.

Nachdem eine erste Expedition in den Sudan erfolglos geblieben war, marschierte General Horatio Herbert Kitchener 1898 in das Land ein, schlug die Sudanesen bei Omdurman und stieß im November bei seinem Vormarsch nach Süden auf eine französische Armeeeinheit unter Oberst Marchand. Die französischen Soldaten kamen vom Tschadsee und hatten bei Faschoda die französische Flagge gehisst. Der Plan erinnerte - allerdings in anderer Stoßrichtung - an die Idee von der britischen Nord-Süd-Achse. Gedacht war an einen Gürtel unter der Trikolore, der von Dakar an der Atlantikküste quer durch das Innere Afrikas bis nach Djibouti am Golf von Aden reichen würde. Der Faschoda-Zwischenfall drohte sich zu einem Krieg zwischen beiden Westmächten auszuweiten.

Paris gab, weil militärisch unterlegen, nach, und schon im sogenannten Sudanvertrag vom 21. März 1899 einigten sich beide Seiten auf eine genaue Abgrenzung ihrer Einflusssphären. Ausgehend von der Nordgrenze des Kongo-

gebietes zogen sie eine Linie entlang der Wasserscheide der Flüsse, die in den Nil und in den Kongo fließen. Westlich davon sollten die Franzosen das Sagen haben, östlich davon die Engländer. So kam das gesamte Nilgebiet einschließlich der Provinz Darfur unter englische Kontrolle. Dafür wurde Marokko den Franzosen überlassen.

Bekräftigt wurde der Schacher am 8. April 1904 in einem Kolonialabkommen, das in die Geschichtsbücher als »*Entente Cordiale*« eingegangen ist. Frankreich verzichtete endgültig darauf, das britische Protektorat über Ägypten infrage zu stellen, und erhielt im Gegenzug Aktionsfreiheit in Marokko. Angehängt war ein Geheimabkommen, das kleinere Teile Marokkos (Melilla, Ceuta) den Spaniern überließ, die dort immer noch ausharren. Madagaskar fiel an die Franzosen.

Ursprünglich auf die Kolonien bezogen, zog die *Entente Cordiale* einen generellen Schlussstrich unter die Differenzen zwischen London und Paris. Sie machte den Weg frei für die spätere Kriegskoalition - ein erstes Beispiel für die Rückwirkung außereuropäischer Kolonialpolitik auf die Allianzen in Europa, die zur Einkreisung Deutschlands führten.

Schon sieben Jahre später, am 20. Juli 1911, setzten sich der Chef des Generalstabes der französischen Armee und der Chef der Operationsabteilung im britischen Kriegsministerium in Paris zusammen und unterzeichneten eine Militärkonvention. Sie enthielt detaillierte Bestimmungen über die Teilnahme Großbritanniens an einem Krieg mit Deutschland.

Festgelegt wurden die drei Häfen, in denen das briti-

sehe Expeditionskorps anlanden sollte: Rouen, Le Havre und Boulogne. Vereinbart wurde eine britische Kampfstärke von 123000 Mann, 52000 Pferden und 492 Geschützen. Selbst die Bahnlinien, über die die britischen Truppen mit 42 Zügen täglich in den Aufmarschraum vorrücken sollten, wurden aufgeführt. Alles muss so beendet sein, hieß es in dem Papier, dass die britische Armee am 16. Mobilmachungstag in die Operationen eingreifen kann.

Wilhelm II. kann man Sprunghaftigkeit, Selbstüberschätzung und gelegentliches Säbelrasseln vorwerfen, nicht jedoch einen Mangel an Intelligenz und analytischem Verstand. Was die *Entente Cordiale* für Deutschland bedeutete, hat er sofort klar erkannt, während Reichskanzler von Bülow und dessen Ratgeber von Holstein sich noch der Illusion hingaben, Deutschland könne sich eine Politik der »freien Hand« leisten. Es lohnt sich, aus Wilhelms Analyse des britisch-französischen Abkommens von 1904 zu zitieren:

»Das jüngste englisch-französische Abkommen gibt mir doch nach mancher Richtung hin zu denken. Ich finde, dass die Franzosen den Vorteil ihrer augenblicklichen politischen Lage mit bemerkenswertem Geschick ausgenutzt haben. Sie haben es fertiggebracht, ohne das Band mit Russland zu lockern, sich von England ihre Freundschaft teuer bezahlen zu lassen. Die präponderierende Stellung, die sie nunmehr in Marokko erlangt haben, ist unstreitig ein großer Gewinn für sie, den sie mit der Aufgabe des Restes ihrer mehr theoretischen als faktischen Rechte in Ägypten billig eingeheimst haben. Da unsere Handelsinteressen in Marokko bedeutend sind,

hoffe ich, dass unsererseits für die nötigen Garantien gesorgt worden ist, damit unser Handel dort nicht leidet.«

Der Kaiser weiter: »England andererseits hat in Ägypten ganz freie Hand erlangt. Die möglichen Reibungspunkte mit Frankreich sind durch das Abkommen für England wesentlich eingeschränkt worden, und Letzteres hat dadurch an Bewegungsfreiheit auch sonst in der Welt viel gewonnen. Es ist nur natürlich, dass die zunehmende Freundschaft mit Frankreich und die sich daraus ergebende Sicherheit, dass von dieser Seite nichts zu befürchten ist, für England jede Rücksichtnahme auf uns mehr und mehr in den Hintergrund treten lassen werden.«[35]

Die deutschen Kolonien

Rückblende auf die 1880er- und 1890er-]ahre und die deutsche Kolonialpolitik: Nachdem Bismarck mehr als einmal erklärt hatte, dass Kolonien ein Luxus seien, den sich Deutschland nicht leisten könne, gab er schließlich doch aus innenpolitischen Gründen dem Drängen der Kaufleute, der Kolonialenthusiasten und der Missionare nach. Am 27. April 1884 wies er den deutschen Konsul in Kapstadt telegrafisch an, »amtlich« zu erklären, dass die südwest-afrikanischen Besitzungen des Bremer Kaufmannes Lüderitz nördlich des Oranje-Flusses unter dem »Schutz« des Reiches stünden. Im Juli desselben Jahres wurde die deutsche Flagge an der Küste von Togo und in Kamerun gehisst. 1885 folgten die deutschen »Schutzgebiete« in Ostafrika. Die späteren Erwerbungen einzelner Inseln im Pazifik und eines Teiles von Neuguinea sind

kaum der Rede wert. An ein Kolonialreich nach französischem oder englischem Vorbild war in den 1880er-Jahren nicht gedacht. Bismarck bekam recht, wenn er von »Luxus« sprach. Die Kolonien blieben immer Zuschussgebiete. Von ihrer Gründung an bis 1914 erhielten die deutschen Kolonien in Afrika insgesamt 451,5 Millionen Mark an Reichszuschüssen. Der größte Empfänger war Südwestafrika mit 278 Millionen.[36]

1913 lebten in den deutschen Afrikakolonien nicht einmal 20 000 Landsleute. Der Anteil am deutschen Außenhandel belief sich auf 0,5 Prozent. Da spielten das Empire, das Reich des Zaren und auch Frankreich in einer ganz anderen Liga.

Zu kolonialen Konflikten mit Russland oder Frankreich gab es keinen Grund, auch nicht zu Differenzen mit England, nachdem sich Berlin und London am 1. Juli 1890 im sogenannten Helgoland-Sansibar-Vertrag geeinigt hatten. Die Besitzungen des Sultans von Sansibar fielen unter britische Schutzherrschaft. Dafür trat London die Insel Helgoland, die 1814 aus dänischem in englischen Besitz übergegangen war, an das Reich ab. Anlass zu diplomatischen Verwicklungen, auf die wir zurückkommen werden, sollte danach nur noch Marokko geben, wo Deutschland auf die Einhaltung eines völkerrechtlichen Vertrages pochte, der die Unabhängigkeit des Landes garantierte.

Zur Regatta nach Cowes

Wilhelm II. einen Anglomanen zu nennen ist übertrieben, aber anglophil war er schon. Er genoss seine langen Auf-

enthalte in England, er bewunderte die Macht des Empire und insbesondere die große britische Flotte, er wollte von den Engländern respektiert werden und mit ihnen auf Augenhöhe verkehren. 1889 bis 1895 fuhr er jedes Jahr zur Regatta in Cowes, einem hochkarätigen gesellschaftlichen Anlass in dem Hafenstädtchen an der Nordküste der Isle of Wight, die durch die Wasserstraße des Solent vom Festland getrennt ist.

»Der Kaiser«, so schildert es seine Biografin Virginia Cowles, »machte eine imponierende Figur bei seinen Besuchen in Cowes, wo er in jedem Sommer an der Regatta teilnahm. Seine Ankunft war stets eindrucksvoll. Wenn die kaiserliche Jacht *Hohenzollern*, eskortiert von deutschen Kriegsschiffen, in den Hafen einlief, feuerte die Königliche Marine 21 Kanonenschüsse Salut, und auf den Hunderten von Schiffen, die vor Anker lagen, wurden die Flaggen gedippt. Jetzt begann eine reichhaltige Folge von Festlichkeiten: Die Königin gab ein Staatsbankett in Osborne, der Prinz bewirtete abends im Königlichen Jachtclub, deutsche und englische Musikkapellen wetteiferten miteinander, um der Bevölkerung Abendständchen zu bringen. Die beiden Flotten überboten sich in Gastfreundschaft, und die Wirtinnen beeilten sich, die Gläser wieder aufzufüllen.«[37]

Weniger begeistert war der Prince of Wales, der spätere König Edward VII., der in Cowes die Honneurs zu machen hatte. »Der Prince of Wales ärgerte sich über die Aufmerksamkeit, die der Kaiser stets zu erregen wusste«, schreibt Cowles. Es irritierte den Prinzen, dass er von seinem 20 Jahre jüngeren Neffen vom Mittelpunkt der Bühne verdrängt wurde. Er rächte sich mit taktlosen Be-

merkungen. Philipp Fürst zu Eulenburg, ein enger Freund des Kaisers, beklagte sich darüber, dass er stundenlang mit dem Thronfolger zusammensitzen musste, weil der von zehn Uhr morgens bis vier Uhr nachmittags »unaufhörlich« gefrühstückt habe. Er charakterisierte ihn als »klugen, liebenswürdigen, aber sehr verschlagenen Menschen«.

Einmal kam Edward auf die deutsche Flotte zu sprechen. »Es ist ja ganz nett«, sagte er, »dass mein Neffe sich für Schiffe interessiert. Aber wenn man ihn mit seinem lahmen Arm derart hantieren sieht wie oben auf Deck, so muss einem doch Angst werden, dass er sich Schaden tut.« Eulenburg schrieb dazu: »Diese Bemerkung war ebenso fein wie boshaft und bei Weitem boshafter noch sein Blick.«[38]

Den lahmen Arm hatte Wilhelm einem Kunstfehler der Ärzte zu verdanken. Bei seiner Geburt hatte es schwere Komplikationen gegeben. Die Ärzte hatten den Arm ausgekugelt und den Fehler erst nach Tagen entdeckt, als es für eine Korrektur zu spät war. Wilhelm kam mit der Behinderung sehr wohl zurecht. Die manchmal angestellten Spekulationen, der lahme Arm habe seinen Charakter ungünstig beeinflusst, sind ohne Substanz.

Das bestätigte auch die Fürstin Pless in ihren Erinnerungen: »All das Geschreibe, dass der Kaiser an krankhaften Gefühlen wegen der Unfähigkeit, seine linke Hand zu gebrauchen, leide und sich deshalb geschwächt fühle, ist Unsinn. Natürlich würde er es wie jeder andere vorziehen, von seinen Gliedmaßen vollen Gebrauch machen zu können. Seit seiner Geburt hatte er keinen verwendbaren linken Arm; er wurde dazu erzogen, alles mit nur einem

zu tun, und er hat - wie ich bestimmt glaube - nie ernstlich etwas vermisst. In der Öffentlichkeit und wenn er sich vor Fotografen in Positur warf, streckte er natürlich den verwachsenen Arm nicht heraus, damit die Leute darüber staunen konnten, privat aber kümmerte er sich nie darum. Ich habe Hunderte Male neben ihm gesessen und zugesehen, wie er sein speziell angefertigtes Messer mit Gabel benutzte (das er immer mit sich führte), oder ich habe ihm das Fleisch vorgeschnitten. Niemals zeigte er Empfindlichkeit oder Befangenheit.«[39]

Germaniam esse delendam

In der Mitte der 1890er-Jahre - noch vor dem deutschen Flottenbau und vor den deutsch-britischen Bündnisverhandlungen, die 1901 ohne Ergebnis endeten - begann sich die britische Presse auf das Kaiserreich einzuschießen. Drei Artikel aus der *Saturday Review* müssen zitiert werden - nicht weil sie die damalige Position der Regierung wiedergegeben hätten, sondern weil sie symptomatisch dafür waren, wie eine andauernde Pressehetze die Stimmung vergiften und schließlich doch auf die offizielle Politik abfärben kann. Ganz unbeeinflusst von der öffentlichen Meinung war die Außenpolitik weder in England noch in Deutschland noch in Russland oder Frankreich.

Am 24. August 1895 schrieb die *Saturday Review* unter dem Titel »Our true foreign policy«: »Vor allem gilt doch, dass wir Engländer bisher stets gegen unsere Wettbewerber im Handel und Verkehr Krieg geführt haben.

Und unser Hauptbewerber in Handel und Verkehr ist heute nicht länger Frankreich, sondern Deutschland. Bei einem Krieg mit Deutschland kämen wir in die Lage, viel zu gewinnen und nichts zu verlieren. Ein Krieg mit Frankreich dagegen, ende der Krieg, wie er wolle, schlösse immer mit schweren Verlusten für uns ab.«

In einem zweiten Artikel schrieb die *Saturday Review* am i. Februar 1896: »Unter den europäischen Völkern sind sich die Deutschen und die Engländer am ähnlichsten. Weil die Deutschen den Engländern so ähnlich sind im Wesen, im religiösen und wissenschaftlichen Denken, im Gefühlsleben und an Begabung, sind sie unsere vorbestimmten natürlichen Nebenbuhler. Uberall auf der Welt, bei jedem Unternehmen, im Handel, in der Industrie, bei sämtlichen Anlagen in der weiten Welt, stoßen Engländer und Deutsche aufeinander. Die Deutschen sind ein wachsendes Volk, ihre Wohnsitze liegen über die Reichsgrenzen hinaus. Deutschland muss neuen Raum gewinnen oder bei dem Versuche untergehen … Wäre morgen jeder Deutsche beseitigt, es gäbe kein englisches Geschäft noch irgendein englisches Unternehmen, das nicht zuwüchse. Verschwände jeder Engländer morgen, die Deutschen hätten im gleichen Verhältnis Gewinn davon. Hier also wird der erste große Artenkampf der Zukunft sichtbar; hier sind zwei wachsende Nationen, die aufeinanderdrücken rund um die Erde. Eine von beiden muss das Feld räumen, eine von beiden wird das Feld räumen.«

Und am 11. September 1897: »Aus einer Million von Streitereien um Kleinigkeiten fügt sich die größte Kriegsursache zusammen, von der die Welt jemals gehört haben wird … Staaten haben jahrelang um eine Stadt oder für ein

Thronfolgerecht Krieg geführt; und da sollten sie nicht Krieg führen, wenn ein jährlicher Handel von fünf Milliarden Pfund auf dem Spiel steht? … Zu Frankreich und Russland könnten wir dann sagen: >Sucht euch die Entschädigung selbst aus, nehmt euch in Deutschland, was ihr wollt, ihr sollt es haben.<«[40]

Alle drei Artikel endeten mit dem Aufruf »Germaniam esse delendam.« Auf Deutsch: Deutschland muss zerstört werden.

Deutsche Historiker haben versucht, die Ausfälle der *Saturday Review* herunterzuspielen. Die Zeitung sei einflusslos gewesen. Tatsächlich wurde sie neben der *Times* und der *Quarterly Review* von den »oberen Zehntausend« gelesen. Sie hatte durchaus Einfluss auf die Entscheidungsträger. In der Zeit, als die zitierten Artikel erschienen, schrieben vier spätere Nobelpreisträger für das Blatt: Rudyard Kipling, William Butler Yeats, George Bernard Shaw und Winston Churchill.

So überspitzt die Polemik in der *Saturday Review* auch war, so spielte sie doch auf die jahrhundertealte strategische Ausrichtung der britischen Außenpolitik an: die »Balance of Power«, das Gleichgewicht der Mächte auf dem Kontinent, aufrechtzuerhalten und sich gegen die jeweils stärkste Nation zu stellen - sei es das Spanien Philipps II., das Frankreich Napoleons I. oder das Deutschland Wilhelms II.

Keiner hat das früher und präziser formuliert als Benjamin Disraeli. Am 9. Februar 1871, nach dem deutschen Sieg über Frankreich, äußerte er sich als Führer der konservativen Opposition im Unterhaus folgendermaßen: »Dieser Krieg bedeutet die deutsche Revolution, ein grö-

ßeres politisches Ereignis als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Nicht ein Einziger der Grundsätze in der Handhabung unserer auswärtigen Angelegenheiten, welche noch vor einem halben Jahr von allen Politikern als selbstverständliche Richtlinien anerkannt wurden, gilt heute noch. Es gibt keine überkommene Auffassung der Diplomatie, welche nicht fortgeschwemmt wäre. Wir stehen vor einer neuen Welt, neue Einflüsse sind am Werk ... Das Gleichgewicht der Macht ist völlig zerstört.«[41]

Dass dieser geopolitisch fundierte Antagonismus lange Zeit unter der Decke blieb, war den weltpolitischen Umständen, aber auch Otto von Bismarck zu verdanken, der das Reich für »saturiert« erklärte und es vermied, die unter der Asche glimmenden Ressentiments anzufachen. Es war aber auch den engen verwandtschaftlichen Beziehungen der Monarchien untereinander geschuldet, den persönlichen Kontakten und der allgemeinen Gesprächsbereitschaft. Verwandte streiten sich, aber sie bringen sich normalerweise nicht gegenseitig um.

Der Kaiser am Sterbebett der Queen

Wirklich populär beim englischen Volk wurde Wilhelm II., als Königin Victoria starb. Am 18. Januar 1901 erfuhr der Kaiser aus London, die Queen liege im Sterben. Er reiste sofort ab und traf am 20. Januar in Osborne ein. Da führten die Briten immer noch Krieg gegen die huren, in Deutschland und anderswo brodelte die antibritische Stimmung. Wilhelms Berater im Auswärtigen

Amt in Berlin störten sich am langen Aufenthalt des Kaisers in England.

Lord Esher, ein Intimus des englischen Königshauses, beschrieb die Sterbeszene so: »Der Prince of Wales kniete neben dem Bett. Der Deutsche Kaiser stand still am Kopfende neben der Königin. Alle Kinder und Enkel waren versammelt, in Abständen riefen sie ihren Namen. Die Königin schlief friedlich ein. Als der König nach London fuhr, kümmerte sich der Kaiser um alles. Seine Güte und Entschlossenheit waren außerordentlich - ganz anders, als man es von ihm erwartet hätte. Er weigerte sich, die Königin wegen des Sarges messen zu lassen; er wies die Männer aus dem Zimmer, schickte nach Reid und nahm die Messungen selbst vor. Er und der König und der Herzog von Connaught hoben die Königin in den Sarg.«[42]

Bestattet wurde die Queen erst zwei Wochen später. Der Kaiser beschloss, in England zu bleiben und seinen Tanten beizustehen. Am 5. Februar, dem Tag seiner Abreise, fuhr er durch die Straßen Londons. Die Menge feierte ihn mit stürmischen Ovationen. Ein Mann rief: »Thank you, Kaiser!« Lord Esher schrieb: »Der Deutsche Kaiser hatte heute einen noblen Empfang durch die Bürger Londons. Nach seinem Verhalten während der letzten zehn Tage haben sie ihm die Krüger-Depesche verziehen. Ich war in der St. James Street. Das Gefolge bot einen prächtigen Anblick. Der Himmel war blau. Sehr wenig Polizei. Viele Menschen. Viel Beifall. Sehr herzlich. Der Kaiser dankte für die Hoch-Rufe.«[43]

Anschließend traf man sich zu einem großen Frühstück im *Marlborough House*. Zum Missfallen seiner Entourage verlieh der Kaiser an Lord Roberts, den Ober-

befehlshaber der britischen Armee, den Schwarzen Adlerorden. Das Motto dieses höchsten preußischen Ordens lautete »Suum cuique«. Jedem das Seine - ungefähr so stellte sich Wilhelm das Verhältnis zwischen Deutschland und England vor. Dann hielt er eine Rede, holte weit aus und beschwor die deutsch-englische Freundschaft:

»Ich glaube, dass die beiden germanischen Nationen sich nach und nach besser kennenlernen werden und dass sie einander helfen werden, den Weltfrieden zu bewahren. Wir müssen eine englisch-deutsche Allianz schaffen - Sie, um die Meere zu überwachen, während wir für das Land verantwortlich sein würden. Mit einer solchen Allianz könnte keine Maus sich in Europa ohne unsere Erlaubnis rühren. Und die Nationen würden mit der Zeit einsehen, dass die Rüstungen beschränkt werden müssen.«[44]

Die letzte Chance für eine deutsch-englische Allianz

Tatsächlich aber war 1901, das Todesjahr der Queen, die seit 1837 geherrscht hatte, das letzte Jahr, in dem die Tür zu einer deutsch-britischen Allianz offenstand. Danach fiel sie ins Schloss. 1902 übernahm Arthur James Balfour, Mitglied der Konservativen Partei und Neffe von Lord Salisbury, das Amt des Premierministers. Zwei Jahre später wurde die *Entente Cordiale* mit Frankreich abgeschlossen. 1906 kamen die Liberalen nach einem erdrutschartigen Wahlsieg an die Macht. Sir Edward Grey wurde Außenminister und blieb es bis 1916 — ein den Deutschen zunehmend feindlich gesonnener Politiker

ebenso wie sein engster Mitarbeiter und Vordenker Sir Eyre Crowe. Unter Grey wurde das, was die Deutschen als Einkreisung empfanden, bittere Realität.

Dass die sporadischen Bündnisverhandlungen, die von 1898 bis 1901 geführt wurden, ergebnislos endeten, war umso erstaunlicher, als ausgerechnet in diesen Jahren Joseph Chamberlain als stärkste Persönlichkeit den Kabinetten Salisbury (1893-1902) und Balfour (1902-1905) angehörte. Als Kolonialminister spielte er die führende Rolle auf der politischen Bühne in London. Eingefleischter Imperialist, glaubte er an die Weltmission der Angelsachsen - und er machte sich stark für ein Bündnis mit Deutschland.

Die Frage war nur, zu welchen Bedingungen. Noch 1901 übermittelte die Wilhelmstraße, der Sitz des Auswärtigen Amtes in Berlin, konkrete Vorschläge an das englische Außenministerium unter Lord Landsdowne. Gedacht war an ein Verteidigungsbündnis zwischen dem Dreibund, zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien einerseits und Großbritannien andererseits. Die militärische Beistandsverpflichtung sollte greifen im Falle eines Angriffs durch mehr als eine Großmacht, zum Beispiel durch Russland und Frankreich.

Berlin verlangte, das Unterhaus solle den Vertrag billigen und er solle für fünf Jahre gelten. Dass sich *Whitehall* auf diese Weise nicht binden wollte, dürfte eigentlich in der Wilhelmstraße keine große Überraschung ausgelöst haben. Die Briten waren zu diesem Zeitpunkt zwar schwer angeschlagen durch den Burenkrieg, und sie fürchteten in Asien die russische Expansion, aber sie hielten immer noch fest an ihrer Politik der »freien Hand«.

Auch in Berlin glaubte man, auf Zeit spielen zu können. Eine fatale Fehleinschätzung - schon 1904 legten London und Paris ihre Differenzen in Afrika bei. Nicht der Kaiser, sondern Reichskanzler von Bülow und sein Berater Friedrich von Holstein waren verantwortlich dafür, dass die Verständigung mit England scheiterte. Ihnen fehlte das Gespür Bismarcks für die Gefährdung der Mittellage Deutschlands.

Die These von der deutschen Hybris

Es habe viele Gründe gegeben, meint Michael Stürmer, warum die deutsche Politik, die doch das englische Bündnis so lange gesucht habe, damals die Chance einer gesicherten Weltmachtstellung im Akkord mit England nicht ergriffen habe. Zuletzt aber laufe jede Erklärung auf die deutsche »Hybris« hinaus und auf die europäische Hegemonie, »die die Deutschen wollten und die sie nur durchsetzen konnten gegen England«.[45]

Das erinnert ein wenig an Fritz Fischers These vom »Griff nach der Weltmacht«, es ist nur moderater formuliert. »Die Deutschen hätten sich«, meint Stürmer, »kleiner machen müssen, als sie waren, um das europäische Gleichgewicht nicht aus den Angeln zu heben.« Wirklich? Das ist zu sehr aus der Perspektive der Bundesrepublik heraus gedacht, die politisch klein und finanziell groß (und mit Scheckbuch) aufzutreten pflegt.

Bismarck, den Stürmer zu Recht den wilhelminischen Außenpolitikern als Vorbild empfiehlt, hat sich nie kleiner gemacht, als er war. Adenauer übrigens auch nicht -

als er einmal in Israel zu Besuch war und zu hören bekam, Deutschland sei in den Kreis der »zivilisierten« Völker zurückgekehrt, drohte er mit Abreise. Bismarcks Außenpolitik basierte nicht auf vorgetäuschter Schwäche, die ohnehin nicht honoriert worden wäre, sondern auf einer Kombination von Risikobewusstsein, Verlässlichkeit, diplomatischer Finesse, Skrupellosigkeit, wo erforderlich - und Friedensliebe.

Oft zitiert wird der Satz aus seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888: »Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts auf der Welt.« Unterschlagen wird meist der Satz, der folgte: »Und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen lässt.« Was die Epigonen Bismarcks mehr als alles andere von ihm unterschied, waren handwerkliche Fehler, taktisches Ungeschick und der Mangel an schöpferischem strategischem Denken. Eine außenpolitisch geschulte Elite wie diejenige, auf die sich das britische Empire stützen konnte, fehlte in Deutschland.

Aus dem Rückblick lässt sich feststellen, dass 1901 eine Chance verpasst wurde - aber nicht, weil das Deutsche Reich aggressiver aufgetreten wäre als andere Großmächte. Stürmer korrigiert sich dann selbst, wenn er einen Schritt weiterdenkt und schreibt: »Nicht anders als die deutsche Politik schlingerte *Whitehall* in den Wellen der öffentlichen Meinungen, Gefühle und Stimmungen.« Das Spiel der Machtverhältnisse in England, weniger die Analyse der Weltpolitik, habe schließlich zur Identifizierung der Deutschen als Hauptfeind geführt.[46]

Was England wirklich wollte

Auch britische Historiker können dem Vorwurf der deutschen Hybris nicht folgen. Niall Ferguson kommt zu diesem Fazit: »Die wirkliche Erklärung für das Scheitern eines anglo-deutschen Bündnisprojekts lag nicht in der Stärke, sondern in der *Schwäche* Deutschlands. Es waren allerdings schließlich im gleichen Umfang die Briten wie die Deutschen, die der Vorstellung von einer Allianz ein Ende bereiteten. Und die Briten taten dies nicht, weil Deutschland anfing, eine Bedrohung für Großbritannien darzustellen, sondern weil sie im Gegenteil erkannten, dass von Deutschland eine derartige Bedrohung *nicht* ausging.« (Hervorhebungen durch Niall Ferguson)

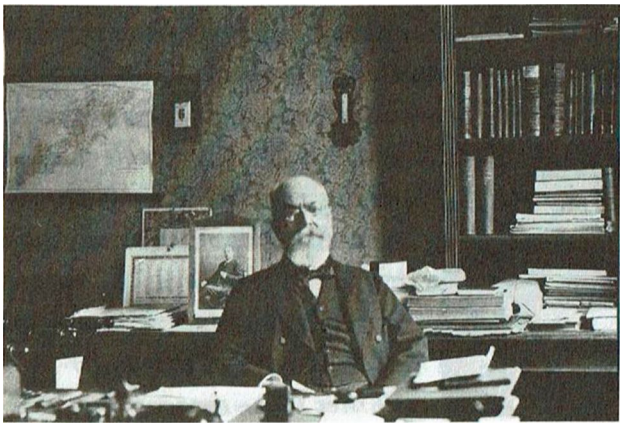
Dazu passt, was Francis Bertie, Unterstaatssekretär im *Foreign Office*, im November 1901 sagte: Mit einem deutsch-britischen Bündnis würden »wir niemals mit Frankreich auf gutem Fuße stehen, unserem Nachbarn in Europa und in vielen Teilen der Welt, oder mit Russland, dessen Grenzen sich in großen Teilen Asiens mit den unseren direkt oder beinahe berühren«. Premierminister Salisbury, im Amt bis 1902, habe sehr ähnliche Ansichten über die relative Bedeutung Frankreichs und Deutschlands vertreten.[47]

Robert Arthur Marquis of Salisbury, britischer Premierminister 189J-1902

Ferguson weiter: »Die britische Außenpolitik zwischen

1900 und 1906 diente also der Beschwichtigung jener Mächte, die die größte Bedrohung für die eigene Position Großbritanniens darzustellen schienen, und dies geschah selbst um den Preis guter Beziehungen zu weniger wichtigen Mächten. Verfolgt man die Entwicklung der Jahrhundertwende, zählte Deutschland offenbar zur letztgenannten Kategorie - Frankreich, Russland und die Vereinigten Staaten dagegen zählten zu den starken Mächten.« Ferguson verweist auf die zahlreichen Kriege, die die USA (»eine aggressive Macht«) in diesen Jahren führten. Er fügt hinzu: »Im Vergleich zu den USA stellte Deutschland eine ausgesprochen friedfertige Macht dar. Und wieder einmal gab Großbritannien dem Starken gegenüber nach.«[48]

Zu einem noch schärferen Urteil kommt A. J. P. Taylor, der britische Historiker, der jeder Apologetik zugunsten Deutschlands unverdächtig ist. In einem Aufsatz befasste er sich mit der mysteriösen und intriganten Rolle, die der Geheimrat Friedrich von Holstein (»der böse Geist der Wilhelmstraße, der Mann mit den Augen einer Hyäne, ein Erpresser und Psychopath«) im Auswärtigen Amt als



Friedrich von Holstein, Geheimrat im Auswärtigen Amt von 1876 bis 1906

Einflüsterer Bülows spielte. Taylor lässt kein gutes Haar an Holstein, fährt dann aber fort:

»Oder ... wurde die Allianz, die zwischen 1898 und 1901 ständig von den britischen Staatsmännern vorgeschlagen wurde, besonders von Joseph Chamberlain, schlicht und einfach durch Holsteins unausgewogene Verdächtigungen verhindert? Ich glaube kein Wort davon. Schauen Sie sich nur die britisch-deutsche Allianz an, der die britischen und deutschen Liberalen so nachgetrauert haben, als die Story bekannt wurde. Was die Briten wollten, war ein Verbündeter gegen Russland im Fernen Osten. Sie würden die *Navy* stellen, der Verbündete die Fußtruppen. Sehr schön für die Briten. Aber vom deutschen Standpunkt aus gesehen war das ein irrsinniger *(insane)* Vorschlag - sich auf einen großen Krieg zu verpflichten, einen Krieg auf Leben und Tod, um der britischen Investments in Schanghai und im Jangtse-Tal willen.«[49]

Das ist der springende Punkt: Während London und Berlin noch über einen Vertrag und seine Modalitäten sprachen, wurde anderswo imperialistische Weltpolitik gemacht - und da fiel dem Deutschen Reich trotz mancher martialischer Reden in Berlin nur eine Nebenrolle zu. Wer Politik analysieren will, muss sich an das halten, was die Akteure *tun*, weniger an das, was sie sagen.

Weltpolitik der Großmächte

In der Zeitspanne 1882 bis 1902 setzten sich die Engländer fest in Ägypten, Neuguinea, dem nördlichen Somaliland, Betschuanaland, Nigeria, Burma, Kenia, Rhodesien,

Sansibar, Njassaland, Uganda, Sudan und schließlich im Transvaal und Oranje Freistaat.

Frankreich eroberte fast ganz Westafrika bis auf Liberia, Ghana, Nigeria und die zwei deutschen Schutzgebiete, außerdem das heutige Vietnam, Kambodscha, Laos, Djibouti, Madagaskar und den Tschad.

Der gefährlichste Gegner für Großbritannien war in diesen Jahren Russland, das nach der Eroberung riesiger Gebiete in Zentralasien bis an die afghanische Grenze vorgerückt war und damit Indien, das englische Kronjuwel, bedrohte - ein ausgreifendes Russland, das sich 1900 die Mandschurei einverleibte und mit dem chinesischen Port Arthur einen eisfreien Hafen.

Zur russischen Einflusssphäre zählte neben der Mongolei auch Sinkiang - und eben diese chinesische Provinz grenzte an Tibet, wo die Engländer ebenso wie in Nepal und Bhutan ihren Einfluss geltend machten, um Indien abzuschirmen. Ein weiteres Vordringen des Zarenreiches in Asien zu verhindern hatte damit eine hohe Priorität in London.

Das Deutsche Reich sicherte sich 1897 mit dem Gouvernement Kiautschou einen Hafen in China - die Europäer sahen im Reich der Mitte den großen künftigen Absatzmarkt für ihre Exporte. Im selben Jahr einigten sich deutsche und britische Bankiers darauf, dass das Tal des Jangtse englischen Finanzinteressen vorbehalten bleiben sollte und die Kiautschou-Bucht deutschen. Schon vorher hatten sich die Deutsch-Asiatische Bank, an der 13 deutsche Institute beteiligt waren, und die britische *Hong Kong & Shanghai Bank* (die heutige HSBC) auf eine Zusammenarbeit in China geeinigt und ein Konsor-

tium zur Emission chinesischer Auslandsanleihen gegründet. Es herrschte also bestes Einvernehmen zwischen Engländern und Deutschen, solange London im »Great Game«, im Großen Spiel um Asien, mit den Russen als Hauptgegner rechnen musste.

Ein paar Jahre später wog der deutsche Bündniswert weniger. London kam auf die geniale Idee, sich mit dem aufstrebenden Japan zu verbünden und die Japaner gegen die Russen vorzuschicken. Das Bündnis vom 30. Januar 1902 gab den Japanern effektiv freie Hand gegen die Russen. Japan erhielt die Zusage militärischen Beistandes durch England für den Fall, dass eine andere Macht - Frankreich - in einem Krieg Russland zu Hilfe kommen würde. Dass der Vertrag offensiv genutzt werden konnte, ging aus folgender Formulierung hervor: »where offense is the best method of providing for the defense«. Auf Deutsch: wo der Angriff die beste Methode zur Verteidigung ist.

Der Plan funktionierte, die russischen Truppen wurden samt Flotte von den Japanern in und vor Korea vernichtend geschlagen. 1905 war das gedemütigte und zutiefst geschwächte Russland als Konkurrent in Asien ausgeschaltet. Die Russen waren konditioniert für eine *Entente* mit England - nur drei Jahre nach der anglo-französischen *Entente Cordiale*.

Mit dem anglo-russischen Vertrag vom August 1907 schloss sich der Ring um das Deutsche Reich. Die Russen akzeptierten ein englisches Protektorat über Afghanistan; eine Annexion, die London gar nicht beabsichtigt hatte, war ausgeschlossen. Zu Tibet verpflichteten sich beide Seiten, die Integrität des Landes zu wahren, sich nicht in

die innere Verwaltung einzumischen und die Hoheitsrechte Chinas zu respektieren. Damit war der Hinterhof Indiens nach Westen und Norden gesichert. Persien wiederum wurde eingeteilt in eine russische Einflusssphäre im Norden, eine englische im Süden (angrenzend an Indien und Afghanistan) und in ein mittleres Gebiet, um das sich beide Mächte kümmern würden.

Der Verlierer war das Deutsche Reich. Zum einen, weil einer Annäherung Londons an St. Petersburg jetzt nichts mehr im Wege stand, und zum anderen, weil Russland nach der Abkehr von Asien sich wieder dem Balkan zuwenden konnte - und dort waren Österreich-Ungarn direkt und Deutschland als Verbündeter Wiens indirekt betroffen. Damit war im Prinzip der Weg frei für die Konstellation, die den Krieg 1914 möglich machte. Wilhelm II. kommentierte den englisch-russischen Vertrag von 1907 so: »Man kann also in Zukunft mit der *Alliance franco-russe,* der *Entente Cordiale franco-anglaise* und der *Entente anglo-russe* rechnen, mit Spanien, Italien und Portugal als Anhängsel.« Er zog das Fazit: »Der englische Einfluss muss in Europa steigen, nachdem die Reibungsflächen mit Russland beseitigt sind.«[50]

Die erste Marokko-Krise

Eine andere lästige Streitfrage, die zur Vorgeschichte des Weltkrieges gehört, betraf Marokko. Bereits um die Jahrhundertwende zeigten sich in dem Scherifenreich innere Auflösungserscheinungen, die den Appetit Frankreichs und Spaniens weckten und von außen denn auch geschürt

wurden. Nach der Logik des Imperialismus lud ein solches Machtvakuum zu Interventionen ein.

Zunächst wurde in London befürchtet, Frankreich und Spanien könnten Marokko unter sich aufteilen und damit Gibraltar, den strategischen Schlüssel zum Mittelmeer, bedrohen. 1901 und 1902 wurde zwischen London und Berlin eine Lösung diskutiert, die Tanger zur Sicherung Gibraltars den Briten überlassen hätte und die marokkanische Atlantikküste den Deutschen. Daraus wurde nichts, weil sowohl der Kaiser als auch Reichskanzler Bülow an dem Deal nicht interessiert war. Dies, obwohl der deutsche Außenhandel mit Marokko größer war als der französische. Deutschland hatte 1890 einen Handelsvertrag mit dem Sultan von Marokko abgeschlossen.

1905 — da hatten sich Frankreich und England bereits zur *Entente Cordiale* zusammengefunden - braute sich die erste Marokko-Krise zusammen. Sie wurde zu einem erstklassigen Fallbeispiel für den Dilettantismus, der in Berlin waltete. Die Affäre wurde durch einen Abgesandten der französischen Regierung angestoßen, der im marokkanischen Fes auftauchte und Druck auf den Sultan ausübte, damit der seine Truppen für französische Offiziere öffnete.

Wilhelm II. war gerade zu einer Mittelmeerkreuzfahrt aufgebrochen, und Reichskanzler Bülow fragte an, ob er bei dieser Gelegenheit nicht Tanger besuchen könne, um den Franzosen die rote Karte zu zeigen. Der Kaiser lehnte ab, Bülow insistierte, der Kaiser lehnte wieder ab - und ließ sich dann doch »schweren Herzens«, wie er sagte, überreden.

Der Besuch in Tanger Ende März geriet zum Alb-

träum. Die Straßen waren gesäumt von »italienischen und südfranzösischen Anarchisten, Betrügern und Abenteurern«. Es wurde in die Luft geschossen, und in dem allgemeinen Durcheinander scheute Wilhelms Pferd. Der Kaiser hielt eine Rede und trat für die Unabhängigkeit Marokkos ein.

Immerhin sah sich der Sultan durch die hohe Visite ermutigt und lehnte die französischen Forderungen ab. Die Spannungen zwischen Berlin und Paris eskalierten derart, dass der damalige, pazifistisch gesinnte französische Regierungschef Rouvier den Ausbruch eines Krieges befürchtete und seinen deutschfeindlichen Außenminister Delcasse zum Rücktritt zwang. Paris nahm den deutschen Vorschlag einer Marokko-Konferenz an, König Edward VII. war wütend auf die Deutschen.

Edward VII., König von Großbritannien und Irland 1901-1910

Die Konferenz, an der auch die Vereinigten Staaten teilnahmen, fand in Südspanien statt. Sie schloss mit der Algeciras-Akte vom April 1906. Diese garantierte formell die Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans, mischte sich aber in die inneren Angelegenheiten Marokkos ein und sah die Entsendung einer geringen

Anzahl französischer und spanischer Militärs vor, die den Sultan bei der Reform seiner Polizei unterstützen sollten. Merkwürdigerweise hatte der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt dem Kaiser gratuliert, dass er »diesen Schuft Delcasse« losgeworden sei, und seinen Weitblick gerühmt, weil er die Konferenz einberufen habe. Abgesehen davon war Deutschland auf der Konferenz isoliert. England hatte sich auf die Seite Frankreichs geschlagen. Selbst Italien, der Partner im Dreibund, hatte gegen Berlin gestimmt.

Graf Franz von Tattenbach, den Bülow als einen seiner Vertreter nach Algeciras geschickt hatte, verstand es, sich unbeliebt zu machen. Ihm fehlten die grundlegenden diplomatischen Umgangsformen, er gab den hässlichen Deutschen. »Ein schrecklicher Kerl«, schrieb der englische Delegierte Arthur Nicolson, »prahlerisch, grob und verlogen. Der schlimmste Typ eines Deutschen, den ich je getroffen habe.«[51]

Erst die unwürdige Szene in Tanger, dann der ungute Ausgang der Konferenz - der Kaiser war enttäuscht und ungehalten. Er gab Bülow die Schuld: »Vergessen Sie nicht, dass Sie Mich persönlich gegen Meinen Willen in Tanger eingesetzt haben, um einen Erfolg in Ihrer Marokko-Politik zu haben ... Ich bin Ihnen zuliebe, weil es das Vaterland erheischte, gelandet, auf ein fremdes Pferd, trotz Meiner durch den verkrüppelten linken Arm behinderten Reitfähigkeit, gestiegen, und das Pferd hätte mich um ein Haar ums Leben gebracht, was Ihr Einsatz war! Ich ritt mitten zwischen den spanischen Anarchisten durch, weil Sie es wollten und Ihre Politik davon profitieren sollte!«[52] Seine, des Kaisers, Instruktion habe ausdrücklich gelau-

tet, dass Algeciras die Stufe zu einer Verständigung mit Frankreich werden solle.

Bülow überlebte politisch, indem er Friedrich von Holstein opferte. Weil er die Rache der »grauen Eminenz« im Auswärtigen Amt fürchtete, erweckte er bei Holstein den Eindruck, er selbst habe mit der Entlassung nichts zu tun - womit er Holsteins Wut auf den Kaiser und dessen Vertrauten, Philipp Fürst zu Eulenburg-Hertefeld, lenkte.

Entrüstung über das *Daily-Telegraph*-Interview

Dass Bernhard von Bülow 1909 schließlich doch gestürzt wurde, hatte unmittelbar mit der Reichsfinanzreform und seiner Niederlage im Reichstag zu tun. Aber schon im Jahr zuvor hatte er wegen seiner Handhabung der *Daily-Telegraph*-Affäre das Vertrauen des Kaisers verloren. Das englische Blatt hatte ein Hintergrundgespräch mit Wilhelm zu einem Interview umgearbeitet und vor Veröffentlichung von der Regierung in Berlin genehmigen lassen. Auch Wilhelms Gesprächspartner, ein britischer Oberst, war überzeugt, dass das Interview die Atmosphäre verbessern würde. Schließlich hatte der Kaiser wieder einmal seine Vorliebe für England beteuert, die damals in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr geteilt wurde. Die Wirkung war jedoch eine ganz andere: In Russland, Frankreich und auch in England brach ein Sturm der Entrüstung los.

Der Artikel enthielt Zitate, die in der Sache harmlos, jedoch diplomatisch sehr ungeschickt waren. Auch der Reichstag erregte sich über das »persönliche Regiment

Wilhelms«. Bülow, ein illoyaler, aalglatter Opportunist, gab vor, er habe keine Zeit zum Lesen des Interviews gehabt. Er ließ den Kaiser im Regen stehen.

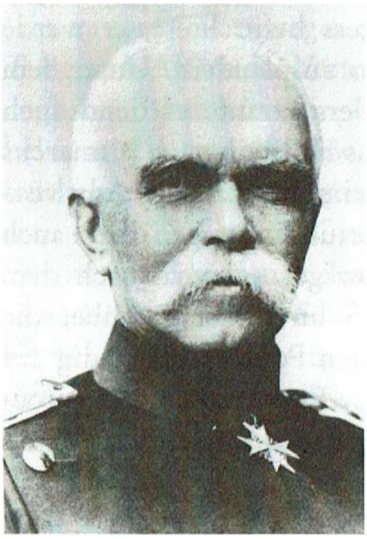
Dass das Gespann Bülow/Holstein ausgerechnet im kritischen ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts, als die Allianzen den Ring um Deutschland schlossen, für die Außenpolitik zuständig war, wurde dem Reich zum Verhängnis. Wilhelm II. hätte beide längst feuern müssen. Dass er sie gewähren ließ und dass deutsche Außenpolitik so lange unter Niveau gemacht wurde, fällt auch in seine Verantwortung.

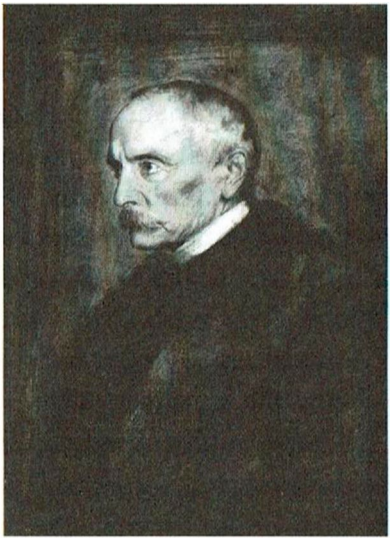
Der Geheimrat Friedrich von Holstein war schon unter Bismarck im Auswärtigen Amt, freilich nie als Staatssekretär, was der Stellung eines Außenministers entsprochen hätte. Bismarck duldete ihn, weil er in der richtigen Einschätzung seines Charakters befürchtete, er werde nach seiner Entlassung Interna ausplaudern. Unter dem strengen Regiment des Kanzlers konnte er denn auch keinen Schaden anrichten. Dass Holstein nach Bismarcks Sturz in eine Schlüsselposition im Auswärtigen Amt vorrückte, ohne direkte Verantwortung zu tragen, hatte auch damit zu tun, dass er als Einziger - zumal nach dem Ausscheiden von Bismarcks Sohn Herbert - über die Verwicklungen der europäischen Politik vollständig auf dem Laufenden war. Als »graue Eminenz« im Auswärtigen Amt hatte er überall die Hand im Spiel. Er unterhielt sogar ein privates Spionagenetz.

Keiner der Nachfolger Bismarcks beherrschte dessen »Spiel mit den fünf Kugeln«. Wirklichen Schaden richtete aber erst Bülow an. Leo Graf von Caprivi, Reichskanzler von 1890 bis 1894, hoch geachtet als kommandierender

General der Infanterie seit 1888, war dem Kaiser treu ergeben, zeigte sich wie Bismarck der Kolonialpolitik gegenüber skeptisch und pflegte das Verhältnis zu England, nachdem der Rückversicherungsvertrag mit Russland nicht verlängert worden war - vom Typ her ein aufrechter Soldat, kein Politiker. Der Caprivi-Zipfel, ein schmaler Landstreifen, der dem Schutzgebiet Südwest-Afrika Zugang zum Sambesi verschaffte, ist nach ihm benannt.

Ebenfalls nur schwache Spuren hinterließ Chlodwig Fürst zu Hohenlohe Schillingsfürst, Reichskanzler von 1894 bis 1900. 1819 geboren, diente er als bayerischer Ministerpräsident, langjähriger Botschafter in Paris und als Statthalter von Elsass-Lothringen, bevor er als schon





Links: Leo Graf von Caprivi, Reichskanzler 1890-1894.
Rechts: Chlodwig Fürst zu Hohenlohe Schillingsfürst, Reichskanzler 1894-1900

älterer Herr nach Berlin ging. Er suchte die Annäherung an Russland, was auch deswegen nahelag, weil er dort großen Grundbesitz hatte und mit dem russischen Hochadel verschwägert war. Der Erwerb von Kiautschou-Tsingtau und die Verabschiedung des ersten Flottengesetzes im Reichstag fielen noch in seine Amtszeit.

Bülow, der Karrierist

Da leitete schon Bernhard von Bülow, noch nicht in den Fürstenstand erhoben, das Auswärtige Amt, bevor er 1900 zum Reichskanzler ernannt wurde. Der charakterliche Kontrast zu seinen Vorgängern hätte nicht größer sein können. Bülow war ein Blender. Hinter seinem imponierenden Auftreten, seiner Intelligenz und seinen untadeligen gesellschaftlichen Umgangsformen verbarg sich ein karrieresüchtiger, illoyaler Opportunist, der das Gemeinwohl hinter seinen Ehrgeiz stellte - der Typ des modernen Politikers, auf den nicht nur der Kaiser hereinfiel.

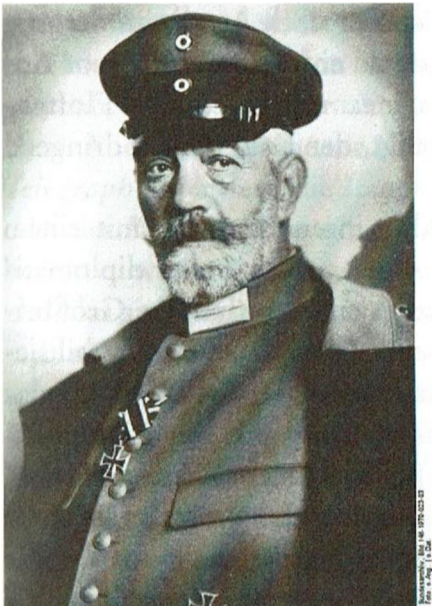
Michael Stürmer schildert Bülow als einen Mann von »angenehmer Oberflächlichkeit«, der das Management der Wahlen und der parlamentarischen Mehrheiten beherrscht habe. Mit seinem Namen verband sich die Politik der »freien Hand« ebenso wie ihr desaströses Scheitern, als sich England 1904 mit Frankreich und 1907 mit Russland einigte. Er war unfähig, die »forces profondes«, die tiefen Kräfte der europäischen Politik, zu begreifen.[53]

Der Historiker Johannes Haller hat in seinem längst vergessenen Bestseller *Die Epochen der deutschen Geschichte*, erschüttert von der Katastrophe 1918, in patrio-

tischem Furor ein vernichtendes Urteil über Berhard von Bülow gefällt. Uber die Politik, die zum i. August 1914 geführt habe, sei das Urteil längst gesprochen: »Schlechtere war noch nie gemacht worden. Die Verantwortung dafür tragen nach Recht und Verfassung die Reichskanzler, und es ist viel zu wenig gesagt, wenn man feststellt, dass keiner von den Nachfolgern Bismarcks den Anforderungen entsprochen hat, die sein Amt und die Lage an ihn stellten. Unter ihnen ist einer, dessen Wirken ein schärferes Urteil fordert. Bernhard von Bülow, später Fürst Bülow, hat selbst dafür gesorgt, dass die Nachwelt ihn sehen kann, wie er war, nachdem er die Mitwelt über sein Tun und Wesen zu täuschen gewusst hatte. In seinen hinterlassenen *Denkwürdigkeiten* hat er sich enthüllt: ein Staatsmann ohne eigene Gedanken, unecht und unwahr in jeder Faser, ohne Pflichtgefühl und Gewissen, nur auf den eigenen Vorteil bedacht, ein Verbrecher am Vaterland, das schließlich zu verleugnen er sich nicht einmal gescheut hat, um fremdes Bürgerrecht zu erwerben. Ein Verhängnis wollte, dass seine Amtszeit (1897-1909) gerade in die Schicksalsjahre fiel, in denen der Anschluss an England verfehlt wurde und der Ring der Feinde sich um das vereinsamte Deutschland schloss. Dass es so weit kam, das ist die furchtbare Schuld, die bei seinem Namen im Hauptbuch der Geschichte verzeichnet steht.«[54]

Die zweite Marokko-Krise

1911, im Jahr der zweiten Marokko-Krise, lag die Führung der Reichsgeschäfte in der Hand des früheren Ver-



Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler 1909-1917

waltungsbeamten und preußischen (und deutschen) Innenministers Theobald von Bethmann Hollweg, eines gewissenhaften, konfliktscheuen und handlungsschwachen Mannes, der das Reich isoliert vorfand und der einen Ausweg in Verhandlungen mit England suchte, die erst 1912 endgültig scheiterten.

Die zweite Marokko-Krise, die mit einer schweren Blamage des Reiches endete, wurde nicht etwa von Berlin vom Zaun gebrochen, sondern von Frankreich ausgelöst. Obwohl die Algeciras-Akte die Unabhängigkeit Marokkos im Grundsatz garantiert hatte, obwohl sich Deutschland und Frankreich 1909 auf Konsultationen und auf eine einvernehmliche Politik in Marokko geeinigt hatten, marschierten 1911 französische Truppen gegen den Sultan auf. Frankreich war offenbar dabei, sich nach Algerien und Tunesien auch noch Marokko einzuverleiben.

Nachdem die Regierung in Paris eine erste informelle Warnung aus Berlin ignoriert hatte, beschloss Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Wächter - nicht etwa Bethmann Hollweg -, Stärke zu demonstrieren und das

deutsche Kanonenboot *Panther* nach Agadir an der marokkanischen Atlantikküste zu entsenden, wo es vor Anker ging. Das Reichsmarineamt war an der Flottendemonstration nicht beteiligt, der Kaiser hatte dringend davon abgeraten.

Eine Tragikomödie nahm ihren Lauf, die mit einem deutschen Rückzug und einer verheerenden diplomatischen Niederlage des Reiches endete, nachdem Großbritannien begonnen hatte, seine Kriegsmarine zu mobilisieren. Auch Russland stellte sich auf die Seite Frankreichs. Der englische Außenminister Sir Edward Grey triumphierte und sprach von einem »Fiasko« für das Deutsche Reich.

Auch in diesem Fall machte das Auswärtige Amt schwere handwerkliche Fehler: Erstens war es töricht, die zur See überlegenen Briten mit einem Nadelstich zu reizen, dem ohnehin keine Taten folgen konnten; zweitens hätte Berlin, das aus völkerrechtlicher Sicht im Recht war, vorher zumindest Kontakt mit London unter Hinweis auf den französischen Vertragsbruch aufnehmen müssen; schlimmer noch, der deutsche Botschafter in London, Graf Metternich, konnte auf wiederholte Anfragen der englischen Regierung nicht einmal reagieren, weil die Instruktionen aus Berlin fehlten; und drittens unterließ es Reichskanzler Bethmann, obwohl »zutiefst erschrocken« angesichts der Kriegsgefahr, sich einzuschalten - er wurde wochenlang vom Auswärtigen Amt nicht einmal unterrichtet. Kiderlen-Wächter überging Bethmann einfach, er bezeichnete ihn intern einmal als »Regenwurm«, als »Aal«.[55]

Deutschland stolperte nach der Jahrhundertwende in die Isolation, aber noch nicht in den Krieg. Der war nicht

programmiert und selbst im Sommer 1914 noch vermeidbar. Im Rückblick und in Kenntnis dessen, was bis 1918 geschah, lässt sich leicht von einer Zwangsläufigkeit sprechen. Aber Affären wie die Krüger-Depesche, das *Daily-Telegraph*-Interview, die Landung des Kaisers in Tanger oder der *Panther*-Sprung nach Agadir dürfen nicht überbewertet werden. Sie waren nur kleine Teile eines Puzzles, das sich nach und nach zusammenfügte.

Hatte das »ruhelose Reich« aus Gründen der gesellschaftlichen Dynamik eine Schlagseite hin zum Krieg? Warum denn, die innenpolitischen Spannungen in Russland und England gingen tiefer als die in Deutschland. Die Kolonial- und Weltpolitik der anderen Großmächte war aggressiver und »ruheloser«, wenn man so will. Die hauptsächlichen Fehler deutscher Historiker bestehen darin, Vergleiche zu scheuen, einen Tunnelblick nur auf die Politik des Kaiserreiches zu richten, die entscheidenden Rückkoppelungen der Kolonialpolitik auf die Bündnisfrage in Europa zu übersehen und deutsche Schuld zu unterstellen, wo Unfähigkeit am Werk war.

Als letzten Pfeil aus dem Köcher der Schuldzuweisungen ziehen sie die Behauptung hervor, Deutschland hätte nur auf den Flottenbau verzichten müssen, um den Krieg zu vermeiden - ganz so, als garantiere eigene Schwäche den Frieden und als hätten tiefer begründete, schwer aufhebbare Feindschaften in diesem Europa des Imperialismus nicht bestanden. Schwach und wehrlos und ungemein friedfertig waren die deutschen Kleinstaaten jahrhundertelang gewesen. Vor französischen Ubergriffen und Kriegshandlungen hatte das nicht geschützt. Es stimmt schon, dass jedes Land eine Besatzung hat - die eigene

oder eine fremde. Wenn eine Epoche nicht aus sich selbst heraus und in allen ihren Facetten betrachtet wird, sondern nach den Maßstäben und Vorurteilen eines späteren Jahrhunderts, dann überschreitet Geschichtsschreibung unversehens die Grenze zur Naivität.

Alfred von Tirpitz und die Risikoflotte

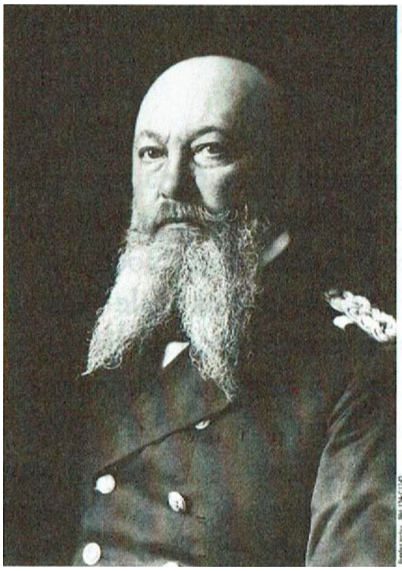
Als typische Landmacht, wenn auch mit einer ausgedehnten Küstenlinie an Nord- und Ostsee, hatte das Kaiserreich seine Marine lange Zeit vernachlässigt. Noch in den 1890er-Jahren bestand die Flotte, um Franz Uhle-Wettler zu zitieren, aus einem »Sammelsurium« von Schiffen, die oft nicht einmal zusammenwirken konnten. Auch innerhalb der Schiffsklassen gab es große Unterschiede hinsichtlich Bewaffnung, Geschwindigkeit, Panzerung und Seefähigkeit.[56] Es fehlte an allem, auch am Geld, und nicht zuletzt an einer Konzeption für Aufbau und strategische Ausrichtung einer deutschen Kriegsmarine.

Schon Otto von Bismarck hatte 1885 vor dem Reichstag das Defizit beklagt, als er rhetorisch fragte: »Sollte Deutschland wirklich außerstande sein, eine Seemacht zu werden, die allen übrigen Mächten, außer England und Frankreich, gegenüber die See halten kann, Letzteren gegenüber sie auch halten wird nach dem Geiste, den ich in unseren Seeleuten kenne?«

Die Situation änderte sich grundlegend 1897 mit der Ernennung des Konteradmirals Alfred Tirpitz (ab 1900 von Tirpitz) zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes, dann mit dem ersten Flottengesetz, das im März 1898 in dritter Lesung vom Reichstag verabschiedet wurde, ge-

folgt vom zweiten Flottengesetz 1900 und dessen Novellierung in den Jahren 1906, 1908 und 1912.

Nach heutigem Sprachgebrauch würde man die Staatssekretäre des Kaiserreichs als Minister bezeichnen. Dem Marineamt unterstanden zwar nicht die Frontverbände einschließlich ihrer Schiffe und Besatzungen, es war aber zuständig für die Flottenplanung, für den Bau der Schiffe und für den jährlichen Etat, den der Staatssekretär durch den Reichstag bringen musste. So wurde Tirpitz, immer in Abstimmung mit dem Kaiser, zum Architekten der deutschen Hochseeflotte.



Alfred von Tirpitz, Staatssekretär im Reichsmarineamt 1897-1916

(Anders als in Großbritannien wurde die Regierung nicht von den im Parlament vertretenen Parteien gestellt. Der Kaiser berief und entließ die Reichskanzler, und die ernannten die Staatssekretäre. Im Sinne der Gewaltenteilung war die Regierung kein verlängerter Arm der Parlamentsmehrheit, blieb aber auf die Zustimmung des Reichstags zu den Gesetzesvorlagen und zum jährlichen Staatshaushalt angewiesen.)

Vergleicht man die deutsche und die englische Literatur zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges miteinander, dann fällt auf, dass beide Seiten im deutschen Flotten-

hau eine Ursache für die zunehmenden deutsch-britischen Spannungen sehen, dass es aber vorwiegend deutsche Historiker sind, die Alfred von Tirpitz, dem Architekten der Flotte, aggressive Ziele unterstellen und einen ursächlichen Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch sehen. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet Franz Uhle-Wettler, der 1998 mit einem Standardwerk herauskam, auf das wir in diesem Kapitel des Öfteren zurückgreifen werden.

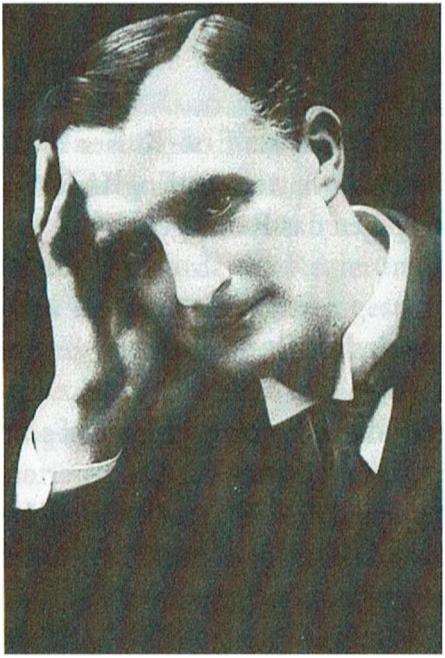
Uhle-Wettler verweigert sich der volkspädagogischen Mode, alle Schuld auf der deutschen Seite zu suchen. Promovierter Historiker, war er Kommandeur einer Panzerdivision und als Leiter der NATO-Verteidigungsakademie in das westliche Bündnis eingebunden. In einer Besprechung des Buches im *Spiegel* schrieb Rudolf Augstein, Alfred von Tirpitz habe bis anhin als einer der »Bösewichte« gegolten, und er sei mit dieser Biografie »zu Ehren gekommen«. Uhle-Wettler widerlege, »was viele von uns bisher geglaubt haben: Erst Kaiser Wilhelm II. und seine Flottenpolitik hätten die Engländer in eine feindselige Stimmung gegen das Reich gebracht.«[57]

Sir Edward Grey wird Außenminister

Belege für die antideutsche Panikmache und Hysterie in Kngland finden sich zur Genüge in den bereits zitierten Büchern von Barbara Tuchman und Virginia Cowles. In weniger schrillem Ton wurde in deutschen Zeitungen gegen England polemisiert, wozu der Jameson-Raid und der brutale Krieg gegen die Burenrepubliken maßgeblich

beigetragen haben. Seitdem war England in der deutschen Öffentlichkeit alles andere als populär und wurde zunehmend als ein von Neid zerfressener Konkurrent gesehen. Von Anglophobie kann jedoch weder bei Reichskanzler Bülow und bei seinem Nachfolger Bethmann Hollweg noch bei Tirpitz die Rede sein.

Umgekehrt lässt sich bei den konservativen Regierungen, die in England bis 1905 an der Macht waren, eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen das Reich konstatieren - und offene Feindseligkeit, nachdem Sir Edward Grey Ende 1905 nach dem Kollaps der konservativen Regierung unter Arthur Balfour das britische Außenministerium übernommen hatte. Grey blieb bis 1916 - bis heute die längste Amtszeit eines britischen Außenministers. Der Einfluss des liberalen Premierministers Herbert Henry Asquith auf die auswärtigen Angelegenheiten blieb gering.



Sir Edward Grey, britischer Außenminister /90J -1916

Bereits 1902, als sich das deutsch-britische Wettrüsten zur See erst anbahnte, und drei Jahre vor seinem Amtsantritt vertrat Grey die Meinung, dass sich Großbritannien gegen Deutschland orientie-

ren solle. Im Januar 1903 äußerte er in einem privaten Gespräch: »Ich bin zu der Uberzeugung gelangt, dass Deutschland unser schlimmster Feind ist und die größte Gefahr für uns darstellt.«

Im Oktober 1905, kurz bevor er das *Foreign Office* übernahm, bekräftigte Grey, er werde »alles in meiner Kraft Stehende« tun, um dagegen anzukämpfen, dass sich eine englische Regierung unter Führung der Liberalen Deutschland zuwenden werde. Im Januar 1906 errang die liberale Partei einen triumphalen Wahlsieg.

Niall Ferguson spricht von »Greys Deutschfeindlichkeit« und von der stillschweigenden Zustimmung der konservativen Opposition im Unterhaus zu seiner Politik.[58] Verwunderlich war das nicht, schließlich hatte der konservative Außenminister Lord Landsdowne die anglo-französische *Entente Cordiale* geschaffen und der anglo-russischen *Entente* den Weg geebnet. Dass für diese Neuausrichtung der englischen Allianzpolitik andere Faktoren als der deutsche Flottenbau verantwortlich waren, wurde bereits im vorherigen Kapitel aufgezeigt.

Auch im Europa der König- und Kaiserreiche existierte eine öffentliche beziehungsweise eine veröffentlichte Meinung, die sich Gehör zu verschaffen wusste und die mehr oder weniger Einfluss auf die Politik der Regierungen nahm. Dass die Feindschaft gegen das Deutsche Reich in England frühzeitig und ohne triftigen Anlass geschürt wurde, ist eine Tatsache, die der Historiker akzeptieren und in Rechnung stellen muss. Unvermeidlich machte das den Krieg nicht, aber es erzeugte eine Atmosphäre, die ihn vorstellbar machte.

Invasionshysterie in England

Selbst in England ging die Animosität zurück bis in das Jahr der Reichsgründung 1871. Damals erschien der Roman eines Oberstleutnants, des späteren Generals Sir George Chesney, mit dem Titel *The Battie of Dorking - Reminiscences of a Volunteer*. Das Buch erzählt, wie die Deutschen Frankreich besiegen, dann Holland und Dänemark unterjochen und schließlich vor den Toren Londons auftauchen, wo sie das englische Heer bei Dorking besiegen. So weit, so schlecht. Bemerkenswert ist, dass die Deutschen (traditionelle Verbündete Englands!) englische Gefangene ermorden und sich aufführen wie die Hunnen, als die sie in der englischen Kriegspropaganda wiederauferstehen sollten. »Glücklich diejenigen, deren Gebeine auf den Feldern von Surrey bleichten; ihnen blieb die Entwürdigung erspart, die die Lebenden ertragen mussten.« Kein Krieg um Macht und Land also, wie ihn England so oft geführt hatte, sondern ein Kampf zwischen Gut und Böse. Das Buch wurde zum Bestseller. Es musste schon im Erscheinungsmonat Mai 1871 sechsmal aufgelegt werden und verkaufte sich für längere Zeit mit unglaublichen 80000 Exemplaren pro Monat.[59]

Damit soll nicht unterstellt werden, das haarsträubende Buch sei indikativ gewesen für das deutsch-englische Verhältnis in den drei Jahrzehnten nach der Reichsgründung. Dieses war zeitweise sogar recht gut, der Besuch des Kaisers im Todesjahr von Königin Victoria ist nur ein Beispiel. Die beiden Flotten pflegten lange Zeit freundschaftliche Kontakte. Mit dem Jameson-Raid und dem Burenkrieg flackerte der unterschwellige Antagonismus

wieder auf. Aber bis in das Jahr 1914 hinein war der Krieg nicht programmiert.

1907, ein Jahr nach der ersten deutschen Flottennovelle, eskalierte wieder einmal die Hysterie in England. Ein neu gewählter sozialistischer Abgeordneter, ein gewisser Victor Grayson, hielt eine Brandrede im Unterhaus, die in ganz Europa für Schlagzeilen sorgte. Er behauptete, der Kaiser wolle mit einem Armeekorps oder mit zweien in England einmarschieren, nicht als Feind, sondern um als Enkel von Königin Victoria das Land von den Sozialisten zu befreien.

Obwohl eine deutsche Invasion aus rein militärischen Gründen ein Ding der Unmöglichkeit war, setzte das *Committee of Imperial Defence* (CID) einen Invasionsuntersuchungsausschuss ein - und kam denn auch zu dem Ergebnis, dass eine erfolgreiche deutsche Invasion ausgeschlossen war.

Nur wurde das Resultat der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. »Die Idee der Invasion wurde fast zur Psychose«, schreibt Barbara Tuchman. Ein entsprechendes Theaterstück lief 18 Monate lang vor vollem Haus. Ein Engländer namens Henry James, der an der Küste wohnte, fühlte sich »exponiert«, weil seine von der See aus sichtbaren Kamine »das erste Ziel« sein könnten, sobald der Kaiser seinen nächsten Krieg gegen England richten würde. Bereits 1906 hatte die *Daily Mail* eine Serie mit dem Titel »The Invasion of 1910« gebracht, die von *Sandwich Men* annonciert wurde, die ausgestattet mit preußischen Unilormen und Pickelhauben durch die Straßen Londons spazierten.[60]

Uberall im Land witterte man deutsche Spione. Einmal

erzählte man sich von 40 000 geschulten Agenten, die als Kellner verkleidet eingesickert seien, dann von einem geheimnisvollen Flugzeug, das unter dem Schutz der Nacht über England kreiste. Die Magazine waren voll von Geschichten wie »Der Uberfall der germanischen Geier«, »Der unvermeidliche Krieg« oder »Während England schlief«. Der Tenor war immer derselbe: Das Vereinigte Königreich, in Wahrheit die einzige Weltmacht, wurde als unschuldiges, nichts ahnendes Opfer eines moralisch minderwertigen, zutiefst bösen Feindes dargestellt.

Englands Vorsprung auf See

Der Kaiser, der England gut kannte, konnte sich nur wundern. Er schrieb an den Ersten Lord der Admiralität und nannte »dieses beständige Zitieren der >deutschen Gefahr<« etwas »beinahe Lächerliches«. Wilhelm fügte hinzu: »In anderen Ländern mag man leichtfertig daraus schließen, dass die Deutschen eine ausnehmend merkwürdige Gesellschaft sein müssen, da sie anscheinend imstande sind, die Engländer in Schrecken zu versetzen, die ihnen zur See doch fünfmal überlegen sind.«[61]

Die von der Presse geschürte Psychose war mehr als lächerlich, wenn man bedenkt, dass das Deutsche Reich um die Mitte des ersten Jahrzehnts weitaus weniger Großkampfschiffe besaß als England (42 gegen 104) und zugleich weitaus weniger baute oder plante als das Königreich (zwölf gegen 38) - und sogar weniger als Frankreich. Auch im Vergleich zu Russland und den USA war am deutschen Flottenbau nichts Außergewöhnliches.[62]

Besonders von deutschen Historikern wird permanent übersehen oder verschwiegen, wie moderat sich die deutschen Rüstungsanstrengungen im Vergleich zu denen der potenziellen Gegner ausnahmen. 1905/1906 rangierte der deutsche Marinehaushalt mit 233 Millionen Mark an fünfter Stelle hinter England, den USA, Frankreich und Russland. Und im letzten Vorkriegsjahr gab England für seine Marine umgerechnet 1052 Millionen Mark aus, Deutschland mit 475 Millionen weniger als die Hälfte davon, auch weniger als Russland mit 541 Millionen. Wie eigentlich sollte das Deutsche Reich bei solchen Kräfteverhältnissen England »von den Meeren fegen« oder nach der Weltmacht »greifen«, wie deutsche Historiker unterstellt haben?[63]

Im Kern lässt sich das Zerwürfnis mit Erscheinungsformen der Asymmetrie erklären, weniger mit dem Bau von zwei oder drei deutschen Schlachtschiffen pro Jahr. Die Seemacht England beherrschte die Meere, die Landmacht Deutschland verfügte zwar nicht über die größte, aber doch über die am besten ausgebildete Armee des Kontinents. England störte sich an Verletzungen des Völkerrechts nur dann, wenn es andere Staaten taten - die Deutschen pochten im Verkehr mit London auf die souveräne Gleichheit der Staaten. Der Anteil Englands an den Weltexporten und der Weltindustrieproduktion ging zurück, der deutsche nahm zu. Der Kaiser wollte sich, wenn er auf der Insel zu Besuch war, bei seinen Verwandten beliebt machen, die Engländer fühlten sich durch seine Annäherungsversuche genervt - selbst Wilhelms Großmutter, Königin Victoria, störte sich daran, dass der Kaiser regelmäßig in jedem Jahr zur Regatta in Cowes

aufkreuzte. Eine andere, typisch britische Spezialität bestand darin, eine höhere Moral für sich zu reklamieren - siehe auch die englische Kriegspropaganda nach 1914, die den Konflikt mit Methoden, die dem Kaiserreich fremd waren, zu einem Kampf zwischen Gut und Böse stilisierte.

Stets hielten sich die Briten an den Grundsatz der alten Römer: Quod licet Jovi, non licet bovi. Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Rindvieh nicht erlaubt. Lloyd George, Premierminister im Krieg, war wohl der einzige prominente Politiker im London der Vorkriegszeit, der der Hysterie um die deutsche Kriegsmarine einmal mit dem Hinweis entgegentrat, England habe doch selbst eine große Flotte. Die Unterstellung, dass ausgerechnet der deutsche Flottenbau illegitim gewesen sein soll, während die anderen doch auch aufrüsteten, ist in der Tat höchst seltsam.

Messen mit zweierlei Maß: Krüger-Depesche und *Bundesrat*h-Affäre

Typisch für das Messen mit zweierlei Maß und für die unterschiedlichen Reaktionen in London und Berlin waren zwei Affären: die um die sogenannte Krüger-Depesche des Kaisers und die um den Reichspostdampfer *Bundesrath*. Anlass der Krüger-Depesche war, wie im vorherigen Kapitel bereits erwähnt, der Uberfall auf die Buren in den Tagen um den Jahreswechsel 1895/1896. Unter der Führung von Leander Jameson, dem Polizeichef Rhodesiens, ritten 400 rhodesische Polizisten zusammen mit 120 Freiwilligen aus der Kap-Kolonie und

einigen wenigen englischen Offizieren auf Johannesburg, um sich mit den dort lebenden Engländern zu vereinigen und die burische Regierung zu stürzen. Die Kommandoaktion scheiterte kläglich.

Der Kaiser war über den Einfall empört, schickte ein Glückwunschtelegramm an Ohm Krüger - und traf damit den Nerv der noch stärker empörten deutschen Öffentlichkeit. Wilhelm gratulierte den Buren, dass es ihnen »in eigener Thatkraft« gegenüber den bewaffneten Scharen, die als Friedensstörer in das Land eingebrochen seien, gelungen sei, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes zu wahren.

Damit stürzte er die englische Führung in ein Dilemma. Einerseits beharrte London darauf, dass Jameson nicht mit offizieller Unterstützung gehandelt habe - er wurde sogar pro forma vor Gericht gestellt, nachdem Krüger ihn nach England expediert hatte. Andererseits hatten Cecil Rhodes und die Regierung in Kapstadt die Aktion unterstützt, und auch das Kolonialministerium in London war informiert.

Eine peinliche Angelegenheit, die so ausging, dass Jameson in England als Nationalheld gefeiert wurde, dass der Pöbel gegen deutsche Niederlassungen in London randalierte, dass sich der Kaiser verhasst machte und dass die Londoner *Times* eine Verschwörungstheorie konstruierte: »Es liegen schwerwiegende Gründe für den Verdacht vor, dass feindselige Vorhaben gegen dieses Land schon seit langer Zeit erwogen wurden.« Feindselige Vorhaben? Feindselig war doch wohl der Uberfall von Jameson und seiner Truppe. Eine andere Frage ist es, ob es klug war, die Briten wegen dieser Angelegenheit zu

reizen. Im Burenkrieg selbst wahrte Berlin Neutralität, obwohl das niederländische Königshaus Wilhelm gebeten hatte, zu intervenieren. Die Reichsregierung reagierte nicht einmal mehr auf die an der Zivilbevölkerung verübten Verbrechen.

Maßvoll auch die deutsche Reaktion, als die britische Kriegsmarine nach Ausbruch des Burenkrieges im Dezember 1899 und im Januar 1900 deutsche Schiffe auf offener See aufbrachte und durchsuchte. Der Reichspostdampfer *Bundesrath* wurde sogar nach Durban geschleppt und erst nach 24 Tagen wieder freigegeben. Ein im damaligen Verständnis unerhörter Akt, der an Piraterie grenzte. Und doch: Das Reichsmarineamt forderte die regierungsnahe Presse auf, sich zurückzuhalten. In Deutschland wurde kein einziges englisches Geschäft demoliert. Die Reichsregierung protestierte offiziell, später entschuldigte sich London.

Admiral John Fisher, der Gegenspieler

Nicht viel anders fällt der Vergleich aus zwischen Alfred von Tirpitz und John A. Fisher, dem Gegenspieler im Flottenrüsten. Admiral Fisher befehligte ab 1897 die britische Flotte im Nordatlantik und in der Karibik, wurde 1902 zum Zweiten und 1905 zum Ersten Seelord ernannt, trat 1910 in den Ruhestand und kehrte 1914 als Erster Seelord an die Spitze der Kriegsmarine zurück.

Fisher pflegte einen ganz eigenen Führungsstil und ein außergewöhnliches Rechtsverständnis. Seine Methoden beschrieb er als »ruthless, relentless and remorseless«, als

grausam, schonungslos und unbarmherzig. Ein anderes Zitat von ihm: »Jeden, der sich mir entgegenstellt, zerschmettere ich, zerschmettere ich.«[64]

Auch folgende Auslassung Fishers wäre seinem Konkurrenten Tirpitz nie über die Lippen gekommen: »Wenn du es ihnen sowohl zu Hause als auch im Ausland reinreibst, dass du bereit bist für den sofortigen Krieg ... und dass du beabsichtigst, als Erster loszuschlagen und den Feind in den Bauch zu stoßen und ihn zu treten, wenn er am Boden liegt, und deine Gefangenen in Ol zu kochen (falls du welche nimmst!) und seine Frauen und Kinder zu foltern - dann werden dir die Leute aus dem Weg gehen.« Der. Privatsekretär von Außenminister Grey, selbst ein Deutschenhasser, drückte es so aus: »Fisher ist ein toller Kerl, und er will ganz einfach auf die Deutschen losgehen.«[65]

Sir John Fisher, Erster Seelord 1903 ~ 1910 und 1914 - 1918

Besonders friedfertig waren die Angelsachsen bereits damals nicht. Schon bald nach der Jahrhundertwende forderten englische Zeitungen und sogar die offiziöse *Army and Navy Gazette*, die unterlegene deutsche Flotte einer

Kopenhagen-Behandlung zu unterziehen. Auch Admiral Fisher schlug das 1904 Edward VII. vor. Der antwortete: »Fisher, you must be mad.«[66]

Getreu dem Grundsatz »All is fair in war« (ein Motto Fishers) hatte Lord Nelson 1807 die Flotte des neutralen Dänemark in Kopenhagen ohne Kriegserklärung vernichtet, um der Gefahr vorzubeugen, dass sie in französische Hände fiel. Daher das englische Verb »to copenhagen« oder auch »to copenhagenize«. 1827 widerfuhr der türkischen Flotte dasselbe bei Navarino. (1940 wiederholte sich die Übung, als die französische Kriegsflotte in Nordafrika zusammengeschossen wurde.) Das mit in England gebauten Schiffen ausgerüstete Japan überfiel im Februar 1904 die russische Flotte im chinesischen Port Arthur (und im Dezember 1941 die amerikanische in Pearl Harbour). Tirpitz hat offenbar einkalkuliert, dass die im Aufbau befindliche deutsche Marine bis 1904 oder 1905 einem Kopenhagen-Risiko ausgesetzt sein könnte. Wirklich spruchreif wurde eine derartige Aktion in London allerdings nicht.

Der Manager Alfred von Tirpitz

An dieser Stelle müssen wir etwas näher auf die Person des Alfred von Tirpitz eingehen, auch weil er nach Meinung mancher Historiker zu den Hauptschuldigen am Krieg zählt. Kaum anders als in der Bundesrepublik waren im Kaiserreich die Führungsetagen der Wirtschaft mit den qualitativ besseren Leuten besetzt - man denke an Albert Ballin, den »Reeder des Kaisers« (HAPAG), oder

an Walther Rathenau (AEG). In der Politik herrschte eher das Prinzip der negativen Auslese. Das galt auch für die Staatssekretäre im Auswärtigen Amt, das heißt die Außenminister, und erst recht für die - um es vorsichtig auszudrücken - suboptimalen Reichskanzler während des Krieges. Die Streitkräfte wurden in der Regel von kompetenten Offizieren geführt. Die Offizierslaufbahn genoss trotz schlechter Bezahlung ein hohes gesellschaftliches Ansehen.

Tirpitz, der als Sohn eines Justizrates aus einer brandenburgischen Familie kam, entsprach überhaupt nicht der Karikatur des schnarrenden preußischen Offiziers. Er schätzte vonseiten seiner Untergebenen ein offenes Wort. Er arbeitete systematisch und sachbezogen. Er wusste die Parteien im Reichstag zu nehmen und zu überzeugen. Er war taktisch begabt, dachte strategisch und verfügte über echte Managementqualitäten, die er entschlossen und zielstrebig in den Dienst des Aufbaus der Marine steckte. Er übte starken Einfluss auf den Kaiser aus, ohne ihm jemals zu schmeicheln, wie es Eulenburg und Bülow taten. Ein politischer Kopf war er nicht. Das wurde offensichtlich, als er nach seiner Demission 1916 in die Parteipolitik wechselte. Um Rudolf Augstein noch einmal zu zitieren: »Er war der beste vorhandene Fachmann und handelte nur als solcher.«

Tirpitz hielt nichts vom kaiserlichen Imponiergehabe, von »Pomp and Circumstances«, von Paraden und dem üblichen Gepränge, an dem sich die Deutschen heute noch erfreuen, wenn es von den englischen Royais veranstaltet wird. Bezeichnend, was er über die Kaisermanöver von 1892 schrieb: Er halte sie für »wenig glücklich, wir

verlieren acht Tage dadurch«. Bei anderer Gelegenheit klagte er: »Wir ersticken in Feierlichkeiten und Jubelees.«

Tirpitz sah in England den potenziellen Gegner, ohne die Engländer zu hassen. Nadelstiche wie die Krüger-Depesche Wilhelms hielt er für falsch. Seine Memoiren, die nach dem Krieg herauskamen, geben vielleicht den besten Aufschluss über seine tiefer liegende politische Weltanschauung. Es gehe darum, ob es für Deutschland richtig gewesen sei, »eine Stellung zu erstreben, die frei und selbstständig neben der angelsächsischen sich behaupten konnte«. Tirpitz fügte hinzu: »Unser Kampf war vielleicht der letzte Freiheitskampf Europas gegen den angelsächsischen Weltkapitalismus.«

Als Leiter des Reichsmarineamtes und damit als Marineminister hatte der Admiral, soweit das zu übersehen ist, solche Ansichten nicht geäußert. Während Bülow, damals noch Staatssekretär des Äußeren, 1899 vor dem Reichstag tönte, im kommenden Jahrhundert werde das deutsche Volk »Hammer oder Amboss« sein, schrieb Tirpitz in einem privaten Brief: »Amerika geht gewaltig (politisch nämlich) vorwärts. Wir enthüllen Denkmäler und halten Paraden ab. Im Übrigen beschäftigen sich Reichstag, Reichsbehörden und Regierungen mit >querelles allemandes< und Chauvinismus, wo er nicht hingehört. Wir wollen immer ernten, ohne zu säen und zu bestellen. Das Wort gilt mehr als die ununterbrochene, auf das Ziel gerichtete Arbeit, Schein mehr als Wesen.« (Tirpitz sprach fließend englisch und schickte seine beiden Töchter auf das *Cheltenham Ladies' College* in England.)

Ein andermal sprach er - als »Minus« der deutschen Lage - von den schlechten Grenzen, der mangelnden

Bodenfläche, den missgünstigen Nachbarn, dem »jungen und unsicheren Nationalgefühl« und sogar von einer »Selbstmörderecke« im deutschen Wesen.[67]

Am 15. Juni 1897 fiel die Entscheidung

Auch vor Tirpitz besaß das Reich Kriegsschiffe, aber kein Flottenkonzept. Der 15. Juni 1897 brachte die Wende. An diesem Tag erschien Tirpitz nach seiner Rückkehr aus Asien zum Vortrag beim Kaiser. Zu diesem Zeitpunkt hatten Russland und Frankreich und erst recht England (Letzteres mit den *Naval Defence Acts* von 1889 und 1893) längst eigene Flottenprogramme aufgelegt. Die Stärke der deutschen Flotte war im internationalen Vergleich auf den sechsten Platz abgerutscht, noch hinter Italien.

Tirpitz traf an diesem 15. Juni auf einen Kaiser, der sich bereits eine feste Meinung über die Kriegsmarine der Zukunft gebildet hatte. Wilhelm dachte an eine Flotte von Kreuzern, die von ihren Stützpunkten in den Kolonien aus über die Ozeane dampfen, den deutschen Welthandel sichern und überall Flagge zeigen sollte. Ein solcher Plan wäre den Briten nicht ungelegen gekommen. Denn fern von der Heimat brauchten die Kreuzer genügend Häfen, um Kohle zu bunkern, Verpflegung und Munition zu übernehmen und Reparaturen durchzuführen - und dafür war das deutsche Kolonialreich schlicht und einfach zu klein. Eine solche Kreuzerflotte wäre im Kriegsfall in kürzester Zeit von der *Royal Navy* ausgeschaltet worden.

Dem Kaiser gefiel seine Idee einer stolzen Kreuzerflotte auf den Weltmeeren, weil er im Grunde ein Roman-

tiker war. Ironisch und boshaft, aber nicht ganz falsch unterstellte Fürst Bülow in seinen Memoiren Wilhelm II. ein bloßes Prestigedenken, das die englischen Verwandten zu neidvoller Bewunderung hinreißen sollte:

»Das Bild, das der Fantasie Wilhelms des II. als schönste Zukunftsperspektive vorschwebte, war, dass er an der Spitze einer großen, einer sehr großen deutschen Flotte eine friedliche Fahrt nach England antreten würde. Auf der Höhe von Portsmouth würde den Deutschen Kaiser der englische Souverän an der Spitze seiner Kriegsflotte erwarten. Die beiden Flotten würden aneinander vorbeidefilieren, jeder der beiden Souveräne auf der Kommandobrücke seines Flaggschiffs in der Marineuniform des anderen und mit dem Ordensband des anderen. Dann würde nach dem Austausch der obligaten Umarmungen und Küsse in Cowes ein Galadiner mit herrlichen Reden stattfinden.«[68]

Tirpitz machte dem Kaiser an jenem 15. Juni schnell und unmissverständlich klar, dass er von der Kreuzerflotte nichts hielt und dass er dafür nicht zu haben war. Sein Plan sah große Schlachtschiffe vor - mit dem Operationsgebiet Nordsee. In seinen Gesprächsnotizen ist nachzulesen, welche Argumente er dem Kaiser vortrug: »Da ein wirkungsvoller Kreuzerkrieg und transozeanischer Krieg gegen England wegen Mangels an auswärtiger Basis u. wegen d. geografischen Lage Deutschlands absolut ausgeschlossen ist, so kommt es, auch politisch betrachtet, auf den Schlachtkörper zwischen Helgoland u. d. Themse an.«

»Se. Majestät«, so notierte Tirpitz in seiner Niederschrift, »war mit dem vorstehenden Vortrag durchaus

einverstanden ... Ganz gegen meine Erwartung stimmte er sofort zu ... Ich glaubte erst, er hätte mich noch nicht ganz verstanden.«[69] Wie so oft, war sich der Kaiser seiner Sache nicht wirklich sicher und ließ sich von einem Berater umstimmen, noch dazu von einem so fähigen Kopf wie Tirpitz. Tatsächlich konnten sich die deutschen Kreuzer, die sich bei Kriegsausbruch im Ausland befanden, trotz anfänglicher Erfolge gegen die britische Marine nicht lange halten. Es stimmt zwar, dass eine wirklich große deutsche Auslandsflotte eine enorme Gefahr für das Empire dargestellt hätte. Aber die war in absehbarer Zeit nicht realisierbar, und sie wäre immens teuer gewesen.

Reichskanzler Hohenlohe, ein gläubiger Katholik und das Muster eines Politikers mit Maß, formulierte es so: »Für die Marine-Vorlage trete ich ein. Ich werde es in vorsichtiger Weise tun, aber ich bin für eine Schlachtflotte. Es geht wirklich nicht ohne eine solche ... Wir können nicht mit England rivalisieren. Wir müssen aber eine Flotte haben, die ein feindliches Geschwader, das unsere Küste blockieren will, zurückzuweisen imstande ist.«

Das erste und zweite Flottengesetz

Die Schlachtflotte aber kostete Geld, die vom Reich erhobenen Steuern waren mehr als bescheiden, und es war sehr ungewiss, ob der Reichstag dem ersten Flottengesetz zustimmen würde. Dass die Vorlage am 28. März 1898 in dritter Lesung angenommen wurde, war Tirpitz zu verdanken. Sofort nach der entscheidenden Unterredung mit

dem Kaiser schuf er im Reichsmarineamt eine »Abteilung für Nachrichtenwesen und Parlamentsangelegenheiten«, die sich der Öffentlichkeitsarbeit (vulgo: Propaganda) widmete, Informationsschriften in Millionenauflage herausgab, Vorträge organisierte und die Abgeordneten bearbeitete. Für die Journalisten wurde ein Auskunftsdienst eingerichtet.

Tirpitz selbst besuchte die Könige und Großherzöge des Reichs sowie die drei Hansestädte, denn die Einzelstaaten waren die verfassungsrechtlichen Souveräne des Reichs. Sie mussten im Bundesrat zustimmen. Im Laufe der Jahre schlug die Flottenpropaganda so ein, dass die Eltern ihre Söhne mit Vorliebe in Matrosenanzüge steckten. Ohne das katholische Zentrum hätte schon das erste Flottengesetz den Reichstag nicht passieren können. Dafür ließ sich Tirpitz wichtige Änderungen am Gesetz abhandeln.

Gebilligt und finanziert wurde im März 1898 ein Flottenplan, der bis 1903 19 Linienschiffe, zwölf große Kreuzer und 32 kleine Kreuzer vorsah. Nicht alle diese Schiffe mussten neu gebaut werden. So wurden die zwölf Linienschiffe, die 1898 vorhanden waren, auf die geplante Sollstärke angerechnet.

Der Begriff »Linienschiff« wird für historische Schlachtschiffe bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts verwendet, weil sie im Gefecht hintereinander in Kiellinie fuhren - in Abgrenzung zu den Kreuzern, die der Aufklärung dienten. Auch die schweren, großkalibrigen *»Dreadnoughts«,* eine britische Entwicklung, wurden als Linienschiffe, Großlinienschiffe oder eben auch als Kampfschiffe (»Battleships«) bezeichnet.

Das englische Wort »Dreadnought« (Fürchtenichts) bezieht sich genau genommen auf das erste Schiff dieses neuen Typs, die *HMS Dreadnought*, die im Februar 1906 in Portsmouth vom Stapel lief und Ende des Jahres in Dienst gestellt wurde und damals den Linienschiffen aller anderen Kriegsflotten überlegen war. Nach den Engländern gingen auch die anderen Seemächte dazu über, die teuren *»Dreadnoughts«* zu bauen, zuerst die USA, dann 1907 Deutschland mit den Schlachtschiffen der *Nassau*-Klasse. Sogar Brasilien leistete sich 1907 ein solches Superschiff.

Verschrottet wurden die vor dem *»Dreadnought*-Sprung« angeschafften Linienschiffe natürlich noch nicht. Sie wurden nur nicht mehr gebaut. Sie kamen im Weltkrieg zum Einsatz, so auch in der Seeschlacht am Skagerrak. Die Überlegenheit der neuen Großkampfschiffe vom Typ *Dreadnought* beruhte darauf, dass zum ersten Mal Turbinen eingebaut und dass Kanonen vom Kaliber 30,5 Zentimeter eingesetzt wurden. Die Geschwindigkeit erreichte jetzt 21,5 Knoten.

Weil sie schneller waren als die älteren Linienschiffe, konnten die *»Dreadnoughts«* einem Gefecht aus dem Weg gehen. Dank der überlegenen Reichweite ihrer Geschütze konnten sie den Gegner auf große Entfernungen bekämpfen. Zum Vergleich: Die fünf deutschen Standardlinienschiffe der *Wittelsbach*-Klasse trugen Geschütze bis zu einem Kaliber von 24 Zentimetern und erreichten eine Geschwindigkeit von 17 Knoten. Mit der *HMS Dreadnought* hatten die Briten 1906 eine neue Phase des Wettrüstens eingeleitet. Wichtig für die deutsche Seestrategie: Ab 1909 baute Russland seine von den Japanern zerstörte

Ostseeflotte wieder auf, selbstverständlich mit Großkampfschiffen des neuen englischen Typs.

Mit dem ersten Flottengesetz würde die Reichsmarine innerhalb von fünf Jahren über zwei Geschwader zu je acht Linienschiffen verfügen, außerdem über ein Flottenflaggschiff und zwei Schiffe als Materialreserve - und zusätzlich über die erwähnten Kreuzer sowie über Torpedo- und Kanonenboote, mit denen sich das Flottengesetz nicht befasste.

Erst das zweite, 1900 verabschiedete Flottengesetz erhöhte die Zahl der Kampfschiffe auf 34 und damit auf vier Geschwader, die bis 1920 vollständig sein sollten. Dazu kamen acht große Kreuzer und 24 kleine Kreuzer für Aufklärungszwecke, außerdem eine Auslandsflotte mit drei großen und zehn kleinen Kreuzern.

Die Novelle zum Flottengesetz vom Juni 1906 stockte die Flotte um sechs große Kreuzer auf, die Novelle vom April 1908 reduzierte die vorgesehene Lebensdauer der Schiffe von 25 auf 20 Jahre, was wegen der rasanten technischen Entwicklung erforderlich war. Und die Novelle vom Juni 1912 erweiterte den Bauplan um zusätzliche drei Kampfschiffe.

Das erste Flottengesetz wurde von den Briten kaum beachtet, auf das zweite reagierten sie, indem acht Kampfschiffe der *King-Edward*-Klasse in Auftrag gegeben wurden. Es kam zu einem Wettrüsten, bei dem England von Anfang bis Ende uneinholbar vorne lag und das die Deutschen auch aus finanziellen Gründen nicht gewinnen konnten.

Freilich hatten Tirpitz, der Kaiser und die Regierung auch nie beabsichtigt, mit der *Royal Navy* gleichzuzie-

hen. Man kann es auch so sehen: Die deutsche Flotte wurde groß genug, um die Engländer zu reizen, weil der Inhaber eines Quasi-Monopols ungern auf dieses verzichtet. Und sie war gleichzeitig zu schwach, um London im August 1914 von der Kriegserklärung abzuhalten. Die englische Seeherrschaft und der Schutz der Insellage vor einer Invasion waren nie gefährdet. Das erleichterte London den Entschluss, es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Umgekehrt schlug der Kalte Krieg zwischen den Großmächten nach 1945 nie in einen heißen um, weil die Abschreckung durch Nuklearwaffen funktionierte und weil das Überleben beider Seiten auf dem Spiel stand.

Das Konzept der Risikoflotte

Vergleichbar mit den Langstreckenbombern und Interkontinentalraketen des späteren 20. Jahrhunderts dienten die Schlachtflotten der europäischen Großmächte strategischen Zwecken. Mit ihnen ließen sich Macht in entfernte Räume projizieren, der eigene Großmachtstatus behaupten - und ein potenzieller Gegner abschrecken. Letzteres war das Konzept der von Tirpitz geplanten und gebauten Risikoflotte, die eben nicht die englische Herrschaft auf den Weltmeeren herausfordern, sondern in der Nordsee operieren sollte. Das implizierte allerdings, dass England als potenzieller Gegner betrachtet wurde. Abgesehen davon konnten die in Wilhelmshaven stationierten Schiffe bei Bedarf durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal in die Ostsee verschoben werden und dort zum Schutz der deutschen Küste ein Gegengewicht zur russischen Marine bilden.

Der Abschreckungsgedanke, der der ganzen Konzeption zugrunde lag, wurde mit aller Klarheit in der Begründung zum zweiten Flottengesetz von 1900 aufgeführt. Zitat:

Es gibt »nur ein Mittel, um Deutschlands Handel und Kolonien zu schützen: Deutschland muss eine Flotte haben, dass selbst für die größte Flotte ein Krieg mit ihm ein solches Risiko in sich schließen würde, dass ihre eigene Überlegenheit gefährdet wäre. Für diesen Zweck ist es nicht absolut notwendig, dass die deutsche Flotte ebenso groß ist wie die der größten Seemacht, weil in der Regel eine große Seemacht nicht in der Lage sein wird, ihre ganze Kraft gegen uns zu konzentrieren. Aber selbst, wenn es ihr gelingen sollte, uns mit überlegenen Kräften entgegenzutreten, würde der Feind durch seine Überwindung des Widerstandes der deutschen Flotte so erheblich geschwächt werden, dass dann trotz des etwa errungenen Sieges die eigene Machtstellung zunächst nicht mehr durch eine ausreichende Flotte gesichert wäre.«

Auch bei anderen Gelegenheiten hat Tirpitz immer wieder betont, dass ein Sieg über England weder beabsichtigt noch möglich sei, dass Deutschland nicht in einem dauernden politischen Abhängigkeitsverhältnis von England bleiben dürfe und dass es darum gehe, die deutsche Flotte so stark zu machen, dass ein Angriff für England zum »Risiko« würde.

Uhle-Wettler kreidet den Kritikern der Tirpitz-Flotte an, dass sie das in den damaligen Flottenlisten und Handbüchern verfügbare Material nicht kennen, dass sie die Stärke auch der französischen und russischen Flotte ebenso ausblenden wie die geografischen Faktoren. Beschränkt auf die Deutsche Bucht und die Nordsee, sei die strate-

gisch-geografische Lage Deutschlands so ungünstig gewesen, dass die atlantische Seeherrschaft Englands nicht angreifbar war. 1900, im Jahr des zweiten Flottengesetzes, war die französische Marine größer als die deutsche und dank der Atlantikhäfen potenziell gefährlicher für England - ohne dass die Briten sich daran störten. Zur Erinnerung: Erst 1904 kamen sich London und Paris in der *Entente Cordiale* näher.

Auch das offiziöse *Naval Annual* kam 1900 in einer Besprechung des zweiten deutschen Flottengesetzes zu dem Schluss, dass die kaiserliche Flotte auch nach Abschluss des Bauplanes die englische Seeherrschaft keineswegs gefährden könne - allenfalls im Bündnis mit anderen Seemächten. Admiral Fisher, der Erste Seelord, nannte es 1906 »extrem absurd«, von einer Gefährdung der englischen Überlegenheit zu sprechen, selbst wenn England den Schiffsbau für einige Jahre vollständig einstellen würde.[70]

Das Crowe-Memorandum

Bleibt die Frage, ob der Tirpitz-Plan ursächlich oder in erster Linie verantwortlich für die Zerrüttung der deutsch-englischen Beziehungen war. Wir haben bereits gesehen, dass der deutsche Flottenbau von der Führung in London weitaus weniger dramatisch gesehen wurde als von der hysterisierten Öffentlichkeit. Die Admiralität und die Regierung kannten eben die realen Kräfteverhältnisse. Besonders aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist ein Memorandum, das Sir Eyre Crowe 1906 zu Händen des

Sir Eyre Crowe, Deutschland-Spezialist im Foreign Office

Königs verfasste und in dem er die Grundsätze der englischen Europa- und Deutschland-Politik ausarbeitete. Crowe, Sohn eines Deutschen und mit einer Deutschen verheiratet, war einer der maßgebenden Mitarbeiter von Außenminister Edward Grey und zählte zur dezidiert antideutschen Fraktion in den liberalen Regierungen unter Sir Henry Campbell-Bannermann und dann ab 1908 unter Herbert Asquith.

In seiner Analyse der deutschen Politik glaubte Crowe zwei mögliche Motive entdeckt zu haben. Entweder Deutschland strebe die Hegemonie in Europa und eine maritime »Überlegenheit« an - dann bedrohe es die Unabhängigkeit seiner Nachbarn und schließlich die Existenz Englands. Oder aber Deutschland wolle sein Potenzial und seinen Einfluss nur mit friedlichen Mitteln vergrößern und überlasse alles andere künftigen Entwicklungen.

Welches der beiden Motive zutraf, war nach Meinung Crowes unwichtig. Denn: Das zweite Motiv - die Evolution, wie er es nannte - könne jederzeit in das erste umschlagen. Auch falls der Evolutionsplan verwirklicht werde, bilde er eine »fürchterliche Gefahr für den Rest der Welt«. Schlussfolgerung: Ob das Deutsche Reich friedlich oder aggressiv auftrat, änderte nichts an der »deutschen Gefahr« und an der Notwendigkeit für England,

gegen das Kaiserreich Politik zu machen. So gesehen hatte Berlin - ob mit oder ohne Flottenbau - keine Chance, der englischen Feindschaft zu entgehen, solange der wirtschaftliche Aufstieg und der Bevölkerungszuwachs des Reiches die »Balance of Power« auf dem Kontinent beeinträchtigten.

Noch interessanter ist, dass in dem Crowe-Memorandum der deutsche Flottenbau nur nebenbei und nicht einmal besonders negativ erwähnt wird. Auch später, vier Jahre vor Kriegsausbruch, hielt Crowe den Flottenbau nur für ein »Symptom« des deutsch-englischen Zerwürfnisses. Wörtlich: »Es ist nicht bloß und nicht einmal in erster Linie die Frage der Seerüstung, die den Grund für die existierende Entfremdung darstellt.«[71] Wenn das schon in London so gesehen wurde, dann bricht die These von der Tirpitz-Flotte als Kriegsursache in sich zusammen.

Versöhnliche Stimmen auf beiden Seiten

Trotz aller Feindseligkeit des *Foreign Office* blieb das Meinungsbild auf beiden Seiten bis 1914 differenziert. Zum Missfallen der Regierungen Bülow und Bethmann trommelten zwar einerseits die chauvinistischen Alldeutschen gegen England, und wenn es nach dem Flottenverein gegangen wäre, hätte die Marine noch schneller aufgerüstet. Die Flottenenthusiasten hielten Tirpitz für zu schlapp, und die Agitation der Alldeutschen war so schrill, dass Bülow einmal klagte, sie machten das Reich überall verhasst.

Andererseits gründeten hoch angesehene Professoren,

Bankiers und Unternehmer ein deutsch-englisches Verständigungskomitee, das mit Vorträgen und Kundgebungen für einen Ausgleich warb. Der Berliner Historiker Otto Hintze betonte in einer Broschüre, die weite Verbreitung fand, Deutschlands Willen, die britische Seeherrschaft nicht zu erschüttern, verlangte aber Gleichberechtigung. Eine britische Weltherrschaft, der sich Deutschland unterzuordnen habe, lehnte er ab.[72]

In England rührte sich innerhalb der liberalen Regierungsmehrheit eine starke Fraktion, die der Deutschland-Politik von Außenminister Grey äußerst skeptisch gegenüberstand und die Frage aufwarf, ob nicht die *Entente Cordiale* eine Allianz sei, »welche England in einen Krieg mit Deutschland treiben könnte, ohne dass eigentlich englische Interessen im Spiel wären«.

Noch im November 1911 legten 80 liberale Unterhausabgeordnete eine Denkschrift vor, die für eine Verständigung mit dem Deutschen Reich warb. Hinter derartigen Initiativen standen auch finanzielle Überlegungen. Hätte sich London mit Berlin auf ein Abkommen über Rüstungsbegrenzung geeinigt, wäre mehr Geld für Sozialreformen übrig geblieben - ein wichtiges Anliegen der englischen Liberalen.

Mehr als einmal schienen sich die Beziehungen zwischen dem Reich und England zu entspannen, mehr als einmal wurde über Rüstungsbegrenzungen und eine vertragliche Annäherung nachgedacht und verhandelt. Im Dezember 1907 warb die Reichsregierung für eine Nordseekonvention mit Großbritannien und Frankreich. Im Februar 1908 versicherte der Kaiser den Briten, Deutschland verfolge nicht das Ziel, »die britische Über-

legenheit zur See herauszufordern«. In den Jahren 1909 und 1910 schlug Bethmann Hollweg dem britischen Botschafter eine Marinekonvention vor, »als Teil eines Plans für eine gute Zusammenarbeit«. Und im März 1911 forderte der Kaiser »eine politische Verständigung und ein Flottenabkommen mit dem Ziel der Begrenzung der Marineausgaben«.[73] Ohne Zweifel hatte das reiche Großbritannien einen größeren finanziellen Spielraum als die mit Geldnöten kämpfende Reichsregierung. Die Briten konnten sich das Wettrüsten eher leisten - und sie lagen dabei stets in Führung.

Lord Haidane in Berlin

Warum scheiterten alle Initiativen, alle Verhandlungen dennoch? Das lässt sich am besten an der Mission des britischen Kriegsministers Lord Richard Haidane demonstrieren. Er traf am 8. Februar 1912 in Berlin ein und konferierte mit dem Kaiser, mit Tirpitz und mit Bethmann Hollweg. Die Kontakte hatten die Geschäftsleute Sir Ernest Cassel und Alfred Ballin, ein Freund des Kaisers, vermittelt. Ohnehin waren die Beziehungen zwischen deutschen und englischen Unternehmern und Bankiers in der Epoche der ersten Globalisierung, die mit dem Weltkrieg abrupt endete, ausgesprochen gut.

Als Lord Haidane nach Berlin reiste, wurde dort bereits über eine neue Flottennovelle diskutiert. Im Wesentlichen ging es darum, die für die kommenden Jahre bereits eingeplante Reduzierung der jährlichen Schlachtschiffneubauten von vier auf zwei wieder zu korrigieren. Al-

fred von Tirpitz wollte nun in jedem zweiten Jahr drei statt zwei »*Dreadnoughts*« auflegen, um dem Verhältnis zwei zu drei gegenüber England näherzukommen. Der Kaiser unterstützte Tirpitz mit dem Argument, England sei durch die deutsche Flotte bereits belehrt, auf einen Angriff verzichten zu müssen, und deshalb dürfe der Rückstand Deutschlands in der Seerüstung nicht anwachsen.[74]

Klein beizugeben und den Engländern eine Mitbestimmung über den Umfang der deutschen Flotte einzuräumen galt in Berlin als nicht akzeptabel - ebenso wenig in der deutschen Öffentlichkeit. Verhandelbar waren Flottenfragen aus deutscher Sicht nur, wenn London Konzessionen auf anderem Gebiet machte. Konkret: wenn die britische Neutralität im Falle eines europäischen Krieges zugesichert würde.

In dem von Bethmann vorgelegten Entwurf hieß es: »Die hohen vertragschließenden Parteien ... werden keine unprovozierten Angriffe gegeneinander durchführen oder sich Kombinationen oder Plänen gegen die jeweils andere anschließen, die Angriffe zum Zweck haben ... Wenn eine von ihnen in einen Krieg verwickelt wird, in dem sie nicht als Angreifer betrachtet werden kann, wird die andere Seite ihr gegenüber zumindest eine Haltung der wohlwollenden Neutralität einnehmen.«[75]

Zu viel verlangt war das eigentlich nicht. Ein deutscher Angriffskrieg war damit keineswegs gedeckt. Sir Edward Grey störte sich aber an dem Wort »Neutralität«, weil es »den Eindruck vermitteln würde, als seien uns die Hände gebunden«. Die Verträge mit Russland und Frankreich hatten für London absolute Priorität.

Immanuel Geiss, wie Fritz Fischer einer der lautesten Verfechter der These von der deutschen Kriegsschuld, behauptet, dass »nur« Deutschlands Weigerung, sich auf eine Begrenzung des Wettrüstens zur See einzulassen, die Verständigung zwischen beiden Seiten blockiert habe. Der Brite Ferguson kommt zu einem ganz anderen Schluss: »Die Deutschen waren bereit, als Gegenleistung für eine Neutralitätsverpflichtung eine Flottenvereinbarung zu treffen; und es war die Frage der Neutralität, an der die Gespräche wirklich scheiterten. Es lässt sich durchaus behaupten, dass die britische Haltung die unnachgiebigere war - dies war keineswegs überraschend, da sie sich auf eine unangefochtene Position der Stärke stützte.« 1913 habe Grey den britischen Standpunkt mit folgenden Worten zusammengefasst: »Wenn man über eine absolute Flottenstärke verfügt, die diejenigen aller anderen europäischen Flotten zusammen übertrifft..., dann ist es vergleichsweise einfach, Außenpolitik zu betreiben.« Ferguson formuliert es so: »Warum sollte Großbritannien um etwas verhandeln, was es bereits besaß?«[76]

Wie London die Deutschen vorführte

Den Beweis dafür, dass London nicht im Entferntesten daran dachte, an der *Triple-Entente* mit Frankreich und Kussland zu rütteln, lieferte Haidane selbst noch während seines Aufenthaltes in Berlin. Schon am Abend des zweiten Tages stattete er der französischen Botschaft einen Besuch ab und brach damit die Vertraulichkeit - eine Bedingung für den Erfolg solcher Unterredungen. Unter-

dessen unterrichtete Sir Arthur Nicolson, nach heutigem Sprachgebrauch Staatssekretär im *Foreign Office* unter Edward Grey, den französischen Botschafter in London über die »vertraulichen« Gespräche Haldanes in Berlin und beteuerte, es habe »keine Chance« für eine anglo-deutsche Ubereinkunft gegeben.[77]

Die hat es bei realistischer Sicht tatsächlich nicht gegeben. Die Bündnisfrage war für Grey unwiderruflich geklärt. Einen Monat später, am 18. März 1912, kündigte Sir Winston Churchill in einer Rede an, England werde für jedes Schiff, das Deutschland über sein Flottengesetz hinaus baue, zwei eigene auf Stapel legen. Das Bauprogramm, das er dann in Gang setzte, ging darüber sogar noch hinaus. (Winston Churchill, selbst kein Offizier der Marine, bekleidete von 1911 bis 1915 das politische Amt des First Lord of the Admiralty. Es wurde erst 1964 aufgelöst.)

Zu einer ähnlichen Bewertung der Haldane-Gespräche wie Ferguson kommt der deutsche Historiker Konrad Canis in seinem Standardwerk *Der Weg in den Abgrund*. Obwohl er anders als Uhle-Wettler der Flottenrüstung und Tirpitz kritisch gegenübersteht, gesteht er der deutschen Regierung zu, sie habe die Suche nach einer Entspannung mit England ernst gemeint. London hingegen habe nur Ablenkungsmanöver veranstaltet. Nach den drei vorherigen Krisen (um Marokko und Bosnien-Herzegowina) sei Deutschland jedes Mal der Initiator gewesen, von dem der Entspannungstrend ausging. Mehr noch: »Der Kurs der Regierung, Entspannung mit England zu suchen, fand in der deutschen Öffentlichkeit ein breites, kritisch-positives Echo.«[78]

Zum Kalkül der Briten gehörte es auch, nicht wirklich ernst gemeinte Gespräche mit der Reichsregierung zu führen, um Frankreich und Russland zu disziplinieren und bei der Stange zu halten. Die Engländer fürchteten nichts mehr als ein Ende des Kalten Krieges in Europa. Die Vorstellung, Franzosen und Russen könnten der deutschen »Umarmung« nachgeben und sich mit Berlin einigen, war der ultimative Albtraum aus englischer Sicht. Ein Kontinentalbündnis hätte die Insel isoliert und die englische Herrschaft über die Meere ernsthaft gefährdet.

Grey musste Russland bei Laune halten

Ferguson sieht folgendes Motiv hinter der Germanophobie Greys, des *Foreign Office* und des Generalstabs: »Gerade *weil* sie wünschten, dass Großbritannien mit Frankreich und Russland verbündet bleibe, war es notwendig, den Deutschen monströse Pläne für die Beherrschung Europas zu unterstellen.« Es sei eine bemerkenswerte Tatsache, dass die Behauptungen, Deutschland verfolge »napoleonische« Pläne, »weitgehend nicht mit den nachrichtendienstlichen Informationen übereinstimmten, die aus Deutschland eingingen«.[79]

Hinzu kam, dass Deutschland dort, wo vitale englische Kolonialinteressen auf dem Spiel standen, nichts zu bieten hatte. Wie bereits erwähnt, hatten sich England und Russland 1907 über die Abgrenzung der Interessensphären in Persien, Afghanistan und Tibet geeinigt. Ein paar Jahre später hatten die Russen ihre Schwächephase überwunden und kehrten zu einer aggressiven Politik zurück.

Im Herbst 1911 besetzten Truppen des Zaren große Teile Nordpersiens und schoben damit ihre Militärpräsenz in Richtung Indien vor.

Auch in China ging das Zarenreich nach dem Sturz der dortigen Monarchie 1911 erneut in die Offensive. Objekt der Begierde waren wieder die Mongolei und die Mandschurei, diesmal im Einvernehmen mit dem vorherigen Kriegsgegner Japan. England, die USA und Deutschland hingegen wünschten keine Zerstückelung des Reichs der Mitte. Besonders für England hatten die wirtschaftlichen Interessen Vorrang.

»Obwohl die spezifischen deutschen und britischen Interessen in China«, so Canis, »nach wie vor in vielem übereinstimmten, hatte sich London weitgehend der Zusammenarbeit mit Deutschland entzogen und billigte Russlands Sonderinteressen. London war wie in Persien auch in China dem Druck Russlands so wenig gewachsen, dass ihm allein die Gefolgschaft blieb. Eigenständig trat es kaum noch auf. Englands Stellung gegenüber Russland erwies sich schon deshalb als schwach, weil Frankreich den Bündnispartner konsequent unterstützte. Das übergreifende Interesse an der *Entente* gab den Ton an.«[80]

Fazit: Nachdem der Rückversicherungsvertrag mit Russland 1890 ausgelaufen war, nach der russisch-französischen Militärkonvention von 1892, nach der anglo-französischen *Entente* von 1904 und nach dem britisch-russischen Ausgleich von 1907 - nach diesen Weichenstellungen hätte es eines Genies in Berlin bedurft, um dem Dilemma der Einkreisung zu entgehen. Oder aber das Kaiserreich hätte entweder den Russen oder den Engländern sehr weit entgegenkommen und sich einer der beiden

Mächte als Juniorpartner unterordnen und ausliefern müssen.

Dazu waren weder der Kaiser und Tirpitz noch Bülow und sein Nachfolger Bethmann bereit. Sie setzten parallel zu Verhandlungen auf Stärke und Aufrüstung, wobei die beiden Reichskanzler diesen Weg nur zögernd und mit Vorbehalt mitgingen. Aus der Rückschau und in Kenntnis des Ausgangs des Dramas lässt sich leicht darüber mutmaßen, was sie anders hätten machen sollen. Nur konnte 1912, 1913 und bis zum Sommer 1914 niemand wissen, dass der Krieg so bald ausbrechen würde.

War der Flottenbau wirklich falsch?

Unbeantwortet muss auch die Frage bleiben, ob die Entscheidung, die Tirpitz-Flotte zu bauen, aus damaliger oder aus heutiger Sicht richtig oder falsch war und wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn sich das Kaiserreich mit dem früheren »Sammelsurium« von Kreuzern, Torpedo- und Kanonenbooten zufriedengegeben hätte. Zumindest hätte der Verzicht auf die Schlachtflotte dem deutschfeindlichen Lager in London Argumente entzogen. Solche Überlegungen kommen im Tirpitz-Buch von Uhle-Wettler etwas zu kurz, auch wenn das umfangreiche Material, das er ausbreitet, einen wichtigen Erkenntnisgewinn bringt. Zu Recht weist Uhle-Wettler darauf hin, dass sich die Tirpitz-Kritiker in einen unauflösbaren Widerspruch verwickeln, wenn sie einerseits sagen, die Flotte sei im Krieg nutzlos gewesen, und andererseits, sie habe England in seiner Existenz bedroht.

Wo also lagen die Alternativen? Zum einen hätte die Reichsregierung die Gelder, die der Flottenbau verschlang, in das Heer stecken können. Dann wären die Chancen auf einen schnellen Sieg über Frankreich 1914 größer gewesen. Einwand: Als die Flottengesetze zur Debatte standen, wurden zusätzliche Korps nicht einmal von der Heeresführung gefordert - und sie hätten die Spannungen in Europa möglicherweise auch verschärft. 1913 wurde das Heer dann doch um zwei Korps verstärkt.

Zum anderen hätte die Marine die U-Boot-Waffe favorisieren können. Immerhin besaß Deutschland bei den Unterseebooten einen klaren technologischen Vorsprung vor England. Zu bezweifeln ist aber, dass die Bedeutung der U-Boote im späteren Krieg zum Zeitpunkt der beiden Flottengesetze schon absehbar war. Jedenfalls war die Technik um die Jahrhundertwende nicht ausgereift. U1, mit dem der Aufbau dieser neuen Waffengattung begann, wurde erst 1906 fertiggestellt.

Oder aber das Kaiserreich hätte in den Verhandlungen mit London eine strikte Begrenzung der eigenen Flottenrüstung ohne Gegenleistung und ohne Zusicherung der englischen Neutralität akzeptieren können. Dann aber wären die deutschen Küsten im Ernstfall mehr oder weniger gefährdet gewesen - vor allem, wenn auch die französische Marine und die russische Ostseeflotte berücksichtigt werden.

Während des Krieges haben Winston Churchill und Admiral John Fisher wie auch ihre Nachfolger mehr als einmal erwogen, die *Royal Navy* in die Ostsee vorstoßen zu lassen und zusammen mit der russischen Flotte den deutschen Seeverkehr in der Ostsee und die für Deutsch-

land kriegswichtigen Erzimporte aus Schweden zu unterbinden.

Auch die Besetzung von Borkum oder Helgoland stand zur Debatte, um die Mündungen der Ems, der Weser und der Elbe abzusperren. Churchill und Fisher befassten sich sogar mit Plänen, in Missachtung der Neutralität von Holland, Dänemark und Schweden diese Länder anzugreifen und der britischen Marine dort Stützpunkte zu sichern.[81]

Dass alle diese Projekte verworfen wurden, lag daran, dass ein Zusammenstoß mit der deutschen Flotte in ihren eigenen Gewässern als zu riskant erschien. Stattdessen entschied man sich für die Fernblockade, mit der das Reich risikolos ausgehungert werden konnte. Risikolos, weil die *Royal Navy* den Kanal und den Ausgang der Nordsee zum offenen Atlantik unangefochten kontrollierte. Ganz nutzlos war die Tirpitz-Flotte mithin nicht. Ohne sie wäre im Krieg manches anders verlaufen. Abgesehen davon hätte sie von Anfang an offensiv eingesetzt werden können, was bekanntlich nicht geschah.

Existenziell bedroht musste sich England nie fühlen. Zwar hatte die deutsche Kriegsflotte seit 1900 schnell aufgeholt - von 285 000 auf 1 305 000 Tonnen, verglichen mit der britischen Flotte, die von 1 065 000 auf 2714000 aufgerüstet hatte. Gleichzeitig aber hatten Russland auf 679 000 und Frankreich auf 900 000 Tonnen erhöht.[82]

Auch bei den Rüstungsausgaben 1913/1914 lag das Deutsche Reich deutlich hinter Großbritannien. Gemessen an den Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung fiel Deutschland noch weiter zurück.[83]

Dass Deutschland einen »Sonderweg« gegangen sei,

bestreitet auch der britische Historiker Paul Kennedy: »Es ist historisch immer so gewesen, dass aufsteigende Mächte Veränderungen der internationalen Ordnung fordern, die zum Vorteil der älteren, etablierten Mächte festgelegt wurden.« Deutschland sei »von Geburt an eingekreist« gewesen. Wegen der ungünstigen geografischen Lage aber hätte die deutsche Staatskunst »von außerordentlich hohem Rang« sein müssen.[84] Dass sie es nach Bismarck nicht mehr war, erwies sich als das eigentliche Verhängnis.

Österreichs Feinde und das Vorspiel zum Krieg

Der Mord von Sarajewo

Geschichte ist nicht determiniert. Ebenso wenig sind es die großen Wendepunkte, die den Gang der Ereignisse in eine neue Richtung lenken. Ort und Zeit und das Spiel des Zufalls müssen zusammenkommen. So war es auch am 28. Juni 1914 in Sarajewo, der an der Miljacka, einem Nebenfluss der Bosna, auf 540 Meter Höhe gelegenen Hauptstadt von Bosnien und Herzegowina, die 1463 unter türkische und 1878 unter österreichische Herrschaft gefallen war.

Am Morgen des 28. Juni, es war ein Sonntag, bestieg Erzherzog Franz Ferdinand, Thronfolger und Generalinspekteur der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, zusammen mit seiner Gemahlin Sophie Chotek am Bahnhof von Sarajewo ein Automobil der Marke Gräf & Stift, Type Doppel-Phaeton-Karosserie, mit der Wiener Zulassungsnummer AIII-118. Ihnen gegenüber saß Oskar Potiorek, der Gouverneur von Bosnien. Neben dem Fahrer hatte Oberstleutnant Graf Franz von Harrach Platz genommen, der Besitzer des 1910 ausgelieferten Wagens. Man fuhr mit offenem Verdeck: Am Samstag hatte es in Sarajewo noch geregnet, an diesem Sonntag strahlte die Sonne.

Die Kolonne von insgesamt sieben Fahrzeugen rollte entlang des Flusses in Richtung Rathaus. »Ein herrliches Panorama bot sich dem Paar«, so schildert Christopher Clark die Szene, »als die Kolonne auf den Appelkai einschwenkte, eine breite Allee, die entlang der Uferbefestigung der Miljacka durch das Zentrum von Sarajewo führte. Auf beiden Seiten des Flusses, der östlich der Stadt aus einer Schlucht hervorbricht, ragen steile Berge auf eine Höhe von über 1500 Meter auf. Die Hänge waren mit Villen und Häusern inmitten von Obstplantagen übersät. Oberhalb davon lagen die Friedhöfe mit unzähligen glänzenden Punkten aus weißem Marmor, gekrönt von dunklen Tannen und nacktem Fels. Die Minarette der zahlreichen Moscheen überragten die Bäume und Gebäude entlang des Flusses, eine Erinnerung an die osmanische Vergangenheit der Stadt. Im Stadtzentrum, links vom Appelkai, befand sich der Basar, ein Labyrinth aus Gassen, in dem sich ein schattiger Stand an den anderen reihte, angelehnt an Kaufhäuser aus solidem Stein. Teppichhändler, Gärtner, Sattler, Kupferschmiede sowie Handwerker aller Art gingen hier ihrem Gewerbe nach, jeder in dem ihm zugewiesenen Areal.«[81]

Obwohl serbische Terroristen seit 1909 bereits vier Attentate auf hohe österreichische Regierungsbeamte ausgeführt und weitere geplant hatten, wurde am 28. Juni auf die einfachsten Sicherheitsvorkehrungen verzichtet. Weder hatte das Militär ein Kordon gebildet noch wurde genügend Polizei entlang der Fahrtroute postiert. Die Leibwache des Erzherzogs war aus Versehen am Bahnhof zurückgelassen worden. Franz Ferdinand, ein Fatalist nach langer, schwerer Krankheit, hatte sich bei einer frü-

heren Gelegenheit so geäußert: »In Lebensgefahr sind wir immer. Man muss nur auf Gott vertrauen.«

Auf den Beistand von oben war dieses eine Mal kein Verlass. Entlang des Kais warteten sieben Terroristen, die in den Tagen zuvor in die Stadt eingesickert waren. Ausgerüstet mit Bomben, geladenen Pistolen und einer Tüte Zyanid für den anschließenden Selbstmord.

Der zweite Attentäter, den die Kolonne passierte, ein aus Bosnien stammender Serbe namens Nedeljko Cabrinovic, handelte. Er warf seine Bombe, der Fahrer Franz Ferdinands gab Gas, und bis heute ist nicht klar, ob der Erzherzog den Sprengsatz mit der Hand wegschlug oder ob er vom zurückgeschlagenen Verdeck abprallte. Er explodierte unter dem folgenden Fahrzeug. Einer der Insassen, der Obert Erik von Merizzi, wurde schwer verletzt - und eben diese Verletzung sollte der Grund dafür sein, dass der zweite Mordanschlag dann doch gelang.

Alle Sicherheitsregeln, die heutzutage bei Staatsbesuchen Routine sind, wurden missachtet. Anstatt den Appelkai schnellstens zu verlassen, ließ Franz Ferdinand anhalten, stieg aus und kümmerte sich um die Verwundeten. Eine weitere Gelegenheit für die anderen Attentäter, zuzuschlagen. Wie durch ein Wunder passierte nichts. Die noch sehr jungen Serben und der eine muslimische Bosnier, der ebenfalls zur Gruppe gehörte, reagierten nicht kaltblütig genug. Sie zögerten.

Der Erzherzog und sein Gefolge setzten die Fahrt fort und erreichten das Rathaus, wo die üblichen Reden gehalten wurden und wo Franz Ferdinand ein Telegramm an den Kaiser Franz Joseph verfasste, um ihm zu versichern, dass sie beide wohlauf seien. Dann aber traf der Thronfol-

ger die Entscheidung, die ihn das Leben kosten sollte. Er lehnte den Vorschlag des Gouverneurs ab, entweder zu dessen Residenz zu fahren oder Sarajewo zu verlassen, und bestand darauf, den verwundeten Oberst von Merizzi im Krankenhaus zu besuchen.

Damit die Attentäter, von denen noch sechs auf freiem Fuß waren, eine zweite Chance bekamen, musste ein weiterer Zufall ins Spiel kommen. Der Fahrer bog auf der Höhe des Basarviertels falsch ab und kuppelte aus, um zurückzufahren. Genau dort in der Franz-Joseph-Straße, wo der Wagen fast zum Stillstand kam, stand Gavrilo Princip, zog seine Pistole und schoss zweimal. Die erste Kugel durchschlug die Autotür und durchtrennte die Bauchschlagader der Herzogin. Die zweite traf den Erzherzog und zerfetzte seine Halsvene. Franz Ferdinand konnte noch flüstern: »Sopherl, Sopherl, sterbe nicht, bleibe am Leben für unsere Kinder.« Um elf Uhr waren beide tot. Die blutdurchtränkte Uniform Franz Ferdinands und das Auto mit dem Einschussloch sind heute noch im Heeresgeschichtlichen Museum in Wien zu besichtigen.

Gavrilo Princip, der Mörder von Erzherzog Franz Ferdinand

Schock in Europa, Jubel in Belgrad

Die Nachricht von der Bluttat schockierte Europa - fast ganz Europa. Am Montag, dem 29. Juni, machte die Pari-

scr Ausgabe des *New York Herald* siebenspaltig mit dem Mord auf. »Wien ist verhängt mit schwarzen Fahnen«, berichtete das Blatt, »Gruppen von schweigenden Menschen belagern die Verkäufer der Sonderausgaben, und die Seiten werden von ernsten Gesichtern überflogen, während der ganze Horror und die Bedeutung der Ereignisse den Lesern bewusst werden.« Der ermordete Erzherzog sei trotz seiner »etwas autokratischen« Neigungen sehr populär im »austrophilen Teil der Monarchie« gewesen. Der Kaiser, der wenige Tage zuvor seinen Sommeraufenthalt in Bad Ischl angetreten habe, sei niedergeschmettert von den Nachrichten, und man befürchte, dass der Schock ernsthafte Konsequenzen für die Gesundheit des 84-Jährigen haben könne.

Im *New York Herald* vom 29. Juni finden sich erste Hinweise auf eine serbische Verschwörung. »Man glaubt hier«, wurde aus Wien berichtet, »dass der Mord von serbischen Verschwörern sorgfältig vorbereitet wurde.« Die von Cabrinovic geworfene Bombe sei ihm aus Belgrad zugeschickt worden.

Tatsächlich aber hatten die Attentäter ihre Bomben, ihre Pistolen und das Zyanid aus Belgrad mitgebracht. Dort herrschten am 28. Juni in den Kaffeehäusern und auf den Straßen Freude und Jubel. Den österreichischen Behörden gelang es im Verlauf des Juli 1914 zwar nicht, die Hintergründe des Mordes vollständig aufzuklären. Aber sie waren auf der richtigen Spur. Der Feind saß in Belgrad.

Stand jetzt der große Krieg bevor - wegen einer Bluttat auf dem wilden, gesetzlosen Balkan, wo weder französische noch britische Interessen tangiert waren? Felix Somary, der große österreichisch-schweizerische Bankier

und einer der herausragenden Krisenspezialisten seiner Zeit, beschreibt in seinen Erinnerungen, wie er noch im Frühjahr 1914 eine große Privatanleihe für Budapest unter Beteiligung auch englischer und amerikanischer Banken vermittelt hatte - es war die letzte derartige Anleihe vor dem Krieg; wie er noch im Juni 1914 sein langjähriges Ziel einer deutsch-englischen Entspannung erreicht zu haben glaubte, als London und Berlin den Vertrag über die Bagdadbahn unterzeichneten; und wie sein Optimismus dann doch »von traurig kurzer Dauer« war.

In der Nacht vom 28. zum 29. Juni, gegen drei Uhr morgens, habe ihn Simon Krausz, der Budapester Privatbankier, voller Entsetzen über die Ermordung des Erzherzogs angerufen. »Er fragte: >Bedeutet das Weltkrieg?«, und ich antwortete unbedingt bejahend. Wenn ich nicht so plötzlich aus dem Schlaf geweckt worden wäre, hätte ich meine Antwort sorgfältiger formuliert. Simon Krausz telefonierte sofort an seine Geschäftsfreunde nach Paris und London: >Somary erklärt, das bedeutet Krieg.<«[86]

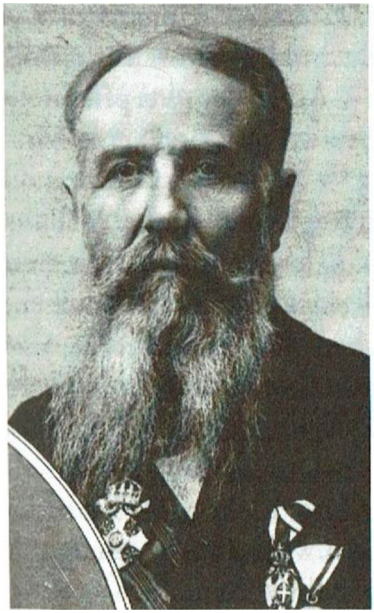
Pulverfass Balkan

Dass es Krieg bedeuten konnte, wird nur verständlich, wenn man die sich dramatisch beschleunigende Umwälzung der Machtverhältnisse auf dem Balkan Revue passieren lässt.

1908 hatte Wien nach 30-jähriger Besatzungszeit die beiden türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina de jure annektiert. Osterreich konnte sich dabei auf eine frühere vertragliche Vereinbarung mit den anderen Groß-

mächten berufen. Die Serben sahen in der Einverleibung einen ungeheuren Affront, weil damit ihr expansionistisches Ziel eines Großserbien durchkreuzt wurde. Eines Großserbien, das neben Bosnien auch österreichische und ungarische Gebiete umfassen sollte, in denen serbische Minderheiten lebten.

Auf einer Massenkundgebung in Belgrad rief der serbische Kronprinz 1908 zu einem Kreuzzug gegen die Habsburger auf. Und Nikola Pasic, der Führer der Radikalen Volkspartei, der größten politischen Formation in Serbien, verkündete, die Serben müssten sich auf einen »Befreiungskrieg« vorbereiten, falls Osterreich die Annexion nicht rückgängig mache. Das war derselbe Pasic, in dessen Amtszeit als Regierungschef das Attentat in Belgrad vorbereitet und die Weichen für den Weltkrieg gestellt wurden.



Nikola Pasic, serbischer Ministerpräsident 1904 -1918

1908 wurde in Belgrad die nationalistische Massenorganisation *Narodna Obrana* (Nationale Verteidigung) gegründet. Sie betrieb großserbische Propaganda, rekrutierte Freiwillige für ihre Partisanenverbände und unterhielt auch in Bosnien ein eigenes Spionagenetz. Führende Mitglieder hatten in Mazedonien gegen die Tür-

ken gekämpft. Die im Zuge der gewaltsamen Serbisierung verübten Verbrechen an der mazedonischen Zivilbevölkerung wurden später von einer Internationalen Kommission nachgewiesen.

Das Dilemma für die Politiker in Belgrad, auch für Nikola Pasic, bestand darin, dass sie einerseits die großserbischen, aggressiven Ziele der *Narodna Obrana* teilten, sich aber andererseits aus außenpolitischen Gründen von den Methoden der bewaffneten Banden distanzieren mussten. Nicht zuletzt mussten die Beziehungen zu Frankreich gepflegt werden, weil Belgrad auf umfangreiche Kredite aus Paris angewiesen war, um aufzurüsten.

Auf Verlangen aller Großmächte, auch Russlands, mussten die Serben 1909 noch einmal zurückstecken. In einer Erklärung, die am 31. März gegenüber Wien abgegeben wurde, verpflichtete sich Serbien, »den bisherigen Kurs seiner Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern, um mit der genannten Macht künftig im Verhältnis guter Nachbarschaft zu leben«. Außerdem verpflichtete sich Belgrad, es werde »seine Freiwilligen und seine Banden entwaffnen und entlassen«.[87]

Selbst wenn die Belgrader Regierung guten Willens gewesen wäre, hätte das nichts an der Existenz des »tiefen Staates« in Serbien geändert - eines geheimdienstlichen, konspirativen und terroristischen Machtkomplexes, der von einer Vielzahl von Organisationen flankiert wurde und sich im Wesentlichen auf Offiziere der Armee stützte.

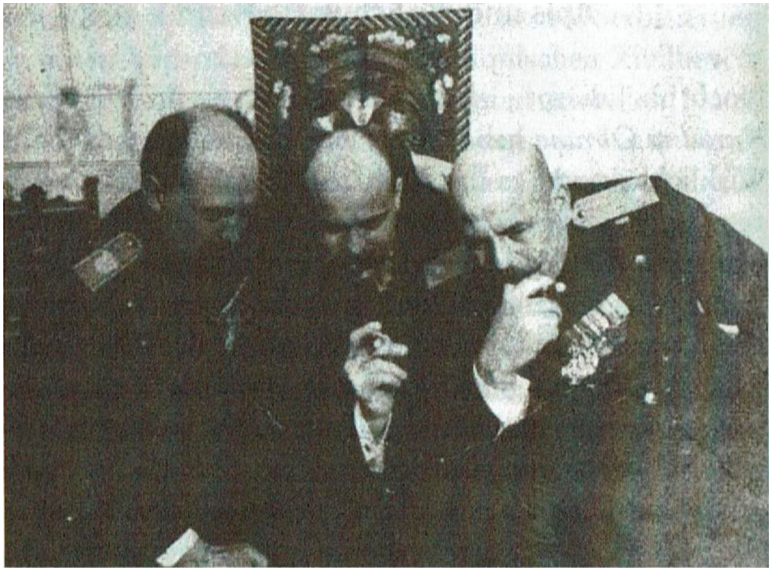
Apis und die Schwarze Hand

Noch im Juli 1914 glaubte die Regierung in Wien, die *Narodna Obrana* habe hinter dem Attentat gestanden. In Wirklichkeit war es ihr Ableger, nämlich die am 3. Mai 1911 in Belgrad gegründete *Ujedinjenje ili smrtl* (Vereinigung oder Tod!), besser bekannt als »Schwarze Hand«.

Fünf der sieben Gründungsmitglieder der Schwarzen Hand waren am 11. Juni 1903 am Sturz und an der physischen Eliminierung der Obrenovic-Dynastie beteiligt gewesen, bezeichnend für die Kontinuität des terroristischen Untergrundes in Serbien. Die Offiziere waren in den frühen Morgenstunden des 11. Juni in den Königspalast in Belgrad eingedrungen und hatten den österreichfreundlichen König Alexander und Königin Draga mit Säbeln zerstochen, teilweise ausgeweidet und bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt. Der Regierungschef und der Kriegsminister wurden erschlagen, ebenso die beiden Brüder der Königin.

Haupt der Verschwörung von 1903 war ein gewisser Dragutin Dimitrijevic, wegen seiner Körperfülle genannt »Apis« nach dem Stiergott des Alten Ägyptens. 1903 noch Leutnant, wurde er 1913 zum Oberstleutnant und zum Chef der Nachrichtenabteilung im Generalstab der serbischen Armee ernannt.

Wer den Aufstieg des Schurkenstaates Serbien recherchiert, stößt immer wieder auf dieselben Namen: auf Apis, den Königsmörder von 1903, den maßgeblichen Mitgründer der Schwarzen Hand 1911 und den Organisator des Attentats von Sarajewo. Oder auf seinen Freund, den Major Voja Tankosic, der 1903 die Ermordung der beiden



Apis (rechts), serbischer Offizier und Drahtzieher des Attentats von Sarajewo

Brüder von Königin Draga kommandiert hatte, der in der *Narodna Obrana* aktiv war, der 1911 bei der Gründung der Schwarzen Hand mit dabei war, der sich im Januar 1914 in Frankreich (!) aufhielt und dort ein Attentat auf den bosnischen Gouverneur Potiorek plante - und der den harten Kern des Mordkommandos für Sarajewo rekrutierte: die miteinander befreundeten bosnischen Serben Trifko Grabez und Nedeljko Cabrinovic sowie den 19-jährigen Gavrilo Princip, der am 28. Juni die tödlichen Schüsse abfeuerte.

Weil die Schwarze Hand sehr professionell und streng konspirativ operierte und Befehle immer nur mündlich erteilt wurden, blieben viele Einzelheiten der Verschwörung von 1914 lange Zeit im Dunkeln. Dass sie kaum bis

ins letzte Detail rekonstruiert werden kann, räumt auch Christopher Clark ein: »Das stillschweigende Einverständnis zwischen dem serbischen Staat und den an der Verschwörung beteiligten Netzwerken war bewusst geheim und informeller Natur - es existierten keinerlei Unterlagen.« Jedenfalls sei Apis, der Geheimdienstler im Generalstab, der wichtigste Kopf hinter der Verschwörung gewesen.[88]

Es gibt eben Dinge, die man als Historiker weiß, weil man sie schwarz auf weiß vor sich hat. Und es gibt Dinge, die man weiß, weil sie nicht anders gewesen sein können. So verhielt es sich auch mit der Mitwisserschaft der serbischen Regierung. Aber erst 1924 lag der definitive Beweis vor, und zwar in Form einer Mitteilung von Ljuba Jovanovic, dem Bildungsminister der Regierung Pasic. Der Regierungschef habe das Kabinett Ende Mai oder Anfang Juni 1914 davon unterrichtet, »dass einige Vorbereitungen trafen, um nach Sarajewo zu gehen und Franz Ferdinand, der dort eintreffen und am Vormittag feierlich empfangen werden sollte, umzubringen«. Das Kabinett sei sich einig gewesen, den Grenzübertritt der Attentäter zu verhindern. Am 10. Juni erging eine entsprechende Anweisung an die serbischen Grenzbehörden. Sie wurde allerdings nicht befolgt und nicht durchgesetzt, denn das Militär stand ja selbst unter dem Einfluss des terroristischen Untergrundes.

Belgrad war informiert

Woher wusste Pasic Bescheid? Clark nimmt an, dass sein Informant kein anderer war als Milan Ciganovic, Mitglied der Schwarzen Hand und Führungsoffizier der sieben Attentäter. Ciganovic, der für den Regierungschef die Schwarze Hand ausspionierte, unterstand dem Major Tankosic und dieser wiederum dem Generalobersten Apis. Ausgebildet wurden die Attentäter in Belgrad. Am 27. Mai erhielten sie ihre Waffen einschließlich der Bomben, die aus dem serbischen Staatsarsenal stammten.

Immerhin entschied sich Belgrad, der österreichischen Regierung einen Hinweis zukommen zu lassen. Am 21. Juni warnte der serbische Gesandte in Wien den österreichisch-ungarischen Finanzminister Leon Bilinsky vor den wahrscheinlichen Konsequenzen, falls der Erzherzog nach Bosnien reisen würde. Bilinsky, der in Wien für Bosnien und Herzegowina zuständig war, hat das offenbar als einen Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Monarchie interpretiert. »Hoffen wir, dass nichts passiert«, war seine Reaktion. Christopher Clark zieht daraus das Fazit: »Eine gewisse Warnung wurde ausgesprochen, aber keine, die der Situation angemessen gewesen wäre.«[89]

Regierungschef Pasic lavierte, weil er einerseits die Schwarze Hand als Speerspitze des »tiefen Staates« nicht an den Feind verraten, andererseits aber dem Verdacht der Komplizenschaft vorbeugen wollte. Er musste die Österreicher daran hindern, eine Verbindung zwischen dem Mord, der auch in London auf Abscheu stieß, und seiner eigenen Regierung herzustellen. Tatsächlich konn-

tc die Wiener Regierung bis zum Kriegsausbruch gerichtsvcrwertbare Beweise nicht vorlegen. Pasic hatte nie ein Hehl aus seiner Uberzeugung gemacht, dass die Endphase der serbischen Expansion auf Kosten Österreichs nur durch einen großen Krieg erreicht werden könne.

Serbien fungierte als Türöffner für den Krieg - und dafür musste Wien erst einmal dazu gebracht werden, gegen Belgrad militärisch vorzugehen. Einfach war das nicht, denn die Österreicher verspürten keinerlei Neigung, Serbien zu annektieren und sich eine weitere slawische Minderheit aufzuhalsen. Um den großen Konflikt loszutreten, war ein Anschlag auf Kaiser Franz Joseph (auch dieser wurde erwogen) oder auf den Erzherzog erforderlich. Nur den Gouverneur von Bosnien oder eine andere hohe Persönlichkeit zu ermorden würde nicht ausreichen, um den gewünschten Effekt zu erzielen.

Auf das Gebiet der Hypothese begeben wir uns, wenn wir aus den französischen Krediten an Serbien und aus der erwähnten Frankreich-Reise eines Offiziers der Schwarzen Hand bestimmte Schlüsse ziehen oder wenn wir den Russen unterstellen, sie hätten Serbien bewusst vorgeschickt, um den Krieg zu entfesseln. Darauf deutet immerhin eine Meldung aus Sofia hin, die die *Neuen Zürcher Nachrichten* am 26. Januar 1916 auf Seite 2 ins Blatt rückten. Berichtet wurde über eine russische Depesche und zwei Briefe an den serbischen Kronprinzen Alexander vom Juli 1914. »In der Depesche«, so das Schweizer Blatt, »wird Serbien die Weisung gegeben, dass es das Ultimatum Österreich-Ungarns zurückweise, da Russland bereit sei, Serbien mit Waffen beizustehen. Im zweiten Briefe werden alle Erfolge aufgezählt, welche

Serbien erreichen könne, wenn es nach den Weisungen Russlands handle.«[90]

In Clarks Buch finden wir keine Hinweise auf den Artikel der *Neuen Zürcher*. Er erwähnt aber eine Zusicherung des russischen Außenministers Sasonow an die Regierung Pasic, wonach Serbien in Kürze die südslawischen Territorien des zerfallenden Habsburger Reiches erhalten werde. Verbindungen zum serbischen Untergrund hatten die Russen ohnehin. Clark schreibt: »Nach dem Krieg räumte Oberst Viktor Artamonow, der russische Militärattache in Belgrad, ganz offen eine enge Verbindung zu Apis in jener Zeit ein. Er gab sogar zu, dass er dem Kopf der Schwarzen Hand zur Unterstützung ihrer Spionagetätigkeit in Bosnien Mittel hatte zukommen lassen. Allerdings dementierte er weiterhin, über die Mordverschwörung gegen den Erzherzog vorab informiert gewesen zu sein.«[91]

Tatsache ist auch, dass London und Paris, nachdem sie den ersten Schock verdaut hatten, die russische Version des Attentats von Sarajewo mehr oder weniger übernahmen - und die entsprach im Wesentlichen der serbischen. Danach hatten Einzeltäter gehandelt, Serbien war nicht verantwortlich, Osterreich war der Unterdrücker und wollte das Attentat politisch instrumentalisieren. Damit hatte Wien kein Recht, militärisch aktiv zu werden - und wenn doch, war die Intervention Russlands programmiert.

Serbiens Machtzuwachs in den Balkankriegen

Im Grunde war Österreich-Ungarn schon vor 1914 der Verlierer der Umwälzungen auf dem Balkan, die aus dem Zerfall des Osmanischen Reiches resultierten. Die Habsburger Monarchie blickte auf eine jahrhundertealte, glorreiche Tradition zurück. Sie war aber nicht mehr stark genug, sich als Ordnungsmacht auf dem Balkan durchzusetzen. Sie konnte nur noch hoffen, den Besitzstand zu wahren. Mit der Zeit würde es dann zu den überfälligen Reformen kommen. Es war ja gerade Franz Ferdinand, der einen sogenannten Trilateralismus favorisierte - die politische Gleichberechtigung der Slawen in der Monarchie neben den Deutschen und den Ungarn mit Zagreb als Hauptstadt neben Wien und Budapest. Er gefährdete nicht etwa als Scharfmacher, sondern als potenzieller Reformator die großserbischen Pläne. Gavrilo Princip selbst gab zu, dass der Erzherzog zum Ziel des Attentats wurde, weil er »als künftiger Herrscher bestimmte Ideen und Reformen durchgeführt hätte, die uns im Wege standen«.[92]

Auch verglichen mit Österreich war das mit ausländischer Hilfe aufgerüstete Serbien 1914 kein militärischer Nonvaleur. Im Ersten Balkankrieg, der vom Oktober 1912 bis zum März 1913 dauerte, rückten Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland gegen die Türken vor und vertrieben sie aus Thrakien, Mazedonien und Albanien. Aber schon bald waren sie alle und jeder für sich der Meinung, nicht genug vom osmanischen Kuchen abbekommen zu haben. Das nahezu unlösbare Problem auf dem Balkan bestand darin, dass sich die Volksgrenzen nicht mit den Staatsgrenzen deckten.

Im Zweiten Balkankrieg (Juni bis Juli 1913) fielen rumänische Truppen im Norden Bulgariens ein. Serbien griff von Westen, Griechenland von Süden aus Bulgarien an. Wie zu erwarten war, verloren die Bulgaren den Krieg und mussten im Friedensvertrag vom 10. August 1913 fast alle Gebietsgewinne aus dem Ersten Balkankrieg wieder abtreten. Serbien hingegen konnte seine Bevölkerung und sein Territorium nahezu verdoppeln und erhielt praktisch das gesamte heutige Mazedonien.

Das serbische Militär und vor allem die bewaffneten Banden, mit denen die Drahtzieher des Attentats von Sarajewo eng verbunden waren, hausten fürchterlich in den annektierten Gebieten. Es kam zu Massakern, Vergewaltigungen, Folterungen, Plünderungen und sinnloser Zerstörung. Moslems, Wallachen, Bulgaren und Juden hatten nichts mehr zu befürchten, als von den Serben befreit zu werden.

Es war bezeichnend, dass die beiden Attentäter von Sarajewo nur durch die österreichische Polizei davor bewahrt wurden, an Ort und Stelle von der aufgebrachten Menge gelyncht zu werden. Politisch waren die Slawen und die Muslime in Österreich-Ungarn zwar nicht gleichberechtigt, aber es ging ihnen wirtschaftlich besser als in Serbien, und sie lebten im einzigen Rechtsstaat des Balkans. Nach allen vorliegenden Quellen wurden die von der österreichischen Polizei verhafteten Attentäter von Sarajewo nicht einmal gefoltert, ganz ungewöhnlich für die Gepflogenheiten in der Region.

Zu den Gewinnern der beiden Balkankriege zählten außer den Serben die Russen und die *Entente*, zu den Verlierern neben Bulgarien, einem Protégé Österreichs,

die Habsburger Monarchie und Deutschland. Nach der Logik der damaligen Machtpolitik hätte Österreich-Ungarn eingreifen müssen, um sein Prestige zu wahren, Bulgarien zu unterstützen und die Ausdehnung Serbiens zu verhindern. Dass Osterreich 1913 abseits stand, hatte auch damit zu tun, dass die Rückendeckung aus Deutschland fehlte. Wilhelm II. wollte 1913 nichts von einer deutschen Verwicklung in die Balkanwirren wissen.

Das mit den beiden Mittelmächten verbündete Rumänien galt schon 1913 als unsicherer Kantonist, musste aber aus Berliner Sicht gepflegt werden wegen seiner geostrategischen Schlüsselrolle im Südosten im Falle eines Krieges mit Russland. 1914 blieb Rumänien zunächst neutral und wechselte erst später auf die Seite der *Entente*. Bulgarien trat als Bündnispartner der Mittelmächte Österreich-Ungarn und Deutschland in den Krieg ein.

1913 stimmte die Linie der deutschen Balkanpolitik mit der österreichischen nicht überein, so Konrad Canis. »Sie war gänzlich dominiert von der drohenden Gefahr des großen Krieges. Friede und Entspannung standen für die Berliner Balkanpolitik obenan. Das Auswärtige Amt drängte Wien, sich nicht allein mit den nichtslawischen Balkanstaaten Rumänien und Griechenland zu verbinden, sondern sich auch mit Serbien zu einigen.«[93]

Der Blankoscheck an Österreich

Von solchen Empfehlungen blieb nach dem Mord in Sarajewo nichts übrig. In einer seiner berühmten Randnotizen, die er auf vorgelegten Dokumenten zu hinterlas-

sen pflegte, hatte Wilhelm II. schon unmittelbar nach dem Attentat geschrieben: »Mit den Serben muss aufgeräumt werden, und zwar bald.« Der Kaiser, der dem ermordeten Erzherzog und seiner Frau sehr nahegestanden hatte, sah in dem »Prinzenmord«, wie er sich ausdrückte, einen unerträglichen Angriff auf das monarchische Prinzip als solches. Er begriff aber auch, welchen Schaden Österreichs Stellung nehmen und wie sehr sein Bündniswert für Deutschland geschmälert würde, wenn die Serben ungestraft davonkämen. Eine feindselige Reaktion Russlands wurde einkalkuliert, nur baute man in Berlin darauf, dass die russische Aufrüstung erst in ein paar Jahren abgeschlossen sein würde.

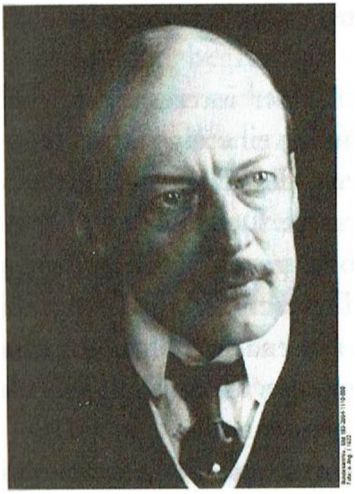
Am 5. Juli traf der Generalsekretär des Wiener Außenministeriums, Graf Alexander Hoyos, mit dem Nachtzug aus Wien in Berlin ein, um Wilhelm II. ein persönliches Schreiben seines Kaisers zu überreichen und die deutsche Einstellung zu sondieren. Als er am 6. Juli mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg zusammentraf, war der Kaiser bereits zu seiner jährlichen Nordlandreise aufgebrochen. Der Kanzler hatte ihm dazu geraten, um den Anschein einer Dramatisierung der Lage zu vermeiden. Der Außenminister, Staatssekretär Gottlieb von Jagow, befand sich immer noch in den Flitterwochen. Weniger als einen Monat vor Kriegsausbruch!

Graf Hoyos bekam am 6. Juli von Bethmann Hollweg die Zusage, die er sich in Berlin erhofft hatte: dass Österreich mit Sicherheit darauf rechnen könne, dass Deutschland als Bundesgenosse hinter ihm stehe - »wie auch immer« die österreichische Entscheidung ausfallen werde. Nicht anders hatte sich Wilhelm II. am Vortag bei

Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 1848-1916

einem Mittagessen mit dem österreichischen Botschafter geäußert, der ihm bei dieser Gelegenheit den Brief von Kaiser Franz Joseph überreichte.

Zitat aus dem Bericht des Botschafters, Graf Läszlö Szögyeny-Marich, an seinen Außenminister Leopold Graf Berchtold vom 6. Juli: »Nach seiner [Kaiser Wilhelms] Meinung muss aber mit dieser Aktion nicht zugewartet werden. Russlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, dass Deutschland in gewohnter Bündnistreue an unserer Seite stehen werde. Russland sei übrigens, wie die



Leopold Graf Berchtold, österreichisch-ungarischer Außenminister 1912-191$

Dinge heute stünden, noch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiss noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren ..., wenn wir aber wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätten, so würde er es bedauern, wenn wir den jetzigen, für uns günstigen Moment unbenützt ließen.«[94]

Die Zusage des Kaisers, die sich mit der Position des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes deckte, ging in die Geschichte als deutscher »Blankoscheck« an Osterreich ein. Damit hatte Berlin den früheren Kurs der Nichteinmischung auf dem Balkan aufgegeben. Auffallend war, dass sowohl der Kaiser als auch Bethmann Hollweg darauf drängten, möglichst bald zu handeln. Auch Bethmann hielt den »jetzigen Augenblick für günstiger als einen späteren«. Die Überlegung dabei war, dass ein Militärschlag gegen Serbien von den anderen europäischen Regierungen eher hingenommen würde, solange der Schock über das Attentat noch frisch war. Nur ging in der ehrwürdigen Donaumonarchie alles etwas langsamer als in Deutschland. Die Mobilisierung dauerte, wertvolle Zeit verstrich.

An dieser Stelle mag es den Leser interessieren, wie Fritz Fischer - krampfhaft bemüht, eine einseitige deutsche Kriegsschuld nachzuweisen - die eben geschilderten Ereignisse Anfang Juli 1914 darstellt. Den deutschen Ratschlag, wenn, dann möglichst bald gegen Serbien vorzugehen, interpretiert er so, dass Deutschland die Österreicher zum Krieg gehetzt habe. (»Genau das machte den Kern der deutschen Politik gegenüber Österreich im Juli 1914 aus.«)

Der Nordlandreise des Kaisers unterstellt er das heim-

tückische Motiv, »Europa in Sicherheit zu wiegen«, während Deutschland den Krieg vorbereitete. Nicht belegt wird außerdem die Behauptung, der Kaiser habe sich »unter dem Druck der kriegswilligen Gruppe« (gemeint sind die Militärs) für die gewaltsame Lösung der serbischen Frage entschieden. Ebenso wenig stimmt es, die Österreicher hätten sich unter deutschem Druck zu einer militärischen Aktion gegen Serbien »aufgerafft«. Aus der Luft gegriffen auch die Annahme, Österreich hätte ohne ein kriegerisches Vorgehen in Zukunft die Unterstützung Deutschlands verloren. Und geradezu infam die Unterstellung, neben den Deutschen und den Ungarn in der Habsburger Monarchie habe auch Kaiser Franz Joseph den Tod des Thronfolgers »begrüßt«.[95]

Berlin versucht, den Konflikt zu lokalisieren

In Wahrheit verhielt es sich so, dass der Kaiser und die Reichsregierung (und selbstverständlich auch Österreich) den Konflikt begrenzen wollten, dass sie ein russisches Eingreifen für nicht wahrscheinlich hielten. Die Deutschen wollten den letzten Bündnispartner, der ihnen blieb, nicht verlieren. Daher auch die Verbalnote, die von den deutschen Botschaftern am 23. und 24. Juli an die europäischen Regierungen übermittelt wurde. Sie zielte ganz klar darauf ab, den Konflikt zu lokalisieren - und damit den großen Krieg zu vermeiden. Drei Zitate aus der Note, die der britischen Regierung am 24. Juli zuging:

»Die jetzt bekannt gewordenen Tatsachen müssen auch den letzten Zweifel beseitigen, dass der Mittelpunkt, von

dem alle Bestrebungen entspringen, um die südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie loszutrennen und um dieselben Serbien einzuverleiben, Belgrad ist und dass diese Arbeit von Regierungsmitgliedern und Offizieren geduldet - wenn nicht gar unterstützt - wird. Die serbischen Umtriebe datieren seit Jahren her.«

»Unter den Augen oder wenigstens mit dem schweigenden Gewährenlassen der serbischen Beamtenwelt fuhr die großserbische Propaganda fort, in Ausdehnung und innerer Kraft zuzunehmen, und sie trägt die Schuld an dem jüngst begangenen Verbrechen, dessen Machenschaft nach Belgrad hinweist. Es ist nun klar bewiesen, dass es weder der Würde noch der Selbsterhaltung Österreich-Ungarns entspräche, angesichts dieser Bewegung über der Grenze untätig zu verharren, denn die Sicherheit und die Integrität der Habsburg-Monarchie werden durch diese Machenschaften ständig bedroht.«

»Die deutsche Reichsregierung wünscht hiermit ihrer Ansicht nachdrücklich Geltung zu verleihen, dass der vorliegende Fall ausschließlich eine Frage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ist und dass die Großmächte sich ernstlich bemühen sollten, diese Frage allein den zunächst Beteiligten zur Lösung zu überlassen. Die deutsche Reichsregierung wünscht dringend, dass der Konflikt lokalisiert bleibe, da die Einmischung einer anderen Macht wegen der bestehenden verschiedenartigen Vertragsverpflichtungen unabsehbare Folgen mit sich bringen könnte.«[96]

Hätten Paris, London und vor allem St. Petersburg dem deutschen Wunsch entsprochen, den Konflikt zu

»lokalisieren«, wäre Europa der große Krieg erspart geblieben - jedenfalls 1914. Vitale Interessen auf dem Balkan hatten weder Deutschland noch Frankreich noch Großbritannien zu verteidigen - und Russland im Grunde auch nicht. Allerdings abgesehen vom aggressiven Panslawismus, den die Ideologen in St. Petersburg propagierten.

Auch im 21. Jahrhundert, nachdem immerhin einige Lehren aus den beiden Weltkriegen gezogen wurden, würde eine Großmacht - das war die Habsburger Monarchie immer noch - auf feindselige Umtriebe und Mordanschläge eines kleinen Nachbarn nicht anders reagieren als Wien im Juli 1914. Man denke nur an den Einmarsch der USA in Afghanistan, obwohl keiner der Terroristen des 11. September 2001 aus diesem Land stammte.

Dass Wien entgegen dem deutschen Drängen im Juli so viel Zeit verstreichen ließ, lag auch an internen Meinungsverschiedenheiten. Der ungarische Regierungschef Graf István Tisza musste erst überzeugt werden. Wegen der rumänischen Minderheit in Ungarn war er einem Konflikt abgeneigt. Er fürchtete, die Regierung in Bukarest, deren Bündnistreue nicht ganz sicher war, könnte einen Krieg ausnutzen, um nach Transsylvanien zu greifen. Schließlich setzte er durch, dass die Idee eines überfallartigen Angriffs auf Serbien ohne Kriegserklärung fallen gelassen wurde. Man einigte sich darauf, erst dann mobilzumachen, nachdem ein Ultimatum an Serbien abgegangen war. Hinzu kam, dass ein Teil der österreichischen Wehrpflichtigen im Ernteurlaub war und nicht vor dem 25. Juli in die Kasernen zurückkehren würde.

Das Ultimatum an Serbien

Würde Belgrad klein beigeben? War eine Verhandlungslösung überhaupt noch möglich? Daran waren die Osterreicher schließlich nicht mehr interessiert. Der Außenminister, der Kriegsminister und der Generalstabschef setzten durch, dass das Ultimatum so hart formuliert wurde, dass mit einem serbischen Nein zu rechnen war. »Untätigkeit konnte lediglich die verbreitete Uberzeugung bestätigen, dass dieses Reich bereits in den letzten Zügen liege. Umgekehrt war die moralische Wirkung einer kühnen Tat jedoch dazu imstande, alles zu verändern: Österreich-Ungarn würde wiederum an sich glauben«, urteilt Clark.[97]

Wien musste davon ausgehen, dass die Serben, falls sie den österreichischen Forderungen wirklich zustimmten, diese nachher wieder unterlaufen und missachten würden. 1909 hatte Belgrad schon einmal unter internationalem Druck vertraglich zugesichert, alle Feindseligkeiten gegen Österreich einzustellen und gute Nachbarschaft zu pflegen. Die Serben hatten sich nicht daran gehalten.

Unglaublich, aber wahr: Die Regierung in Wien hielt Berlin nicht auf dem Laufenden. Erst am Abend des 22. Juli traf in Berlin eine Kopie des Ultimatums ein. An die serbische Regierung übergeben wurde es am 23. Juli um 18 Uhr. Den Serben wurde 48 Stunden Zeit eingeräumt, die Forderungen zu akzeptieren.

Besonders heikel und für Serbien schwer zu schlucken waren die Punkte 5 und 6 der insgesamt zehn Forderungen. Belgrad sollte sich bereit erklären, »dass in Serbien Organe der k.u.k.-Regierung bei der Unterdrückung der

gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken«. Und von Österreich-Ungarn »delegierte Organe« sollten an den Ermittlungen gegen die Verschwörer beteiligt werden - und /war auf serbischem Territorium.

Als der englische Außenminister Edward Grey das Ultimatum gelesen hatte, nannte er es das »furchtbarste Dokument, das ich je einen Staat an einen anderen habe richten sehen«. Winston Churchill bezeichnete das Papier als das »unverfrorenste Dokument dieser Art, das jemals geschrieben wurde«.[98] Seit dem Attentat war nahezu ein Monat vergangen, der erste Schock über den schrecklichen Mord war bereits verblasst. Wilhelm II. hatte den richtigen Instinkt gehabt, als er auf ein schnelles Handeln drängte. Nachdem sich die englische Presse zunächst zur Bestürzung der Serben eher österreichfreundlich gezeigt hatte, stand London jetzt wieder fest auf der Seite seiner Verbündeten, nicht zuletzt Russlands, das in den Krieg ziehen würde, um seinem Klienten beizustehen.

Sir Winston Churchill, First Lord of the Admiralty (Marineminister) /9//-/9/J

Zeitweise neigte die Belgrader Regierung dazu, das Ultimatum zu akzeptieren. Wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn sie es getan hätte, werden wir nie erfahren. Den Stimmungsumschwung brachten zwei Depeschen des serbischen Gesandten in St. Petersburg nach Belgrad in der Nacht vom 24. auf den 25. Juli. In der ersten wurde berichtet, der russische Außenminister habe das Ultimatum »voller Abscheu verurteilt«. In der zweiten Depesche hieß es, der russische Ministerrat habe beschlossen, »energische Maßnahmen, sogar die Mobilmachung« anzuordnen. Damit war die deutsche Idee gescheitert, einen dritten Balkankrieg, diesmal zwischen Österreich und Serbien, »lokalisieren« zu können.

Am Samstag, dem 25. Juli, um 17.55 Uhr - fünf Minuten vor Ablauf des Ultimatums - erschien Regierungschef Pasic höchstpersönlich in der österreichischen Gesandtschaft und überreichte die Antwort. Es handelte sich, so Clark, um eine »hübsch verpackte Ablehnung der meisten Forderungen«.[99] Das Dokument war eine mit Propaganda und Scheinkonzessionen angereicherte Rechtfertigungsschrift, die den Zweck hatte, Serbiens Freunde in den Krieg zu ziehen, der nun bevorstand. Warum auch nicht, Serbien erreichte schließlich mit dem Krieg, was es immer angestrebt hatte. Die »noch zu befreienden Provinzen« waren im Empfangssaal des Kriegsministeriums zu Belgrad auf einem Schild schon längst aufgeführt. Darunter unter anderem auch Bosnien, Herzegowina und Dalmatien.

Um 18.30 Uhr saßen die österreichischen Diplomaten samt Anhang im Zug, zehn Minuten später passierten sie die österreichische Grenze. Drei Tage später, am Morgen

des 28. Juli, unterschrieb Kaiser Franz Joseph in Bad Ischl die Kriegserklärung an Serbien: »Die Umtriebe eines hasserfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.«

Exkurs 1: Die Theorie vom Freimaurermord

Nach dem Krieg erschienen nicht nur in Deutschland verschiedene Publikationen, manche in großer Auflage, die der Freimaurerei eine Mitschuld oder die Hauptschuld am Kriegsausbruch nachzuweisen suchten. In England veröffentlichte die Balkankennerin Edith Durham das Buch *The Serajevo Crime*, wobei sie sich auch auf Recherchen des englischen Publizisten H. C. Norman stützte. Im Berliner *Archiv für Strafrecht und Strafprozeß* schrieb 1918 Josef Kohler, ein bekannter Universitätsprofessor, es sei erwiesen, dass der Großorient von Frankreich die serbische Propaganda gegen Österreich-Ungarn sehr gefördert habe, um das Deutschtum an seinem Lebensnerv zu treffen.

In derselben Ausgabe des *Archivs* wurde aus der österreichischen Gerichtsverhandlung vom 12. Oktober 1914 zitiert, in der der Bombenwerfer von Sarajewo, Cabrinovic, und der Pistolenschütze Princip verhört wurden. Auf Nachfrage des Gerichtspräsidenten sagte Cabrinovic aus, dass die Hintermänner des Mordanschlags - Tankosic und Ciganovic - Freimaurer seien. Zitat Cabrinovic: »Ich

habe von niemand den Auftrag erhalten, das Attentat zu vollführen. Die Freimaurerei steht mit dem Attentat insofern in Verbindung, als ich dadurch in meinem Vorsatz bestärkt wurde. In der Freimaurerei ist es erlaubt, zu töten. Ciganovic sagte mir, die Freimaurer hätten Franz Ferdinand schon vor einem Jahre zum Tode verurteilt.«[100]

Große Verbreitung fand in den 1920er-Jahren das Buch des österreichischen Freimaurergegners Friedrich Wichtl *Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik.* Eugen Lennhoff, selbst Freimaurer, nennt es eine »berühmte Sensationsschrift«. Lennhoff bestreitet nicht die Aussagen von Cabrinovic und Princip im Verhör, interpretiert sie aber so, dass die Attentäter nach einem Strohhalm gegriffen hätten, um den Prozess in eine falsche Richtung zu lenken. Und er dementiert, dass die beiden Hintermänner Tankosic und Ciganovic einer Loge angehört hätten. Der »Freimaurermord« von Sarajewo gehöre ins Reich der Fabel.[101]

Damit hatte er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit recht. Der serbische Untergrund war so professionell, so gut organisiert und seiner Sache so sicher, dass er es nicht nötig hatte, sich von außen steuern zu lassen. Anhand umfangreichen Quellenmaterials lässt sich aber belegen, dass die Logen in Frankreich, Großbritannien und Italien der deutschen und der österreichischen Monarchie feindselig gegenüberstanden.

Der englische Außenminister Sir Edward Grey war Freimaurer, der französische Präsident Raymond Poincare ebenso. Die westlichen Logen sahen im Krieg einen Konflikt zwischen »Demokratie« und »Autokratie«. Es gibt genügend Belege dafür, dass die in Italien besonders

einflussreichen Logen vehement für einen Kriegseintritt Italiens trommelten. Schließlich war Österreich-Ungarn die Schutzmacht der römisch-katholischen Kirche.

Am 20. September 1914 proklamierten die Mailänder Logen in einem Rundschreiben »ein Zeitalter, frei von Thronen und Altären«. Am 2. Juli 1918 zitierten die *Neuen Zürcher Nachrichten* aus der Antrittsrede des italienischen Großmeisters vom 27. November 1917: »Friede ist Verrat am Vaterland! Der Friede ist die Viper, der ohne Mitleid der Kopf zertreten werden muss! Würdig sprach unser aller Freund Clemenceau, desgleichen unser Freund Lloyd George. Wollen wir hinter diesen beiden zur Schande Italiens zurückstehen? Nein, und tausendmal Nein,«

Dass die Freimaurerei in der italienischen Politik eine herausragende Rolle spielte, lässt sich bis auf den Freiheitshelden Giuseppe Garibaldi (1807-1892) zurückverfolgen. Er versuchte dreimal, Rom zu »befreien« und zur Hauptstadt eines geeinten Königreiches zu machen. Garibaldi agierte als Großmeister der italienischen Großlogen, die sich später zum *Grande Oriente d'ltalia* zusammenschlossen.

1867 tagte in Genf der erste Kongress der »Friedens- und Freiheitsliga«. Er verstand sich als Versammlung der »internationalen Demokratie«, propagierte die »Vereinigten Staaten von Europa« und wurde von dem späteren französischen Freimaurer Jules Barni eröffnet. Die Delegierten feierten den Anarchisten Michael Alexandrowitsch Bakunin (1814-1876). Garibaldi erhob sich von seinem Präsidentenstuhl und warf sich dem russischen Revolutionär in die Arme. In einer von Garibaldi entworfenen

Resolution hieß es: »Das Papsttum als gefährlichste aller Sekten wird als abgeschafft erklärt.«

Noch 1867 versuchte Garibaldi ein letztes Mal, Rom einzunehmen und den Papst zu vertreiben. Die unversöhnliche Feindschaft zwischen der Kirche und der Freimaurerei ging bis auf das frühe 18. Jahrhundert zurück - und schon im Vorfeld des Weltkrieges wurde Österreich-Ungarn in diese Feindschaft mit einbezogen.[102]

Die eigentliche Schwäche der Verschwörungstheorien, die nach dem Krieg kursierten, bestand in der Unterstellung, dass alle nationalen Logen, verbunden in der »Weltfreimaurerei«, an einem Strick gezogen hätten. In Wirklichkeit agierten sie national. Wenn sie Einfluss auf die Politik ausübten, dann deswegen, weil maßgebliche Teile der gesellschaftlichen Eliten und eben auch der politischen Klasse der Bruderschaft angehörten.

Gegen die These einer internationalen Konspiration spricht zum Beispiel, dass der jungtürkische Umsturz von 1908 eine durch und durch freimaurerische Veranstaltung war, dass aber die neue türkische Führung im Krieg nicht etwa mit den Westmächten paktierte, sondern mit dem Deutschen Reich. Hjalmar Schacht, selbst Freimaurer wie übrigens auch Alfred von Tirpitz, bereiste 1909 die Türkei, wo er von den türkischen Brüdern auf das Freundlichste aufgenommen wurde. Auch Gustav Stresemann, deutscher Außenminister bis 1929 und wahrlich ein Patriot, war Mitglied einer Loge. Kurt Tucholsky wiederum trat in den *Grand Orient de France* ein und publizierte für Frankreich und gegen Stresemann.

Exkurs 2: Der letzte Balkankrieg

Faszinierend, wie sich Geschichte mit ihren Frontstellungen, Traditionslinien und mit den Motiven ihrer Akteure manchmal wiederholt. Mit dem Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919 büßte Österreich-Ungarn, der eigentliche Verlierer des Krieges noch vor Deutschland, den größten Teil seines Territoriums ein. Österreich und Ungarn wurden von den Siegermächten als Anstifter des Krieges gebrandmarkt. Die Tschechen, die Jugoslawen und die Rumänen auch in Siebenbürgen wurden zu den Siegern gerechnet. Als selbstständige Staaten entstanden die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn - und eben auch Jugoslawien. Die Landkarte im Belgrader Kriegsministerium mit den scheinbar größenwahnsinnigen Gebietsansprüchen war Realität geworden.

Am Ende des Jahrhunderts wurde der unter westlicher Patronage entstandene und nach 1945 von den Kommunisten beherrschte Kunststaat Jugoslawien endgültig abgewickelt. Im April 1990 veranstaltete Slowenien freie Wahlen, im Mai 1990 Kroatien. Im Januar 1991 setzten sich die jugoslawischen Republiken an einen Tisch, um über eine Neuordnung des Landes zu beraten. Die Kroaten und Slowenen verlangten eine Konförderation. Slobodan Milosevic, der serbische Führer, beharrte auf der serbischen Dominanz, obwohl die Serben nur 36 Prozent der jugoslawischen Bevölkerung ausmachten und wirtschaftlich längst hinter Slowenien und Kroatien zurückgefallen waren.

Am 19. Mai 1991 stimmten die Kroaten über ihre Unabhängigkeit ab, am 25. Juni erklärten sich Kroatien und

Slowenien für souverän. Zwei Tage später rollten serbische Panzer gegen Slowenien. Danach begann die Offensive gegen Kroatien, in der Tausende starben, über eine halbe Million vertrieben wurden und ein Drittel des kroatischen Territoriums in serbische Hand fiel.

Und wieder stellten sich die Verbündeten des Ersten Weltkrieges reflexartig auf die Seite Serbiens. Der italienische Außenminister Gianni de Michelis erklärte die kroatische und slowenische Führung kurzerhand zu »Extremisten«, die keine Chance hätten, in das Europa der EG aufgenommen zu werden. Der griechische Ministerpräsident Konstantin Mitsotakis traf sich mehrmals mit Milosevic und drängte ihn, keinen der jugoslawischen Nachfolgestaaten anzuerkennen. General Blagoje Adzic, Leiter des Nachrichtendienstes der jugoslawischen Armee und damit ein später Nachfolger von Apis, traf sich mit dem rumänischen Generalstabschef. Es kursierten Gerüchte, nach denen der berüchtigte rumänische Geheimdienst *Securitate* im Krieg mitmischte. Und was tat die in der Nachfolge Englands führende angelsächsische Großmacht? US-Außenminister James Baker flog im Juni 1991 nach Belgrad, bezog Stellung gegen die kroatische und slowenische Unabhängigkeit und gab den Serben praktisch freie Hand für ihren Angriffskrieg.

Auf der Gegenseite: Deutschland, Osterreich und der Vatikan. Mit seinem überraschenden Entschluss, Slowenien und Kroatien völkerrechtlich anzuerkennen, schuf sich der Bonner Außenminister Hans-Dietrich Genscher in kürzester Zeit mehr Feinde als in den langen Jahren seiner vorherigen Amtszeit. Nicht nur im *U. S. State Department*, auch im britischen *Foreign Office*, auch in Paris.

Ende November 1991 besuchte Genscher den Papst und stimmte das gemeinsame Vorgehen ab. »Nach Erkenntnissen des Vatikans«, so berichtete ein deutscher Informationsdienst im Mai 1992 aus Rom, »gibt es in Frankreich, England und den USA Freimaurerkreise, die in Jugoslawien eine anti-römisch-katholische Politik betreiben. Ansprechpartner finden sie in Belgrad, wo sich eine sehr einflussreiche Freimaurerei konstituiert hat.«

Weiter: »Es gibt ferner eine traditionell proserbische Richtung in England, die sich bis auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückverfolgen lässt. Diese wollte den deutsch-österreichischen Einfluss auf dem Balkan zurückdrängen. In diese Schule gehörte zum Beispiel Churchill - und gehört heute Lord Carrington. Er gilt nach vatikanischer Bewertung nicht als unbeteiligter Makler, sondern als Parteigänger der serbischen Interessen.«[103]

Anders als 1914 verloren die Serben diesmal die Partie. Anfang Dezember 1991 wurde ein vertrauliches Papier der EG-Beobachter in Jugoslawien publik, das die serbische Armee als feige Soldateska schilderte, die routinemäßig Schulen und Krankenhäuser beschoss. Am 8. Januar 1992 machte die jugoslawische Luftwaffe den Fehler, einen EG-Hubschrauber außerhalb des Kampfgebietes abzuschießen. Schließlich vollzog Washington eine Kehrtwende der amerikanischen Serbien-Politik. Dazu muss maßgeblich beigetragen haben, dass die Serben auch gegen Muslime vorgingen - und deren Schutzmacht Saudi-Arabien war und ist ein unverzichtbarer Verbündeter Amerikas im Nahen Osten. Die Waffen, die auf verschlungenen Wegen den Muslimen in Bosnien geliefert wurden, zahlte Riad. Aus moralischen, humanitären und politi-

sehen Gründen war die Liaison der Westmächte mit dem Psychopathen Slobodan Milosevic nicht mehr durchzuhalten.

Ironie der Geschichte: Fast neun Jahrzehnte nach dem österreichischen Ultimatum vom 23. Juli 1914 erging aufgrund des Rambouillet-Abkommens vom März 1999 ein neuerliches Ultimatum an Belgrad, diesmal vonseiten der NATO. Verglichen damit nahm sich das österreichische Ultimatum, das den Vorwand für den Ersten Weltkrieg geliefert hatte, geradezu harmlos aus.

Nachdem die Verhandlungen über das Kosovo schon am 6. Februar 1999 im Schloss Rambouillet bei Paris begonnen hatten, wurde der Delegation aus Belgrad der vollständige Text des Rambouillet-Abkommens erst um 9.30 Uhr des letzten Verhandlungstages, des 18. März, vorgelegt. Den Serben wurde nicht etwa eine Frist von 48 Stunden, sondern lediglich eine solche von dreieinhalb Stunden für die Unterzeichnung des Vertrages eingeräumt. Weil sie die Unterschrift verweigerten, begann die NATO am 24. März mit der Bombardierung Serbiens. Der in Rambouillet nicht beteiligte Henry Kissinger sprach von einer »Provokation, einer Entschuldigung dafür, mit den Bombardierungen beginnen zu können. Es war ein schreckliches diplomatisches Dokument, das in dieser Form niemals hätte präsentiert werden dürfen.«[104]

Der entscheidende Passus, den die Serben nicht akzeptieren wollten, lautete: »Das NATO-Personal wird, zusammen mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstungsgegenständen, in der gesamten Bundesrepublikjugoslawien freien und ungehinderten Zugang genießen, unter Einschluss ihres Luftraums und ihrer Territo-

rialgewässer. Dies schließt das Recht ein, beschränkt sich aber nicht darauf, Feldlager zu errichten, zu manövrieren, sich einzuquartieren und alle Gebiete und Einrichtungen zu nutzen, die erforderlich sind für Unterstützung, Übungen und Operationen.«

Mit den vernichtenden Luftschlägen der NATO endete das Kapitel Großserbien. Dasselbe Ergebnis hätten die Westmächte schon 1914 haben können - ganz ohne Weltkrieg.

Der Weg in die Katastrophe

1914 fühlte sich das Kaiserreich eingekreist

Kann man die These aufstellen, Deutschland habe 1914 den Krieg gewollt und systematisch darauf hingearbeitet? Das kann man, wenn man Zitate und Gesprächsfetzen aus dem Zusammenhang reißt, die Planungen der Gegenseite ignoriert und so tut, als sei Deutschland der allein maßgebende Akteur auf der internationalen Bühne gewesen. Die manchmal forschen und martialischen Reden des Kaisers sind bekannt. Das musste aber keineswegs bedeuten, dass er sie in politische Aktion umsetzen wollte. Er war impulsiv, wankelmütig und beeinflussbar. Er genoss die Paraden, die Kaisermanöver, die Regatta in Cowles und seine jährliche Nordlandfahrt. Zeitweise hat er einen Krieg für wahrscheinlich oder sogar für früher oder später unvermeidlich gehalten. Darauf hingearbeitet hat er nicht. Wir haben gesehen, dass er ernsthaft und mit ganzem Einsatz einen Ausgleich mit England, ein anderes Mal mit Russland gesucht hat.

Unbestritten ist, dass sich der deutsche Generalstab mit Kriegsplanungen befasst hat. Daraus lässt sich leicht ein »Griff nach der Weltmacht« konstruieren - wenn man übersieht, dass die Militärs in London, Paris und St. Petersburg dasselbe getan haben. So wurde in London eine Zeit lang darüber beraten, ob in einem Krieg mit Deutsch-

land das britische Heer oder nur die Flotte eingreifen solle. Bereits 1906 begannen führende britische Offiziere, darunter der Leiter der militärischen Operationsabteilung, »bewaffnete Zusammenstöße« mit Deutschland als unvermeidlich zu betrachten.

Im Juni 1906 kam das *Committee of Imperial Defence* (CID) zu dem Schluss, dass zu Beginn eines Krieges eine Landung von Truppen an der Nordwestküste Frankreichs auf jeden Fall von Vorteil sei. 1909 wurde die Strategie bestätigt, am 23. August 1911 fand eine weitere CID-Konferenz statt. Niall Ferguson schreibt, man könne die Thesen von Fritz Fischer auch auf den Kopf stellen und die Vermutung äußern, »dass die CID-Konferenz vom 23. August 1911 und eben nicht das berüchtigte Treffen zwischen dem Kaiser und seinen führenden Militärs 16 Monate später der wirkliche >Kriegsrat< war, der den Kurs auf eine militärische Konfrontation zwischen Großbritannien und Deutschland festlegte.«[105]

1914 fühlte sich das Kaiserreich eingekreist - es war objektiv eingekreist. In der Geschichte gibt es genügend Beispiele dafür, dass Staaten, die sich in einer geostrategisch ungünstigen Lage befinden und einen Rüstungswettlauf zu verlieren drohen, mit einem Präventivkrieg liebäugeln, um der Gegenseite zuvorzukommen. Aus Sicht des deutschen Generalstabs war der Präventivkrieg eine Option, und in Osterreich plädierte Generalstabschef Conrad von Hötzendorf für die Flucht nach vorn und für den Schlag gegen Serbien.

Christopher Clark findet in Bezug auf die Lage im Juli 1914 ein mögliches weiteres Glied in der Kette der deutschen Denkweise: »nämlich die Annahme, dass eine rus-

Conrad von Hötzendorf, Generalstabschef der k. u. k.-Armee 1906-1917

sische Intervention, da sie weder aus moralisch-rechtlicher noch aus sicherheitspolitischer Sicht zu rechtfertigen war, in Wirklichkeit der Beweis für etwas weit Unheilvolleres war, nämlich für den Wunsch St. Petersburgs, einen Krieg mit den Mittelmächten *zu suchen*, die Gelegenheit, die sich durch die österreichische Demarche bot, zu nutzen, um einen Feldzug zu beginnen, der die Stärke des Dreibundes brechen sollte. So gesehen erschien die österreichisch-serbische Krise weniger als eine Gelegenheit, einen Krieg zu suchen, als vielmehr ein Mittel, um den wahren Charakter der russischen Intentionen herauszufinden. Und falls sich herausstellen sollte, dass Russland den Krieg wünschte (was in deutschen Augen mit Blick auf die massive Aufrüstung, die enge Zusammenarbeit mit Frankreich, die Empörung über die Liman-Mission und die aktuellen Marinegespräche mit Großbritannien durchaus plausibel war), dann wäre es besser, den von den Russen angebotenen Krieg jetzt zu akzeptieren, als einen Rückzieher zu machen.«[106]

Clark spielt dabei auf mehrere Vorgänge an, die zur Vorgeschichte des Krieges gehören. So auf die Liman-Mission, die von den russischen Zeitungen - angestachelt durch das Außenministerium - zum Anlass für eine hysterische antideutsche Kampagne genommen wurde. Was war geschehen? Nachdem das Deutsche Reich schon seit Ende der i880er-Jahre Militärberater in die Türkei ent-

Georg V., König von Großbritannien und Irland 1910-1936

sandt hatte, wurde Generalleutnant Otto Liman von Sanders, bis dahin Divisionskommandeur in Kassel, im Dezember 1913 fest in Konstantinopel installiert. Er wurde zuständig für die militärische Ausbildung und für die Schulung des türkischen Generalstabs und erhielt das Kommando über das 1. Armeekorps, dem die Verteidigung der Meerengen und Konstantinopels oblag. Die Meerengen unter Kontrolle zu bringen war bekanntlich ein altes Ziel russischer Geopolitik. Wilhelm II. hatte die geplante deutsche Militärmission im Mai 1913 persönlich gegenüber Nikolaus II. und George V. zur Sprache gebracht - damals kamen von beiden Seiten keine Einwände. Immerhin ließ sich auch die türkische Marine beraten - von einem britischen Offizier.

Russische Kriegspläne

In Deutschland wiederum lösten französische und russische Presseberichte größte Beunruhigung aus. Am 2. Januar 1914 startete in der Pariser Zeitung *Le Matin* eine

Sergej Sasonow, russischer Außenminister 1910-1916

fünfteilige Serie unter dem Titel »La plus grande Russie« (Das größere Russland). Autor war der Chefredakteur, der sich in St. Petersburg mit Außenminister Sergej Sasonow und hohen Offizieren getroffen hatte. Das Blatt veröffentlichte eine Landkarte mit der Überschrift »Der Kriegsplan Russlands«. Sie zeigte die mit französischen Krediten gebauten, auf Deutschland und Österreich zulaufenden Bahnlinien und die (Zitat *Le Matin)* »außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze« sowie die genauen Stellungen der russischen Armeekorps.

Zum Neujahr *1914* veröffentlichte die Zeitschrift *Raswetschik*, ein Sprachrohr des Generalstabs, einen Leitartikel, in dem zu lesen war: »Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muss daran gewöhnt werden, dass wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und dass die deutschen Reiche *{sie!)* vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.« Und am 13. Juni 1914 beschrieb die Tageszeitung *Birschewija Wedomosti {Börsennachrichten)* die gewaltige Streitmacht, die im Kriegsfall Deutschland überrollen werde. In Berlin wusste man, dass Kriegsminister Wladimir Suchomlimow den Artikel veranlasst hatte. Kaiser Wilhelm kommentierte: »Na! Endlich haben die Russen die Karten aufgedeckt.«[107]

Der Eindruck der Einkreisung verstärkte sich noch durch die geheimen britisch-russischen Flottengespräche im Juni 1914. Dabei wurde erörtert, dass die englische Flotte bei Kriegsausbruch russische Truppen in Pommern anlanden würde. Berlin wurde über die Geheimgespräche durch einen Agenten in der russischen Botschaft in London informiert, den Baltendeutschen Benno von Siebert.

Unter dem Eindruck von Sieberts Informationen notierte Kurt Riezler, der Berater von Bethmann Hollweg: »Die geheimen Nachrichten, die er mir mitteilt, geben ein erschütterndes Bild. Er sieht die englisch-russischen Verhandlungen über die Marinekonvention, Landung in Pommern sehr ernst an, letztes Glied in der Kette.« Das Problem, das die Reichsregierung mit den Österreichern hatte, beschrieb Riezler durchaus zutreffend so: »Unser altes Dilemma bei jeder österreichischen Balkanaktion. Reden wir ihnen zu, so sagen sie, wir hätten sie hineingestoßen; reden wir ab, so heißt es, wir hätten sie im Stich gelassen. Dann nähern sie sich den Westmächten, deren Arme offenstehen, und wir verlieren den letzten mäßigen *(sie!)* Bundesgenossen.«[108]

Die Juli-Krise, die sich am Problem Serbien entzündet hatte, wurde in Berlin zu lange unterschätzt - sonst wären führende Persönlichkeiten des Reiches einschließlich des Kaisers nicht so lange im Urlaub geblieben. Der finale Umschlag in den Ernstfall lässt sich auf den 30. Juli datieren, als Russland um 18 Uhr die Gesamtmobilmachung seiner Armee befahl, womit es den Rubikon überschritt. Der Konflikt um Serbien, den Berlin »lokalisieren« wollte, würde nicht begrenzt bleiben, sondern sich zu einem deutsch-russischen Krieg mit allen Konsequenzen ausweiten.

Die britische Kriegserklärung vom 4. August

Die Weichen waren gestellt für einen kontinentaleuropäischen Waffengang unter Teilnahme Frankreichs, denn das Zarenreich konnte sicher sein, dass Paris das Bündnisversprechen honorieren würde. In London war die endgültige Entscheidung an diesem 30. Juli noch nicht gefallen. Die Briten spielten Ende Juli und Anfang August die Schlüsselrolle. Sie hatten es in der Hand, einem Krieg auf dem Kontinent - zunächst jedenfalls - fernzubleiben oder aber den Zweifrontenkrieg, mit dem Deutschland nun konfrontiert war, in einen Weltkrieg ausufern zu lassen.

Noch am 31. Juli sah es so aus, als wolle sich London heraushalten. Am 4. August waren die Würfel gefallen. Die näheren Umstände wirken trivial und dilettantisch. Um 14 Uhr an diesem Tag schickte Außenminister Grey, ohne das Kabinett noch einmal zu konsultieren, ein Ultimatum an Deutschland und verlangte bis Mitternacht die Zusicherung, dass die Neutralität Belgiens respektiert würde. Die Zusicherung wurde nicht gegeben. Um 22.15 Uhr berief König Georg V. den Kronrat im *Buckingham Palace* ein, und dieser autorisierte den Kriegszustand mit dem Deutschen Reich ab 23 Uhr - eine geradezu beiläufige Formalität, die England in den Krieg führte. Regierungsvertreter waren nicht zugegen.

Nachdem man im Palast festgestellt hatte, dass der Text der Kriegserklärung fehlerhaft war, wurde ein Büroangestellter zur Deutschen Botschaft geschickt, um die britische Note wieder einzusammeln. Der deutsche Botschafter, Fürst Max von Lichnowsky, hatte sie noch nicht geöffnet. Um 23.05 Uhr überreichte der Bote den korrek-

ten Text. Zur selben Zeit ließ Winston Churchill, der Erste Lord der Admiralität, ein Telegramm an seine Kriegsschiffe absetzen: »Beginnt die Feindseligkeiten gegen Deutschland.« Mobilisiert hatte er die Flotte bereits am 1. August. Da interessierte sich schon niemand mehr für Serbien, das den Auslöser für die europäische Urkatastrophe geliefert hatte.

Deutsch-britische Verhandlungen in letzter Minute

Noch Ende Juli war sich das britische Kabinett keineswegs einig, ob Großbritannien intervenieren solle. Noch gaben die deutsch-britischen Kontakte, die über den englandfreundlichen Botschafter Lichnowsky in London liefen, Anlass zur Hoffnung aus deutscher Sicht.

Am 31. Juli um 11 Uhr telegrafierte Lichnowsky an Reichskanzler Bethmann Hollweg: »Soeben hat mich Sir Ed. Grey ans Telefon gerufen und gefragt, ob ich glaube, erklären zu können, dass für den Fall, dass Frankreich neutral bliebe, in einem deutsch-russischen Kriege wir die Franzosen nicht angriffen. Ich erklärte ihm, ich glaubte die Verantwortung hierfür übernehmen zu können.«

Am 1. August übermittelte Wilhelm II. folgende Botschaft an den englischen König: »Ich habe soeben die Mitteilung Deiner Regierung erhalten, durch die sie die französische Neutralität unter der Garantie Großbritanniens anbietet. Diesem Anerbieten war die Frage angeschlossen, ob unter diesen Bedingungen Deutschland darauf verzichten würde, Frankreich anzugreifen. Aus tech-

nischen Gründen muss meine schon heute Nachmittag nach zwei Fronten, nach Osten und Westen, angeordnete Mobilmachung vorbereitungsgemäß vor sich gehen.«

Der Kaiser weiter: »Gegenbefehl kann nicht mehr gegeben werden, weil Dein Telegramm leider zu spät kam. Aber wenn mir Frankreich seine Neutralität anbietet, die durch die englische Armee und Flotte garantiert werden muss, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegrafisch und telefonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten.«

Ebenfalls am i. August telegrafierte Reichskanzler Bethmann Hollweg an Fürst Lichnowsky: »Deutschland ist bereit, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls sich England mit seiner Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutsch-russischen Konflikt verbürgt. Die deutsche Mobilmachung ist heute aufgrund der russischen Herausforderung erfolgt, bevor die englischen Vorschläge hier eintrafen. Infolgedessen ist auch unser Aufmarsch an der französischen Grenze nicht mehr zu ändern. Wir verbürgen uns aber dafür, dass die französische Grenze bis Montag, den 3. August, abends 7 Uhr, durch unsere Truppen nicht überschritten wird, falls bis dahin die Zusage Englands erfolgt ist.«

Zwei Tage lang schien es möglich, dass England neutral bleiben würde und dass damit auch ein deutsch-französischer Krieg in letzter Minute verhindert werden konnte - bis dann London wissen ließ, es sei alles ein Missverständnis gewesen.

Zunächst machte König Georg einen Rückzieher. In Absprache mit seiner Regierung telegrafierte er am 1. August an den Kaiser und teilte ihm mit, Sir Edward Grey werde am nächsten Morgen Fürst Lichnowsky sehen, »um festzustellen, dass ein Missverständnis auf dessen Seite vorlag«.

Am 2. August schrieb Lichnowsky an den Reichskanzler: »Die Anregungen Sir Ed. Greys, die auf dem Wunsche beruhen, die Möglichkeit dauernder Neutralität Englands zu schaffen, sind ohne vorherige Fühlungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis der Mobilmachung erfolgt und inzwischen als völlig aussichtslos aufgegeben.« Damit war klar, warum sich die britische Regierung auf ein Missverständnis herausredete: Sie hatte Paris nicht konsultiert.

In einem anderen Telegramm vom 1. August um 17.30 Uhr nach Berlin berichtete Lichnowsky ausführlicher über seine Unterredung mit Außenminister Grey: »Auf meine Frage, ob er unter der Bedingung, dass wir die belgische Neutralität wahrten, mir eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Großbritanniens abgeben könne, erwiderte der Minister, das sei ihm nicht möglich, doch würde diese Frage eine große Rolle bei der hiesigen öffentlichen Meinung spielen … Es ließe sich aber schwerlich eine Linie ziehen, bis wohin wir gehen dürften, ohne dass man diesseits einschreite.«

Diese und andere Quellen widerlegen eindeutig die spätere englische Propaganda, wonach der deutsche Einmarsch in Belgien der eigentliche Kriegsgrund gewesen sei. Grey hat zu keinem Zeitpunkt die englische Neutralität angeboten, falls belgisches Territorium nicht verletzt

würde. Die Reichsregierung musste demnach so oder so mit der englischen Kriegserklärung rechnen.

Das andere Szenario bestand darin, dass Deutschland und Frankreich, die am i. August die Mobilmachung befohlen hatten (Frankreich eine halbe Stunde früher als Deutschland), zwar an der Grenze aufmarschieren, sie aber nicht überschreiten würden. So hätte sich der deutsch-russische Konflikt isolieren lassen.

Auch darauf ging Lichnowsky bei seinem Treffen mit Grey ein. In dem zuletzt erwähnten Telegramm berichtete er nach Berlin: »Er (Grey) habe sich auch schon gedacht, ob es denn nicht möglich wäre, dass wir und Frankreich uns im Falle eines russischen Krieges bewaffnet gegenüberstehen blieben, ohne uns anzugreifen. Ich fragte ihn, ob er in der Lage wäre, mir zu erklären, dass Frankreich auf einen derartigen Pakt eingehen würde. Da wir weder Frankreich zerstören, noch Gebietsteile erobern wollten, könne ich mir denken, dass wir uns auf ein derartiges Abkommen einlassen würden, das uns die Neutralität Großbritanniens sichere. Der Minister sagte, er wolle sich erkundigen, verkannte auch nicht die Schwierigkeiten, beiderseitig das Militär in Untätigkeit zurückzuhalten.«[109]

Der eben geschilderte Gedankenaustausch zwischen London und Berlin nahm nicht mehr als drei Tage in Anspruch. Wenn wir die ursprüngliche Anregung Außenminister Greys, die Angebote des Kaisers und der Reichsregierung und schließlich den englischen Rückzieher studieren, drängt sich die Annahme auf, dass Grey Frankreich nicht konsultiert hatte, dass Frankreich nicht eingewilligt hätte, weil es fest auf der Seite des russischen

Verbündeten stand, aber auch, dass die Meinungsbildung in London am 1. August noch nicht abgeschlossen war.

Wie sich die Kriegspartei in London doch noch durchsetzte

Großbritannien jedenfalls ist nicht in den Krieg »geschlittert«, sondern stand vor zwei Optionen (Intervention oder Neutralität) und entschied sich schließlich, an der *Triple-Entente* festzuhalten und in den Krieg zu ziehen, obwohl es vertraglich dazu nicht verpflichtet war. England als führende Weltmacht und als Zünglein an der Waage war vollkommen frei, sich gegen die Intervention zu entscheiden. Dann hätte Frankreich, das fest mit England rechnete, gezögert. Und die Russen hätten den Krieg, den sie nur als Zweifrontenkrieg gegen das Deutsche Reich führen konnten und wollten, höchstwahrscheinlich nicht riskiert.

Der Ablauf der internen Auseinandersetzungen zwischen Falken und Tauben in London untermauert diesen Befund. Christopher Clark schildert die englische Entscheidungsfindung in allen Einzelheiten, verdrängt dabei aber, dass der ganze Ablauf seiner Metapher von den »Schlafwandlern« widerspricht. In Wirklichkeit war es so: Eine Fraktion in London setzte auf Krieg, die andere wollte England heraushalten. Die Kriegspartei setzte sich durch.

Am 26. Juli um 3.26 Uhr leitete Russland die Kriegsvorbereitungsperiode ein, am 27. Juli verweigerte das britische Kabinett dem Falken Edward Grey die erwünschte

Zustimmung zur Intervention, das heißt zur Parteinahme für Russland und Frankreich im drohenden Krieg.

Am 29. Juli plädierte Grey noch einmal dafür, Frankreich offiziell den britischen Beistand zuzusichern. Wieder scheiterte er. Nur vier Kabinettsmitglieder wollten ihm folgen: Premierminister Asquith, Kriegsminister Haidane, Winston Churchill, der Erste Lord der Admiralität, und Robert Crewe-Milnes, ein führender Politiker der Regierungspartei. Auf derselben Sitzung wurde die Auffassung abgelehnt, dass Großbritannien als Unterzeichner des belgischen Neutralitätsabkommens von 1839 automatisch verpflichtet sei, auf einen deutschen Durchmarsch durch Belgien militärisch zu reagieren. Tatsächlich ließ sich aus dem Belgien-Abkommen eine solche Verpflichtung nicht herauslesen.

Noch Ende Juli beschränkte sich die englische Kriegspartei fast ganz auf das *Foreign Office*, wo der seit Langem gegen Deutschland agierende Außenminister Grey von den entschiedenen Deutschenhassern Sir Eyre Crowe und Sir Arthur Nicolson zu einem noch schärferen Vorgehen gedrängt wurde. Im Kabinett selbst hatten die Falken keine Mehrheit. Auch die englischen Zeitungen mit Ausnahme der *Times* hielten nichts von der Verwicklung in einen Krieg, in dem britische Interessen nicht berührt wurden.

Gravierende Differenzen zwischen Berlin und London bestanden 1914 keine. Die Beziehungen entwickelten sich besser als in den Vorjahren, die Londoner Hochfinanz setzte auf Frieden. Die Flottenrivalität war in den Hintergrund getreten, die britische Kriegsmarine war der deutschen nach Jahren des Wettrüstens immer noch weit über-

legen. Nicht das Deutsche Reich, sondern Russland stellte eine potenzielle Gefahr für das Empire dar - in Persien, in Zentralasien und in China, wo die beiderseitigen Interessensphären aufeinanderstießen.

Greys scheinbares, temporäres Entgegenkommen gegenüber Deutschland wird nur verständlich vor dem Hintergrund einer Kabinettssitzung am Morgen des 1. August, nach deren Ablauf er den französischen Botschafter Paul Cambon empfing und ihm eröffnete, dass das Kabinett schlicht und einfach jede Form von Intervention ablehne. Cambon verließ den Außenminister kreideweiß und den Tränen nahe. Als er in das Nebenzimmer taumelte, nahm ihn Nicolson am Arm und führte ihn zu einem Sessel. Cambon murmelte immer wieder vor sich hin: »Sie werden uns im Stich lassen. Sie werden uns im Stich lassen.«[110]

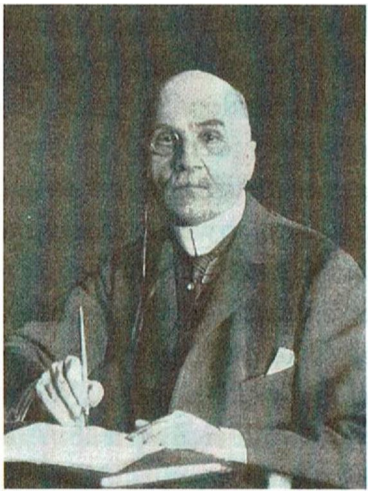
Dass sich die Kriegspartei am Sonntag, dem 2. August, schließlich doch durchsetzte, erklärt Clark damit, dass sie geschickter vorging und dass sie es verstand, die Tagesordnung zu steuern und die Rahmenbedingungen der Diskussion festzulegen. Dies, obwohl selbst Churchill später zugab, dass mindestens drei Viertel der Kabinettsmitglieder entschlossen gewesen seien, sich nicht in einen »europäischen Streit« hineinziehen zu lassen. Eine Rolle spielte auch, dass die konservative Opposition auf Krieg drängte und dass sich in der liberalen Regierungspartei die Befürchtung breitmachte, ein Ja zur Neutralität könne die Partei spalten und in der Schwächung, schlimmstenfalls im Sturz der Regierung enden.

An dieser Stelle muss berücksichtigt werden, wie die Entscheidungsprozesse in den Hauptstädten der Groß-

mächte abliefen. In Berlin besaß der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Gottlieb von Jagow, keinen nennenswerten Einfluss. Unmittelbar involviert war als oberster Kriegsherr der Kaiser. Der aber vermied Alleingänge, agierte nur in Abstimmung mit Bethmann Hollweg und konnte oder wollte sich nicht durchsetzen, als er die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum für zufriedenstellend hielt und die Meinung vertrat, damit sei der Grund für eine österreichische Militäraktion gegen Belgrad entfallen. Dass Wilhelm II. den Krieg nicht wollte, steht außer Zweifel.

In Paris wurde im Sommer 1914 über Außenpolitik weder vom eher pazifistischen Regierungschef René Viviani noch vom *Quai d'Orsay,* dem am Seine-Ufer gelegenen Außenministerium, entschieden, zumal dort die Minister seit Jahren ständig wechselten. Den maßgeblichen Part spielten Präsident Raymond Poincaré, der im Juli in Russland zu Besuch war, aber auch der französische Botschafter in St. Petersburg, Maurice Paléologue.

Letzterer war ein geschworener Feind des Deutschen Reiches, galt selbst in Paris als höchst umstrittene Figur und rührte in St. Petersburg eifrig die Kriegstrommel. Das hielt Poincaré nicht davon ab, seine Freundschaft zu ihm zu pflegen und sich auf sein Urteil zu stützen. Generell lässt sich sagen, dass die Botschafter in den großen Hauptstädten zu Beginn des Jahrhunderts mehr Gewicht hatten und eigenständiger operierten, als dies heute in der Diplomatie der Fall ist. Das hing wohl auch damit zusammen, dass die Nachrichtenübermittlung langsamer war und dass die zuständigen Politiker weniger reisten, weil sie auf die Bahn oder das Schiff angewiesen waren.



Links: Raymond Poincare, französischer Präsident in den Jahren 1913 bis 1920. Rechts: Maurice Paleologue, französischer Botschafter in St. Petersburg von 1914 bis 1917

London folgte der Logik der Bündnisse

Ganz anders als in Berlin und Paris dominierte in England das *Foreign Office* die Außenpolitik. Wo Bethmann Hollweg in Deutschland die Entscheidungen traf, gab Grey in England den Ton an - gestützt auf den antideutschen Klüngel in seinem Ministerium, aber auch auf die Militärs, die einem Waffengang alles andere als abgeneigt waren.

Am i. August, als der deutsche Botschafter Lichnowsky noch dabei war, mit Grey Argumente auszutauschen, mobilisierte Winston Churchill schon einmal die Flotte ohne Genehmigung des Kabinetts. Nur Premierminister Asquith hatte ihm, so wird berichtet, mit »einer Art von Grunzen« die stillschweigende Billigung signalisiert.

Am Abend des 2. August bekamen die Falken im britischen Kabinett die Oberhand. Es wurde vereinbart, dass eine »substanzielle Verletzung« der belgischen Neutralität England zum Handeln zwingen würde. Dies, nachdem Grey den Deutschen ein Entgegenkommen verweigert hatte, falls sie die belgische Neutralität respektierten. Die Entscheidung war gefallen, zwei der Kriegsgegner im Kabinett erklärten ihren Rücktritt.

Geschichte kann man immer aus verschiedenen Perspektiven erzählen. Auch im vorliegenden Fall lässt sich belegen, dass die Entscheidung in London in letzter Minute anders hätte ausfallen können - dann wäre der Automatismus, der die sogenannte Juli-Krise bestimmte, unterbrochen worden. Ein Automatismus, der den Katalysator Serbien benötigte, um in Gang zu kommen: auf das Attentat von Sarajewo musste die österreichische Reaktion folgen; Russland musste sich auf die Seite Serbiens schlagen und damit Front gegen Osterreich machen; Deutschland durfte den einzigen Verbündeten nicht im Stich lassen; Russland mobilisierte dann gegen Deutschland; Frankreich hielt sich an die Zusage, am Zweifrontenkrieg gegen das Reich teilzunehmen, musste sich aber darauf verlassen, dass England nicht neutral blieb. An jedem Punkt der Verkettung hätte es anders kommen können.

Man kann es aber auch so sehen, dass der Krieg in der Logik der Bündnisse begründet lag, des deutsch-österreichischen Zweibundes einerseits und der *Triple-Entente* aus Russland, Frankreich und England andererseits. Außenminister Grey, so berichtet Clark, habe sich schon frühzeitig mit der russischen Auffassung abgefunden, dass

»ein serbischer Krieg unweigerlich einen europäischen Krieg bedeutete«. Am Ende folgte das offizielle London der von Eyre Crowe folgendermaßen vorgegebenen Linie:

»Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Russland sind der Ansicht, dass sie Vorwände sind und dass die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband *[Triple-Entente]* endgültig aufgeworfen ist ...In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten - in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs und Russlands verknüpft.«[111] (Anmerkung: Der Dreibund-Vertrag der beiden Mittelmächte mit Italien von 1891 galt nur bis 1912.)

Poincaré bearbeitet den Zaren

Da nur eine der beteiligten Großmächte, nämlich Frankreich, territoriale Ambitionen hatte, die nur durch einen Krieg befriedigt werden konnten (einmal abgesehen von den russischen Aspirationen auf den Bosporus), liegt die Frage nahe, ob nicht vielleicht Frankreich den Scharfmacher hinter den Kulissen der Juli-Krise spielte.

Dafür gibt es eine Reihe von Indizien. Am Abend des 15. Juli, als der Kaiser noch auf Kreuzfahrt war und der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke noch auf Kur, reiste der französische Präsident Poincaré in Begleitung seines Regierungschefs Viviani vom Pariser

Gare du Nord ab, quartierte sich am darauffolgenden Morgen in Dünkirchen auf dem Schlachtschiff *France* ein, durchquerte Nord- und Ostsee und lief am 20. Juli im Hafen von Kronstadt ein, wo er sogleich zur Jacht *Alexandria* übersetzte, um dem Zaren seine Aufwartung zu machen.

Poincare traf die Russen in einer seiner Meinung nach ungenügend kriegerischen Stimmung an. Während ein französischer Oberst »auf den nächsten Krieg und den sicheren Sieg« anstoßen wollte, gab sich Außenminister Sasonow reserviert. Der Zeitpunkt sei für Russland ungünstig, wiegelte er ab, die Bauern seien noch ganz mit der Arbeit auf den Feldern beschäftigt. Poincare war beunruhigt, leistete Überzeugungsarbeit und entspannte sich erst am 22. Juli, als von nichts anderem als von Krieg geredet wurde, wie der 26-jährige französische Botschaftsangehörige Graf de Robien notierte.[112]

Am Abend des 22. Juli gab Großherzog Nikolai Nikolajewitsch, Befehlshaber der Kaiserlichen Garde und ein maßgeblicher Exponent der russischen Kriegspartei, in der Nähe von St. Petersburg ein Festessen für die französischen Gäste. Mit am Tisch saßen des Großherzogs Frau Anastasia und ihre Schwester, die mit Nikolais Bruder verheiratet war. Die beiden Damen waren Töchter des mit Serbien verbündeten Königs von Montenegro.

Anastasia führte das große Wort und unterhielt die Tischrunde mit kriegerischen Sprüchen. Sie habe heute von ihrem Vater, dem König, ein Telegramm erhalten: »Er meldet mir, dass der Krieg noch vor Schluss dieses Monats ausbrechen wird. Ach, was ist mein Vater für ein Held!« Dann verstieg sich Anastasia zu exorbitanten Vor-

hersagen, während sich die Franzosen durch die Gänge des ausgezeichneten Diners arbeiteten: »Der Krieg wird ausbrechen ... Von Osterreich wird nichts mehr übrig bleiben ... Sie werden sich Eisass und Lothringen zurücknehmen ... Unsere Armeen werden sich in Berlin vereinigen ... Deutschland wird vernichtet werden.«[113]

Der friedfertige Viviani, der in Paris wenig zu sagen und in Sachen Krieg nichts zu entscheiden hatte, war mit den Nerven am Ende. Er fühlte sich deplatziert und zog sich zurück, angeblich wegen einer Leberkolik. Wie Poincare auf Anastastias Tiraden reagierte, ist nicht überliefert. Jedenfalls hatte der französische Präsident seinen Zweck erreicht, die Russen moralisch aufzurüsten und vor allem den Zaren auf Linie zu bringen. Auch Paleologue war in Hochstimmung. »Diesmal müssen wir hart bleiben«, ermahnte Poincare den Zaren, als er sich verabschiedete.

Letzte Kontakte zwischen Zar und Kaiser

Am 29. Juli sah es für kurze Zeit doch noch so aus, als werde Nikolaus schwach werden. Zwei Telegramme kreuzten sich - das des Deutschen Kaisers an den Zaren und das des Zaren an Wilhelm II. Bethmann Hollweg hatte am Abend des 28. Juli von russischen Truppenbewegungen erfahren und dem Kaiser vorgeschlagen, sich direkt an Nikolaus zu wenden. Wilhelm telegrafierte an den Zaren, er werde seinen ganzen Einfluss aufbieten, damit Österreich zu einer befriedigenden Verständigung mit

Russland komme ... »Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter Willy«.

Der Zar wiederum bat seinen Vetter, Osterreich »davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen«, gez. »Nicky«. Das Telegramm des Zaren war kürzer als das des Kaisers, fiel kühler aus und ließ kaum einen Zweifel daran, dass Russland wegen Serbien in den Krieg ziehen würde. »Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden«, schrieb Nikolaus. »Die Entrüstung in Russland, die ich völlig teile, ist ungeheuer. Ich sehe voraus, dass ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliege und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden.«[114]

Da hatte der Zar bereits die teilweise Mobilmachung unterzeichnet, nicht jedoch die allgemeine. Noch am 29. Juli gab er dem Druck der Kriegspartei nach und unterzeichnete auch diese. Als ein zweites Telegramm des Kaisers eintraf und vor dem »entsetzlichen Krieg« warnte, widerrief der Zar und kehrte zurück zur teilweisen Mobilisierung in den vier südöstlichen Bezirken - eine Maßnahme, die sich gegen Österreich-Ungarn, aber nicht direkt gegen das Deutsche Reich richtete.

Der Befehl zur Generalmobilmachung lag zwar dem Telegrafenamt bereits vor, die Durchgabe konnte aber noch gestoppt werden. Europa stand immer noch einen Schritt, den letzten Schritt, vor dem Abgrund. Sowohl in St. Petersburg als auch in Berlin waren sich die Verantwortlichen darüber im Klaren, dass die russische Generalmobilmachung den europäischen Krieg entfesseln würde.

Unterdessen lagen die Nerven in Berlin und Potsdam blank. Der Kaiser lief auf den Gängen des Neuen Palais

auf und ab und machte Bethmann Hollweg Vorwürfe, dass er die Österreicher nicht gebremst habe. Großadmiral von Tirpitz stimmte zu und schlug vor, einen neuen Reichskanzler zu ernennen. Das lehnte Wilhelm ab. Der zunehmend verzweifelte Bethmann Hollweg ließ den britischen Botschafter Sir Edward Goschen zu sich kommen, um die englische Neutralität einzufordern. Dann schrieb er in der Nacht zum 30. Juli mehrere Telegramme, um die Österreicher umzustimmen. Deutschland lehne es ab, sich von Wien »leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltenbrand hineinziehen zu lassen«.

Auch der Kaiser war immer noch der Meinung, Österreich solle auf Serbien zugehen und eine Verständigung anstreben. Die deutschen Bremsmanöver kamen zu spät - die Österreicher waren nicht mehr davon abzubringen, den Störfaktor Serbien militärisch auszuschalten. Jetzt rächte es sich, dass Berlin an Wien einen Blankoscheck ausgestellt hatte, als die Juli-Krise noch beherrschbar gewesen wäre. Der Kaiser hatte nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien und nach der Antwort aus Belgrad intuitiv richtig reagiert, nur fehlte es ihm an Durchsetzungsvermögen.

Mit seinem Vetter, dem russischen Zaren, verhielt es sich ähnlich: auch er, von minderer Begabung und Intelligenz als der Kaiser, war damit überfordert, eine kohärente russische Strategie zu formulieren. Ganz anders waren die Machtverhältnisse in London. Dort hielt sich Georg V. im Gegensatz zu seinem Vorgänger so gut wie ganz aus der Politik heraus. In England lag die Außenpolitik in den Händen des *Foreign Office.* In allen Hauptstädten, nicht zuletzt in Wien, aber auch in London, drängten die Gene-

ralstäbe auf eine militärische Lösung. Die letzten Entscheidungen lagen dann aber doch bei den Politikern.

Paradoxerweise bestritten selbst die Panslawisten und die russischen Generäle nicht, dass die Aufrüstung Russlands nicht abgeschlossen und noch ungenügend war - ein Sachverhalt, der in Berlin bekannt war und auf deutscher Seite im Juli die Hoffnung nährte, die Russen würden vom Krieg zurückschrecken. Sie hielten das Risiko dennoch für vertretbar, weil sie den Kriegseintritt Frankreichs und Englands einkalkulierten. Erst die Bündnispolitik der Alliierten, die französisch-russische Militärallianz und die Einkreisung Deutschlands öffneten den Weg zum Krieg.

Am 30. Juli beginnen die Mobilmachungen

Am Ende war es die russische Generalmobilmachung, die den Point of no Return markierte. Am Nachmittag des 30. Juli begab sich Außenminister Sasonow, bedrängt von den Generälen, zum Zaren, um ihn zur Generalmobilmachung zu bewegen. Danach wollte der Generalstabschef sein Telefon zerstören, damit Nikolaus den Befehl nicht ein zweites Mal rückgängig machen konnte. Der Zar, immer noch unschlüssig, brauchte über eine Stunde, um sich zu überwinden. Dann gab er den Befehl. Sasonow rief den Generalstabschef an und sagte: »Jetzt können Sie Ihr Telefon zertrümmern. Erteilen Sie Ihre Befehle, und verschwinden Sie dann für den Rest des Tages.«

Wie Schlafwandler sind die Russen nicht in den Krieg getaumelt. Die Entscheidungsträger waren bei vollem

Bewusstsein. Sie kannten die Konsequenzen der Generalmobilmachung. Der deutsche Botschafter Graf Friedrich Pourtalès hatte Sasonow eine Botschaft des Reichskanzlers vorgelesen: Deutschland sehe sich gezwungen, ebenfalls zu mobilisieren, falls Russland seine militärischen Vorbereitungen fortsetze. Der französische Botschafter Paléologue seinerseits hatte Sasonow die »volle Bereitschaft Frankreichs« zugesichert, »nötigenfalls seine Bündnispflichten zu erfüllen«.

Auch aus einem Schriftstück des belgischen Militärattachés in St. Petersburg vom 30. Juli geht hervor, dass den Russen versichert wurde, »dass England Frankreich unterstützen wird«, das heißt, dass England nicht neutral bleiben würde. Wer genau die Versicherung abgab, ist unklar. Was zählte, war, dass die russische Kriegspartei darauf vertrauen konnte, dass die *Triple-Entente* zusammenhalten würde. Der belgische Attaché schrieb: »Diese Unterstützung hat enormes Gewicht und hat nicht unerheblich dazu beigetragen, der Kriegspartei einen Vorteil zu verschaffen.«[115]

War das diplomatische Hin und Her in der letzten Juli-Woche nur Theater? General Sergej Dobrorolski, der Chef der russischen Mobilmachungsabteilung, gab nach dem Krieg 1921 zu, dass nach den Sitzungen in St. Petersburg vom 24. und 25. Juli »der Krieg bereits beschlossene Sache war, und die ganze Flut von Telegrammen zwischen den Regierungen Russlands und des Deutschen Reiches war nicht mehr als die Inszenierung eines historischen Schauspiels«."[6] Derselbe Dobrorolski schrieb in seinen Memoiren: »Der ganze Mobilmachungsplan ist bis ins Detail ausgearbeitet. Wenn der Augenblick gewählt ist, dann ist

alles vorgeschrieben. Es gibt kein Zurück mehr. Er bedeutet automatisch den Krieg.«[117]

Die Nachricht von der am 30. Juli um 18 Uhr befohlenen russischen Generalmobilmachung traf am Mittag des darauffolgenden Tages in Berlin ein. Zum Missfallen seines Generalstabschefs reagierte der Kaiser nicht etwa mit einem deutschen Mobilisierungsbefehl, sondern ordnete um 13 Uhr lediglich die Grenzschutzaufstellung an und damit den »Zustand der drohenden Kriegsgefahr«. Vorher hatte Österreich-Ungarn um 12.23 Uhr die Gesamtmobilmachung verfügt. Belgien folgte um 19 Uhr.

Am i. August um 16.30 Uhr machte Frankreich mobil, um 17 Uhr das Deutsche Reich auf Befehl des Kaisers. Um 18 Uhr überschritt russische Kavallerie die deutsche Grenze. Zur selben Zeit wurde Botschafter Pourtales bei Außenminister Sasonow vorstellig und fragte ihn dreimal, ob er ihm einen günstigen Bescheid auf seine Anfrage aus der vorherigen Nacht geben könne - Bethmann Hollweg hatte Sasonow mitteilen lassen, Deutschland sei gezwungen, ebenfalls mobilzumachen, wenn Russland seine Mobilisierung nicht zurücknehme.

Dreimal fragte Pourtales, dreimal antwortete Sasonow mit einem Nein. Darauf überreichte der Botschafter die deutsche Kriegserklärung, trat ans Fenster und brach in Tränen aus: »Ich hätte nie geglaubt, dass ich St. Petersburg unter solchen Umständen verlassen müsste.«

Der Kaiser gibt England die Schuld

Hätte ein Otto von Bismarck im Juli 1914 das Blatt noch wenden können? Wahrscheinlich nicht. Er hätte lange vorher versucht und es wohl auch erreicht, die Schachzüge der Gegenseite zu durchkreuzen. Lassen wir noch einmal Wilhelm II. zu Wort kommen, wie er zu Kriegsbeginn in einer Niederschrift die Situation sah:

»England, Russland und Frankreich haben sich verabredet - unter Zugrundelegung des casus foederis für uns Osterreich gegenüber -, den österreichisch-serbischen Konflikt zum Vorwand nehmend, gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen. Das ist in nuce die wahre nackte Situation ... Also die berühmte >Einkreisung< Deutschlands ist nun doch endlich zur vollsten Thatsache geworden, trotz aller Versuche unserer Politiker und Diplomaten, sie zu verhindern. Das Netz ist uns plötzlich über den Kopf zugezogen, und hohnlächelnd hat England den glänzendsten Erfolg seiner beharrlich durchgeführten pur antideutschen Weltpolitik, gegen die wir uns machtlos erwiesen haben, indem es uns, isolirt im Netze zappelnd, aus unserer Bündnistreue zu Osterreich den Strick zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung dreht. Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem, der durch sie zugrunde geht!«

Wilhelm weiter: »Edward VII. ist nach seinem Tode noch stärker als ich, der ich lebe! Und da hat es Leute gegeben, die geglaubt haben, man könnte England gewinnen oder beruhigen durch diese oder jene kleinen Maßnahmen!!! Unsere Consuln in Türkei und Indien, Agenten etc. müssen die ganze Mohammedanische Welt gegen

dieses verhaßte, verlogene, gewissenlose Krämervolk zum wilden Aufstande entflammen; denn wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren. W.«"[8]

Ein Ausbruch von Wut, Enttäuschung und Untergangsängsten, der sich bezeichnenderweise nicht gegen Russland und Frankreich, sondern gegen England richtete. Gegen das England, dem er verwandtschaftlich eng verbunden war, um das er so lange beharrlich geworben hatte, dem er insgeheim nacheiferte, dessen Großmachtpolitik er in seiner latenten Anglophilie falsch eingeschätzt hatte. Ein England, das auch nach Meinung britischer Historiker wie Niall Ferguson 1914 in den »falschen Krieg« zog.

In seiner Rede vom 4. August vor dem Reichstag, die staatsmännischer und ausgewogener ausfiel, erinnerte Wilhelm II. an die Ermordung seines Freundes Franz Ferdinand und erwähnte Russland, das der Donaumonarchie »bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen« in den Weg getreten sei. Dass auch Frankreich sich auf die Seite der Gegner gestellt habe, »konnte uns nicht überraschen«. Des Kaisers Haupterklärung für den Kriegsausbruch hörte sich so an:

»Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Ubelwollens gegen die Macht und das Gedeihen des Deutschen Reiches. Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter … In aufgedrungener Notwehr,

mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert.«

Der Schlieffen-Plan

Wie und gegen wen zuerst das Schwert ergriffen werden sollte, war seit Jahren Gegenstand der deutschen Generalstabsplanung. Dabei musste immer von der Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges ausgegangen werden. Noch 1888 sah der Aufmarschplan eine deutsch-österreichische Offensive gegen Russland vor. Gleichzeitig sollte das Heer bis zum Abschluss des Russland-Feldzuges gegenüber Frankreich in der Defensive verharren. Auch der von 1888 bis 1891 amtierende Generalstabschef Graf von Waldersee favorisierte den »Aufmarsch Ost« und wollte auf den erwarteten französischen Angriff zunächst nur mit begrenzten Gegenangriffen reagieren. An die Einnahme von Paris war nicht gedacht. Nach Waldersee trat der Aufmarsch Ost zunehmend in den Hintergrund. Ab 1913 wurde er nicht mehr bearbeitet.

Nachdem sich Waldersee mit dem Kaiser überworfen hatte, trat Alfred Graf von Schlieffen, Jahrgang 1833, an die Spitze des Generalstabs - ein klar denkender, präzise formulierender Militär in den Fußstapfen des genialen alten Moltke, des Architekten der preußischen und deutschen Siege von 1866 und 1870/71.

Schlieffen bezweifelte, dass Russland nach dem Ausbau seiner Festungen und strategischen Eisenbahnlinien schnell besiegt werden könne. Die Pläne, die er bis 1905 mehrmals überarbeitete, sahen vor, Frankreich in einer

Alfred Graf von Schlieffen, deutscher Generalstabschef 1891-190$

schnellen Kampagne auszuschalten und anschließend die frei gewordenen Truppen nach Osten zu verschieben, zu welchem Zweck das Eisenbahnnetz ausgebaut wurde.

Da die französische Ostgrenze mit den nach 1871 verstärkten Festungen von Verdun im Norden bis Beifort im Süden schwer überwindbar war, kam eine von Elsass-Lothringen ausgehende Offensive nicht infrage. (Diedenhofen, Metz und Straßburg gehörten seit dem Jahr 1871 zum Deutschen Reich.) Nach der letzten Fassung des Schlieffen-Planes von 1905 sollten sieben Achtel der Truppen im Raum nördlich der Mosel bis hinauf zur holländischen Grenze in Stellung gebracht werden. Das eine Achtel, das in Elsass-Lothringen verblieb, musste sich in der ersten Phase des Krieges gegen die französische Offensive behaupten, die dort erwartet und tatsächlich von den französischen Generälen geplant wurde.

Die Grundidee des Schlieffen-Planes bestand darin, den mächtigen französischen Festungsgürtel nördlich über Belgien zu umgehen, die französische Armee mit der

rechten deutschen Flanke zu umfassen, gegen die eigene Festungslinie und gegen die Schweizer Grenze zurückzudrängen und zur Kapitulation zu zwingen. Dazu musste die deutsche 1. Armee in einem weiten Bogen bis Flandern vorstoßen, dort die französische Grenze überschreiten, Paris westlich umgehen und danach in östlicher Richtung einschwenken. Die 2., 3., 4. und 5. Armee würden über Belgien und Luxemburg (immer nördlich von Verdun) vorstoßen und dann in Richtung des Flusses Marne östlich von Paris einschwenken. Schlieffen orientierte sich offenbar an Hannibals Umfassungsschlacht bei Cannae.

Problematisch war der Plan von Anfang an, weil er die Verletzung der belgischen und luxemburgischen Neutralität (ursprünglich sogar einen Durchmarsch durch den holländischen Maastricht-Zipfel) voraussetzte, aber auch, weil Schlieffen selbst befürchtete, dass die Stärke des deutschen Heeres unter Umständen nicht ausreichen könne. Mit dem Schlieffen-Plan wurde nicht unbedingt va banque gespielt wie später mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg, aber er barg zweifelsohne große Risiken. Dass sie 1914 in Kauf genommen wurden, war der Zwangslage des Zweifrontenkrieges geschuldet und dem deutschen Glauben, die eigene quantitative Unterlegenheit durch Schnelligkeit, Initiative, Moral der Truppe und überlegene Feldherrenkunst kompensieren zu können.

Wie sich herausstellte, ließ Letztere zu wünschen übrig. Der aus Belgien und Luxemburg vorgetragene Angriff scheiterte im September in der mehrtägigen Schlacht an der Marne an einer Front, die sich von Verdun bis Paris erstreckte. Walther Hubatsch zieht dieses Fazit: »Die Truppen hatten Unvergleichliches geleistet; ihr Angriffs-

schwung, ihre Ausdauer und Opferbereitschaft waren nicht zu übertreffen. Die oberste Führung hatte sich nicht in gleicher Weise den ungewöhnlichen Anforderungen gewachsen gezeigt.«[119]

Schon ein Vergleich der Mannschaftsstärken verdeutlicht das Risiko, das 1914 eingegangen wurde. Bei einer erheblich kleineren Bevölkerung (36,6 gegen 67 Millionen Einwohner) war das französische Feldheer im Sommer 1914 1,8 Millionen Mann stark, verglichen mit 2,3 Millionen Mann im deutschen Heer, das zudem die Grenze nach Russland sichern musste. Die russische Armee zählte 3,4 Millionen Mann, die Österreich-ungarische 1,4 Millionen. Die Schlagkraft der österreichisch-ungarischen Armee erwies sich schon bald als so schwach, dass sie durch deutsche Einheiten verstärkt werden musste, die dann anderswo fehlten.

Im Verlauf des Krieges erhöhte sich die Mannschaftsstärke gewaltig. So standen in Deutschland schließlich elf Millionen Mann unter Waffen, in Frankreich 8,5 Millionen und in Großbritannien neun Millionen - verglichen mit der britischen Freiwilligenarmee von 400000 Mann bei Kriegsausbruch.[120] Das Deutsche Reich verlor im Krieg 2,04 Millionen Soldaten und mehr als 700 000 Zivilisten, die durch die völkerrechtswidrige englische Hungerblockade an Unterernährung starben.

Frankreich am Rande des Zusammenbruchs

Dafür, dass der modifizierte Schlieffen-Plan scheiterte und der Krieg nicht schon 1914 beendet werden konnte,

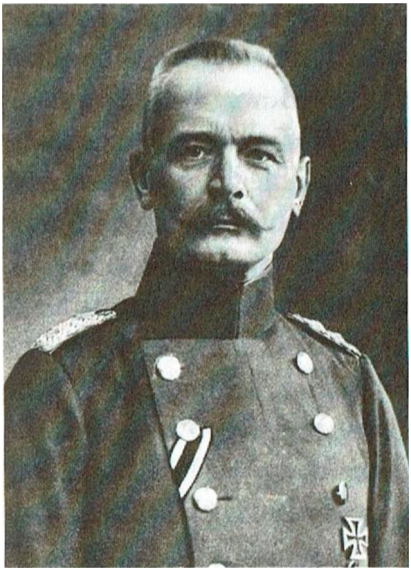
gibt es zwei Erklärungen. Die erste Version besagt, dass Generalstabschef Helmuth von Moltke, der Neffe des älteren Moltke, fatale Fehlentscheidungen traf, dass er den Oberstleutnant Richard Hentsch mit nicht eindeutigen Befehlen an die Front östlich von Paris schickte und dass zwei siegende Armeen (die 1. und die 2.) den Rückzug antraten, weil jede von der anderen glaubte, sie könne sich nicht mehr halten. Und dies, obwohl Generaloberst Alexander von Kluck, der Befehlshaber der 1. Armee, Hentsch versichert hatte: »Der Kampf bis zum vollen Sieg ist jetzt leichter als ein schwieriger Rückzug.«

Helmuth von Moltke, deutscher Generalstabschef 1906-1914

Tatsächlich standen die französischen Truppen am Rande der panikartigen Auflösung. Die Regierung hatte in der Nacht vom 2. auf den 3. September Paris in Richtung Bordeaux verlassen. Das Personal der *Banque de France* und viele der reicheren Bürger hatten sich in den Süden des Landes abgesetzt. Tausende von wütenden Parisern bewarfen den Elysee-Palast mit Steinen. General Sir John French, der Kommandeur des britischen Expeditionskorps, war dabei, sich hinter die Seine zurückzuziehen, und erwog schon, seine Streitmacht nach England zurückzunehmen.[121]

Erwähnt werden muss auch, dass Generalstabschef von Moltke gesundheitliche Probleme hatte und einen Nervenzusammenbruch erlitt. Er war seinen Aufgaben nicht gewachsen, ihm fehlte es an Entschlusskraft. Am 9. September, als die Franzosen bereits auf Paris zurückwichen, brach die Oberste Heeresleitung die Schlacht ab. Zunächst nahm Moltke die 1. und 2. Armee zurück, dann auch die 3., 4. und womit auch Verdun außer Gefahr war. Am 14. September wurde Moltke von General Erich von Falkenhayn, dem Kriegsminister, abgelöst.

Der überraschende Rückzug der Deutschen vor Paris ging nach dem Krieg in Frankreich als »Wunder an der Marne« in die militärische Folklore ein - ebenso wie die patriotischen Pariser Taxis, mit denen *6000* Mann an die Front gebracht wurden. Ob der Rückzug der 1. Armee, deren Vorauskommandos schon den Eiffelturm sahen, und der 2. Armee notwendig und taktisch richtig war, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden.



Erich von Falkenhayn, deutscher Generalstabschef 1914-1916

Hubatsch sieht es so: »Ein Zwang zum Rückzug der 2. Armee, dem die 1. Armee notgedrungen folgen musste, bestand jedoch nicht. Die in die 40 Kilometer breite Lücke zwischen beiden

Armeen eingesickerten schwachen feindlichen Teile waren selbst höchst gefährdet. Die Krise hätte bei einer strafferen Führung durch die Oberste Heeresleistung überwunden werden können.« Er fügt hinzu: »Ob jedoch in der Marneschlacht der fcldzugsentscheidende Sieg greifbar gewesen ist, muss bezweifelt werden. Nach den wochenlangen rastlosen Vorwärtsbewegungen war der Kulminationspunkt der deutschen Angriffskraft eingetreten.«[122]

Warum der Feldzug im Westen scheiterte

Jedenfalls war der Schlieffen-Plan mitsamt der Einkesselung der französischen Armee gescheitert. Das Deutsche Reich musste sich auf einen langen Krieg einstellen, in dem sich die materielle Überlegenheit der *Entente* mit der Zeit zuungunsten Deutschlands auswirken würde. Der deutschen Öffentlichkeit war das im Herbst 1914 nicht bewusst. Im Oktober flammte der Bewegungskrieg noch einmal in Flandern auf, als Falkenhayn in unverantwortlicher Weise Reservekorps mit schlecht ausgebildeten Kriegsfreiwilligen, darunter viele Abiturienten und Studenten, gegen Langemarck und Ypern vorstürmen ließ. Am 18. November musste ein neuerlicher Angriff auf Ypern erfolglos abgebrochen werden. Die Soldaten suchten Deckung in den Schützengräben. Es begann ein langer, zermürbender Stellungskrieg an der Westfront, die durch Belgien und Frankreich verlief. Der Krieg im Westen würde länger dauern als gedacht, er war aber noch nicht verloren.

Handelten die deutschen Generäle im August 1914 nach der Devise: Wir haben keine Chance, nutzen wir sie? Auch wenn seit 1918 bekannt ist, wie alles endete, lohnt es sich, der Frage nachzugehen, warum der von Schlieffen konzipierte Feldzug scheiterte.

Er setzte - im Gegensatz zum früheren Defensivplan - den Durchmarsch durch Belgien voraus, und das musste mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit den Kriegseintritt Englands nach sich ziehen. Abgesehen davon lieferte die Verletzung der belgischen Neutralität eine Steilvorlage für die Propaganda der Alliierten. Anstatt die Belgier zu überrumpeln und mit einem schnellen Durchmarsch durch den Süden des Landes ein Fait accompli zu schaffen, richtete die Reichsregierung am 2. August um 19 Uhr ein Ultimatum an Belgien - offenbar in der Hoffnung, die Belgier würden darauf eingehen, auf bewaffneten Widerstand verzichten und damit England keinen Vorwand für eine militärische Intervention liefern. In dem Ultimatum hieß es:

»1. Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, beim Friedensschluss Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs in vollem Umfange zu garantieren.«

»2. Deutschland verpflichtet sich unter obiger Voraussetzung, das Gebiet des Königreichs wieder zu räumen, sobald der Friede geschlossen ist.«

»3. Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einvernehmen mit den Königlich

belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte.«[123]

Sollte Belgien den deutschen Truppen aber feindlich entgegentreten, so fuhr das Ultimatum fort, werde Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten.

Die Antwort aus Brüssel kam am 3. August: Belgien werde seine Neutralität energisch zu verteidigen wissen. Das war keine leere Drohung: Es dauerte vom 5. bis zum 16. August, bis die Festung Lüttich eingenommen werden konnte, die dem Vormarsch der 1. und 2. Armee im Weg lag. Brüssel wurde am 18. August besetzt. Der Aufmarsch gegen Frankreich war mit Verspätung abgeschlossen.

Nach der russischen Generalmobilmachung, mit der faktisch der Startschuss zum Krieg abgefeuert wurde, waren die deutschen Kriegserklärungen an Russland und Frankreich am 1. und 3. August im Grunde nur noch Formalitäten. Richtig ist aber auch, dass sich das Reich damit und mit dem Ultimatum an Belgien propagandistisch angreifbar machte. Die Feindseligkeiten ohne Kriegserklärung zu eröffnen vertrug sich nicht mit dem Rechtsverständnis eines Bethmann Hollweg. Verlogen war sein Verhalten jedenfalls nicht. In seiner Reichstagsrede vom 4. August verkündete der Kanzler: »Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Das widerspricht den Geboten des Völkerrechts.«

Wann hat man so etwas zum letzten Mal von einer Großmacht gehört? Bethmann fügte hinzu: »Frankreich

konnte warten, wir nicht ... Das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutmachen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut.« Das Reichstagsprotokoll vermerkte: »ungeheure Bewegung, stürmischer, wiederholter Beifall«.

Selbstverständlich hätte auch das England König Georgs V. in einer vergleichbaren Lage nicht gezögert, durch Belgien zu marschieren. Die Empörung über Deutschland war gespielt und heuchlerisch. Als britische und französische Streitkräfte Anfang Oktober 1915 in Saloniki landeten, protestierte Griechenland vergeblich gegen die Verletzung seiner Souveränität. Das Land wurde zum Operationsgebiet der Alliierten und nach einem Ultimatum 1916 zur Kriegserklärung an Deutschland gezwungen.

Deutschland musste Anfang August damit rechnen, dass russische Truppen die Ostgrenze und französische die Westgrenze überschreiten würden. Die Planungen der beiden Gegner sahen genau das vor. 1911 hatte sich die militärische Führung in Paris in Abstimmung mit den Russen darauf festgelegt, die Entscheidung in einer Angriffsschlacht zu suchen. Laut Operationsplan Nr. 17 vom Frühjahr 1913 sollte zwischen Beifort und Epinal und zwischen Nancy und Toul aufmarschiert werden. Die nördliche französische Hauptgruppe stand im Raum Verdun, sodass die Offensive nördlich oder südlich von Metz beginnen konnte. Die Entscheidungsschlacht würde im deutschen Lothringen stattfinden. Nach Auffassung von Hubatsch bewies gerade der Verlauf der blutigen Kämpfe nach Kriegsausbruch im französischen Festungsvorfeld,

220

»dass eine andere als die Schlieffensche Lösung kaum die Feldzugsentscheidung bringen konnte«.[124]

Dass der Schlieffen-Plan die Entscheidung dann doch nicht brachte, lag nicht zuletzt daran, dass er nur halbherzig umgesetzt wurde. Erstens wurde der linke Flügel wegen des erwarteten französischen Vorstoßes nach Elsass-Lothringen zulasten des offensiven rechten Flügels verstärkt. Das Verhältnis betrug nicht mehr sieben zu eins, sondern drei zu eins.

Zweitens wurden die Festungen Lüttich und Namur nicht umgangen, sondern belagert und eingenommen, was Truppen band und Zeit kostete.

Drittens zog Moltke zwei Korps frühzeitig nach Ostpreußen ab, obwohl diese niemand angefordert hatte und obwohl sie, wie sich herausstellte, im Kampf mit den Russen nicht notwendig gewesen wären.

Viertens wurde der deutsche Vormarsch in Belgien und Frankreich verlangsamt, weil der Gegner Brücken und Eisenbahnlinien zerstört hatte, wohingegen die französische Armee eine intakte Infrastruktur nutzen konnte.

Und fünftens litt das deutsche Nachrichtenwesen unter zerstörten Telefonleitungen und unzuverlässigen Funkverbindungen. Moltke und die Oberste Heeresleitung konnten sich kein exaktes Bild von der Lage an der Marne machen. Die Aufklärung war, bedingt durch die damalige Technik, mangelhaft.

So, wie es eines diplomatischen Genies bedurft hätte, die Einkreisung des Deutschen Reiches zu konterkarieren, so hätte es eines militärischen Genies bedurft, um bei den gegebenen Kräfteverhältnissen eine rasche Entscheidung im Westen zu erzwingen. Bethmann Hollweg, der

jüngere Moltke und die Oberste Heeresleitung aber waren allenfalls Mittelmaß. Sie gingen mit der Offensive im Westen ins Risiko und verschlechterten ihre Erfolgsaussichten gleichzeitig dadurch, dass sie die unbestreitbaren Risiken in Ostpreußen und Elsass-Lothringen höher gewichteten als im Schlieffen-Plan vorgesehen und indem sie den entscheidenden rechten Flügel so schwächten, dass sein Angriffsschwung an der Marne und vor Paris erlahmte.

Der Kaiser, Bethmann Hollweg, Außenminister von Jagow, Helmuth von Moltke - bei allen war die Stimmung gedrückt und pessimistisch, als die letzten Friedensbemühungen scheiterten und England seine Kriegserklärung abschickte. Helle Begeisterung herrschte in anderen Führungsetagen. In St. Petersburg nannte Alexander Krischowein, der mächtigste Mann im Ministerrat, den Krieg einen »Segen« für Russland; Deutschland werde rasch vernichtet sein.

Und in London schrieb Winston Churchill am 28. Juli an seine Frau: »Alles treibt auf eine Katastrophe und einen Zusammenbruch zu. Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich.«[125] Am 22. Februar 1915 gestand Churchill der Frau von Premierminister Asquith: »Ich liebe diesen Krieg. Ich weiß, er zertrümmert und erschüttert das Leben Tausender in jedem Augenblick, und doch - ich kann nicht anders -, ich genieße jede Sekunde davon.«'[126]

Die Tragödie

Die Überlegenheit der Defensive

Nach dem Abbruch der Schlacht an der Marne im September 1914 verfiel Generalstabschef von Moltke in Depressionen und äußerte gegenüber dem Kaiser, der Krieg sei verloren - eine Vorahnung, die sich vier Jahre später als richtig erweisen sollte. Aber es hätte auch anders kommen können. Bis 1917 herrschte an der Westfront ein militärisches Patt, das durchaus in einem Abbruch der Feindseligkeiten und in einem Verständigungsfrieden ohne Reparationen, Gebietsverluste und Schuldzuweisungen hätte enden können.

1917 stand Russland vor dem Zusammenbruch. Es zeichnete sich ab, dass der Albtraum des Zweifrontenkrieges enden würde. Wie dann aus der Katastrophe des Krieges die Tragödie der deutschen Niederlage und Selbstzerstörung Europas wurde, wie es dazu kam, dass die in den USA tonangebenden Eliten ihr Land gegen den Widerstand der Volksmehrheit in den Krieg steuerten, ist das Thema dieses Kapitels.

Zunächst soll der Verlauf des Krieges an den verschiedenen Fronten kurz geschildert werden. Im Westen blieb es bis 1918 im Wesentlichen beim Stellungskrieg - nur unterbrochen von Versuchen beider Seiten, aus den Schützengräben auszubrechen und die feindliche Front aufzu-

rollen. Alle Angriffe blieben im Feuer der gegnerischen Artillerie und der Maschinengewehre stecken. Ganz anders als im Zweiten Weltkrieg waren die Kampfhandlungen an der westlichen Front geprägt durch die Überlegenheit der Defensive: Stillstand statt Blitzkrieg.

Nachdem im Herbst 1915 die »große Offensive« der Franzosen in der Champagne liegen geblieben war, beschlossen die Generalstäbe der Alliierten im Dezember in Chantilly, den Krieg innerhalb von acht Monaten durch koordinierte Offensiven an der westlichen, östlichen und italienischen Front zu beenden. Angesichts des Kräfteverhältnisses an der durch Belgien und Frankreich verlaufenden Westfront glaubten die Alliierten, sich eine gute Chance ausrechnen zu können. 105 französische, 56 britische und sechs belgische Divisionen standen gegen 116 deutsche.

Die Italiener hatten die Westmächte durch großzügige Gebietszusagen einschließlich des deutsch besiedelten Südtirols und durch die Zahlung von 50 Millionen Pfund auf ihre Seite gezogen, besser gesagt: gekauft. Am 23. Mai 1915 erklärte die italienische Regierung den Krieg an Österreich-Ungarn, am 28. August 1916 an das Deutsche Reich. Zur Erinnerung: Italien war vor dem Krieg zusammen mit Deutschland und der Donaumonarchie Partner des Dreibundes, hatte sich aber 1902 durch ein Geheimabkommen mit Frankreich eine Hintertür offen gelassen. Mit dem Kriegseintritt Italiens kontrollierten die Westmächte unangefochten das Mittelmeer.

Am 1. Juli 1916 startete englische und französische Infanterie nach siebentägigem Artillerie- und Gasbeschuss einen groß angelegten Angriff auf die deutsche 2. Armee

an der Somme. Trotz massiver Luftüberlegenheit der Alliierten und trotz eigener Unterlegenheit an Soldaten und Material konnten sich die deutschen Truppen behaupten. Bis in den Winter hinein stürmten mehr britische als französische Divisionen unter größten Opfern und ohne durchschlagenden Erfolg gegen die deutschen Linien.

Ebenfalls 1916 exekutierte Generalstabschef von Falkenhayn seinen verhängnisvollen Plan, die Franzosen bei Verdun »ausbluten« zu lassen. Verdun, ein gigantisches vernetztes Festungssystem am Ostufer der Maas, wurde zum Inbegriff sinnlosen Sterbens im Ersten Weltkrieg. Im Februar 1916 begann die Operation, Anfang September musste der Kampf um Verdun eingestellt werden. Auf französischer Seite fielen 360000 Soldaten, auf deutscher 325 000. In einer brutalen Fehlentscheidung hatte Falkenhayn 47 Divisionen in die Hölle von Verdun geschickt. Die von General Erich Ludendorff favorisierte Alternative hätte darin bestanden, die Entscheidung nicht im Westen, sondern im Osten zu suchen.

Paul von Hindenburg, deutscher Generalstabschef 1916-1918

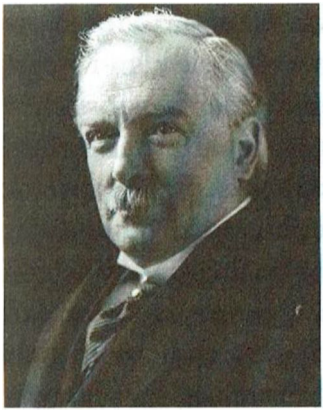
Falkenhayn wurde vom Kaiser entlassen und nach Rumänien versetzt. In der Obersten Heeresleitung übernahmen Paul von Hindenburg als Generalstabschef des Feldheeres und

Erich Ludendorff, Erster Generalquartiermeister OHL in den Jahren 1916 bis 1918

Ludendorff als »Erster Generalquartiermeister« (eine für ihn geschaffene Position) noch 1916 die Führung. Sie behielten sie bis Kriegsende. Mit Hindenburg, dem Sieger von Tannenberg, und Ludendorff, dem strategischen Kopf des Heeres, avancierte die Oberste Heeresleitung zum Machtzentrum des Reiches, erzwang mit Unterstützung der Politiker im Reichstag den Rücktritt des überforderten Kanzlers Bethmann Hollweg und hatte leichtes Spiel mit seinen schwachen Nachfolgern.

Meutereien in Frankreich

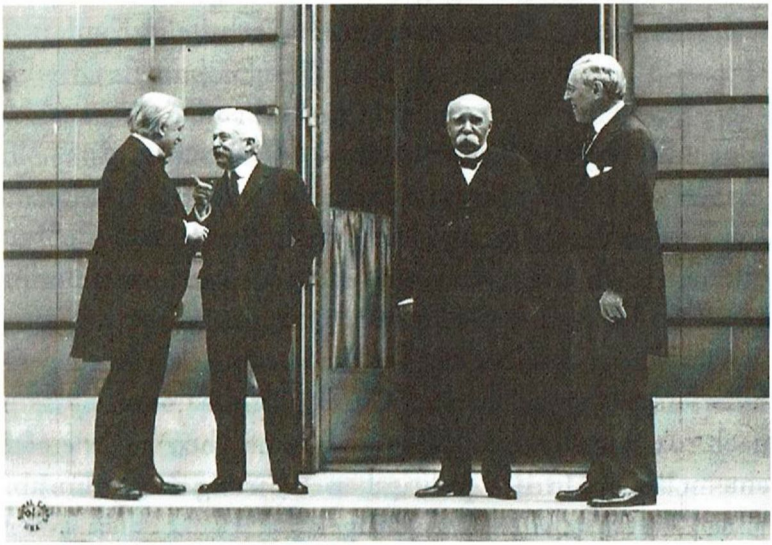
In England und Frankreich traten während des Krieges charismatische Figuren an die Spitze: der Demagoge Lloyd



David Lloyd George, britischer Premierminister 1916-1922

George, der auf Asquith folgte, und ab November 1917 Georges Clemenceau, ohne dessen Fanatismus Frankreich vielleicht nicht durchgehalten hätte. Zwei Männer, die auf Sieg setzten und jeden Kompromissfrieden ausschlossen, auch als Reichstag und Reichsregierung in Berlin Friedensfühler ausstreckten. »The fight must be to the finish - to a knock-out«, hatte Lloyd George verkündet.

1917 waren Moral und Widerstandswille des französischen Heeres und der Zivilbevölkerung nahezu am Ende.



Georges Clemenceau (2. von rechts), französischer Ministerpräsident 1917-1922

Als die ersten amerikanischen Vorauskommandos Ende Juni in Nantes an Land gingen, wurden sie als »Kriegsverlängerer« beschimpft. Die Streiks in der französischen Industrie und die Befehlsverweigerungen in der Armee eskalierten Mitte 1917 zu einer nationalen Krise. 54 französische Divisionen, die Hälfte des Heeres, wollten nicht mehr kämpfen, sondern nur noch die Stellungen halten. 3427 Soldaten kamen vor ein Kriegsgericht, 554 wurden zum Tod verurteilt, 49 tatsächlich erschossen und viele andere zu lebenslänglicher Haft verurteilt.[127] In einigen Einheiten wurde summarisch jeder zehnte Mann erschossen - eine im deutschen Heer nicht vorstellbare Praxis.[128] Der neu ernannte Oberbefehlshaber, General Philippe Petain, trug der Lage Rechnung, indem er bis Juli 1918 auf Offensiven an der Westfront ganz verzichtete. Die britischen Befehlshaber hingegen schickten ihre Soldaten weiterhin ins Feuer und nahmen große Verluste in Kauf.

Schwache Regierungen in Deutschland

Im Vergleich zur Skrupellosigkeit eines Lloyd George oder eines Clemenceau nahm sich die Regierung in Berlin geradezu harmlos und minderbemittelt aus. Fast unglaublich, welche Kanzler sich das Deutsche Reich in diesem Überlebenskampf leistete. Gerald Feldman (er musste nach 1933 vor den Nationalsozialisten fliehen) rechnete in einem Buch mit der politischen Führung in Berlin ab: »Der wesentlichste aller Mängel war das Fehlen einer adäquaten Führungsspitze. In der kritischsten Zeit seiner Geschichte konnte das Deutsche Kaiserreich keine besse-

ren Kanzler hervorbringen als den unschlüssigen Bethmann Hollweg, den unfähigen Michaelis, den betagten Hertling und schließlich noch den geistlosen Max von Baden. Die OHL hatte deshalb guten Grund, verbittert zu sein und zu klagen, dass es Deutschland an Männern wie Lloyd George, Clemenceau und Wilson fehle.« Uber Graf Hertling äußerte sich ein österreichischer Offizier folgendermaßen, nachdem er ihn im Februar 1918 auf einer Konferenz in Berlin kennengelernt hatte: »Zum ersten und einzigen Mal sah ich Graf Hertling, den Nachfolger Michaelis', in der Reichskanzlerschaft. In den Händen eines kleinen, verrunzelten Männchens sah ich das Geschick des Reiches liegen.«[129]

Nicht zuletzt versagte Wilhelm II., ein populärer Friedens- und Industriekaiser, bei der Aufgabe, sein Reich durch den Krieg zu führen. Wie der Historiker Gerhard Ritter schrieb, besaß er »nur die Attitüde, nicht die seelische Kraft und echte Würde des Herrschers«. Generalfeldmarschall August von Mackensen, der sich in Rumänien ausgezeichnet hatte und dem Kaiser sehr nahe stand, charakterisierte ihn nach dem Krieg so: »Der Allerhöchste Herr ist zweifellos ein Mann von glänzenden und reichen Gaben. Als Lenker des Staates wäre ihm mehr Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Charakter- und Geistesanlagen und mehr Wirklichkeitssinn, weniger Neigungen zum Idealisieren zu wünschen gewesen. Man könnte ihn einen Märtyrer der Begabung nennen.«[130]

Je länger der Krieg dauerte, umso mehr Macht konzentrierte sich in der Obersten Heeresleitung, in den Händen Hindenburgs, des populären Siegers von Tannenberg, und Ludendorffs, des kalten Strategen. Der Kaiser war über

den zunehmenden Einfluss der Militärs nicht begeistert, nur fehlte ihm die Willenskraft, das Heft in die Hand zu nehmen. Rückte Deutschland an den Rand einer Militärdiktatur? Genau genommen nicht, denn die letzten Entscheidungen lagen doch beim Kaiser. Nur er konnte Bethmann Hollweg entlassen, nur er konnte den von der Obersten Heeresleitung geforderten uneingeschränkten U-Boot-Krieg genehmigen oder ablehnen. Die Generäle besaßen nicht die Macht, ihn zu stürzen oder seine Befehle zu verweigern. Es war vielmehr so, dass er sich drängen und überreden ließ. Er konnte, wenn er wollte, das Oberkommando auswechseln. Er hatte ja auch die beiden Generalstabschefs von Moltke und von Falkenhayn entlassen.

Im Übrigen war der Bewegungsspielraum der Zivilregierungen auch in Frankreich und England während des Krieges beschränkt. In London brachte es das Kabinett lange Zeit nicht fertig, Sir John French abzulösen, »obwohl dieser offensichtlich für die Leitung der Operationen in Frankreich ungeeignet war«. In Frankreich selbst besaß der Oberbefehlshaber außerordentlich weitreichende Vollmachten. In beiden Ländern, auch in Italien, saßen die Oberkommandierenden so fest im Sattel, schreibt John Keegan, »dass ihre Position weder durch Verlustlisten noch durch Misserfolge erschüttert wurde«.[131]

Siege im Osten

Während das Heer im brütend heißen August 1914 durch Belgien marschierte, stießen die Russen in Ostpreußen

vor und konnten den größten Teil der Provinz erobern. Als die zahlenmäßig stark unterlegene 8. Armee kurz davorstand, sich auf die Weichselfestungen zurückzuziehen, beauftragte Generalstabschef von Moltke einen Pensionär, den 1847 geborenen Paul von Hindenburg, mit der Führung der Armee in Ostpreußen. Generalmajor Erich Ludendorff wurde zum Chef des Stabes ernannt. Die beiden trafen am 23. August im Hauptquartier auf der Marienburg ein. »Aus dem Rückzug wurde einer der größten Vernichtungssiege der Kriegsgeschichte«, schreibt Walther Hubatsch.[1*2]

In der Umfassungsschlacht bei Tannenberg Ende August gingen 93 000 russische Soldaten in die Gefangenschaft, nach der Schlacht an den Masurischen Seen im September musste die russische Njemen-Armee nach schweren Verlusten Ostpreußen räumen. Gleichzeitig siegten die Russen bei Lemberg - die österreichischen Truppen mussten den Rückzug aus Ostgalizien antreten. Die k.u.k.-Armee verlor ein Drittel ihrer Feldstärke, im Offizierskorps waren die Verluste besonders hoch. Sie konnte sich von den Verlusten nicht wieder erholen und war für den Rest des Krieges immer wieder auf deutsche Unterstützung angewiesen. Im Mai 1915 gelang deutschen und österreichischen Verbänden der Durchbruch durch die russische Front in Westgalizien. Im vierten Quartal 1915 konnten sie - mit bulgarischer Hilfe - Serbien erobern.

Der Aufmarsch gegen Serbien und - mit Verspätung - gegen Russland im Sommer 1914 hatte die Österreicher vor enorme logistische Probleme gestellt. Russland hatte am 30. Juli mobilgemacht, Österreich-Ungarn gegen

Russland erst am 4. August. Zusätzlich zu den österreichischen Aufmarschfehlern stellte sich heraus, dass der Bündnispartner Rumänien neutral blieb - und Ende August 1916 sogar Wien den Krieg erklärte. Im Mai 1918 musste Rumänien einen Separatfrieden mit den Mittelmächten schließen, womit diesen die kriegswichtigen rumänischen Olfelder zur Verfügung standen. Einen anderen großen Erfolg konnten die Verbündeten im Oktober 1917 in den Alpen verbuchen. Nach elf Schlachten am Isonzo gelang den durch eine neu aufgestellte deutsche Armee verstärkten österreichischen Verbänden der Durchbruch. 300 000 Italiener gerieten in Gefangenschaft, der Rest musste sich bis an den Piave zurückziehen.

Den Zweiten Weltkrieg verlor Deutschland sowohl im Osten als auch im Westen, den Ersten nur im Westen. In der Seeschlacht vor dem Skagerrak büßte die britische Kriegsmarine trotz Überlegenheit fast doppelt so viel Tonnage ein wie die deutsche. Die Ostsee blieb unter deutscher Kontrolle, der Handel mit Schweden und die kriegswichtigen Erzeinfuhren blieben unbehindert.

Der Versuch der Alliierten, das Schwarze Meer zu öffnen und eine direkte Verbindung zu Russland herzustellen, scheiterte ebenfalls. Im Februar 1915 begannen die von Marineminister Winston Churchill konzipierten See- und Landkämpfe um die Dardanellen. Sie endeten Anfang 1916 nach schlimmen britischen Verlusten mit dem Sieg der verbündeten deutschen und türkischen Truppen. Churchill, der in London schon vorher als Hasardeur und militärischer Dilettant galt, fiel in Ungnade.

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk

1917 rückte für das Deutsche Reich das Ende des Zweifrontenkrieges in greifbare Nähe. Im März musste der Zar abdanken; im April schleuste die Oberste Heeresleitung den Berufsrevolutionär Lenin von der Schweiz über Schweden nach Russland; im Juli scheiterte die russische Brussilow-Offensive in Galizien; im November (nach deutschem Kalender) putschten die Bolschewisten in Petrograd, dem früheren St. Petersburg; Ministerpräsident Kerenski, ein Mann der Alliierten, ergriff die Flucht; und am 15. Dezember schlossen die Mittelmächte mit Russland einen Waffenstillstandsvertrag mit dem Ziel eines »dauerhaften, für alle Teile ehrenhaften Friedens«. Im Februar 1918 flackerte der Krieg im Osten noch einmal auf, dann kapitulierte die Sowjetregierung, und am 3. März wurde der Frieden von Brest-Litowsk - dem Ort einer alten polnischen Festung - zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und Sowjetrussland unterzeichnet.

In der Literatur wird Brest-Litowsk manchmal auf eine Stufe mit Versailles gestellt und behauptet, es habe sich um ein Diktat gehandelt. Tatsächlich aber fanden ganz anders als in Versailles echte Verhandlungen statt. Erst als Leo Trotzki, der Kommissar für Auswärtiges, nach heftigem Streit in der Sowjetführung den Friedensvertrag zu torpedieren versuchte, verlangten die Mittelmächte ultimativ eine Unterzeichnung binnen drei Tagen.[133]

Die Bolschewisten akzeptierten die deutschen Forderungen, um sich eine Atempause zu verschaffen und den

Bürgerkrieg zu gewinnen. Der Friedensschluss lag im Interesse beider Seiten, ein wesentlicher Unterschied zum Diktat von Versailles. Verzichtet wurde auf Reparationen, auf Schuldzuweisungen, auf die Auslieferung angeblicher Kriegsverbrecher und auf die Annexion russischen Volksbodens.

Ironischerweise wurde in Brest-Litowsk die Neuordnung Osteuropas vorweggenommen, wie sie sich am Ende des Jahrhunderts nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ohne Intervention von außen ergeben sollte. Neben Finnland und Polen wurden auch das Baltikum und die Ukraine aus dem russischen Staatsgebilde herausgelöst. Insofern setzte Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch, das der amerikanische Präsident Wilson nur zu unterstützen vorgab.

Gleichzeitig bestand das geostrategische Kalkül darin, einen *Cordon Sanitaire,* einen Sicherheitsgürtel zwischen Deutschland und Russland, zu legen, wobei Deutschland die Rolle einer Schutzmacht im östlichen Mitteleuropa übernehmen würde. Die Souveränität Finnlands wurde mithilfe einer deutschen Division verteidigt. Auch bei der Staatswerdung Polens spielte das Reich den Geburtshelfer. Honoriert wurde das von den Polen in der Zwischenkriegszeit nicht. Die deutsche Minderheit im neuen polnischen Nationalstaat wurde schikaniert und verfolgt.

Uhle-Wettler hebt in seiner Tirpitz-Biografie hervor, dass das Deutsche Reich in Brest-Litowsk selbst mit den bolschewistischen Russen in den Formen verhandelt habe, »die bis dahin zur Politik aller europäischen Völker« gehört hätten.'[34] Beide Delegationen aßen gemeinsam und verbrachten die arbeitsfreien Stunden gemeinsam - un-

denkbar in Versailles, wo sich die 27 Siegerstaaten im Januar 1919 versammelten, um die Welt in Gut und Böse zu teilen und Bedingungen zu diktieren, die die Kriegsverlierer entrechteten und moralisch degradierten. 1914 hatte die englische Regierung von einem Krieg gesprochen, bei dem die »Zivilisation« auf dem Spiel stehe. Mehr noch als der Kriegsausbruch wurden Versailles und die anderen Pariser Vorortverträge zum eigentlichen Zivilisationsbruch.

Von der Katastrophe zur Tragödie

Die Kriegsschuldfrage, die so lange die Diskussion in Deutschland beherrscht hat, ist nicht der eigentliche Ansatz dieses Buches. Das Problem jeder moralisierenden Geschichtsschreibung besteht darin, dass sie unweigerlich gegen Rankes Prinzip verstößt, alles so zu erzählen, wie es sich zugetragen hat. Ideologie und die Einteilung in Gut und Böse ersparen Recherchen. Wozu noch mühsam Fakten sammeln und einordnen, wenn der Schuldspruch schon feststeht? Dann schlägt die Stunde der »schrecklichen Vereinfacher«. Dann geben Historiker wie Fritz Fischer und sein Assistent Immanuel Geiss den Ton an, die mit der Methode von Pamphletisten dem Deutschen Reich den Griff nach der Weltmacht unterstellen, die das große Bild ausblenden, die weder vergleichen noch relativieren.

Im Sommer 1914 wurde der von einem eher unbedeutenden Balkanstaat ausgehende Terrorismus zum Auslöser eines Krieges zwischen zwei Allianzen, der *Triple-*

Entente und den Mittelmächten, zwischen zwei Bündnissen, die sich lange vorher formiert hatten. Die einen hatten handfeste Motive für den Krieg, die anderen verteidigten den Status quo. Zur europäischen Urkatastrophe und zur Tragödie geriet der Konflikt erst, als er nicht vorzeitig - spätestens im Winter 1916/17 - abgebrochen wurde und als die Vereinigten Staaten von Amerika 1917 mit ihrem überlegenen industriellen Potenzial intervenierten.

Warum der Krieg nicht mit einem Waffenstillstand, einem Patt und einem fairen Verständigungsfrieden endete, ist das Thema der folgenden Seiten. Eben diese Fragestellung ist in der Diskussion zu lange vernachlässigt worden. Der Erste Weltkrieg hätte sehr wohl mit einem Unentschieden enden können. Dann wären den Deutschen und den Europäern Versailles, der Aufstieg Hitlers und der Zweite Weltkrieg erspart geblieben.

Im Dezember 1916 bot sich die Chance zu einem Ausgleich. Das Kriegsjahr 1916 war für beide Seiten enttäuschend verlaufen. Die Deutschen mussten die mörderische Schlacht um Verdun ohne Ergebnis beenden. Die Österreicher waren nach der italienischen Kriegserklärung vom Mai 1915 immer noch an der Front am Isonzo gebunden. An der Somme war die Offensive der Briten und Franzosen gescheitert, im Osten die russische Großoffensive unter General Brussilow. Anfang des Jahres hatten die Deutschen und die Türken den Kampf um die Dardanellen für sich entschieden. Und die Kämpfe in Rumänien entwickelten sich nicht so, wie die Alliierten erhofft hatten. Im September wurde die rumänische Armee in der Schlacht bei Hermannstadt entscheidend ge-

schlagen. Am 6. Dezember 1916 marschierten die Mittel-mächte in Bukarest ein.

Das Friedensangebot der Mittelmächte

Am 12. Dezember 1916 unterbreiteten die Mittelmächte-Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei - ein Friedensangebot. Die Rede war von der Katastrophe des Krieges, die die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften bringe: »Sie droht den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen.« Die vier verbündeten Mächte seien gezwungen gewesen, zu den Waffen zu greifen. »Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten.« Sie seien bereit, »den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum Äußersten fortzusetzen«, seien »gleichfalls aber von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten«. Deswegen, so die Botschaft, »schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten und den Kämpfen ein Ende zu machen«.

Fritz Fischer behauptet, das Friedensangebot habe ein »Alibi« für die Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln schaffen wollen. Sozusagen als Beweis dafür zitiert er die Beteuerung der Mittelmächte, den Krieg notfalls »bis zum siegreichen Ende« zu führen. Und er wirft den Mittelmächten vor, dass sie ihre Bedingungen für einen Friedensschluss nicht genannt hätten.[1]"

Naiver oder böswilliger kann man das Friedensangebot kaum interpretieren. Zum einen wäre es ja gerade der Zweck von Verhandlungen gewesen, über die Bedingungen eines Waffenstillstandes und dann eines Friedensvertrages zu sprechen. Die eigenen möglichen Konzessionen vor Beginn einer Konferenz auf den Tisch zu legen, ist schlechteste Verhandlungstaktik.

Zum anderen hätte jede Seite ihre Verhandlungsposition ruiniert, wenn sie auch nur angedeutet hätte, die Kampfhandlungen notfalls nicht fortsetzen zu können oder zu wollen. Nicht nur das: Die Moral der Heimat und der Truppe wäre zusammengebrochen.

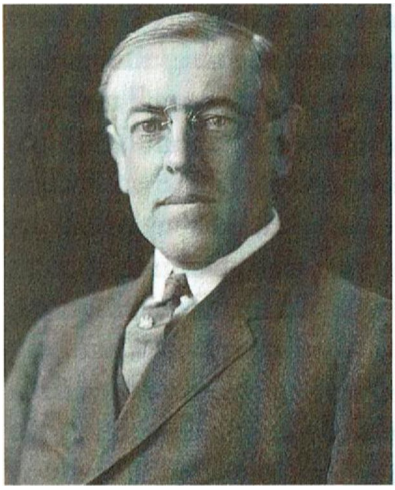
Fischer verschleiert denn auch die schlichte Tatsache, dass es die Alliierten waren, die das Friedensangebot ablehnten, noch dazu mit brüsken und unversöhnlichen Formulierungen, die die Atmosphäre vergiften mussten. Die Alliierten hätten ja testen können, ob das Deutsche Reich nur ein Alibi suchte oder ob das Angebot ernst gemeint war. Stattdessen lehnten sie kompromisslos ab und ließen zudem keinerlei Zweifel daran, dass sie einen Vernichtungskrieg bis zum bitteren Ende führen würden. Am 5. Januar 1917 überreichten sie ihre Antwort auf das Friedensangebot.

Zunächst hieß es in der Note, eine »Anregung« ohne Bedingungen für die Eröffnung von Verhandlungen sei kein Friedensangebot, sondern ein »Kriegsmanöver« - eine Interpretation, die sich Fischer vollständig und unkritisch zu eigen macht. Dann werden von Deutschland »Sühne, Wiedergutmachung und Bürgschaften« verlangt, eine Vorwegnahme des Versailler Vertrages. Das Friedensangebot versuche, »vor den Augen der Welt im Vor-

aus neue Verbrechen zu rechtfertigen«. Die Regierungen der Alliierten lehnten es ab, »sich mit einem Vorschlage ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung zu befassen«.[136]

Die Alliierten lehnen ab

Das vom Reichstag unterstützte Friedensangebot kreuzte sich mit dem Vermittlungsangebot vom 18. Dezember des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der von 1913 bis 1921 amtierte. Von den Alliierten wurde es abgelehnt, von der Reichsregierung mit Skepsis aufgenommen. Die Deutschen hätten es vorgezogen, direkt mit London und Paris zu verhandeln. Sie hielten Wilson für probritisch und für das Gegenteil eines ehrlichen Maklers. Eine richtige Einschätzung.



Woodrow Wilson, amerikanischer Präsident 1913 -1921

In einer Note vom 10. Januar 1917 reagierten die Regierungen der Alliierten auf Wilsons Vorstoß in einer Weise, die jegliche Verhandlungslösung illusorisch machte. Erstens verlangten sie die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens, wozu die Mittelmächte bereit gewesen wären, aber auch den Verzicht des Deutschen Reiches auf Elsass-Lothringen. Zweitens forderten sie die Zerschlagung Osterreich-Un-

garns und der Türkei und die »Befreiung« der in beiden Reichen ansässigen Völker. Wirklich ernst gemeint war die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht nicht, denn drittens sollten die polnischen Gebiete Deutschlands und Österreichs der russischen Herrschaft anheimfallen. Auch die Araber des Osmanischen Reiches wurden nach dem Krieg, obwohl es ihnen versprochen worden war, nicht »befreit«, sondern den britischen und französischen Kolonialreichen eingegliedert. Und viertens verwahrten sich die Alliierten feierlich dagegen, dass die Mittelmächte, weil allein schuldig am Krieg, gleichberechtigt an Friedensverhandlungen teilnehmen durften.'[37]

Mit anderen Worten: Zu verhandeln gab es nichts. Die Alliierten - zu diesem Zeitpunkt gehörten auch noch die Russen dazu - zielten ab auf die totale Kapitulation des Gegners. Der britische Außenminister Sir Edward Grey erklärte, der Krieg könne nicht eher aufhören, als bis der preußische Militarismus ausgemerzt sei. Der französische Ministerpräsident Aristide Briand hielt allein schon das Wort Friede für »frevelhaft«.

Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, aus denen Fritz Fischer einen Griff nach der Weltmacht herausliest, nahmen sich im Vergleich dazu äußerst bescheiden aus. Vor allem ließen sie Raum für Verhandlungen. Nachdem Washington wiederholt darauf gedrängt hatte, die deutschen Vorstellungen zu hören, wurde Berlin schließlich doch konkret. Die Reichsregierung instruierte den deutschen Botschafter in den USA, Johann Heinrich Graf von Bernstorff, am 29. Januar 1917, Präsident Wilson die deutschen Friedensbedingungen mitzuteilen. Weil damit die Grundzüge der deutschen Friedenswünsche zum ersten

und letzten Mal der Gegenseite übermittelt wurden, lohnt es sich, ausführlich zu zitieren:

»Rückerstattung des von Frankreich besetzten Teiles von Obereisass, Gewinnung einer Deutschland und Polen gegen Russland strategisch und wirtschaftlich sichernden Grenze. Koloniale Restitution in Form einer Verständigung, die Deutschland einen seiner Bevölkerungszahl und der Bedeutung seiner wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Kolonialbesitz sichert. Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen sowie finanzieller Kompensationen. Wiederherstellung Belgiens unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands, welche durch Verhandlungen mit der belgischen Regierung festzustellen seien. Wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich auf der Grundlage des Austausches der beiderseits eroberten und im Friedensschluss zu restituierenden Gebiete. Schadloshaltung der durch den Krieg geschädigten deutschen Unternehmungen und Privatpersonen. Verzicht auf alle wirtschaftlichen Abmachungen und Maßnahmen, welche ein Hindernis für den normalen Handel und Verkehr nach Friedensschluss bilden würden, unter Abschluss entsprechender Handelsverträge. Sicherstellung der Freiheit der Meere. Die Friedensbedingungen unserer Verbündeten bewegen sich, in Ubereinstimmung mit unseren Anschauungen, in gleichmäßigen Grenzen. Wir sind ferner bereit, auf der Basis der Senatsbotschaft des Präsidenten Wilson in die von ihm nach Beendigung des Krieges angestrebte Internationale Konferenz einzutreten.«[138] (Mit den Grenzberichtigungen war an das französische Longwy-Briey

und das belgische Lüttich gedacht, die an Deutschland fallen sollten, wofür die Grenze an anderen Stellen zulasten des Reiches geändert werden konnte.)

Alles in allem eine maßvolle und flexible Liste, die mit der Obersten Heeresleitung abgestimmt war, die ausdrücklich Raum für Verhandlungen ließ und die weit davon entfernt war, Belgien und Frankreich zerschlagen, demütigen oder wirtschaftlich ruinieren zu wollen. Die Chance, dass sich die Feinde des Reiches darauf einlassen würden, war gleich null. Selbst der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der immer noch den Anschein der Neutralität wahrte, hatte den Franzosen zu diesem Zeitpunkt bereits Elsass-Lothringen zugeschanzt - eine aus deutscher Sicht unannehmbare Konzession an den Gegner.

Dass die Reichsregierung den exorbitanten Kriegszielen der Alliierten eigene, vergleichsweise moderate Forderungen entgegensetzte und sich damit eine Verhandlungsmasse schuf, war verständlich und normales Prozedere. Dass in der deutschen Öffentlichkeit weitreichende, expansive Kriegsziele diskutiert und von den nationalistischen Parteien propagiert wurden, ist auch richtig.

Die Oberste Heeresleitung glaubte oder hoffte zu lange, den Krieg gewinnen zu können - dann sollte er sich auch gelohnt haben. Das ändert freilich nichts daran, dass die Reichsregierung verhandlungsbereit war, die *Triple-Entente* jedoch nicht. Völlig zutreffend schreibt Hans Fenske: »Bethmann Hollweg setzte nie auf einen Siegfrieden, sondern auf Ausgleich, es ging ihm nicht um Gebietsgewinne, sondern vor allem darum, das Verhältnis der Großmächte nach dem Kriege so zu gestalten, dass

eine nochmalige Koalition England-Frankreich-Russland gegen das Reich unwahrscheinlich war.«[139]

Dass 1917 keine reale Chance auf zumindest einen Waffenstillstand bestand, wurde ein weiteres Mal offensichtlich, als Papst Benedikt XV. am 1. August die kriegführenden Parteien zu Verhandlungen, zum Verzicht auf Reparationen und zur Rückgabe aller besetzten Gebiete aufrief. Wilhelm II. begrüßte ausdrücklich den Schritt des Papstes und plädierte für Rüstungsbegrenzungen und für die Einführung eines Schiedsverfahrens bei internationalen Streitigkeiten. Die Alliierten lehnten die Initiative des Vatikans ab. In besonders schroffer Form tat dies Präsident Wilson.

Gräuelpropaganda der Alliierten

Warum auch hätten die Alliierten mit »Verbrechern« und »Hunnen« verhandeln sollen? Die Vorarbeit zur Dämonisierung der Deutschen hatten unmittelbar nach Kriegsausbruch britische und französische Zeitungen geleistet mit einer vor dem Jahr 1914 unvorstellbaren Gräuelpropaganda - auch dies stellt einen beispiellosen Zivilisationsbruch dar. Bereits im September 1914 zitierte die Zeitschrift *L'Action sociale* angebliche Zeugenaussagen von nicht näher benannten Amerikanern, die ein belgisches achtjähriges Kind gesehen hätten, dessen Füße und Hände abgeschnitten gewesen seien. Zeichnungen von Kindern ohne Hände, selbst Nippes-Figuren mit einer solchen Darstellung, wurden noch 1915 bis nach Italien verbreitet.

In England taten sich besonders die schon vor dem Krieg deutschfeindlichen Blätter *Times* und *Daily Mail* mit Berichten über Kriegsgräuel *(war atrocities)* hervor. In London wurde unter Leitung des britischen Ex-Botschafters in den USA, Lord Bryce, eine sogenannte Untersuchungskommission gebildet, die noch schlimmere Verbrechen erfand. So das Aufspießen und Pfählen von Babys und das Abschneiden von Frauenbrüsten. (Die ultimative Steigerung gelang mit der Kombination von Sadismus und Kannibalismus: Deutsche Soldaten hätten abgehackte Kinderhände verspeist.)

Der Bryce-Bericht erschien 1915 und hatte eine ungeheure Wirkung auf die Öffentlichkeit, nicht zuletzt in den USA. Als die belgische Regierung 1922 die Vorwürfe noch einmal untersuchen ließ, stellte sich heraus, dass keine der von der Bryce-Kommission genannten Fakten einer Uberprüfung standhielt. Auch die Gräuelpropaganda über eine deutsche »Kadaververwertungsanstalt«, in der angeblich menschliche Leichen verwertet wurden, platzte nach dem Krieg. 1925 enthüllte die *New York Times*, dass ein hochrangiges Mitglied des britischen Geheimdienstes, Brigadegeneral John Charteris, für diese Desinformation verantwortlich war.[140]

Die Exzesse der Kriegspropaganda der Alliierten erfüllten durchaus ihren Zweck: dem Gegner menschliche Eigenschaften abzusprechen, ihn zum Kriminellen zu stempeln, den Durchhaltewillen in England und Frankreich zu stärken, den Vernichtungskrieg zu rechtfertigen, Verhandlungskompromisse auszuschließen, den Krieg moralisch zum Kreuzzug zu überhöhen.

Auch abgesehen von den Gräuelmärchen war die britische Kriegspropaganda der deutschen weit überlegen. Nicht zuletzt in den USA wurde sehr professionell gearbeitet. Als Anfang 1917 William Shepard, ein Korrespondent der amerikanischen Agentur *United Press,* das ganze Lügengebäude einschließlich der belgischen Kinderhände widerlegte und zum Einsturz brachte, war die erwünschte Wirkung längst eingetreten. Shepard schrieb: »Ich war in Belgien, als die ersten Gräuelgeschichten herauskamen. Ich jagte während der ersten Tage der Gräuelangst fortwährend nach den Gräueln. Ich konnte keine finden. Ich konnte keine Leute finden, die welche gesehen hatten. Ich reiste in Zügen mit Belgiern, die vor den deutschen Linien geflohen waren. Ich bot hohe Summen für Fotos von Kindern, deren Hände abgeschnitten worden waren oder die auf eine andere Art verletzt worden waren. Ich habe niemals eine Geschichte aus erster Hand gefunden. Also rannte ich Geschichten aus zweiter Hand hinterher, doch auch diese lösten sich alle in Luft auf.«[141]

In etwa ab 1916 mäßigten die Westmächte ihre Propaganda, nachdem sie feststellen mussten, dass die Skepsis in den neutralen Staaten wuchs und dass die Gräuelberichte in Deutschland nur Empörung auslösten und den Durchhaltewillen stärkten. Fast unnötig zu erwähnen, dass die »war atrocities« von Fritz Fischer übergangen werden, obwohl sie Begleitmusik und propagandistische Rechtfertigung der Kriegsziele der Alliiertenh lieferten.

Seekrieg über und unter Wasser

1917 war das Jahr der Wende im Osten, aber auch das Jahr, in dem die Weichen für die deutsche Niederlage gestellt wurden. Der Kaiser gab dem Drängen der Obersten Heeresleitung nach und genehmigte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, obwohl Berlin wissen musste, dass die USA darauf mit der Kriegserklärung reagieren würden. Berlin setzte alles auf eine, auf die letzte Karte - und verlor. Der Misserfolg des Schlieffen-Planes 1914 verlängerte nur den Krieg, das Scheitern der U-Boot-Offensive führte zum Ruin des Kaiserreiches.

Deutschland ging 1914 mit zwei gravierenden Handicaps in den Konflikt. Das eine, der Zweifrontenkrieg, konnte kompensiert werden durch die überlegene Professionalität und Moral des Heeres und später durch den Sonderfrieden mit Russland. Die andere geostrategische Schwäche beruhte darauf, dass die Weltmacht Großbritannien dank der Insellage unangreifbar war und dank der Überlegenheit der *Royal Navy* die offene See beherrschte. England war jederzeit in der Lage, eine Seeblockade zu verhängen und das Deutsche Reich von der Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen abzuschneiden. Deutschland wiederum konnte die englischen Importe aus Übersee nur mit der U-Boot-Waffe unterbinden. Eben dies war die Achillesferse Englands: Die Briten mussten zu 70 Prozent mittels Einfuhren ernährt werden. Wurden diese unterbunden, musste England aufgeben.

Aus dieser asymmetrischen Seekriegsführung resultierten völkerrechtliche Probleme, die letztlich die Kriegserklärung der USA provozierten beziehungsweise den

Vorwand dafür lieferten. Den Vorwand, weil die tonangebenden Eliten der Ostküste nicht nur mit England sympathisierten, sondern dem Königreich auch Kredite gewährten und Waffen lieferten, schließlich aber doch einen Anlass benötigten, die USA in den Krieg zu verwickeln.

Die große Mehrheit der Amerikaner, vor allem der Mittlere Westen, wollte neutral bleiben. Die Wahlen 1916 hatte Wilson mit dem Motto gewonnen: »Er hielt uns aus dem Krieg heraus.« Kaum war er am 8. November wiedergewählt worden, verkündete er: »Das Recht steht höher als der Friede.« Damit ließ er die Katze aus dem Sack. Das Recht stand für Wilson auf der Seite Englands.

Von Anfang an war es für die britische Admiralität relativ risikolos, Deutschland von seinen Handelsverbindungen abzuschneiden - nur abgesehen von der Ostsee. Um den Jahreswechsel 1914/15 standen der Marine nur zwölf technisch überholte Petroleum-U-Boote und etwa 15 Dieselboote zur Verfügung, von denen aber nur ein Teil gegen England eingesetzt werden konnte. Im Operationsgebiet konnten sie sich nicht länger als vier Tage aufhalten, dann musste die Rückfahrt angetreten werden. Die Bauzeit der 30 neuen U-Boote, die 1914 in Auftrag gegeben wurden, betrug zwei Jahre.

London hatte sich schon vor Kriegsausbruch entschieden, nicht etwa die deutschen Seehäfen abzuriegeln, was völkerrechtlich unbedenklich gewesen wäre, sondern die gesamte Nordsee und den Nordatlantik östlich einer Linie zwischen Island und Schottland zum Kriegsgebiet zu erklären. Mit der Fernblockade wurde ein Zusammenstoß mit der deutschen Flotte in deren Heimatgewässern vermieden. Neutralen Handelsschiffen wurde »empfoh-

len«, die Route durch den Ärmelkanal zu nehmen. Dort konnten Fracht und Bestimmungsort leicht überprüft werden.

Franz Uhle-Wettler betont, dass die Strangulierung Deutschlands durch die Fernblockade das internationale Seerecht ebenso verletzte wie der uneingeschränkte deutsche U-Boot-Krieg. Die Briten konnten es sich dabei leisten, die Prisenordnung zu respektieren, das heißt Handelsschiffe zu stoppen, zu kontrollieren und zu versenken, wenn sie Ladung für Deutschland an Bord hatten. Außerdem sollte die Besatzung eine Chance haben, die nächste Küste zu erreichen.

Die U-Boote hingegen gingen mit der Beachtung der Prisenordnung zunehmend ein untragbares Risiko ein. Wenn sie auftauchten, waren sie gefährdet. Die Handelsschiffe konnten unter falscher Flagge fahren. Sie konnten bewaffnet sein und das Feuer eröffnen. Ab 1915 setzten die Engländer U-Boot-Fallen, sogenannte Q-Ships, ein, deren Geschütze getarnt waren und die aus allen Rohren schössen, sobald ein U-Boot auftauchte. 1916 gelang es den englischen Q-Ships, elf deutsche Boote zu versenken und 60 zu beschädigen - in einem Jahr, in dem im Monatsdurchschnitt nur 1,5 neue Boote zum Einsatz kamen.'[42]

Fazit: Wirklich effektiv konnte nur der uneingeschränkte U-Boot-Krieg geführt werden. Dabei wurden Handelsschiffe, die sich im Kriegsgebiet bewegten, ohne Vorwarnung versenkt. Dafür musste in Kauf genommen werden, dass die Amerikaner in die Arme der Briten getrieben wurden. Washington behandelte die beiden europäischen Kriegsgegner ungleich: Gegen die britische Blockade neu-

traler Handelsschiffe wurde zwar protestiert, nur folgten den Worten keine Taten. Auf den deutschen U-Boot-Krieg reagierte Washington schließlich mit der Kriegserklärung.

Die deutsche Führung war sich des Dilemmas, in dem sie steckte, sehr wohl bewusst. Im April 1916 lenkte der Kaiser nach andauernden Querelen mit der US-Regierung ein und befahl, nur noch nach Prisenordnung vorzugehen. Da war Admiral von Tirpitz, der Schöpfer der Hochseeflotte, bereits entlassen. Er hatte ohnehin auf Fragen der Seekriegsführung kaum Einfluss nehmen können.

Die letzte Karte: uneingeschränkter U-Boot-Krieg

Monatelang widersetzte sich der Kaiser dem Wunsch der Marine und der Obersten Heeresleitung, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder aufzunehmen - bis er auf der Sitzung des Kriegsrates am 9. Januar 1917 doch sein Plazet gab. Reichskanzler Bethmann Hollweg stimmte dagegen, ohne für seine Uberzeugung zu kämpfen. Mit wenig Übertreibung lässt sich rückblickend sagen, dass an diesem 9. Januar das Schicksal des Reiches besiegelt wurde. Die führende Industriemacht mit der zweitstärksten Kriegsmarine würde früher oder später an die Seite der Gegner Deutschlands treten.

Der Vorschlag der Reichsregierung, neutrale Staatsbürger sollten auf gekennzeichneten Schiffen fahren, die den Kriegsparteien anzukündigen waren (dann seien sie

sicher), stieß auf taube Ohren. Präsident Wilson beharrte darauf, dass Amerikaner auch auf bewaffneten englischen oder französischen Handelsschiffen sicher sein müssten - ein absurder Standpunkt, der nicht vom Völkerrecht gedeckt war und den selbst der anglophile US-Außenminister Robert Lansing für falsch hielt.[143]

Welche Argumente sprachen dafür, ein Risiko, größer als der Schlieffen-Plan, einzugehen?

Als im deutschen Hauptquartier mit Zustimmung des Kaisers die Entscheidung fiel, zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg zurückzukehren, durchlitt die deutsche Zivilbevölkerung den »Steckrübenwinter«. Er wurde so genannt, weil es außer den Rüben nach einer miserablen Kartoffelernte nur noch wenig zu essen gab. Eine schreckliche Erfahrung, die den Deutschen im Zweiten Weltkrieg erspart blieb. Zum bohrenden Hunger kamen die eisige Kälte und der Mangel an Kohlen. »Gesichter, die wie Masken sind, blau vor Kälte und verzerrt vom Hunger, mit dem gequälten Ausdruck derer, die ständig über die Möglichkeit einer Mahlzeit nachgrübeln«, so der Bericht einer Augenzeugin aus Berlin. Das Elend in der Heimat musste früher oder später die Moral der Soldaten untergraben - auch das war ein Kalkül der grausamen englischen Hungerblockade.

Außerdem war das Heer nach den verlustreichen Schlachten des Vorjahres erschöpft. Auch nach Hindenburgs eigener Lagebeurteilung würde es eine entscheidende Wende an der Westfront nicht mehr herbeiführen können. Der Krieg unter Wasser schien die letzte Möglichkeit zu bieten, England zum Einlenken zu zwingen. Auch in England waren die Nahrungsmittel rationiert.

Die Insel war in stärkerem Maße als Deutschland auf Einfuhren angewiesen. Würde es gelingen, den Nachschub über den Atlantik zu unterbinden, dann wäre Großbritannien in absehbarer Zeit am Ende und damit verhandlungsbereit.

Der Chef des deutschen Admiralstabes, Henning von Holtzendorff, hielt den Plan für durchführbar. Wo er sich im Einzelnen verkalkuliert hat, lässt sich schwer beurteilen. Die statistischen Berechnungen, die er angestellt hatte, klangen einleuchtend: Die U-Boote mussten monatlich 600 000 Bruttoregistertonnen Schiffraum der Alliierten versenken, dann stünde Großbritannien nach sechs Monaten am Rande des Hungertodes. Und Frankreich und Italien müssten auf die britischen Kohlelieferungen verzichten, die ihre Wirtschaft benötigte. Die Unterseeboote sollten in den Gewässern um Großbritannien, an der französischen Westküste und im Mittelmeer operieren. Im Februar 1917 standen dafür rund 100 Boote zur Verfügung.

Zunächst schien die Rechnung aufzugehen. Als die deutsche Admiralität im Vorjahr auf Druck der USA den U-Boot-Krieg eingeschränkt hatte, war die Zahl der Versenkungen stark zurückgegangen. Als die U-Boote ab dem 1. Februar 1917 uneingeschränkt Krieg führen durften, stieg sie Monat für Monat an. Schon im März wurde das Ziel von 600 000 Bruttoregistertonnen nahezu erreicht, im April wurde es mit 860334 weit übertroffen. »Es schien, als sei dieser Trend unaufhaltsam und als drohe den Alliierten die Niederlage«, schreibt John Keegan in seinem Weltkriegsklassiker. »Die britische Admiralität sah keine Möglichkeit, die Katastrophe abzuwenden.«[44] In

diesen Monaten waren die deutschen Verluste unbedeutend. Während des eingeschränkten U-Boot-Krieges bis 1916 hatte Deutschland mehr Boote verloren und weitaus weniger Schiffe versenkt.

Erst als die Briten das Konvoi-System einführten und als sich amerikanische Kreuzer am Schutz der Geleitzüge beteiligten, gingen die Verluste der Alliierten nach und nach zurück - im Dezember 1917 auf 400000 Bruttoregistertonnen und im zweiten Quartal 1918 auf weniger als 300 000 monatlich. Die Strategie war gescheitert. Die Annahmen waren zu optimistisch gewesen, die Boote zu wenig an Zahl. Insgesamt baute Deutschland während des Krieges 390 U-Boote. Davon gingen 178 verloren, darunter 41 durch Minen und 30 durch Wasserbomben.

Der Preis, der für das Vabanque-Spiel gezahlt werden musste, war unverhältnismäßig hoch. Am 3. Februar 1917 brachen die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab, am 6. April erklärten sie dem Deutschen Reich den Krieg. Zu diesem Zeitpunkt war das amerikanische Heer ohne Bedeutung für den europäischen Schauplatz. Die Oberste Heeresleitung hatte kalkuliert, dass die USA erst 1918 in der Lage sein würden, effektiv in die Kämpfe an der Westfront einzugreifen. Bis dahin wäre der Krieg, so glaubte Ludendorff, entschieden. Die erste Annahme erwies sich als richtig, die zweite als falsch.

Das Versäumnis der deutschen Führung lag darin, dass zu sehr militärisch und zu wenig politisch gedacht wurde. Ludendorff wird mit seiner Meinung recht gehabt haben, dass die USA mit oder ohne U-Boot-Krieg früher oder später eingreifen würden. Es musste aber im deutschen

Interesse liegen, die Amerikaner so lange als möglich herauszuhalten. Eine kluge deutsche Diplomatie hätte konsequent auf die Kriegsgegner in den USA gesetzt, ihnen Argumente geliefert und versucht, die englische Propaganda zu unterlaufen - leichter gesagt als getan.

Die USA waren nie wirklich neutral

Die Vereinigten Staaten erklärten erst 1917 den Krieg an das Deutsche Reich und griffen schließlich 1918 mit starken Verbänden in den Konflikt ein. Aber sie wahrten von Anfang an keine echte Neutralität. Bis auf den Außenminister William Jennings Bryan, der 1915 zurücktrat, stand die amerikanische Führung geschlossen auf der Seite Großbritanniens. Nicht nur das, sie zeigte eine »erstaunliche« Sympathie für die »mörderische Methode« Englands, die gesamte zivile Bevölkerung Deutschlands einer Hungersnot auszusetzen. So der libertäre amerikanische Autor Ralph Raico. Er zitiert Thomas A. Bailey, einen Historiker des amerikanischen Establishments, mit dem Urteil: »Die offensichtliche Erklärung für Amerikas überraschende Nachgiebigkeit [gegenüber dem englischen Seekrieg] liegt darin, dass die Wilson-Administration von Anfang an die Alliierten favorisierte.«[145]

Washington nahm es hin, dass die Briten Verträge missachteten, die sie selbst unterzeichnet hatten: die Deklaration von Paris aus dem Jahr 1856, die »nahe«, aber nicht »entfernte« Seeblockaden erlaubte - danach hätte die *Royal Navy* den Verkehr mit deutschen Seehäfen nur in der Nähe der Drei-Mcilen-Zonc abriegeln dürfen. Oder die

Deklaration von London aus dem Jahr 1909, die die Beschlagnahme von Nahrungsmitteln nur gestattete, wenn diese für die Streitkräfte des Gegners bestimmt waren. Obwohl das *House of Lords* der Deklaration von London nicht zugestimmt hatte, wurde sie in die Handbücher der Britischen Admiralität aufgenommen. In Washington konnte kein Zweifel daran bestehen, was London bezweckte. Winston Churchill, einer der Urheber der Strategie, hatte als Erster Lord der Admiralität das Ziel so formuliert: »die gesamte Bevölkerung - Männer, Frauen und Kinder, Alte und Junge, Verwundete und Gesunde - bis zur Unterwerfung auszuhungern«.[146]

Als Gegenmaßnahme stand dem Deutschen Reich, wie oben ausgeführt, nur der unbeschränkte, völkerrechtswidrige U-Boot-Krieg zur Verfügung. Die amerikanische Regierung hätte darauf reagieren können, indem sie ihre Bürger warnte, sie würden auf eigene Gefahr in das Kriegsgebiet vor den britischen Küsten reisen. So hielten es neutrale Staaten wie Holland oder die Skandinavier. So hatte sich die britische Regierung selbst während des russisch-japanischen Krieges verhalten. Auch die US-Regierung warnte ihre Bürger auf diese Weise in den zwei Kriegen, die sie mit Mexiko führte. Gegenüber Deutschland aber bestand Wilson darauf, dass Amerikaner nicht zu Schaden kommen durften, wenn sie nach England unterwegs waren. Nicht einmal, wenn sie auf britischen Schiffen fuhren.

Der Untergang der *Lusitania*

Die *Lusitania* war ein großes, modernes Passagierschiff der britischen *Cunard Company*, das regelmäßig zwischen New York und Liverpool verkehrte. Im Flottenregister der britischen Admiralität war es als bewaffnetes Hilfsschiff eingetragen, in *Jane's Fighting Ships* als Hilfskreuzer. Am 8. März 1915 reichte der Kapitän der *Lusitania* seine Demission ein, nachdem er mehrmals deutsche U-Boote gesichtet hatte. Er sei nicht länger gewillt, »die Verantwortung dafür zu tragen, dass man Passagiere mit Munition oder Schmuggelgütern vermischt«.

Am 1. Mai 1915 verließ die *Lusitania* New York. Sechs Tage später wurde sie von einem deutschen U-Boot vor der Küste Irlands versenkt. Nach nur einem Torpedotreffer kam es zu einer gewaltigen Explosion im Inneren des Schiffes. Es blieb keine Zeit, die *Lusitania* ordnungsgemäß zu evakuieren. 1195 Passagiere ertranken, unter ihnen 195 Amerikaner.

Die Katastrophe hätte verhindert werden können. Am 22. April versuchte die Deutsche Botschaft in Washington, vorausbezahlte Anzeigen in 50 Zeitungen der Ostküste zu platzieren. Die Reisenden wurden gewarnt, dass Schiffe mit der Flagge Großbritanniens oder seiner Verbündeten in der Kriegszone vor den britischen Inseln zerstört werden könnten und dass sie sich »auf eigenes Risiko« auf solchen Schiffen aufhielten. Das US-Außenministerium intervenierte bei den Zeitungen. Die Anzeige wurde nur in einem einzigen Blatt veröffentlicht.

Als sich die *Lusitania* der irischen Küste näherte, war der britische Zerstörer *Juno* nicht zur Stelle, der ihr Ge-

leitschutz geben sollte. Er war abgezogen worden. Außerdem wurde die *Lusitania* angewiesen, die Geschwindigkeit zu drosseln, womit sie ein leichteres Ziel bot.

Ob die *Lusitania* mit zynischer Berechnung geopfert wurde, lässt sich bis heute nicht beweisen. Es gibt allerdings schwerwiegende Indizien. Fest steht, dass sie bis auf eine Ausnahme auf allen ihren Fahrten während des Krieges Munition geladen hatte - auf ihrer letzten Fahrt angeblich sechs Millionen Schuss. Für England war es jedenfalls kriegsentscheidend, die USA in den Konflikt hineinzuziehen. In seinem 1949 in New York erschienenen Buch *The World Crisis* schrieb Winston Churchill:

»Der erste britische Gegenzug, auf meine Verantwortung, lag darin, die Deutschen von Angriffen von der Oberfläche aus abzuhalten. Das untergetauchte U-Boot musste sich deshalb zunehmend auf Unterwasserangriffe verlassen und ging damit das große Risiko ein, neutrale für britische Schiffe zu halten und neutrale Seeleute zu ertränken und somit Deutschland in Konflikte mit anderen großen Mächten zu verwickeln.« Bei anderer Gelegenheit im Ersten Weltkrieg schrieb Churchill, deutsche U-Boot-Matrosen sollten nach Aufgabe ihres Schiffes »gefangen genommen oder erschossen werden, was immer passend sein mag«.[147]

Präsident Wilson hätte den Untergang der *Lusitania* zum Vorwand nehmen können, schon 1915 den Krieg an Deutschland zu erklären. Stattdessen traf er eine Entscheidung, mit der er die amerikanische Neutralität zwar nicht de jure, aber de facto aufgab. Bereits am 9. August 1914 war das mächtige Bankhaus /. *P. Morgan & Company* an Außenminister Bryan herangetreten, um sich zu

erkundigen, ob die Regierung Einwände gegen Kredite an kriegführende Mächte habe. Gemeint waren England und Frankreich, aber auch Russland. Bryan empfahl Wilson, den Wunsch abzulehnen, weil derartige Kreditvergaben die amerikanische Neutralität verletzen würden.

Die bloße Lieferung von Rüstungsgütern galt in Washington hingegen als unproblematisch. Damit wäre den Engländern allerdings nur so lange geholfen gewesen, bis ihnen das Geld ausging. Schließlich entschied Wilson am 31. März 1915 (vor dem Untergang der *Lusitanial*), sowohl Rüstungslieferungen als auch amerikanische Kredite zu genehmigen. Damit würden, wie sich bald herausstellte, die USA unweigerlich in den Krieg gezogen. Außenminister Bryan trat zurück, begab sich auf eine Vortragstour und kämpfte gegen den Krieg. Als er am 20. Juni 1915 im *Madison Square Garden* in New York sprach, kamen 70 000 Zuhörer. Die Mehrheit der Amerikaner war immer noch gegen Krieg.

1915 begann die Kriegspartei, energisch die Trommel zu rühren. *Battie Cry for Peace*, der erste einer langen Reihe von Filmen, die die Kriegsbegeisterung wecken sollten, kam in die Kinos. Die Story handelte vom Schrecken einer Eroberung Amerikas durch die Deutschen. (Den seltsamen Gedankensprung, Krieg um des Friedens willen zu führen, machte sich später auch Wilson zu eigen.)

Um die unwilligen Amerikaner weichzuklopfen, wurden bis Mitte 1915 zwei bestens finanzierte PR-Organisationen gegründet, die *Navy League* und die *National Security League*. Das Geld, das hinter Letzterer stand, kam zu 94 Prozent aus New York. Es wurde auch einge-

setzt, um die Wiederwahl von Kongressabgeordneten zu vereiteln, die für Amerikas Neutralität eintraten. Mitgründer der *National Security League* war ein gewisser Herbert L. Satterlee, der Schwager von John Pierpont Morgan, des mächtigsten Bankiers der Vereinigten Staaten von Amerika.

Wilson selbst wird in der Literatur meist als gutmeinender, zur Naivität neigender Idealist dargestellt, der Amerika aus dem Krieg heraushalten wollte und der bereit war, sich für einen baldigen Friedensschluss zwischen Deutschland und England einzusetzen. Bis zu seiner Wiederwahl sah das tatsächlich so aus. Aber als die Situation reif war, hatte er keine Skrupel, vier Millionen Amerikaner zu mobilisieren und zwei Millionen auf die europäischen Schlachtfelder zu schicken. Seine Einstellung war in geringerem Maße probritisch als die der Kriegspartei. Die verstand es aber, ihn einzurahmen und in die gewünschte Richtung zu lenken.

Der maßgebliche Verbündete Großbritanniens in den USA war das Finanzhaus *J. P. Morgan.* Bevor Wilson ins Weiße Haus einzog, hatte er mehrere Jahre im Verwaltungsrat der von *Morgan* kontrollierten Versicherungsgesellschaft *Mutual Life* gesessen. Mehr noch war sein Schwiegersohn, William Gibbs McAdoo, den Wilson als Secretary of the Treasury an die Spitze des Finanzministeriums berief, den Morgans verpflichtet. McAdoo war als Geschäftsmann in New York gescheitert, wurde von der Bank *Morgan* vor dem finanziellen Ruin bewahrt und mit dem Posten des Präsidenten einer New Yorker Eisenbahngesellschaft versorgt, bis er in die Regierung wechselte. Eine Reihe von Industriellen, die mit *J. R Morgan*

liiert waren, zählte zu den Sponsoren von Wilsons Wahlkampf.

Der mysteriöse Oberst House

Als Schlüsselfigur in Washington aus englischer Sicht fungierte »Oberst« Edward Mandell House, der seinen Rang nicht etwa militärischen Aktivitäten, sondern einer politischen Ernennung verdankte. House entstammte einer texanischen Familie, die mit Grundbesitz, Bankgeschäften, Handel und Eisenbahnen reich geworden war. Er bekleidete kein offizielles Amt in der Regierung, sondern betätigte sich als »Berater« des Präsidenten. Ein mysteriöser Mann, der das volle Vertrauen Wilsons genoss. Der nannte ihn sein »anderes Ich«.

Edward Mandell House, Berater des Präsidenten

House war mehr als jeder andere an der Formulierung der US-Außenpolitik und an den Entschlüssen Wilsons beteiligt. Er operierte auch schon einmal auf eigene Faust. In London hatte er mit Walter Hines Page einen Botschafter installiert, der der britischen Regierung gerne Formulierungshilfe leistete, wenn eine Beschwerde Wilsons wegen der Seekriegsführung der *Royal Navy* zu beantworten war.

In größerem Maße als Wilson selbst stand Oberst House, kein Freund der Deutschen, für eine amerikanische Diplomatie, die zugunsten Londons mit gezinkten Karten spielte. Das hinderte ihn freilich nicht daran, die Dinge so zu sehen, wie sie nun einmal waren. Vor dem Krieg hatte er Europa bereist, auch in Berlin Station gemacht und am 29. Mai 1914 in einem Brief an Präsident Wilson vor einer »schrecklichen Katastrophe« gewarnt: »Wann immer England dem zustimmt, werden Frankreich und Russland über Deutschland und Österreich herfallen.«'[48]

Anfang Oktober 1915 trug der Oberst dem Präsidenten einen Plan vor, der später als »House-Grey-Memorandum« bekannt wurde. Da Deutschlands Chance, den Krieg zu gewinnen, größer als jemals zuvor sei und da nach einem deutschen Sieg Amerika an der Reihe sei, solle Wilson nach Absprache mit den Alliierten eine Friedenskonferenz vorschlagen. Wenn dann die Deutschen Schwierigkeiten machten, könnten die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden, gefolgt vom Kriegseintritt der USA.

In seinem Tagebuch vom 8. Oktober 1915 formulierte es House so: »Wenn die Alliierten unsere Absicht verstünden, könnten wir uns ihnen gegenüber ebenso streng ausdrücken wie gegenüber den Mittelmächten.« Am Ende sei entweder der (deutsche) Militarismus »abgestraft« oder »wir wären an der Seite der Alliierten, um ihnen dabei zu helfen«. Der in Techniken des Macchiavellismus noch ungeübte Wilson war verblüfft, schien aber »schweigend zuzustimmen«, wie House notierte. Wie Wilsons Friedensinitiative dann ausging, wurde bereits geschildert.

Das House-Tagebuch liefert den Beleg dafür, dass das deutsche Misstrauen in die Unparteilichkeit der amerikanischen Regierung vollauf berechtigt war.'[49]

House überschritt seine Instruktionen, als er im Auftrag Wilsons 1915 und 1916 mit dem britischen Außenminister Sir Edward Grey verhandelte und ihm Aussicht auf eine amerikanische Kriegsbeteiligung machte zu einem Zeitpunkt, als sich der Präsident zu diesem letzten Schritt noch nicht durchgerungen hatte. Da nahm Wilson noch Rücksicht auf die kriegsunwillige Mehrheit der Amerikaner, auf die zehn Millionen deutschstämmigen Bürger und auf die England feindlich gesonnene irische Wählerschaft. An Ostern 1916 schlugen die Briten einen Aufstand der Iren in Dublin blutig nieder.

Am 31. Januar 1917 kündigte Berlin in einer Note an die USA den unbeschränkten U-Boot-Krieg zum 1. Februar an mit Verweis auf Englands völkerrechtswidrige Blockade. Am 3. Februar brach Washington die diplomatischen Beziehungen ab. Am 24. Februar entzifferte der britische Geheimdienst ein Telegramm, das Arthur Zimmermann, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin, an den deutschen Geschäftsträger in Mexiko abgeschickt hatte.

In dem Telegramm bot Zimmermann der mexikanischen Regierung ein Bündnis an und die Abtretung von Texas, Neu-Mexiko und Arizona an Mexiko - eine diplomatische Dummheit sondergleichen, weil Mexiko als deutscher Bündnispartner ohne Wert war und ohnehin keine Chance hatte, die Gebiete zurückzuerobern. Albert Ballin, der Reeder des Kaisers und Gründer der Hamburg-Amerika-Linie, meinte einmal, für Zimmermann

hätte er in der HAPAG allenfalls eine Stelle als Hausknecht gehabt (und für Bethmann Hollweg »höchstens als Bibliothekar«).[150]

Mit seinem Angebot an Mexiko, das von der amerikanischen Regierung sofort ausgeschlachtet wurde, beschleunigte Zimmermann das Unvermeidliche. Am 2. April 1917 trat Woodrow Wilson vor den Kongress, hängte seine Rhetorik sehr hoch auf und behauptete, Deutschland führe Krieg »gegen alle Nationen«, und die Amerikaner seien froh, jetzt »für den endgültigen Frieden der Welt und für die Befreiung ihrer Völker einschließlich der Deutschen« zu kämpfen. Am 6. April folgte die offizielle Kriegserklärung an das Deutsche Reich, am 7. Dezember an Österreich-Ungarn, obwohl die Österreicher keine U-Boote losgeschickt hatten.

»Es war ein tragisches Verhängnis«, schreibt Walther Hubatsch, »dass durch den Unterseebootkrieg zu dem Zeitpunkt ein Anlass für den Kriegseintritt Nordamerikas gegeben wurde, als sich die Lage der Mittelmächte recht plötzlich durch die rasch zunehmende Kriegsmüdigkeit Russlands zu entspannen begann.«[151]

J. P. Morgan und der Krieg

Als Wilson dem Kaiserreich formell den Krieg erklärte, stand längst eine andere Allianz, die die finanzielle und industrielle Stärke Amerikas verkörperte, an der Seite Großbritanniens: Leute wie Henry Clay Frick von *Carnegie Steel*, Judge Gary von *U. S. Steel*, die Guggenheims, T. Coleman Du Pont von der gleichnamigen Munitions-

fabrik oder auch der Kupfermagnat Cleveland H. Dodge, ein prominenter Berater Wilsons, der wie die Du Ponts ein Vermögen mit Munitionsverkäufen an die Alliierten machte.

Sodann Politiker wie Theodore Roosevelt, der frühere US-Präsident, oder Henry L. Stimson, der spätere Kriegsminister unter Franklin D. Roosevelt. Und als Schaltstelle, bei der alle Drähte zusammenliefen, das 1871 gegründete Bankhaus *J. P. Morgan & Company*, dessen Patriarch John Pierpont Morgan im 19. Jahrhundert britisches Kapital für die rasch expandierende amerikanische Wirtschaft mobilisiert hatte.

Ohne die umfassende Hilfe von *J. P. Morgan* hätte das auf den Import von Rohstoffen, Munition und Nahrungsmittel angewiesene Großbritannien kaum bis 1917 durchgehalten. Das von Wilson abgesegnete Bündnis zum beiderseitigen Nutzen kam im Januar 1915 zustande: Die britische Regierung ernannte die Bank *Morgan* zu ihrem offiziellen Agenten in den USA. Mit den Worten des amerikanischen Historikers Stuart D. Brandes: »So bekam die *Morgan Company* einen der lukrativsten Verträge der amerikanischen Geschichte: die exklusive Kontrolle über alle militärischen Einkäufe der Briten in den USA während des Ersten Weltkrieges.«[152]

Vereinbart wurde, dass *Morgan* für die ersten zehn Millionen Dollar an Kontrakten, die die Bank platzierte, zwei Prozent Kommission bekam, und für alles, was darüber lag, ein Prozent. Da die Briten riesige Mengen an Einfuhren und finanziellen Mitteln benötigten, um ihre Kriegsmaschine in Gang zu halten, waren die Profite der Bank »enorm«, so Brandes.

Ebenso profitierte die amerikanische Wirtschaft, die noch 1914 in einer tiefen Rezession steckte. Genauer: die Firmen, die gute Verbindungen zu den Morgans hatten. Der Chemie-Riese *Du Pont*, wegen der französischen Wurzeln der Familie den Alliierten zugeneigt, berechnete für ein Pfund Sprengstoff, der für Infanteriewaffen und Granaten benötigt wurde, einen Dollar bei Herstellungskosten von 50 Cent. Die Aktie von *Bethlehem Steel* stieg von 33,75 Dollar bei Kriegsausbruch bis auf 600 Dollar, die von *U. S. Steel* von 48 auf 120 Dollar, die von *General Motors* von 78 auf 750 Dollar.

Der Krieg in Europa entwickelte sich zur Bonanza für die amerikanischen Konzerne, und zwar schon vor der Aufrüstung der USA 1917. Untersucht und dokumentiert wurden die exorbitanten Kriegsgewinne der Munitionsindustrie von einem Komitee des US-Senats, das unter Leitung von Senator Gerald P. Nye vom September 1934 bis Februar 1936 tagte. Die Presse berichtete ausführlich. Die Öffentlichkeit war derart empört, dass in den Jahren 1935 bis 1939 vier Neutralitätsgesetze beschlossen wurden. Als Senator Nye Präsident Wilson posthum beschuldigte, er habe dem Kongress wesentliche Informationen vorenthalten, als die Kriegserklärung zur Abstimmung stand, wurden seinem Komitee die finanziellen Mitteln entzogen.

In 93 Anhörungen befasste sich das Nye-Komitee nicht nur mit der Rüstungsindustrie und ihren Gewinnen, sondern auch mit den Hintergründen des amerikanischen Kriegseintritts. Senator Nye kam zu dem Schluss, dass die Bankiers Wilson unter Druck gesetzt hatten, 1917 in Europa zu intervenieren, um ihre Auslandskredite zu schüt-

zen. Die Kredite an Großbritannien und seine Alliierten allein im Zeitraum 1915 bis Januar 1917 wurden auf 2,3 Milliarden Dollar beziffert, eine - gemessen an der damaligen Kaufkraft - enorme Summe, die uneinbringlich gewesen wäre, hätte England den Krieg verloren.

Hinzu kamen ab 1917 Darlehen des US-Finanzministeriums an die Alliierten in Höhe von zehn Milliarden Pfund. Direkt kostete der Krieg die USA 112 Milliarden Dollar. Er wurde denn auch zur Geburtsstunde des amerikanischen Steuerstaates. Ein Ziel, das die Pro-Steuer-Organisationen, die zur Kriegslobby gehörten, frühzeitig verfolgten. Arnos Pinchot, der aktivste Steuerpropagandist, hatte richtig vorausgesehen: »Falls wir jemals eine große Einkommensteuer in Kriegszeiten bekommen, wird etwas davon - viel davon - bleiben.« Professor Hans-Hermann Hoppe, ein Gegner staatlicher Zwangsbesteuerung, sieht denn auch im Ersten Weltkrieg das »Ende der Zivilisation«. Besser gesagt: Er war ein Zivilisationsbruch, ein Systemwechsel. Der Krieg öffnete die Tür für die Massendemokratie, für Sozialismus und Totalitarismus. Der »Kriegssozialismus«, wie ihn General Ludendorff nannte, bliebe keine Episode. Es folgte ein an- und abschwellender Friedenssozialismus, der das gesamte Jahrhundert überdauerte.

Es waren jedoch nicht in erster Linie die Interessen der amerikanischen Industrie, die die USA in den Krieg zogen. Die US-Wirtschaft war schon vor Wilsons Kriegserklärung der große Gewinner. Die Exporte von Sprengstoff an die Alliierten verzehnfachten sich allein im Jahr 1915. Die Ausfuhr von Eisen und Stahl verfünffachte sich bis 1917. Die Firma *Du Pont* versorgte während des Krie-

ges die Alliierten mit 40 Prozent der Sprengstoffe, die sie verbrauchten. Geliefert wurden auch Traktoren, Eisenbahnweichen, Baumwolle, Getreide, Dosenfleisch, selbst Kosakenstiefel für Russland.

Deutschland und Großbritannien waren die Verlierer auf den weltweiten Exportmärkten. Vor 1914 hatte Deutschland den europäischen Markt für Farben, Kali, Spielzeug und Filme praktisch monopolisiert. Dank der britischen Blockade konnten die Amerikaner die Kunden der Deutschen übernehmen. Und sie drangen in Märkte wie Lateinamerika ein, die von England und Frankreich nicht mehr bedient werden konnten.

Die Gewinnmaschine der Bank *Morgan* - des »Money Trust«, wie sie von ihren Kritikern genannt wurde - lief auf zwei Motoren: Zum einen vermittelte die Exportabteilung des Instituts an die amerikanische Industrie britische Aufträge im Wert von mehr als drei Milliarden Dollar. Dazu kamen die Exporte nach Frankreich und in andere Länder. Zum anderen verdiente *Morgan* an den Anleihen und Krediten, die aufgelegt und vergeben werden mussten, als den Alliierten das Geld ausging. So besorgte *]. R Morgan* die Finanzierung der Einkäufe in den USA, die die Fortsetzung des Krieges überhaupt erst ermöglichten.

War is a Racket {Krieg ist ein Schwindel) hieß eine Broschüre von Smedley Butler, des höchstdekorierten US-Generals, die bei ihrem Erscheinen 1935 Furore machte und zum Bestseller wurde. »Lasst uns nicht die Bankiers vergessen«, schrieb der General, »die den Großen Krieg finanziert haben. Da sie Partnerschaften sind und keine börsennotierten Gesellschaften, müssen sie nicht an

ihre Aktionäre berichten. Ihre Profite waren so geheim, wie sie immens waren.«[153]

Warum Amerika intervenierte

Für die Morgans, die ihren großen, prodeutschen Rivalen *Kuhn, Loeh* ausgestochen hatten, stellte sich nur ein Problem: Großbritannien und Frankreich mussten den Krieg gewinnen, sonst würden die Kredite platzen, und die vermögenden Amerikaner, die die Anleihen gezeichnet hatten, würden ihr Geld verlieren. »Es ist deswegen keine Überraschung«, bemerkt der amerikanische Freiheitsdenker Murray N. Rothbard, »dass seit Beginn des großen Konflikts *J. R Morgan* und seine Verbündeten alles taten, was sie konnten, um die angeblich neutralen Vereinigten Staaten in den Krieg an der Seite Englands und Frankreichs zu treiben.« John Pierpont Morgan selbst hatte es so ausgedrückt: »Wir waren uns einig, dass wir alles tun sollten, was legal in unserer Macht stand, um den Alliierten zu helfen, dass sie den Krieg so bald wie möglich gewinnen würden.«[154]

John Pierpont»Jack« Morgan jr. (rechts im Bild), Bankier, 1867-1943

Was sich wie eine Verschwörungstheorie anhört, ist die nackte Wahrheit. Auch der Historiker Brandes, ein unverdächtiger Zeuge und kein Parteigänger der Neutralisten und Kriegsgegner, sah den Zusammenhang von Krediten und amerikanischer Kriegserklärung nicht anders: »1917, als die Vereinigten Staaten den Krieg erklärten, hatten Britannien und Frankreich ihre Kreditlinien ausgeschöpft. Private Investoren konnten nicht mehr sicher Geld an diese insolventen Regierungen verleihen, sodass die Wilson-Regierung vor einer unwillkommenen Entscheidung stand. Entweder mussten die Vereinigten Staaten die Rückzahlung der alten Darlehen garantieren, oder die Verschiffungen von Rüstungsgütern mussten aufhören. Da das Letztere völlig inakzeptabel war - es würde die Niederlage bedeuten gab es wirklich keine Wahl in dieser Angelegenheit.«[1"]

Wilson gab die Garantie ab, dass Morgan und die anderen Bankiers entschädigt würden, falls die Alliierten pleitegingen. Die »Progressiven«, wie sie genannt wurden, nämlich die Kriegsgegner vor allem im Mittleren Westen, waren außer sich. »Sollen wir der Plutokratie widerstandslos erlauben, uns 40 Milliarden Kriegsschulden zusammen mit den Zinsen aufzuhalsen?«, empörte sich ein Abgeordneter aus Wisconsin. Als dem Kongress die Kriegserklärung vorgelegt wurde, stimmten 56 Abgeordnete mit Nein, die meisten von ihnen Republikaner. Die Geschäfte der Bankiers und der Munitionsindustrie blieben im kollektiven Gedächtnis der Amerikaner untrennbar verbunden mit dem Großen Krieg - bis Franklin D. Roosevelt die Amerikaner in den nächsten führte.

Den Leser wird es kaum überraschen, zu welchen An-

strengungen sich die amerikanische Kriegspropaganda aufschwang, kaum war der Feind offiziell definiert. Die Deutschen waren nur noch »barbarische Hunnen«, der Hamburger wurde zum »Liberty Sandwich«, das Sauerkraut zum »Liberty Cabbage«. Der Deutschunterricht wurde ebenso verboten wie das Abspielen deutscher Musik. In zwei Bundesstaaten durfte in der Öffentlichkeit nicht mehr Deutsch gesprochen werden. In den Kinos liefen Filme wie *Der Kaiser: Die Bestie von Berlin.*

Nicht genug damit: Als am 10. Januar 1918 die neue Sitzungsperiode des US-Kongresses eröffnet wurde, erhoben sich die Abgeordneten zum gemeinsamen Gebet. Und das hörte sich so an:

»Almighty God, our Heavenly Father… Thou knowest, O Lord, that we are in a live-and-death struggle with one of the most infamous, vile, greedy, avaricious, bloodthirsty, sensual and vicious nations that has ever disgraced the pages of history … We pray Thee that Thou shalt make bare Thy mighty arm and beat back that great pack of hungry, wolfish Huns, whose fangs drip with blood and gore … And the praise shall be to Thee forever, through Jesus Christ. Amen.«[156]

Ubersetzung: »Du weißt, O Herr, dass wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben … Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen … Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.«

Das Ende

Nachdem sich die amerikanische 1. Armee im August 1917m Frankreich formiert und in der Nähe von Verdun die demoralisierten französischen Truppen verstärkt hatte, stand die Oberste Heeresleitung im Kampf gegen die Uhr. Bis Ende 1918 wuchsen die US-Streitkräfte von 200000 Mann Anfang 1917 auf vier Millionen, von denen schließlich zwei Millionen in Europa eingesetzt wurden. Noch im Frühjahr 1918 war das deutsche Westheer mit knapp 200 Divisionen etwa gleich stark wie der Gegner. Aber es war nur eine Frage der Zeit, bis der amerikanische Aufmarsch so weit fortgeschritten war, dass sich das Kräfteverhältnis unwiderruflich zulasten der Mittelmächte verschob.

Im März 1918 ging das deutsche Heer zur Offensive über, durchbrach die englischen und französischen Linien und stieß zum zweiten Mal während des Krieges über die Marne vor - bis dann die Streitkräfte der Alliierten zusammen mit den amerikanischen Truppen unter ein gemeinsames Oberkommando gestellt wurden. Dies sowie die Erschöpfung der deutschen Divisionen brachte den Angriff nach großen Anfangserfolgen zum Stillstand.

Im Juli begann eine Großoffensive der Alliierten, im August gelang den Briten in der Schlacht bei Amiens an der Somme mit 450 Panzern ein Durchbruch. Im September wurde die Front in die »Siegfried-Stellung« zurückverlegt, die von Arras bis Reims verlief. Die Front wurde noch einmal verkürzt, aber sie hielt. Sie löste sich nicht auf trotz der inzwischen drückenden Überlegenheit des Gegners an Soldaten und Material.

Am 29. September, als das deutsche Heer immer noch weit vor den Reichsgrenzen stand, drängte General Ludendorff unvermittelt auf die sofortige Einleitung eines Waffenstillstandes. Er befürchtete eine Katastrophe. In Berlin wurde am 3. Oktober eine neue Regierung unter Prinz Max von Baden gebildet, zum ersten Mal mit sozialdemokratischer Beteiligung. In der Nacht zum 4. Oktober schickte die Reichsregierung über die Schweiz ein Waffenstillstandsangebot nach Washington.

Die Deutschen gingen davon aus und hofften, Frieden schließen zu können auf der Grundlage der 14 Punkte, die Wilson am 8. Januar 1918 vor dem Kongress verkündet hatte. Zwar würde Elsass-Lothringen an Frankreich zurückfallen, ansonsten aber blieben Souveränität und Integrität des Reiches intakt.

Auf das deutsche Waffenstillstandsangebot folgte bis Anfang November ein längerer Notenwechsel zwischen Berlin und Washington. In dessen Verlauf stellte sich heraus, dass Wilson von den 14 Punkten abzurücken begann. Mit ihrer dritten Note vom 23. Oktober griff die US-Regierung in deutsche Souveränitätsrechte ein, attackierte die »monarchischen Autokraten« und verlangte die bedingungslose Kapitulation und kaum verhüllt eine andere Verfassung für Deutschland.

Ludendorff wollte weiterkämpfen, stieß auf den Widerstand des Kaisers und trat am 26. Oktober zurück. Am 8. November begannen im Wald von Compiegne die Verhandlungen über den Waffenstillstand. Am 10. November wurde er unterzeichnet.

Am 7. November war die Revolution in München ausgebrochen, am 9. November in Berlin. Ebenfalls am

9- November kündigte die Regierung die Thronentsagung Wilhelms II. an. Philipp Scheidemann rief die Republik aus. Friedrich Ebert, der Vorsitzende der SPD, übernahm die Regierungsgeschäfte.

Was die Reichsführung in der Endphase des Krieges nicht wusste, war, dass es keinen Frieden auf der Grundlage der 14 Punkte von Präsident Wilson geben würde. Am 29. Oktober traf sich Oberst House zu einem langen Geheimgespräch mit David Lloyd George und Georges Clemenceau. Die beiden Sieger äußerten ihre Vorbehalte gegenüber den Friedensvorschlägen Wilsons. Die Vorbehalte wurden von House akzeptiert, in einem »Kommentar« niedergeschrieben und an Wilson telegrafiert. Auch Wilson akzeptierte.

»Der >Kommentar< machte den ganzen Unterschied aus«, schreibt Paul Johnson, »er strich praktisch alle die Vorteile für die Mittelmächte, die die 14 Punkte zu bieten schienen, und er ließ alle die Brutalitäten des späteren Versailler Vertrages ahnen.«[157]

Auch nachdem Wilson seine 14 Punkte auf 23 erweitert hatte, hatte er eine »Bestrafung« der Besiegten ausdrücklich ausgeschlossen. Das sollte jetzt nicht mehr gelten. Die schlimmsten Bedingungen des Versailler Vertrages waren keine Erfindung der Amerikaner. Sie haben sie nur nicht verhindert. Zu verhandeln hatten die deutschen Vertreter in Versailles nichts. Die Hungerblockade wurde nach dem Waffenstillstand nicht aufgehoben. Am 28. Juni 1919 blieb dem deutschen Außenminister Hermann Müller nichts anderes übrig, als das Diktat zu unterschreiben.

Was blieb vom Ersten Weltkrieg? Millionen von Toten, Millionen von Versehrten, Hass und Zynismus, ein heil-

loses Geflecht von Reparationen und Schulden, das Ende des klassischen Goldstandards und des soliden Geldes, die Amputation Deutschlands, die Zerschlagung des Osmanischen Reiches und der Donaumonarchie, die Auszehrung des Britischen Empire, der Aufstieg Amerikas zur Weltmacht, der Sieg der Bolschewisten im russischen Bürgerkrieg, die Selbstentmachtung Europas und in der Folge ein neuer Krieg, bis die alten Feindschaften endlich ausgebrannt waren.

Der Große Krieg, wie ihn die Franzosen und Briten nennen, war sinnlos, falsch, unnötig. Erst die amerikanische Intervention und schließlich das Diktat von Versailles steigerten die Katastrophe zur Tragödie. Wilsons Entschluss, am Krieg teilzunehmen, schreibt Rothbard, verhinderte einen Verhandlungsfrieden, verursachte den Aufstieg von Bolschewismus und Faschismus in Europa und war wohl die »verhängnisvollste Entscheidung des 20. Jahrhunderts«.[158]

Lassen wir noch einmal einen englischen Historiker zu Wort kommen, Paul Johnson. In seiner *History of the American People* schrieb er: »Versailles war der Impuls hinter Hitlers Aufstieg zur Macht, der Vorwand für seine Aggressionen und die letztendliche Ursache für den Zweiten Weltkrieg.«[159]

Aber das ist eine andere Geschichte.

Chronik

19. Juli 1870

Frankreich erklärt Preußen den Krieg

18. Januar 1871

König Wilhelm I. von Preußen wird in Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen

26. Februar 1871

Vorfrieden von Versailles. Bestätigt durch den Frieden von Frankfurt am 10. Mai

6. Mai 1873

Deutsch-russische Militärkonvention

22. Oktober 1873

Drei-Kaiser-Abkommen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland

7. Oktober 1879

Zweibund zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn: Verteidigungsbündnis gegen Russland

18. Juni 1881

Geheimes Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland auf drei Jahre (Drei-Kaiser-Vertrag)

20. Mai 1882

Dreibund: Italien tritt dem Zweibund bei

18. Juni 1887
Rückversicherungsvertrag zwischen Deutschland und Russland auf drei Jahre. 1890 nicht erneuert

12./16. Dezember 1887
Orient-Dreibund zwischen England, Österreich-Ungarn und Italien: gegen Russland gerichtet

20. März 1890
Bismarck wird entlassen

i.Juli 1890
Helgoland-Sansibar-Vertrag zwischen Deutschland und England

17. August 1892
Russisch-französische Militärkonvention

30. Januar 1902

Bündnis zwischen England und Japan

1. November 1902

Geheimer französisch-italienischer Neutralitätsvertrag

8. April 1904

Entente Cordiale zwischen England und Frankreich

25. Juli 1905
Vertrag zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II. in Björkö

31. August 1907
Englisch-russischer Vertrag über Persien, Afghanistan und Tibet

5. Oktober 1908
Österreich-Ungarn annektiert Bosnien-Herzegowina

16. Juli 1912
Französisch-russische Marinekonvention

22./23. November 1912
Französisch-englische Vereinbarung über Vorgehen im Kriegsfall

28. Juni 1914
Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo ermordet

23. Juli 1914
Österreich-ungarisches Ultimatum an Serbien

28. Juli 1914
Österreich-ungarische Kriegserklärung an Serbien

29. Juli 1914
Teilmobilmachung in Russland

30. Juli 1914
Russische Generalmobilmachung

31. Juli 1914
Österreich-ungarische Generalmobilmachung

1. August 1914
Generalmobilmachung in Frankreich und Deutschland

1. August 1914
Deutsche Kriegserklärung an Russland

2. August 1914
Deutsches Ultimatum an Belgien

3. August 1914
Deutsche Kriegserklärung an Frankreich

4. August 1914
Kriegseintritt Großbritanniens gegen Deutschland

6. August 1914

Österreich-ungarische Kriegserklärung an Russland

2. November 1914

Großbritannien erklärt die Nordsee zum Kriegsgebiet

4. Februar 1915
Deutschland erklärt die Gewässer um Großbritannien zum Kriegsgebiet
31. März 1915
Präsident Wilson genehmigt Rüstungslieferungen und Kredite an die Alliierten
7. Mai 1915

Untergang des Passagierdampfers *Lusitania*

13. Mai 1915
Deutschland schränkt den U-Boot-Krieg ein: Schonung neutraler Schiffe und feindlicher Passagierschiffe
23. Mai 1915

Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn

28. August 1916

Kriegserklärung Italiens an Deutschland

6. Dezember 1916

Die Mittelmächte marschieren in Bukarest ein

12. Dezember 1916
Friedensangebot der Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei

18. Dezember 1916
Präsident Wilson schlägt Meinungsaustausch über Friedensbedingungen vor

20. Dezember 1916
Alliierte lehnen Friedensangebot ab

30. Dezember 1916
Antwortnote der Alliierten auf das Friedensangebot der Mittelmächte

10. Januar 1917

Antwort der *Entente* auf Wilsons Vermittlungsangebot

1. Februar 1917
Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges

6. April 1917
Kriegserklärung der USA an Deutschland

19. Juli 1917

Friedensresolution des Deutschen Reichstages

1. August 1917
Friedensaufruf von Papst Benedikt XV.

7. Dezember 1917

Kriegserklärung der USA an Österreich-Ungarn

15. Dezember 1917
Waffenstillstand zwischen Deutschland und Russland

8. Januar 1918

Präsident Wilson verliest die 14 Punkte im US-Kongress

3. März 1918
Friedensvertrag von Brest-Litowsk

7. Mai 1918
Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und Rumänien

18. Juli 1918

Beginn der alliierten Großoffensive im Westen

29. September 1918

Die Oberste Heeresleitung drängt auf Waffenstillstand

3. Oktober 1918
Waffenstillstandsangebot der deutschen Regierung an Wilson auf Grundlage der 14 Punkte

3. November 1918
Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten

9. November 1918

Revolution in Berlin. Ausrufung der Republik

11. November 1918

Waffenstillstand von Compiegne für zunächst 36 Tage

28. Juni 1919
Deutschland unterzeichnet den Vertrag von Versailles

10. September 1919
Österreich unterzeichnet den Vertrag von Saint Germain

Endnoten

[1] Allan Nevins, *Henry White - Thirty Years of American Diplomacy*, New York 1930, S. 257

[2] Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte,* Frankfurt am Main 1989, S. 306 ff.

[J] Michael Stürmer, *Das ruhelose Reich - Deutschland 1866-1918*, Berlin 1994, S. 67

[4] Paul Kennedy, a. a. O., S. 323

[5] Michael Stürmer, a. a. O., S. 89

[6] A.J.P. Taylor, *English History 1914-194$*, London 1975,S. 25

[7] Erhardt Bödecker, *Preußen und die Wurzeln des Erfolgs,*, München 2004, S. 226

[s] Erhardt Bödecker, a. a. O., S. 227

[9] Barbara Tuchman, *The Proud Tower; portrait of the world before the war 1890-19/4*, London 1966, S. 354

[10] Barbara Tuchman, a. a. O., S. 357

[11] Virginia Cowles, *Wilhelm der Kaiser*, Frankfurt am Main 1967, S. 109

[12] Nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 120

[13] Alexis de Tocqueville, *Die Demokratie in Amerika,* Frankfurt am Main 1956, S. 172

[14] Interview mit *tv hören und sehen*, Nr. 34/13

'J *GOLD & MONEY INTELLIGENCE*, Nr. 363, 29. September 2011

16 Bruno Bandulet, *Adenauer zwischen West und Ost - Alternativen der deutschen Außenpolitik,* München 1970
17 *Die Welt*, 5. September 2013
18 Dieter Friede, *Das russische Perpetuum Mobile*, Würzburg 1959, S. 43
'9 A. J. P. Taylor, a. a. O., S. 217
20 Diese und die folgenden Vertragstexte nach: *Vertrags-Ploetz, Teil II, 3. Band 1492-1914,* Würzburg 1958
21 A. J. P. Taylor, a. a. O., S. 190
22 *Der Kanzler; Bismarck - Briefe, Reden, Erinnerungen, Berichte und Anekdoten,* München 1915, S. 301
23 A. J. P Taylor, a. a. O., S. 204
24 Otto von Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen,* München o. J., S. 5 89 ff.
Vertrags-Ploetz, a. a. O., S. 473
26 *Der Kanzler*, a. a. O., S. 3 86
27 Dieter Friede, a. a. O., S. 180
28 Paul Kennedy, a. a. O., S. 339
29 Paul Kennedy, a. a. O., S. 339 f.
Paul Kennedy, a. a. O., S. 283
31 Virginia Cowles, *Wilhelm der Kaiser,* Frankfurt 1967, S. 178
32 Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 179
33 Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S 179
34 Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S 179
35 *Vertrags-Ploetz*, a. a. O., S. 410
36 Rudolf von Albertini, *Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940*, Zürich 1976, S. 306
37 Virginia Cowles, a. a. O., S. 100 f.
38 Virginia Cowles, a. a. O., S. 108

[39] Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 148
[40] Zit. nach: Hugo Wellems, *Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945,* Kiel 1989, S. 20 f.
[41] Hugo Wellems, a. a. O., S. 19
[42] Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 153
[43] Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 158
[44] Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 158
[45] Michael Stürmer, a. a. O., S. 326
[46] Michael Stürmer, a. a. O., S. 328
[47] Niall Ferguson, Der *falsche Krieg - Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999, S. 89
[48] Niall Ferguson, a. a. O., S. 91
[49] A. J. P. Taylor, *From The Roer War to the Cold War,* London 1996, S. 105
[50] *Vertrags-Ploetz,* a. a. O., S. 420
[51] Virginia Cowles, a. a. O., S. 184
[52] Virginia Cowles, a. a. O., S. 181
[53] Michael Stürmer, a. a. O., S. 318
[54] Johannes Haller, Dze *Epochen der deutschen Geschichte*, Augsburg 1962, S. 229 f.
[55] Franz Uhle-Wettler, *Alfred von Tirpitz in seiner Zeit,* Graz 2008, S. 348
[56] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 156
[57] Rudolf Augstein, »Tirpitz, ein verkannter Schurke«, *Der Spiegel*, Nr. 51/1998
[58] Niall Ferguson, a. a. O., S. 94
[59] Zit. nach: Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 119
[60] Barbara Tuchman, a. a. O., S. 379 f.
[61] Virginia Cowles, a. a. O., S. 206

[62] Quelle: Unterrichtung des Unterhauses durch die Admiralität 1903. Zit. nach: Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 248
[63] Zahlen nach Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 233
[64] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 163
[65] Zit. nach: Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 253
[66] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 283
[67] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 64
[68] Zit. Nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 204
[69] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 132
[70] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 196
[71] Auszüge Crow-Memorandum nach: Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 306 ff.
[72] Konrad Canis, *Der Weg in den Abgrund - Deutsche Außenpolitik 1902-1914*, Paderborn 2011, S. 263
[73] Niall Ferguson, a. a. O., S. 109
[74] Konrad Canis, a. a. O., S. 462
[75] Niall Ferguson, a. a. O., S. 109 f.
[76] Niall Ferguson, a.a.O., S. 110
[77] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 356
[78] Konrad Canis, a. a. O., S. 477
[79] Niall Ferguson, a. a. O., S. 114 f.
[80] Konrad Canis, a. a. O., Seite 468
[81] Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 403 f.
[82] Paul Kennedy, a. a. O., S. 313
[83] *Der große Ploetz*, Freiburg 1998, S. 717
[84] Paul Kennedy, a. a. O., S. 327
[85] Christopher Clark, *Die Schlafwandler - Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013, S. 475 f.
[86] Felix Somary, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Zürich 1959, S. 105 f.

[87] Ernst Sauerbeck, *Der Kriegsausbruch - Eine Darstellung von neutraler Seite an Hand des ganzen Aktenmaterials*, Stuttgart und Berlin 1919, S. 34
[88] Christopher Clark, a. a. O., S. 79
[89] Christopher Clark, a. a. O., S. 95
[90] Ernst Sauerbeck, a. a. O., S. 131
[91] Christopher Clark, a. a. O., S. 528
[92] Christopher Clark, a. a. O., S. 80
[93] Konrad Canis, a. a. O., S. 371 f.
[94] Christopher Clark, a. a. O., S. 530
[95] Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht - Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 2009, S. 51 ff.
[96] Zit. nach: Ernst Sauerbeck, a. a. O., S. 138
[97] Christopher Clark, a. a. O., S. 551
[98] Christopher Clark, a. a. O., S. 585
[99] Christopher Clark, a. a. O., S. 598
[100] Eugen Lennhoff, *Die Freimaurer*, Wien 1981, Nachdruck der Ausgabe von 1929, S. 318
[101] Eugen Lennhoff, a. a. O., S. 320 ff.
[102] Vgl. Lorenz Jäger, *Hinter dem großen Orient - Freimaurerei und Revolutionsbewegungen*, Wien 2009, S. 78 ff.
[103] *G&M, Geopolitik und Finanz*, Bad Kissingen, Mai 1992
[104] *The Daily Telegraph*, 28. Juni 1999
[105] Niall Ferguson, a. a. O., Seite 101 ff.
[106] Christopher Clark, a. a. O., S. 537
[107] Christopher Clark, a. a. O., S. 540
[108] Zit. Nach: Christopher Clark, a. a. O., S. 541 f.

[109] Die Telegramme Lichnowskys und der Gedankenaustausch zwischen Berlin und London zitiert nach: Ernst Sauerbeck, a. a. O., S. 523 ff.

[110] Zit. nach: Christopher Clark, a. a. O., S. 690 f.

[111] Zit. nach Christopher Clark, a. a. O., S. 635

[112] Christopher Clark, a. a. O., S. 572

[113] Zit. nach: Christopher Clark, a. a. O., S. 573 f.

[114] Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 275

[115] Zit. nach: Christopher Clark, a. a. O., S. 653 f.

[116] Zit. nach: Christopher Clark, a. a. O., S. 622

[117] Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 283

[118] Zit. nach: Virginia Cowles, a. a. O., S. 287

[119] Walther Hubatsch, *Deutschland im Weltkrieg 1914-1918*, Frankfurt 1966, S. 47

[120] Heeresstärken nach: *Der große Ploetz*, Freiburg 1998, S.717

[121] Hans-Dieter Otto, *Lexikon der militärischen Irrtümer*, München 2004, S. 170

[122] Walther Hubatsch, a. a. O., S. 47

[123] Ernst Sauerbeck, a. a. O., S. 569

[124] Walther Hubatsch, a. a. O., S. 44

[125] Zit. nach: Christopher Clark, a. a. O., S. 706

[126] Zit. nach: Niall Ferguson, a. a. O., S. 220

[127] John Keegan, *Der Erste Weltkrieg - Eine europäische Tragödie*, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 460

[128] Martin Müller, *Vernichtungsgedanke und Koalitionskriegführung,*, Graz 2003, S. 72

[129] Zit. nach: Martin Müller, a.a. O., S. 74

[130] Zit. nach: Martin Müller, a. a. O., S. 76

[131] John Keegan, a. a. O., S. 446

[132] Walther Hubatsch, a. a. O., S. 52

133 Siehe die aufschlussreiche Darstellung der Verhandlungen in Brest-Litowsk bei: Hans Fenske, *Der Anfang vom Ende des alten Europa - Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919,* München 2013, S. 53 ff.

134 Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 462

135 Fritz Fischer, a. a. O., S. 251

136 Zit. nach: *Vertrags-Ploetz,* a. a. O., S. 20 f.

137 Hans Fenske, a. a. O., S. 42 f.

138 Zit. nach: Walther Hubatsch, a. a. O., S. 125

139 Hans Fenske, a. a. O., S. 39

140 Ausführliche Schilderung der Gräuelpropaganda mit zahlreichen Bildern bei: *Hans Becker von Sothen, Bild-Legenden.*, Graz 2013, S. 57 ff.

141 Hans Becker von Sothen, a. a. O., S. *62*

142 Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 436

143 Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 437 f.

144 John Keegan, a. a. O., S. 490

145 Ralph Raico, *Great Wars and Great Leaders*, Auburn/Alabama, 2010, S. 200

146 Ralph Raico, a. a. O., S. 198

147 G. Edward Griffin, *Die Kreatur von Jekyll Island,* Rottenburg 2006, S. 285

148 Zit. nach: Niall Ferguson, a. a. O., S. 199

149 Zum House-Grey-Memorandum siehe: *www.net.lih.byu. edu*

150 Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 398

151 Walther Hubatsch, a. a. O., S. 127

152 Stuart D. Brandes, *Warhogs*, Lexington 1997, S. 136

153 Smedley Butler, *War is a Racket*, Nachdruck Leipzig 2012, S. 7

[154] Murray N. Rothbard, *Wall Street, Banks, and American Foreign Policy*, Auburn 2012, S. 19

[155] Steward D. Brandes, a.a. O., S. 138

[156] Zit. nach: Franz Uhle-Wettler, a. a. O., S. 527

[157] Paul Johnson, *A History of the American People*, New York 1997, S. 650

[158] Murray N. Rothbard, a. a. O., S. 23

[159] Paul Johnson, a. a. O., S. 651

Literaturverzeichnis

Bruno Bandulet, *Adenauer zwischen West und Ost-Alternativen der deutschen Außenpolitik*, München 1970

Hans Becker von Sothen, *Fotos machen Politik, Bild-Legenden, Fälschungen - Fakes - Manipulationen,* Graz 2013

Otto von Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*, München o. J.

Otto von Bismarck, *Der Kanzler - Briefe, Reden, Erinnerungen, Berichte und Anekdoten*, Ebenhausen bei München 1915

Ehrhardt Bödecker, *Preußen und die Wurzeln des Erfolgs,* München 2004

Stuart D. Brandes, *Warhogs - A History of War Profits in America*, Lexington 1997

Smedley Butler, *War is a Racket*, Leipzig 2012

Konrad Canis, *Der Weg in den Abgrund - Deutsche Außenpolitik 1902-1914,* Paderborn 2011

Christopher Clark, *Die Schlafwandler - Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog,* München 2013

Virginia Cowles, *Wilhelm der Kaiser,* Frankfurt 1967

Hans Fenske, *Der Anfang vom Ende des alten Europa - Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen* 79/4-/9/9, München 2013

Niall Ferguson, *Der falsche Krieg - Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999

Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht - Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 2009

Dieter Friede, *Das russische Perpetuum Mobile*, Würzburg 1959

G. Edward Griffin, *Die Kreatur von Jekyll Island - Die US-Notenbank Federal Reserve*, Rottenburg 2006

Johannes Haller, *Die Epochen der deutschen Geschichte,* Augsburg 1962

Walther Hubatsch, *Deutschland im Weltkrieg 1914-1918,* Frankfurt am Main 1966

Lorenz Jäger, *Hinter dem Großen Orient - Freimaurerei und Revolutionsbewegungen*, Wien 2009

Paul Johnson, *A History of the American People*, New York 1998

John Keegan, *Der Erste Weltkrieg - Eine europäische Tragödie*, Reinbek bei Hamburg, 2013

Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte - Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis* 2000, Franfurt am Main 1989

Eugen Lennhoff, *Die Freimaurer*, Wien 1981

Martin Müller, *Vernichtungsgedanke und Koalitionskriegführung - Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn in der Offensive 1917/1918*, Graz 2003

Der große Ploetz, Freiburg/Breisgau 1998

Vertrags-Ploetz, Teil II, 3. Band, Würzburg 1958

Vertrags-Ploetz, Teil II, Band 4A, Würzburg 1959

Ralph Raico, *Great Wars and Great Leaders*, Auburn 2012

Murray N. Rothbard, *Wall Street, Banks, and American Foreign Policy*, Auburn 2011

Ernst Sauerbeck, *Der Kriegsausbruch - Eine Darstellung von neutraler Seite an Hand des ganzen Aktenmaterials*, Stuttgart 1919

Felix Somary, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Zürich 1959

Michael Stürmer, *Das ruhelose Reich - Deutschland 1866-1918*, Berlin 1994

A.J.P. Taylor, *From the Boer War to the Cold War*, Middlesex 1996

A.J. P. Taylor, *English History 1914-1945*, London 1975

Barbara Tuchman, *The Proud Tower - A portrait of the world before the war 1880-1914*, London 1966

Franz Uhle-Wettler, *Alfred von Tirpitz in seiner Zeit*, Graz 2008

Bildquellenverzeichnis

S. 20 (Arthur James Earl of Balfour, britischer Premierminister in den Jahren 1902-1905): User: Tom; By George Grantham Bain (http://hdl.loc.gov/loc.pnp/ggbain.02758) [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 32 (Victoria, Königin von Großbritannien und Irland 1837-19019): User: DIREKTOR; Alexander Bassano [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 45 links (Otto von Bismarck, Reichskanzler 1871-1890): User: BArchBot; Bundesarchiv, Bild 183-R68588/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org/licen ses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S.45 rechts (Wilhelm I., Deutscher Kaiser 1871-1888): User: Schaengel 89; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 50 (Alexander III., Zar von Russland 1891-1894): User: EeuHP; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 66 (Wilhelm II., Deutscher Kaiser 1888-1918): User: BArchBot; Bundesarchiv, Bild 146-2004-0096/E. Bieber/ CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org /licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 67 (Bernhard Fürst von Bülow, Reichskanzler 1900- 1909): User: BarchBot; Bundesarchiv, Bild 146-2004-0098 A/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creative commons.org/ licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 69 (Nikolaus II., Zar von Russland 1894-1917): User: EeuHP; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 91 (Robert Arthur Marquis of Salisbury, britischer Premierminister 1895-1902): User: Soerfm; GNU Free Documentation License, Attribution-Share Alike 3.0 Unported

S. 92 (Friedrich von Holstein, Geheimrat im Auswärtigen Amt von 1876 bis 1906): User: BarchBot; Bundesarchiv, Bild 183-S28606/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creative commons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 98 (Edward VII., König von Großbritannien und Irland 1901-1910): User: Ambross07; By W. & D. Downey (Weltrundschau zu Reclams Universum 1902) [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 102 links (Leo Graf von Caprivi, Reichskanzler 1890-1894): User: BarchBot; Bundesarchiv, Bild 183-R09316/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org/licenses /by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 102 rechts (Chlodwig Fürst zu Hohenlohe Schillingsfürst, Reichskanzler 1894-1900): User: FreeArti; Franz von Lenbach [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 105 (Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler 1909-1917): User: BarchBot; Nicola Perscheid [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 110 (Alfred von Tirpitz, Staatssekretär im Reichsmarineamt 1897-1916), User: BarchBot; Bundesarchiv, Bild 134-C1743/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://crea tivecom mons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 112 (Sir Edward Grey, britischer Außenminister 1905-1916): User: Nicke L; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 121 (Sir John Fisher, Erster Seelord 1903-1910 und 1914-1915): User: Slowking4; By Bain News Service, publisher Underwood & Underwood [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 134 (Sir Eyre Crowe, Deutschland-Spezialist im Foreign Office): Courtesy of Sibyl Crowe, St. Hilda's College, Oxford

S. 150 (Gavrilo Princip, der Mörder von Erzherzog Franz Ferdinand): User: DIREKTOR; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 153 (Nikola Pasic, serbischer Ministerpräsident 1904-1918): User: DIREKTOR; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 156 [Apis (rechts), serbischer Offizier und Drahtzieher des Attentats von Sarajewo]: User: Chris the speller; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 165 oben (Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 1848-1916): User: AndreasPraefcke; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 165 unten (Leopold Graf Berchtold, österreichisch-ungarischer Außenminister 1912-1915): User: BarchBot; Bundesarchiv, Bild 183-2004^1110-500/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed, en)], via Wikimedia Commons

S. 171 [Sir Winston Churchill, First Lord of the Admiralty (Marineminister) 1911-1915]: User: Shizhao; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 18 5 (Conrad von Hötzendorf, Generalstabschef der k. u. k.-Armee 1906-1917): User: Sandstein; By Hermann Torggler (1878-1939) (own photograph, digitally edited) [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 186 (Georg V., König von Großbritannien und Irland 1910-1936): User: Hohum; Luke Fildes [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 187 (Sergej Sasonow, russischer Außenminister 1910-1916): User: Der Bischof mit der E-Gitarre; By Unknown/ Inconnu [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 198 links (Raymond Poincare, französischer Präsident in den Jahren 1913 bis 1920): User: Maksim, via Wikimedia Commons [Quelle: http://www.lib.utexas.edu/exhibits/portraits/index.php?img=3i5, Originally from: *Current History of the War.* Vol. II (April 1915- September 1915). New York: New York Times Company.]

S. 198 rechts (Maurice Paleologue, französischer Botschafter in St. Petersburg von 1914 bis 1917): User: DonaldDuck; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 211 (Alfred Graf von Schlieffen, deutscher Generalstabschef 1891-1905): User: 1970Gemini; [Public domain,] via Wikimedia Commons

S. 214 (Helmuth von Moltke, deutscher Generalstabschef 1906-1914): User: DIREKTOR; By Kunstverlag der Photographischen Gesellschaft Berlin (Albumin-Foto) [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 215 (Erich von Falkenhayn, deutscher Generalstabschef 1914-1916); User: Mariafloresi955; Bundesarchiv, Bild 146-2004-0023/Meyer, Albert/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 225 (Paul von Hindenburg, deutscher Generalstabschef 1916-1918): User: BarchBot; Bundesarchiv, Bild 183-S51620/ CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org /licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 226 (Erich Ludendorff, Erster Generalquartiermeister OHL in den Jahren 1916 bis 1918): User: BarchBot; Bundesarchiv, Bild 183-1992-0707-500/CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/ deed.en)], via Wikimedia Commons

S. 227 oben (David Lloyd George, britischer Premierminister 1916-1922): User: G-Man; By Harris & Ewing [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 227 unten [Georges Clemenceau (2. von rechts), französischer Ministerpräsident 1917-1922]: User: Niteflyer; By Edward N. Jackson (US Army Signal Corps) (U. S. Signal Corps photo) [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 239 (Woodrow Wilson, amerikanischer Präsident 1913-1921): User: Connormah; By Harris & Ewing [Public domain], via Wikimedia Commons

S. 259 (Edward Mandell House, Berater des Präsidenten): User: MarmadukePercy; English: Portrait of Edward Mandell House by H. Havelock Pierce. Courtesy of the Edward M. House Papers, Yale University Manuscripts & Archives Digital Images Database, Yale University, New Haven, Connecticut. Retouched by Marmaduke Percy

S. 267 [John Pierpont »Jack« Morgan jr. (rechts im Bild), Bankier, 1867-1943]: User: LobStoR; English: Last known photograph of J. Pierpont Morgan (J. P. Morgan) and his son J. P. Qack) Morgan Jr. walking together. Date 1 January 1913. Author: Modody's Magazine [Public domain], via Wikimedia Commons

Cover-Bild (Wilhelm II., Deutscher Kaiser 1888-1918): User: BArchBot; Bundesarchiv, Bild 146-2004-0096/E. Bieber/ CC-BY-SA [CC-BY-SA-3.0-de (http://creativecommons.org /licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)], via Wikimedia Commons

Vorsatz-Karte (Deutsches Reich 1871-1918): User: Ziegel-brenner; By ziegelbrenner [GFDL (http://www.gnu.org/ copyleft/fdl.html), CC-BY-SA-3.0 (http://creativecommons. org/licenses/by-sa/3.0/) or CC-BY-SA-2.5 -2.0-1.0 (http://crea tivecommons.org/licenses/by-sa/2.5-2.0-1.0)], via Wikimedia Commons

Nachsatz-Karte (Europa 1914): Durch den Kopp Verlag be-arbeitete Shutterstock-Karte (Europa_1914_shutterstock_ 37806028.jpg)

Personenregister

A
Adenauer, Konrad 42
Adzic, Blagoje 178
Alexander II. 49 f.
Alexander III. 34, 49, 54
Anastasia 201
Apis 155, 157 f.
Artamonow, Viktor 160
Asquith, Henry 112, 195, 198

Augstein, Rudolf in, 123

B
Baden, Max von 229, 271
Bailey, Thomas A. 253
Baker, James 44, 178
Bakunin, Michael Alexandrowitsch 175
Balfour, Arthur James 20, 87
Ballin, Albert 122, 137, 261
Barni, Jules 175
Benedikt XV. 243
Berchtold, Leopold Graf 165
Bernstorff, Johann Heinrich Graf von 240
Bertie, Francis 91
Bethmann Hollweg, Theobald von 105, 164, 190 f., 204, 218, 249
Bilinsky, Leon 158
Bismarck, Otto von 37, 41, 49, 53 f., 56, 58, 78, 85, 90, 109
Brandes, Stuart D. 263, 268
Briand, Aristide 240
Brussilow, Alexei Alexejewitsch 236
Bryan, William Jennings

Bryce, Lord 244
Brzezinski, Zbigniew 40
Bülow, Bernhard von 35, 66, 69, 71, 77, 97, 100, 103, 124, 126
Butler, Smedley 266

C
Cabrinovic, Nedeljko 149, 151, 156, 173
Cambon, Paul 196
Canis, Konrad 140, 142, 163
Caprivi, Leo Graf von 23, 59, 101

Carrington, Lord 179
Cassel, Ernest Sir 137
Chamberlain, Joseph 88
Charteris, John 244
Chesney, George Sir 114
Churchill, Winston Sir 140, 144, 171, 190, 195 f., 198, 221,232,254,256
Ciganovic, Milan 158, 173 f.
Clark, Christopher 14,148, 157, 160, 170, 172, 184 f., ^ *194»* '*99*
Clemenceau, Georges 227, ^ 272
Cowles, Virginia 14, 80
Crewe-Milnes, Robert 195
Crowe, Eyre Sir 88, 133, 195, 200

D
Danilewski, Nikolaus 47
Delcassé, Théophile 65, 98
Disraeli, Benjamin 84
Dobrorolski, Sergej 206
Dodge, Cleveland H. 263
Du Pont, T. Coleman 262
Durham, Edith 173

E
Ebert, Friedrich 272
Edward VII. 32,34,80^,98
Erhard, Ludwig 14
Eulenburg, Philipp Fürst zu 81

F
Falkenhayn, Erich von 215, 225, 230
Feldman, Gerald 228
Fenske, Hans 242
Ferguson, Niall 14, 91, 113, 139, 141, 184, 209
Fink, Wilhelm von 30
Fischer, Fritz 14, 166, 184, 235, 237 f., 240, 245
Fisher, John A. 120,133, 144
Fjodorowna, Alexandra 36
Franz Joseph I. 50,159, 165, 167, 173
Franz Ferdinand 147 ff., 161
French, John Sir 214, 230
Frick, Henry Clay 262
Friedrich III. 32, 44

G
Garibaldi, Giuseppe 175
Gary, Judge 262
Geiss, Immanuel 139, 235
Genscher, Hans-Dietrich 178
Georg V. 33, 36, 186, 189, 192, 204
George, Lloyd 118, 226 f., 272
Giers, Nikolaus von 61
Gortschakow, Alexander Michajlowitsch 60
Goschen, Edward Sir 204

Grabez, Trifko 156
Grayson, Victor 115
Grey, Edward Sir 87, 106, 112, 138, 171, 174, 189, 192 ff., 240, 261

H
Haidane, Richard 137, 139, 195
Haller, Johannes 103
Haushofer, Karl 40
Hentsch, Richard 214
Hertling, Graf 229
Hessen-Darmstadt, Alix Prinzessin von 34
Hindenburg, Paul von 225, 229, 231, 250
Hintze, Otto 136
Hötzendorf, Conrad von 184
Hohenlohe Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu 102, 127
Holstein, Friedrich von 69, 77, 92, 100 f.
Holtzendorff, Henning von 251
Hoppe, Hans-Hermann 265
House, Mandell Edward 259 ff., 272
Hoyos, Alexander 164
Hubatsch, Walther 212, 215, 219, 231, 262

j
Jagow, Gottlieb von 164, 197
Jameson, Leander 74, 118
Johnson, Paul 272
Jovanovic, Ljuba 157

K
Keegan, John 14, 230, 251
Kennedy, Paul 22, 62, 65, 146
Kerenski, Alexander F. 233
Kiderlen-Wächter, Alfred von 105
Kitchener, Horatio Herbert 75
Kissinger, Henry 40, 180
Kluck, Alexander von 214
Kohl, Helmut 43
Kohler, Josef 173
Kracht, Christian 18
Kraus, Simon 152
Krischowein, Alexander 221

Krüger, Paulus »Ohm« 119

L
Landsdowne, Lord Henry 113
Lansing, Robert 250
Lenin, Wladimir Iljitsch 233
Lennhoff, Eugen 174
Lichnowsky, Max von 189, 190, 193

Ludendorff, Erich 225 f., 229, 231, 252, 265, 271

M
Mackensen, August von 229
Mackinder, Haiford Sir 40
Marx, Karl 47
McAdoo, William Gibbs 258
Merizzi, Erik von 149
Michelis, Gianni de 178,229
Milsosevic, Slobodan 177, 180
Mitsotakis, Konstantin 178
Moltke, Helmuth von 200, 214f., 223, 230
Morgan, John Pierpont (jun.) 258, 267
Morgan, John Pierpont (sen.) 263
Müller, Hermann 272 f.

N
Nicolson, Arthur Sir 99, 140, 195
Nikolajewitsch, Nikolai 201
Nikolaus II. 32,34^,67, 186, 202 f.
Norman, H. C. 173
Nye, Gerald P. 264

P
Page, Walter Hines 259
Paleologue, Maurice 197, 202, 206
Pasic, Nikola 153,172
Petain, Philippe 228
Pinchot, Arnos 265
Poincare, Raymond 174, 197, 200, 202
Potiorek, Oskar 147, 156
Pourtales, Friedrich Graf 206 f.
Princip, Gavrilo 150,156, 161, 173

R
Raico, Ralph 253
Rathenau, Walther 123
Rhodes, Cecil 73, 74
Richter, Eugen 57
Riezler, Kurt 188
Ritter, Gerhard 14, 229
Robien, Graf de 201
Roosevelt, Franklin D. 268
Roosevelt, Theodore 99, 263
Rothbard, Murray N. 267, 273

S
Salisbury, Robert Arthur 91
Sanders, Otto Liman von 186

Sasonow, Sergej 160,187, 201, 205, 207
Satterlee, Herbert L. 258
Schacht, Hjalmar 176
Scheidemann, Philipp 272
Schlieffen, Alfred Graf von 210 f.
Scholl-Latour, Peter 39
Schröder, Gerhard 42, 43
Shepard, William 245
Siebert, Benno von 188
Somary, Felix 151
Spengler, Oswald 47
Stimson, Henry L. 263
Strauß, Franz Josef 14
Stresemann, Gustav 176
Stürmer, Michael 29, 89, 103
Suchomlimow, Wladimir 187
Szögyeny-Marich, Läszlo Graf 165

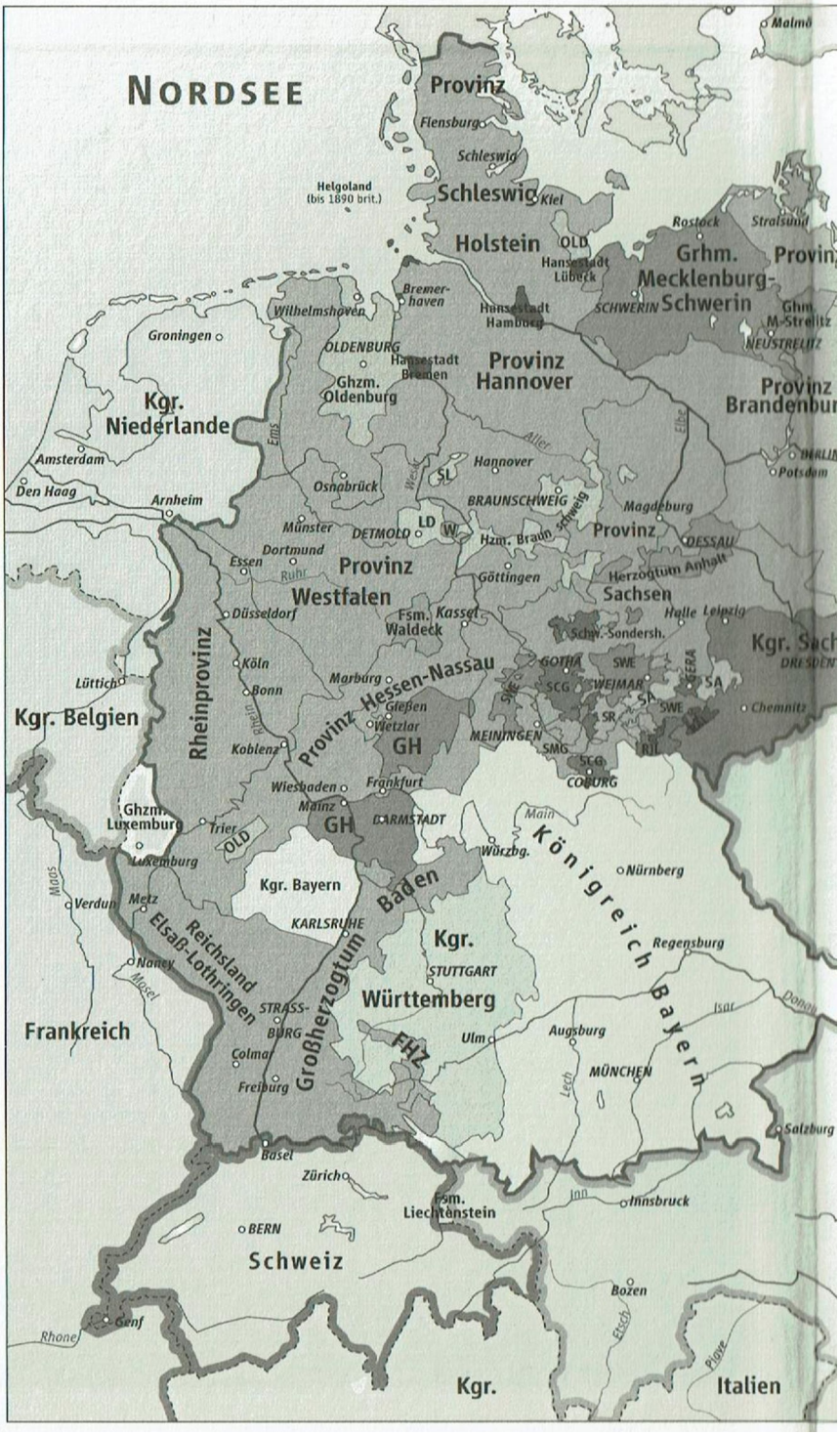
T
Tankosic, Voja 155, 158, 173 f.
Tattenbach, Franz von 99
Taylor, A. J. P. 25,49,52, 56, 59, 92f.
Thukydides 21
Tirpitz, Alfred von 109, 122 ff., 126, 128, 176, 204, 249
Tisza, Istvän Graf 169
Tocqueville, Alexis de 38
Trotzki, Leo 233
Truman, Harry 40
Tuchman, Barbara 27 f., 115
Tucholsky, Kurt 176

U
Uhle-Wettler, Franz 14, 109, in, 132, 143, 234, 248

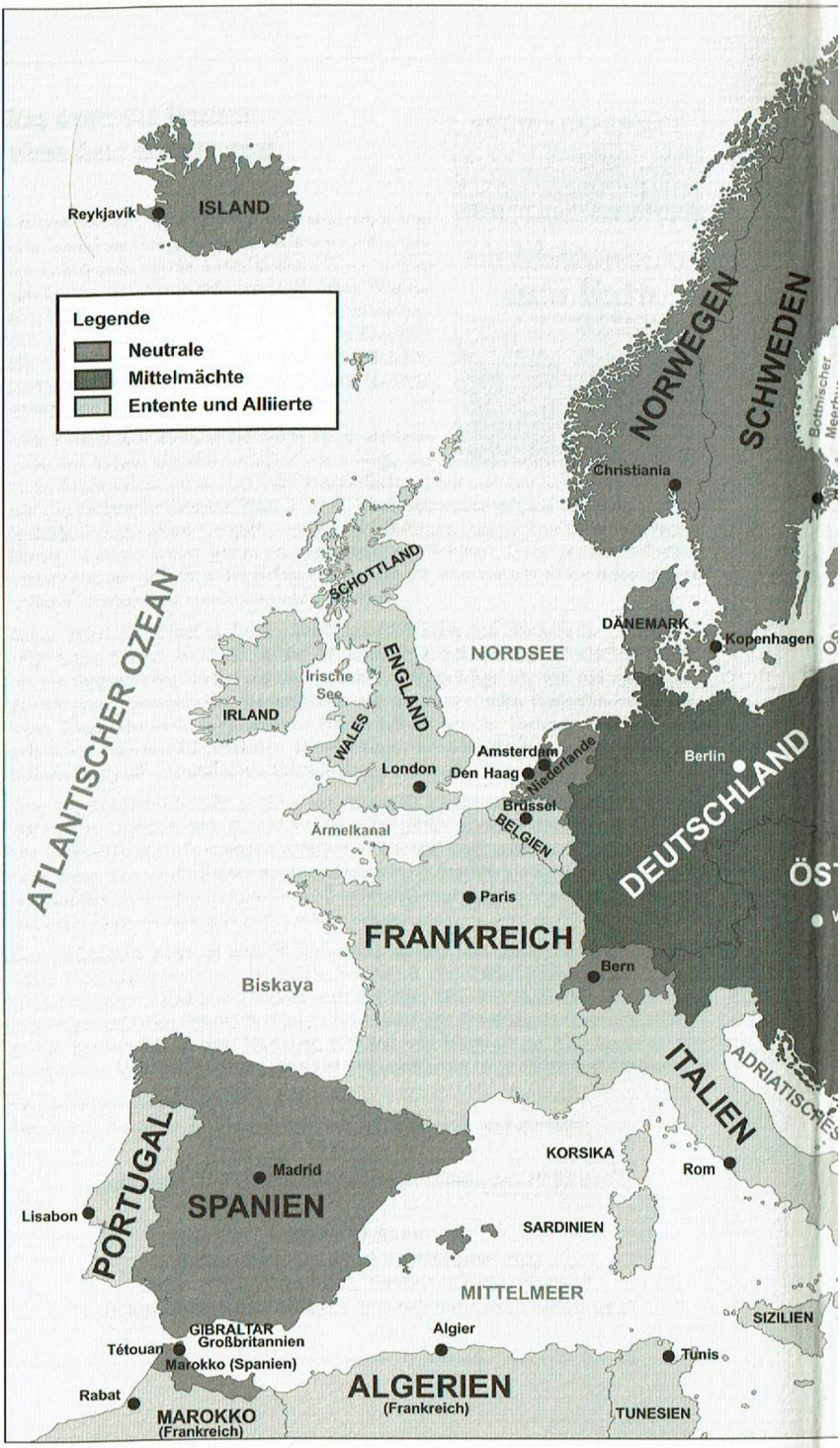
V
Victoria 32^,85
Viviani, René 197, 200, 202

W
Waldersee, Graf von 210
Wichtel, Friedrich 174
Wilhelm I. 44 f., 49 f., 52
Wilhelm II. 13 f., 29, 32 f., 37, 44, 58, 64, 67, 74, 77, 79, 85, 96 f., 164, 171, 186, 190, 197, 202 f., 208 f., 229, 243
Wilson, Woodrow 234, 239, 242 f., 247, 256, 262, 272

Z
Zimmermann, Arthur 261


NORDSEE
Malmö
Provinz
Flensburg
Schleswig
Helgoland
(bis 1890 brit.)
Schleswig
Kiel
Holstein
OLD
Hansestadt
Lübeck
Rostock
Stralsund
Grhm.
Mecklenburg-
Schwerin
SCHWERIN
Provin
Ghm.
M-Strelitz
NEUSTRELITZ
Bremer-
haven
Wilhelmshaven
Hansestadt
Hamburg
Groningen
OLDENBURG
Hansestadt
Bremen
Ghzm.
Oldenburg
Provinz
Hannover
Provinz
Brandenbur
Kgr.
Niederlande
Ems
Weser
Aller
Elbe
Amsterdam
Den Haag
Arnhem
Osnabrück
SL
Hannover
BERLIN
Potsdam
BRAUNSCHWEIG
Braun-schweig
Magdeburg
Münster
DETMOLD
LD
W.
Hzm. Braun-
schweig
Provinz
DESSAU
Dortmund
Essen
Ruhr
Provinz
Westfalen
Göttingen
Herzogtum Anhalt
Sachsen
Düsseldorf
Fsm.
Waldeck
Kassel
Halle
Leipzig
Schw.-Sondersh.
Kgr. Sach
DRESDEN
Rheinprovinz
Köln
Lüttich
Bonn
Marburg
Hessen-Nassau
GOTHA
SWE
SCG
WEIMAR
SA
SA
SWE
Chemnitz
Kgr. Belgien
Gießen
Wetzlar
SR
Mosel
Provinz
GH
MEININGEN
SMG
RL
Koblenz
SEG
COBURG
Wiesbaden
Frankfurt
Mainz
Ghzm.
Luxemburg
Trier
OLD
GH
DARMSTADT
Main
Würzbg.
Königreich
Bayern
Luxemburg
Nürnberg
Maas
Kgr. Bayern
Verdun
Metz
Baden
KARLSRUHE
Reichsland
Elsaß-Lothringen
Kgr.
Regensburg
Nancy
STUTTGART
Mosel
STRASS-
BURG
Württemberg
Isar
Donau
Frankreich
Ulm
Augsburg
Großherzogtum
FHZ
Colmar
MÜNCHEN
Lech
Freiburg
Salzburg
Basel
Zürich
Fsm.
Liechtenstein
Inn
Innsbruck
BERN
Schweiz
Bozen
Etsch
Genf
Rhone
Po
Kgr.
Italien

Deutsches Reich 1871–1918


Legende
Neutrale
Mittelmächte
Entente und Alliierte
ISLAND
Reykjavík
NORWEGEN
SCHWEDEN
Christiania
Botnischer Meerbu
SCHOTTLAND
ENGLAND
WALES
IRLAND
Irische See
ATLANTISCHER OZEAN
NORDSEE
DÄNEMARK
Kopenhagen
Amsterdam
Niederlande
Den Haag
London
Brüssel
BELGIEN
Ärmelkanal
Berlin
DEUTSCHLAND
ÖST
Paris
FRANKREICH
Bern
Biskaya
ITALIEN
ADRIATISCHES
KORSIKA
Rom
PORTUGAL
Madrid
SPANIEN
Lisabon
SARDINIEN
MITTELMEER
SIZILIEN
GIBRALTAR
Großbritannien
Tétouan
Marokko (Spanien)
Algier
Tunis
Rabat
MAROKKO
(Frankreich)
ALGERIEN
(Frankreich)
TUNESIEN

BARENTSSEE
Weißes Meer
FINNLAND
Bottnischer Meerbusen
St. Petersburg
RUSSLAND
Stockholm
OSTSEE
POLEN
URKAINE
ÖSTERREICH
Wien
Asowsches Meer
UNGARN
RUMÄNIEN
Bukarest
SCHWARZES MEER
Belgrad
BULGARIEN
SERBIEN
Sofia
Montenegro
Konstantinopel
ALBANIEN
Durrës
OSMANISCHES REICH
GRIECHENLAND
Athen
Nikosia

Europa 1914